

Karl Scheel, Ernst Brüche und die Publikationsorgane

Ernst Dreisigacker und Helmut Rechenberg

Die Geschichte der Publikationen der Deutschen Physikalischen Gesellschaft ist so alt wie die Gesellschaft selbst. So wird bereits 1845 mit der Physikalischen Gesellschaft zu Berlin auch deren Referateorgan „Fortschritte der Physik“ gegründet, 1882 kommen die „Verhandlungen“ mit Berichten über das wissenschaftliche Leben der Gesellschaft hinzu, nach dem Ersten Weltkrieg das neue Referateorgan „Physikalische Berichte“ und die „Zeitschrift für Physik“. Brillanter Organisator des Publikationswesens, Herausgeber und Redakteur der ersten drei Jahrzehnte unseres Jahrhunderts ist Karl Scheel. – In der Zeit nach 1945 kennzeichnen zwei Aspekte die Entwicklung: Angelsächsische Zeitschriften übernehmen die führende Rolle, und in Deutschland organisieren praktisch nur noch private Verlage das wissenschaftliche Zeitschriftenwesen. Die DPG beschränkt sich auf die Herausgabe der „Verhandlungen“ (mit gewandelter Aufgabe), der „Physikalischen Berichte“ und ab 1977 der „Physikalischen Blätter“. Die markanteste Persönlichkeit auf dem Zeitschriftensektor der Physik nach dem Krieg ist Ernst Brüche, der im Kriegsjahr 1944 im Auftrag der DPG die „Physikalischen Blätter“ gründet und sie fast dreißig Jahre lang, ab 1946 auf eigene Verantwortung und eigenes finanzielles Risiko, weiterführt und nachhaltig prägt.



Dr. Ernst Dreisigacker leitet seit 1982 die Redaktion der Physikalischen Blätter. Dr. Helmut Rechenberg arbeitet (seit 1975) über Physikgeschichte des 20. Jahrhunderts am MPI für Physik in München.



Karl Scheel: Ein Leben für die physikalische Literatur

Die Geschichte der Publikationen der Physikalischen Gesellschaft beginnt bereits mit deren Gründung als Physikalische Gesellschaft zu Berlin im Jahre 1845. Damals beschlossen die ersten Mitglieder, ab sofort die „Fortschritte der Physik“ herauszugeben, eine Reihe von Bänden, in denen die wichtigsten Arbeiten und Bücher eines Jahrgangs über Themen der Physik, aber auch der angrenzenden Gebiete – besonders Chemie, Physiologie und Meteorologie – referiert wurden: Der erste Band für das Jahr 1845 erschien 1847. Obwohl dieses Publikationsorgan 1893 in (finanzielle) Schwierigkeiten geriet, wie schon 1891 die ebenfalls von der Physikalischen Gesellschaft herausgegebenen „Verhandlungen“ – der alte Verlag von Georg Reimer hatte den Vertrag gekündigt –, wurden beide Zeitschriften fortgeführt und 1899 in die Deutsche Physikalische Gesellschaft eingebracht. Als Arthur König, der Herausgeber der „Verhandlungen der Deutschen Physikalischen Gesellschaft“ starb, wurde Karl Scheel – seit 1899 Mitglied der Redaktion und ab 1900 alleiniger Redakteur der „Fortschritte der Physik“ – im November 1901 sein Nachfolger.

Der am 10. März 1866 in Rostock geborene Scheel studierte Physik in Rostock und Berlin – u. a. bei Hermann v. Helmholtz und August Kundt – und promovierte 1890 bei Johannes Pernet über die „Ausdehnung des Wassers“. Noch im selben Jahr kam er an die Kaiserliche Normal-Eichungskommission und 1891 in die Physikalisch-Technische Reichsanstalt, wo er 1904 vom „Hilfsarbeiter“ zum „Mitglied“ aufstieg. Dort dehnte er sein Arbeitsgebiet, thermometrische Messungen, systematisch aus, untersuchte aber ebenso die Wärmeausdehnung fester Körper, die Dichte und den Dampfdruck des Wassers und die Messung kleinster Drucke sowie der spezifischen Wärme von Gasen bei tiefen Temperaturen; auch beteiligte er sich federführend am „Ausschuß für Einheiten und Formelgrößen“. 1929 ehrte ihn die Technische Hochschule Stuttgart mit dem Dr. Ing. h.c.

„Es gibt sicherlich in der ganzen Welt kaum einen Physiker, der seinen Namen nicht vernommen hat, es gibt in Deutschland sicher nur wenige Physiker, die nicht in irgendeiner Beziehung zu ihm gestanden haben, es gibt hier in Berlin sicher keinen Physiker, der ihn nicht persönlich gekannt hätte, aber viele haben ihn nicht nur gekannt, sondern sind in gemeinschaftlicher Arbeit freundschaftlich mit ihm verbunden gewesen“, erinnerte Walther Grotrian in seiner Trauerrede auf den am 8. November

1936 in Berlin verstorbenen Kollegen [1]. Scheel, der seit 1890 Mitglied der „Physikalischen Gesellschaft zu Berlin“ war, wirkte mit bei deren Umwandlung in die „Deutsche Physikalische Gesellschaft“. Als Redakteur für Publikationsorgane diente er bald im „Beirat“ des Vorstandes; im Ersten Weltkrieg rückte der Geheime Regierungsrat zum Schrift- und Geschäftsführer der Gesellschaft auf; 1922 wurde er zum Ehrenmitglied ernannt. „Es gab keine Vorstandssitzung, es gab keine wissenschaftliche Sitzung ohne Karl Scheel; aber es gab auch keine Nachsitzung ohne Karl Scheel. In den Nachsitzungen suchte und fand er die lebendige Verbindung mit seinen Fachkollegen, und hier hat er uns oft durch humorvolle und launige Berichte über Erlebnisse aus seiner Tätigkeit erfreut,“ berichtete Grotian und faßte den Grund für diesen Ruhm in Berlin, Deutschland und darüber hinaus in die Worte: „Karl Scheels Name wird für alle Zeiten verknüpft sein mit der Entwicklung des Schrifttums der Physik. Seine Tätigkeit als Herausgeber großer Werke und Schriftleiter angesehener Zeitschriften ist es, die seinen Namen in der ganzen Welt bekannt gemacht hat.“

Die Frühzeit dieser literarischen Karriere begann mit der Neuorganisation der „Fortschritte der Physik“ vom 15. Januar 1902 als ein „nach Materien geordnetes Publicationsverzeichnis“, das durch ein „Halbmonatliches Literaturverzeichnis“ ergänzt wurde, wobei Karl Scheel für den Bereich „Reine Physik“ und Richard Assmann für die „Kosmische Physik“ verantwortlich wurden. Scheels Teil war in die folgenden Abschnitte gegliedert: I. Allgemeine Physik, II. Akustik, III. Physikalische Chemie, IV. Elektrizität und Magnetismus, V. Optik des gesamten Spektrums, VI. Wärme. Die „Kosmische Physik“, der Abschnitt VII von Assmann, untergliederte sich in: 1. Astrophysik, 2. Meteorologie und 3. Geophysik mit vielen Unterabschnitten.

Strebte das neue Literaturverzeichnis, das der Verlag „den Mitgliedern der Gesellschaft zum Buchhändler-Nettopreis“ anbot, eine vollständige Übersicht der gesamten einschlägigen Fachliteratur in aller Welt an, so enthielten die „Verhandlungen“ in Übereinstimmung mit der Redaktionsordnung von 1899:

„1. Kurze Protokolle über den wissenschaftlichen und geschäftlichen Theil der Sitzungen. 2. Mitteilungen über die Verhandlungen des Vorstandes und des wissenschaftlichen Ausschusses der Gesellschaft. 3. Kurze Berichte über den Verlauf der jährlichen Versammlung Deutscher Naturforscher und Ärzte, soweit physikalische Dinge dort behandelt worden sind. 4. Autorreferate über die in den Sitzungen gehaltenen Vorträge oder von einem Mitgliede vorgelegten Mittheilungen, eventuell über die daran angeknüpften Discussionen.“

Scheels „Verhandlungen“, welche – abgesehen von der berühmten Geburtsstunde der Quantentheorie am 14. Dezember 1900, die noch in Königs Redaktionszeit fiel – die zwei ganz großen Jahrzehnte der Berliner Physik überdeckten, als Max Planck, Albert Einstein, Max v. Laue, Emil Warburg, James Franck, Gustav Hertz, Max Born und andere ihre grundlegenden Entdeckungen und Ansätze zur Quanten- und Relativitätstheorie vortrugen, als eine steigende Zahl auswärtiger Kollegen – so beispielsweise Walther Kossel und Arnold Sommerfeld aus München oder Rudolf Ladenburg aus Breslau – wichtige Beiträge veröffentlichten, entwickelte sich zu einem zentralen Publikationsorgan der modernen Physik. Der Umfang wuchs von 404

Seiten im Jahre 1902 auf 1374 Seiten im Jahre 1913 sprunghaft an; während des Ersten Weltkrieges ging die Seitenzahl stetig bis auf 280 Seiten im Jahre 1918 zurück, aber bereits 1919 lagen wieder 804 Seiten vor. In diesen Zahlen spiegelt sich bis zu einem gewissen Grad der Zuwachs der Mitglieder der Deutschen Physikalischen Gesellschaft wider, deren Zahl von 325 (davon 162 nicht in Berlin lebende) im Jahre 1900 über 530 (darunter 277 auswärtige) im Jahre 1910 bis auf 771 (366 auswärtige) anstieg.

1920 – Jahr der Neuordnung des Zeitschriftenwesens

Nach dem Ende des Ersten Weltkrieges änderte sich die Situation entscheidend. Zunächst wurde am 9. Mai 1919 mit Arnold Sommerfeld aus München der erste Nicht-Berliner an die Spitze der Gesellschaft gewählt – alle „Beisitzer“ kamen allerdings weiter aus der Reichshauptstadt. Sodann traten am 1. Januar 1920 neue „Satzungen der Deutschen Physikalischen Gesellschaft“ in Kraft, die auf Seite 1 den Zweck der Gesellschaft festlegten: „Die Deutsche Physikalische Gesellschaft soll der Förderung der physikalischen Wissenschaften und ihrer Verbreitung dienen.“ Diese suchte die Gesellschaft durch „literarische Tätigkeit“ und durch „Versammlungstätigkeit“ zu erreichen, wobei zu ersterem Punkt vor allem die Herausgabe der „Verhandlungen“ und der „Fortschritte der Physik“ genannt wurden. Wichtig war ferner, daß sich die nicht in Berlin oder Umgebung wohnenden Mitglieder lokal in „Gauvereinen der Deutschen Physikalischen Gesellschaft“ zusammenschließen konnten. Bald entstanden solche Gauvereine überall im Deutschen Reich, in München, Göttingen, Stuttgart, Breslau, Hamburg usw., aber auch im deutschsprachigen Ausland, nämlich in Wien und in Prag.

Gleichzeitig mit der Neuordnung der Gesellschaft ging die Neuordnung des Zeitschriftenwesens der Deutschen Physikalischen Gesellschaft einher, die am 5. Dezember 1919 in den „Verhandlungen“ verkündet wurde. Aus Kostengründen beschloß die aus A. Einstein, E. Goldstein, F. Haber, E. Jahnke, K. Scheel und W. Westphal bestehende „Zeitschriftenkommission des Vorstandes“ im Dezember 1919,

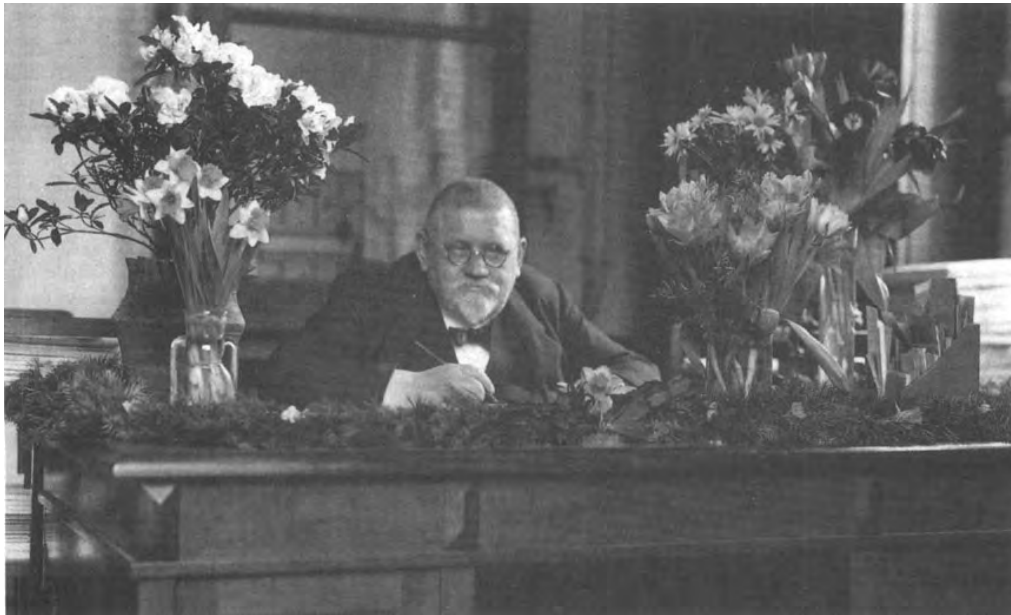
vom 1. Januar 1920 ab in den „Verhandlungen“, die den Mitgliedern nach wie vor unentgeltlich geliefert werden, neben geschäftlichen Mitteilungen, Festreden, Nachrufen und dergleichen nur noch Mitteilungen über Vorträge zu bringen, die von einem Mitgliede in einer Vereinessitzung (in Berlin oder in einer Gauvereinessitzung) gehalten und dem Redakteur vom Vorstande der Gesellschaft oder eines Gauvereins übersandt werden...

Der Umfang von solchen Beiträgen war allerdings auf vier Druckseiten begrenzt; falls die gesamte Arbeit in der „Zeitschrift für Physik“ veröffentlicht wurde, durfte das „Referat lediglich informierenden, auf die Veröffentlichung hinweisenden Charakter haben“. Zum Ersatz für „den Ausfall an Publikationsgelegenheit“, so hieß es weiter,

wird die Deutsche Physikalische Gesellschaft vom 1. Januar 1920 ab Ergänzungshefte zu den „Verhandlungen“ unter dem Titel „Zeitschrift für Physik“ herausgeben, welche im Verlag von Friedr. Vieweg & Sohn in Braun-

schweig in zwangloser Folge erscheinen und in Bände von etwa dreißig Druckbogen zusammengefaßt werden sollen. Die für diese Zeitschrift einlaufenden Arbeiten, für deren Aufnahme dieselben Grundsätze gelten, die bisher für die Aufnahme in die „Verhandlungen“ maßgebend waren, sollen ebenso schnell gedruckt werden, wie dies in den bisherigen „Verhandlungen“ üblich war. Es ist beabsichtigt, zunächst mindestens monatlich ein Heft erscheinen zu lassen und nicht über die Zahl von drei Bänden im Jahr hinauszugehen.

reich: Die „Zeitschrift für Physik“ entwickelte sich in den nächsten fünfzehn Jahren äußerst stürmisch, wobei die Anzahl und vor allem der Umfang der Bände weit über die anfänglichen Vorgaben hinausgingen; bereits im Jahre 1928 erschienen der 50. und 1936 der 100. Band. Vor allem fand die neue Atomphysik hier ihre Heimat: die sich zur Quantenmechanik entwickelnde Atomtheorie von Niels Bohr und Arnold Sommerfeld und die zugehörigen entscheidenden Experimente, wie beispielsweise Rudolf Ladenburgs Dispersionsmessungen (1921), der Atomstrahlversuch von Otto Stern und Walther Gerlach (1922), die



Geheimrat Professor Karl Scheel (1866 – 1936), „guter Geist“ der Deutschen Physikalischen Gesellschaft und Organisator des physikalischen Publikationswesens. Hier als Jubilar am 65. Geburtstag in seinem Arbeitszimmer. (Foto: PTB)

Nach der Festlegung des Preises für einen Band der neuen Zeitschrift und eines Rabatts von 25 % für die Mitglieder der Gesellschaft hieß es, daß Beiträge für die Zeitschrift sowie Mitteilungen für die Verhandlungen „an den Redakteur, Geheimen Regierungsrat Professor Dr. Karl Scheel, Berlin-Dahlem, Werderstraße 28, einzusenden“ seien.

Um diese Neuregelung des Zeitschriftenwesens wurden im Jahr 1920 noch ausführliche Diskussionen geführt. Einige Mitglieder der Gesellschaft beschuldigten insbesondere Scheel, den „Vertrag mit der Firma Vieweg übereilt abgeschlossen zu haben“, worauf dieser auf die „außerordentlich finanziellen Opfer“ des Verlages seit 1900 hinwies und weiter ausführte: „Die Verhandlungen bis zum Jahre 1919 waren zum größten Teil ein Geschenk an die Deutsche Physikalische Gesellschaft“. Andere, wie der AEG-Direktor Karl Mey, bezweifelten, daß die neue „Zeitschrift für Physik“ überleben könne und wünschten ihre Vereinigung mit den „Annalen der Physik“; dagegen berichtete Heinrich Rubens, der Vorstand habe versucht, die neue Zeitschrift mit der seit 1899 bestehenden „Physikalischen Zeitschrift“ zu vereinigen, die im Leipziger Hirzel Verlag erschien, aber die entsprechenden Verhandlungen hätten keinen Erfolg gehabt.

Wider alle Unkenrufe erwies sich das neue Publikationsorgan der Deutschen Physikalischen Gesellschaft als äußerst erfolg-

Bestätigung der Lichtquantenhypothese von Hans Geiger und Walther Bothe (1925) oder die Bestimmung des magnetischen Momentes des Protons von Otto Stern und Mitarbeitern (1933). Neben den alten und jungen Experten aus Deutschland und den deutschsprachigen Ländern publizierten zunehmend auch die bekannten Kollegen aus aller Welt, vom Dänen Niels Bohr bis zum Engländer Ernest Rutherford; die sowjetischen Physiker erhielten besonders günstige Bedingungen eingeräumt, so daß auch die frühen Arbeiten von Jakob Frenkel, Lew Landau und Igor Tamm die Seiten der „Zeitschrift für Physik“ zierten, dazu Alexander Friedmanns revolutionäre Lösung der Einsteinschen Gravitationstheorie, der expandierende Kosmos. Anzumerken ist allerdings, daß der Verlag von Julius Springer in Berlin bereits ab Band 5 (1921) die Mitverantwortung und ab Band 31 (1925) die alleinige Verantwortung für die „Zeitschrift für Physik“ übernahm und diese samt dem wirtschaftlichen Risiko bis heute trägt.

Eine ebenso herausragende Stellung kam den „Physikalischen Berichten“ zu, die die früheren „Fortschritte der Physik“ und das „Halbmonatliche Literaturverzeichnis“ ersetzen. Als Herausgeber zeichnete neben der Deutschen Physikalischen Gesellschaft auch die 1919 neu gegründete Deutsche Gesellschaft für technische Physik, deren Mitgliederzahl bald die der älteren Schwester überflügelte und die über weit größere Finan-

zierungsquellen verfügte, so daß sie die „Physikalischen Berichte“ bereits 1920 mit einem Zuschuß von 65 000 Mark unterstützen konnte – gegenüber einem Beitrag von 5000 Mark der „alten“ Physikalischen Gesellschaft und von 10 000 Mark der Preußischen Akademie der Wissenschaften. Der Redakteur Karl Scheel gewann bereits für den ersten Jahrgang 1920 ein Team von 145 Mitarbeitern – von Dr. E. Altenkirch bis Oberingenieur Dr. Hans Zölllich, darunter die bereits arrivierten Professoren James Franck, Otto Hahn und Geheimrat Arnold Sommerfeld sowie die jungen Nachwuchsforscher Walther Gerlach und Wolfgang Pauli. Sie referierten Bücher und Artikel aus 200 deutschen und ausländischen wissenschaftlichen und technischen Zeitschriften – von den „Abhandlungen der Berliner Akademie“ bis zur „Zeitschrift für wissenschaftliche Photographie“, darunter wirklich alle einschlägigen Fachjournale von einiger Bedeutung aus Europa, Amerika und Japan – unter den folgenden Themen: 1. Allgemeines; 2. Allgemeine Grundlagen der Physik; 3. Mechanik; 4. Aufbau der Materie; 5. Elektrizität und Magnetismus; 6. Optik der Wellenlängen; 7. Wärme. Um Überschneidungen einzuschränken, aber zugleich Arbeiten von gemeinsamem Interesse aus Zeitschriften von Nachbargebieten bekanntzumachen, „ist mit den Herausgebern der Astronomischen Jahresberichte, des Jahrbuchs über die Fortschritte der Mathematik, des Chemischen Zentralblattes und des neuen Jahrbuches für Mineralogie, Geologie und Paläontologie eine Arbeitsgemeinschaft gegründet worden,“ vermerkte die „Ankündigung“ der Redaktion im ersten Heft des ersten Jahrgangs vom 1. Januar 1920.

Der geplante Umfang von 80 bis 100 Druckbogen ließ sich kaum halten, die „Physikalischen Berichte“ erschienen von Anfang an in zwei Halbbänden pro Jahr von zusammen zwischen 1430 und 3389 Seiten. Aber sie vermittelten auch wirklich einen ebenso grandiosen wie raschen Überblick der ungeheuer anwachsenden Fachliteratur: So wurden im ersten Halbband 1926, fast gleichzeitig mit ihrer Veröffentlichung, die jüngsten Arbeiten Max Borns („Quantenmechanik der Stoßvorgänge“) und Erwin Schrödingers („Übergang von der Mikrozur Makromechanik“) zur Wellenmechanik vorgestellt. „Die Physikalischen Berichte entwickelten sich unter seiner [Scheels] Leitung zu einem Musterwerk. Über die gesamte Weltliteratur wird hier lückenlos berichtet. Ich glaube, daß kein ähnliches Organ anderer Nationen diesem Werke zur Seite gestellt werden kann,“ sagte Grottrian in der Trauerrede.

Das „Handbuch der Physik“ und andere Editionen Scheels

Mitte der zwanziger Jahre war Scheels Arbeitskraft aber noch keineswegs erschöpft. Er stürzte sich fast umgehend in ein neues literarisches Großunternehmen: Mit dem jüngeren Berliner Kollegen Hans Geiger gab er das „Handbuch der Physik“ im Verlag von Julius Springer heraus; es sollte „eine lückenlose Darstellung des derzeitigen Standes der experimentellen und theoretischen Physik bieten“ und 24 Bände umfassen, von der Geschichte der Physik und Vorlesungstechnik (Band I), den Einheiten (Band II) und Mathematischen Hilfsmitteln (Band III) bis zu den Bänden XXII bis XXIV über Aufbau und Struktur der Materie und das Wesen der Strahlung. Zwar hatten sich Born, Franck und andere Kollegen an der Vorplanung beteiligt, aber Scheel trug mit Geiger die Hauptlast der Redaktion des ab

1926 erscheinenden monumentalen „Handbuches“, das 1933 vollendet vorlag. Nur wenige ausländische Autoren, wie Ralph Kronig oder Nevill Mott, hatten zum „Geiger-Scheel“ beigetragen, der den höchsten Standard seiner Zeit erfüllte und zugleich die Blüte der Physik in Deutschland eindrucksvoll dokumentierte; die Artikel von Wolfgang Pauli über „Die allgemeinen Prinzipien der Wellenmechanik“ (in Band XXIV, Erster Teil) und von Arnold Sommerfeld und Hans Bethe über „Elektronentheorie der Metalle“ (in Band XXIV, Zweiter Teil) gelten noch heute als klassische Meisterwerke der physikalischen Berichterstattung.

Neben diesem Glanzpunkt der wissenschaftlichen Weltliteratur nimmt sich ein weiteres Standardwerk, der „Landolt-Börnstein: Physikalisch-chemische Tabellen“, dessen fünfte Auflage von 1923 Scheel mit dem Chemiker Walther A. Roth in zwei Bänden besorgte, eher bescheiden aus, obwohl ein Rezensent in ihm durchaus „ein Dokument deutscher Tatkraft und Leistungsfähigkeit“ erblickte (H. Küstner in der „Physikalischen Zeitschrift“ vom Oktober 1923).

Mehr in Vergessenheit gerieten Unternehmungen wie das „Physikalische Handwörterbuch“, das Arnold Berliner und Scheel gemeinsam ebenfalls im Verlag von Julius Springer herausgaben, und manche andere Unternehmungen, die Scheels Namen im Titel verzeichnen. „Durch nie ermüdenden Fleiß, durch unwandelbare Treue und selbstlose Hingabe gekennzeichnet, war Scheel der Betreuer eines sehr großen Teils der deutschen physikalischen Literatur, die – nicht zuletzt durch ihn – in ihrer eigenartigen Organisation Weltruf erlangt hat,“ schrieb Hermann Ebert im Nachruf der „Zeitschrift für Physik“, Band 104, und schloß: „So bedeutet Karl Scheels Tod für das deutsche physikalische Schrifttum einen wohl nicht zu ersetzenden Verlust. Aber unsterblich werden seine Verdienste bleiben und unvergänglich der Name Karl Scheel.“

Auch nach seinem Tod (am 8. November 1936) pflegte die Deutsche Physikalische Gesellschaft die Publikationsorgane, die Karl Scheel über Jahrzehnte betreut hatte: die „Zeitschrift für Physik“, die „Verhandlungen“ und die „Physikalischen Berichte“.

Der Versuch von Johannes Stark – der von der nationalsozialistischen Regierung als Präsident der Physikalisch-Technischen Reichsanstalt eingesetzt worden war – im Jahre 1933, das gesamte physikalische Zeitschriftenwesen zu kontrollieren, war frühzeitig von der Gesellschaft zurückgewiesen worden. Aber Stark initiierte zusammen mit Philipp Lenard das, was sie „arische“ oder „deutsche Physik“ nannten: eine ideologisch, engstirnig nationalistisch ausgerichtete Bewegung, die sich vor allem gegen die von Planck, Einstein und Sommerfeld begründete „moderne theoretische Physik“ – also namentlich die Quantentheorie und die Relativitätstheorien – wandte und beispielsweise Heisenberg als „Statthalter des Judentums im deutschen Geistesleben“ (so ein Artikel in der SS-Zeitschrift „Das Schwarze Korps“ vom 15. Juli 1937) ausschalten wollte. Die jüdischen Physiker selbst hatten ihre Stellungen an deutschen Universitäten und Forschungsstätten bereits im Jahre 1933 verloren: Sie fanden vielfach in den angelsächsischen Ländern eine neue Heimat und Beschäftigung und publizierten, wie auch viele ausländische Kollegen, ihre Arbeiten nicht mehr in der „Zeitschrift für Physik“. Das deutsche Wissenschaftsjournal gab daher seinen Rang als international herausragendes Publikationsorgan vor allem an die amerikanische Zeitschrift „Physical Review“ ab.

Ernst Brüche, Vater der „Physikalischen Blätter“

Allerdings gelang es der „deutschen Physik“ nicht einmal, sich im nationalsozialistischen Dritten Reich durchzusetzen. Die meisten Mitglieder der Physikalischen Gesellschaft standen zu den modernen Atom- und Relativitätstheorien. Der Lenard-Schüler und leitende Industriephysiker Carl Ramsauer, der Anfang 1941 das Präsidentenamt der Deutschen Physikalischen Gesellschaft übernommen hatte, bemühte sich energisch, in den schwierigen Zeiten des Zweiten Weltkrieges die große Tradition der Physik in Deutschland zu retten. So veranlaßte er im August 1943 Ernst Brüche, seinen Schüler und Mitarbeiter im AEG-Laboratorium, eine vom Vorstand der Gesellschaft beschlossene „Informationsstelle Deutscher Physiker“ einzurichten und zu leiten. Sie wurde auch von der Deutschen Gesellschaft für technische Physik unterstützt und sollte erstens „die Öffentlichkeit über Arbeit und Bedeutung der physikalischen Forschung sowie den Beruf des Physikers, insbesondere des Grundlagenforschers, durch Zusammenarbeit mit Presse und Rundfunk, durch Herausgabe von Tagungsberichten usw.“ aufklären und zweitens „den wissenschaftlichen Nachwuchs zum Beruf des Physikers, Chemikers und zu verwandten Berufen, durch Veröffentlichungen, Veranstaltung von Vorträgen usw.“ heranziehen. Um diese Aufgabe zu erfüllen, gab Brüche ab Januar 1944 „im Auftrage der Deutschen Physikalischen Gesellschaft“ die „Physikalischen Blätter“ heraus. Er wagte trotz des herrschenden Papiermangels eine neuartige Zeitschrift, der folgende Aufgaben zugeordnet waren: Sie sollte „Ansprechorgan ungezwungener Art“ für die Physiker selbst sein, dazu „Verständigungsorgan mit interessierten Reichsstellen“ und schließlich Quelle für „laufende Information der Presse“ – wie Brüche in der Einführung des ersten Doppelheftes der Zeitschrift ankündigte.

Der am 28. März 1900 in Hamburg geborene Ernst Brüche studierte Physik bei Carl Ramsauer an der Technischen Hochschule Danzig, wo er 1926 zum Dr. Ing. promoviert wurde und 1927 die Habilitation erwarb [2]. 1928 folgte er seinem Chef in die Industrie nach Berlin, um das AEG-Forschungsinstitut aufzubauen. Er selbst setzte die früheren Untersuchungen der anomalen Wirkungsquerschnitte molekularer Gase fort; dann geriet er an die Erklärung des Nordlichts, wozu er die „Störmerischen Elektronenbahnen“ betrachten mußte, und gelangte von da zum Studium der Elektronenbahnen in der von ihm so genannten „geometrischen Elektronenoptik“ (1930). Brüche ent-

wickelte insbesondere das „elektrostatische“ Elektronenmikroskop, das mit elektrischen Feldlinsen arbeitet; an Ausgestaltung und Verbesserung des AEG-Gerätes beteiligte sich eine Reihe von Mitarbeitern, namentlich Walter Henneberg, Helmut Johannson, Hans Mahl, Alfred Recknagel, Walter Schaffernicht und Otto Scherzer. Sie bekamen lebhaft Konkurrenz von Ernst Ruska und Bodo v. Borries, die bei Siemens ein Elektronenmikroskop mit „magnetischen“ Linsen konstruierten. Für seine Pionierleistung wurde Brüche 1942 mit der „Silbernen Leibniz-Medaille“ der Preußischen Akademie der Wissenschaften ausgezeichnet; die Universität Berlin ernannte ihn 1943 zum Honorarprofessor. Als 1943 das AEG-Forschungsinstitut nach Breslau ausgelagert wurde, setzte er die elektronenoptischen Arbeiten dort fort; auf der Flucht bei Kriegsende gelangte er nach Mosbach in Baden, wo er das „Süddeutsche Laboratorium“ (1946 – 1951) einrichtete, das die Firma AEG unterstützte, bis es an Carl Zeiss in Oberkochen übergang. Unermüdlich baute Brüche dann das „Physikalische Laboratorium Mosbach“ auf, das industrienahe Grundlagenprobleme – natürlich auch mit elektronenmikroskopischen Methoden – verfolgte und von der staatlich unterstützten „Arbeitsgemeinschaft für Elektronenoptik“, die Brüche ins Leben rief, getragen wurde.



Ernst Brüche (1900 – 1985) begründete die *Physikalischen Blätter* und prägte sie fast drei Jahrzehnte lang. Das Foto zeigt ihn im Forschungsinstitut der AEG in Berlin (1928/29). (Foto: *Phys. Blätter*)

Ernst Brüche zeigte sein didaktisches Talent schon als junger Forscher; er bediente sich moderner Lehrmethoden und leitete viele Jahre hindurch die „Film- und Bildstelle Deutscher Physiker“; auch „vertrat er die Deutsche Physikalische Gesellschaft sowie die Deutsche Gesellschaft für technische Physik bei den letzten Tagungen vor dem Krieg der Presse gegenüber“ – so Carl Ramsauer in der Ankündigung vom August 1943, in der er seinen früheren Schüler als neuen Leiter der „Informationsstelle Deutscher Physiker“ vorstellte. Dieser bemerkte seinerseits in seiner Einführung zum ersten Heft der „Physikalischen Blätter“ kühn: „Der Physiker soll Experimente machen, und die Physikalischen Blätter sind ein Experiment.“ Gleichzeitig bat er die Kollegen um Unterstützung und Mitarbeit durch Kritik, Information und Beiträge sowie um die Zusendung geeigneten Bildmaterials.

Die Ausgangssituation zu Beginn des vorletzten Kriegsjahres war durch praktische Schwierigkeiten – Arbeitsverzögerungen infolge von Luftangriffen und Papiermangel – ebenso gekennzeichnet wie durch eine politische Gratwanderung. So stellte Brüche das Doppelheft Januar-Februar 1944 unter das Leitmotiv „Forschung tut not!“ und zitierte den einflußreichen Reichsminister für Rüstung und Kriegsproduktion, Albert Speer, mit der Aussage: „Es liegt mir außerordentlich viel daran, daß die

Die Ausgangssituation zu Beginn des vorletzten Kriegsjahres war durch praktische Schwierigkeiten – Arbeitsverzögerungen infolge von Luftangriffen und Papiermangel – ebenso gekennzeichnet wie durch eine politische Gratwanderung. So stellte Brüche das Doppelheft Januar-Februar 1944 unter das Leitmotiv „Forschung tut not!“ und zitierte den einflußreichen Reichsminister für Rüstung und Kriegsproduktion, Albert Speer, mit der Aussage: „Es liegt mir außerordentlich viel daran, daß die

Grundlagenforschung mit aller Intensität und ohne Reibungsverluste an der Arbeit ist.“ Im gleichen Heft stellte er auch geschickt Auszüge aus einer früheren Rede des Propaganda-Ministers Joseph Goebbels zusammen, die in dem Ausspruch gipfelten: „Deutschland verdankt seinen Weltruf mehr noch als seinen Staatsmännern, Soldaten und Wirtschaftlern seinen Künstlern, Gelehrten, Wissenschaftlern, Forschern und Erfindern.“ Nach dem ersten Heft über das Thema „Forschung“ (Nr. 1 – 2) folgten die nächsten des Jahrgangs 1944 über „Physik als Grundlagenwissenschaft“ (Nr. 2 – 4), „Nachwuchsfragen“ (Nr. 5 – 7), „Forschung im Krieg“ (Nr. 8), „Physik in aller Welt“ (Nr. 9), „Echo und Kritik“ (Nr. 10), „Justus von Liebig“ (Nr. 11) und „Fragen des naturwissenschaftlichen Unterrichtes“ (Nr. 12). Die beiden für den Jahrgang 1945 fertiggestellten Hefte – Nr. 1 über „Hundert Jahre Deutsche Physikalische Gesellschaft“ und Nr. 2 über „Physikprogramme“ – konnten nur in wenigen Exemplaren ausgeliefert werden; dann kamen der Zusammenbruch des Deutschen Reiches und die Nachkriegswirren, aber bereits 1946 erschien der zweite Jahrgang der Zeitschrift, die nun den Untertitel „Neue Physikalische Blätter“ trug.

Die Brüchesehen Blätter: „zuverlässiges Nachrichtenorgan“ und „hilfsbereites Diskussionsforum“

Obwohl sich die politischen und wirtschaftlichen Voraussetzungen seit Anfang 1945 gewaltig geändert hatten – es gab nun weder einen deutschen Staat noch eine Deutsche Physikalische Gesellschaft –, unternahm Ernst Brüche mit seinem Schriftleiter Dr. Ulrich Jetter das riskante Wagnis – wie er später sagte – „auf privates Risiko“ aber als „Mitteilungsblatt der Gesellschaft“, bzw. von ihren Teilen, die sich wieder konstituiert hatten. Der ursprüngliche Verlag – Friedrich Vieweg & Sohn, Braunschweig – gab die Rechte zurück, aber auch der in Karlsruhe gefundene Nachfolgeverlag „Volk und Zeit (H. Beisel)“ warf 1948 das Handtuch. Am 12. Februar 1948 gründete Brüche daher mit seiner Frau Dorothee in Mosbach die „Physik GmbH“, und die wieder einfach „Physikalische Blätter“ genannte Zeitschrift kamen ab Heft 10 desselben Jahres im „Physik Verlag“ heraus [3].

Ernst Brüche bestimmte Form und Inhalt der Zeitschrift, ohne sich enger an die in den verschiedenen Besatzungszonen Deutschlands neu entstehenden Physikalischen Gesellschaften anzubinden. Er pries das im ersten Heft des Jahrgangs 1948 an als „kleinen Nachteil im Hinblick auf ihre unbekümmerte und nicht immer gebilligte Darstellung und Meinungsäußerung ... über die Zonengrenzen verbindenden Nachrichtenblattes“. An seinen anfangs des Bandes 2 von 1946 verkündeten Prinzipien hatte er in der Folgezeit wenig zu ändern. Um aber ein „zuverlässiges Nachrichtenorgan“, ein „hilfsbereites Diskussionsforum“ und ein „Übersichtsblatt von Niveau“ zu halten, holte er sich ab 1948 Kollegen als Berater, und zwar zuerst Hans Schimank für die Betreuung der Physikgeschichte, Walter Lietzmann für Schulfragen, Henry Görtler und John Eggert für mathematische und chemische Grenzgebiete und für „andere Teilgebiete der Physik“ Hermann Ebert, Erwin Fues, Pascual Jordan, Kurt Philipp, Carl Ramsauer, Otto Scherzer und Wilhelm Westphal. Zugleich betonte er: „Da die Zeitschrift noch im Entwicklungsstadium ist, erscheint es nicht angebracht, die Berater als ‚Kuratorium‘ für mögliche Irrwege verantwortlich zu machen“. Dieser Kreis ihm meist altbekannter, befreundeter

Berater erweiterte und veränderte sich später: Vor allem gelang es Brüche auch, die aus Deutschland emigrierten Max Born und Victor Weisskopf über lange Jahre zu gewinnen.

Der Herausgeber stellte zunächst als wichtigste Aufgaben der Nachkriegszeit die folgenden Punkte in den Vordergrund:

- Die Verbindungen unter den deutschen Physikern mußten neu geknüpft werden durch Berichte über die Aktivitäten von Teilverbänden, die aus der Deutschen Physikalischen Gesellschaft hervorgegangen waren.
- Die Fortschritte der Physik im Ausland, vor allem bei den großen Siegermächten USA und Sowjetunion, wurden ausführlich referiert, sozusagen als Ansporn für eigene Leistungen der deutschen Physiker.
- Umfangreiche Erinnerungen an die jüngere Physikgeschichte in Deutschland, wie sie z. B. im großen Planck-Heft vom April 1948 mitgeteilt wurden, dienten zur „moralischen Aufrüstung“ der Physiker-Gemeinschaft.

Später traten weitere, über längere Zeit immer wieder aufgegriffene Leitthemen hinzu, z. B.:

- Regelmäßige Berichte über die Physik im anderen Teil Deutschlands und in den osteuropäischen Ländern, Brüche gelang es, hierfür alte Bekannte und neue Referenten zu gewinnen.
- Eingehende Diskussionen des naturwissenschaftlichen, besonders des physikalischen Schulunterrichts: Die verschiedenen Reformen der Lehrpläne in den Gymnasien der Bundesrepublik wurden kritisch analysiert und besprochen, u. a. in Interviews mit Politikern und Behördenvertretern der Bundesländer.

Auch weitere Schwerpunkte der „Physikalischen Blätter“ in der Brüche-Zeit fallen durchaus ins Auge. Zum einen wurden die Nobelvorträge der Physikpreisträger regelmäßig in deutscher Übersetzung abgedruckt. Zum anderen stand in fast allen Hefen, meist an erster Stelle, ein Aufsatz über ein allgemeines über die Physik hinausreichendes Thema. Als Autoren verpflichtete der Herausgeber neben Mathematikern, Chemikern und Biologen auch Philosophen, Soziologen und Politiker. So schrieben u. a. der erste Bundespräsident Theodor Heuss und der Speyerer Philosoph Arnold Gehlen für Brüche. In den sechziger Jahren äußerten sich dann „nur“ mehr die Physiker zu solchen Themen, dafür gelegentlich in Gedichtform – so beispielsweise der Präsident der Physikalisch-Technischen Bundesanstalt, Martin Kersten, im Schlußheft des Jahrgangs 1966.

Ein besonderes Markenzeichen der Brüchesehen „Blätter“, nämlich pointierte, zumeist kritische Bemerkungen des Herausgebers zu aktuellen Themen, die die Physiker betrafen, freilich oft weit über ihre Belange hinausgingen, erhielt ab 1951 die eigene Rubriküberschrift „Ceterum Censeo“. Dabei ging es oft recht temperamentvoll und eigenwillig zu, beispielsweise wenn Brüche gegen das neue, modern gestaltete Bronzestandbild des verehrten Max Planck von Bernhard Heiliger wettete (siehe auch den späteren Artikel Brüches mit dem polemischen Titel „Max Planck und die Züchtungsforschung“ im Mai-Heft 1963). Von den kontroversen Themen, die der Herausgeber mit Vorzug behandelte, seien hier genannt: „Objektivität – Toleranz – Objektivismus“ (1951, Heft 3), „Luftfahrt tut not!“ (1955, Heft 2), „Luftschutz-Problematik“ (1957, Heft 8), „Gefährliche Schwabenstreiche“ (nämlich Abitur ohne Mathematik, in Heft 11 von 1960) und „Dürfen Physiker streiken?“ (Kritik an der BAT-Eingruppierung der Wissenschaftler, April-Heft von 1966).

Andere Fragen aus Physik und Gesellschaft, darunter auch solche, die erst Jahre später ins Bewußtsein der Öffentlichkeit gelangten, gingen Artikel nach wie der von Eduard Justi „Zur Verbesserung der Ausnutzung fossiler Brennstoffe“ (1956) oder ein ausführlicher Bericht über den Reaktorunfall in Idaho im September-Heft von 1960. Sehr wirksam setzte sich Brüche für einen ausländischen Gast ein, den vom südkoreanischen Geheimdienst aus der Bundesrepublik entführten und in der Heimat zum Tode verurteilten Physiker Kyu Myung Tschung; die umfangreiche Aktion bei deutschen Behörden endete damit, daß Tschung begnadigt wurde und nach Deutschland zurückkehren durfte. Schließlich schenkte der Herausgeber dem großen moralischen Thema der „Verantwortung des Physikers“ stets besondere Aufmerksamkeit. So schrieb er an seinen Berater Werner Luck am 20. März 1968: „Wir sind ja leider die einzige Zeitschrift, die in dieser Richtung als Fachzeitschrift etwas tut. Mir scheint manchmal sogar, daß die Beiträge der Physikalischen Blätter in dieser Richtung wichtiger sind als die rein physikalischen Arbeiten.“

DPG und Physikalische Blätter – Annäherung aus kritischer Distanz

Die Zeitschrift, die so viele brennende Fragen der Physiker in Deutschland sachkundig behandelt bzw. deren Interessen vertrat, konnte natürlich nicht ohne Beziehung zu ihrer Standesorganisation bleiben. In der Tat stellte sich mit der Gründung des „Verbandes der Deutschen Physikalischen Gesellschaften“ (VDPG) im Jahre 1950, der in Westdeutschland die Nachfolge der Deutschen Physikalischen Gesellschaft (DPG) antrat, ein immer engeres Verhältnis her. Es schlug sich z. B. nieder in den „Geleitworten“, mit denen die Verbandspräsidenten ab 1951 häufiger neue Jahrgänge der „Physikalischen Blätter“ eröffneten; auch die Präsidenten der 1964 zur „Deutschen Physikalischen Gesellschaft“ wiedervereinigten Teilverbände in der Bundesrepublik setzten diese Tradition fort. Brüche knüpfte überdies gewissermaßen an Aktivitäten seines „Amtsvorgängers“ Karl Scheel an, als er 1952 begann, die Hauptvorträge von den Jahrestagungen herauszugeben: Bis 1963 entstanden im Physik-Verlag elf handliche Bände, dann entschloß sich die DPG zu einem billigeren Reproduktionsverfahren. Außerdem beteiligte er sich an der Herausgabe der „Physikalischen Verhandlungen“, die ab 1950 erschienen.

Ernst Brüche war ein ebenso fachkundiger wie eigenwilliger Mann, der besonders auf die Unabhängigkeit seines Lieblingskindes, der „Physikalischen Blätter“ achtete. Man darf aber die Maximen, nach denen er diese Zeitschrift leitete und die er konzentriert im ersten „Ceterum Censeo“ von 1951 verkündete, durchaus als verbindliche Gebote weit über seine Zeit hinaus betrachten. Sie lauten: „Im übrigen sind wir der Meinung,

- daß für unsere Wissenschaft das „l'art pour l'art“ zu überwinden ist,
- daß jede Kränkung der Freiheit und Gültigkeit unserer Wissenschaft anzuprangern ist,
- daß jeder freudig-ernste Adept mit Nachdruck der Pseudowissenschaft ein Veto zu gebieten hat,
- daß man den jungen Jüngern unserer Kunst einen weiten Überblick zu bieten und ihre Lust an der Kritik zu fördern hat,
- daß sich die Übertreibung des Ernstes hierzulande zu einer

wunderlichen Leidenschaft entwickelt hat,

- daß die sich mehrende Sprachverwirrung zwischen Ost und West kein unaufhaltsames Naturereignis ist,
- daß...“

Trotz allen Unabhängigkeitswillens des Gründers der Zeitschrift kamen schließlich die DPG und die „Physikalischen Blätter“ doch zusammen. Das hatte mehrere Gründe: Einerseits fielen um 1970 immer mehr der früheren Freunde, die Brüche lange Jahre beraten hatten, durch Tod oder Alter aus. Der Herausgeber fühlte sicher, daß die Zeit reif war, die Blätter in jüngere Hände zu legen und auf eine breitere Basis zu stellen. Andererseits drängte der Präsident der DPG, Werner Buckel, darauf, die Zeitschrift in die Obhut der Gesellschaft zu bekommen. Und schließlich mußte sich der über siebzigjährige Brüche langsam aus dem Tagesgeschäft zurückziehen und gleichzeitig den Fortbestand der Blätter sichern. Der Berater Werner Luck vermittelte den Weinheimer „Verlag Chemie“ (heute: VCH Verlagsgesellschaft), der 52 % der Anteile am Physik-Verlag erwarb; die DPG kaufte 24 %, die restlichen 24 % verblieben beim Gründer und gingen erst nach seinem Tod (am 8. Februar 1985) ebenfalls an die Physikalische Gesellschaft über. Der 1924 geborene Karl Kromphardt wurde neuer Redakteur der Zeitschrift, die nun „vom Physik-Verlag unter Mitwirkung der DPG“ (1973 – 1977), „von der DPG“ (1978) und ab 1979 „im Auftrag der DPG“ von vier Persönlichkeiten herausgegeben wurden. „Damit hat nun endlich auch die DPG wie andere große Gesellschaften ihre eigene Zeitschrift“, stellte der Präsident Hans Queisser 1977 fest und fügte hinzu: „Wir glauben, dies ist ein guter Schritt, um alle Kollegen schneller zu erreichen und besser zu informieren, aber auch um unsere Meinung deutlicher vertreten zu können.“ Mit Jahrgang 38 (1982) übernahm Ernst Dreisigacker die Redaktion der „Physikalischen Blätter“.

Die trotz der gebotenen Sachlichkeit und Verbundenheit mit den deutschen Physikern von Brüche so persönlich engagiert geführte Zeitschrift mußte natürlich nach dessen Ausscheiden eine Wandlung erfahren, bei der das von der Gesellschaft bestellte Kuratorium wesentlich mitwirkte. Die Mitglieder des Kuratoriums waren aus den verschiedenen Bereichen der Physik und ihrer Nachbargebiete ausgewählt. Sie sorgten vor allem für eine mehr fachbezogene Berichterstattung; die in der späten Brüche-Zeit sich häufenden historischen Beiträge nahmen dagegen deutlich ab. Die neuen Bände der „Physikalischen Blätter“ enthielten ab 1975 auch die Plenarvorträge der Physikertagung – zunächst im Dezember-Heft und ab 1980, als die Haupttagung in das Frühjahr verlegt wurde, im Juli-Heft (heute im Doppelheft Juli-August). Die DPG trat auch optisch zunehmend in ihrer Zeitschrift in Erscheinung. Im Januar-Heft 1983 wurden die „Grundsätze und Geschäftsordnung der Physikalischen Blätter“ veröffentlicht, die die Zusammenarbeit zwischen Herausgebern, Verlag und Redaktion klar regelt.

Entgegen dem Ratschlag Brüches von 1964 ließ sich der Umfang der schlanken Blätter nicht halten: Er stieg von seiner Standgröße, nämlich 580 Seiten im A5-Format (zwischen 1950 und 1972), auf gelegentlich über 700 Seiten. Der Zuwachs setzte sich auch fort, als 1980 das handliche „Westentaschen-Format“ dem üblichen A-4-Großformat von Fachzeitschriften wich: Bereits 1989 erreichte der Jahrgangsband die doppelte Dicke des 1980ers. In diesem Wachstum spiegeln sich neben zunehmenden Anforderungen der Physikergemeinschaft – es gab zeitweise eine deutliche Vermehrung der Rubriken – vornehmlich der Anstieg der Mitgliederzahl der DPG wider. Jene wuchs –

nicht zuletzt dank der gestiegenen Attraktivität der Physikalischen Blätter – von rund 8000 zu Ende der siebziger Jahre auf über 27 000 heute.

In den fünfzig Jahren ihres Bestehens hat sich das äußere Erscheinungsbild der Physikalischen Blätter insgesamt fünfmal grundlegend verändert. Die inhaltliche Fortentwicklung läßt sich grob auf die Formel bringen: vom „physikopolitischen“ Blatt (Brüches) zum fachwissenschaftlich orientierten DPG-Organ (heute). Mit einer wachsenden Zahl von Meinungsbeiträgen sowie Berichten zur Forschungspolitik und zu Berufsfragen nähern sich die Blätter gegenwärtig allerdings wieder stärker dem ursprünglichen Konzept ihres Gründervaters.

So wenig also Max von Laues Befürchtung wahr wurde – er äußerte 1947 zum Gründer: „Die Physikalischen Blätter werden aufhören, wenn Sie aufhören!“ –, so sehr mag man hoffen, daß der Pioniergeist Ernst Brüches, der die Physikalischen Publikationsorgane in schwierigster Zeit fast ganz auf sich selbst gestellt fortführte, in der Zeitschrift lebendig bleibt.

Deutsche Physikalische Gesellschaft – ihre Zeitschriften im Überblick

„Fortschritte der Physik“

gegründet 1845 als Referateorgan; 1902 unter K. Scheel neu organisiert. Ab 1920 als „Physikalische Berichte“ fortgeführt und unter K. Scheel neu organisiert; Unterbrechung zwischen 1944 und 1952, dann fortgesetzt (unter H. Ebert), ab 1978 als „Physics Briefs – Physikalische Berichte“ (gemeinsam mit Fachinformationszentrum Karlsruhe); Ende 1994 eingestellt.

„Verhandlungen“

gegründet 1882 als „Verhandlungen der Physikalischen Gesellschaft zu Berlin“ mit Berichten über das wissenschaftliche Leben erst der Berliner, dann der Deutschen Physikalischen Gesellschaft, 1899 – 1945 als „Verhandlungen der Deutschen Physikalischen Gesellschaft“ fortgesetzt.

„Physikalische Verhandlungen“

gegründet 1950 von E. Brüche auf privater Basis, daraus wurden 1955 die „Physikalischen Verhandlungen, Verbandsausgabe“ der VDPG abgespalten, die heute „Physikalische Verhandlungen DPG“ heißen und Titel und Zusammenfassung von Vorträgen auf den Tagungen der DPG bringen.

„Zeitschrift für Physik“

gegründet 1920 (von K. Scheel), „herausgegeben von der DPG als Ergänzung zu ihren Verhandlungen“; nach Unterbrechung (1945 – 1948) wieder erschienen, herausgegeben von Mitgliedern der Nachfolgegesellschaften, heute in vier Ausgaben A, B, C und D geteilt.

„Physikalische Blätter“

gegründet 1944 von E. Brüche als „Organ der Informationsstelle Deutscher Physiker, herausgegeben im Auftrage der Deutschen Physikalischen Gesellschaft“; ab 1946 bis 1972 alleinverantwortlicher Herausgeber E. Brüche; 1973 – 1977 herausgegeben im Physik-Verlag unter Mitwirkung der DPG, seit 1977 Mitgliederzeitschrift der Deutschen Physikalischen Gesellschaft (vgl. auch „50 Jahre Physikalische Blätter“ von E. Dreisigacker und H. Rechenberg, Phys. Bl. 50 (1994) 21).

„Annalen der Physik“

gegründet 1790 von F. A. C. Gren als „Journal der Physik“; ab 1799 unter dem heutigen Namen; 1809 übernommen vom Verlagshaus J. Ambrosius Barth in Leipzig (seit 1990: Leipzig und Heidelberg). Seit 1991 herausgegeben „unter Mitwirkung der DPG“. Mit Originalbeiträgen aus dem gesamten Bereich der Physik.

Das Zeitschriften-Engagement der DPG heute

Das „Innenleben“ der Deutschen Physikalischen Gesellschaft spiegeln heute vor allem die „Physikalischen Blätter“, aber auch die „Verhandlungen“ wider. Letztere hatte Brüche 1950 auf eigenes Risiko wieder ins Leben gerufen; ab 1955 wurde die Zeitschrift zunächst vom „Verband Deutscher Physikalischer Gesellschaften“ (VDPG), später von der DPG in mehrfach geänderter Form fortgeführt. Heute sind die Verhandlungen mit vier bis sechs Heften pro Jahr die unentbehrlichen Führer durch das Vortragsgeschehen der DPG-Frühjahrstagungen.

Darüber hinaus trägt die DPG nach wie vor auch Mitverantwortung bei der Herausgabe weiterer wissenschaftlicher Zeitschriften. So steht ihr Name immer noch im Titel der „Zeitschrift für Physik“, deren Herausgabe Hans Geiger von 1936 bis Band 123 (1944) „unter Mitwirkung der Deutschen Physikalischen Gesellschaft“ besorgte; nach Geigers Tod und einer Unterbrechung von 1945 bis 1948 sprangen Max v. Laue und Robert W. Pohl ein – „unter Mitwirkung der Deutschen Physikalischen Gesellschaft in der Britischen Zone“, ab 1950 „unter Mitwirkung des Verbandes Deutscher Physikalischer Gesellschaften“ –, danach übernahmen Otto Haxel und J. Hans D. Jensen die Leitung, ab Band 177 (1964) wieder „unter Mitwirkung der Deutschen Physikalischen Gesellschaft“. Selbst mit den späteren Herausgebern der ab 1975 in mehrere Ausgaben geteilten Zeitschrift löste sich die Verbindung zur DPG nicht.

Noch stärker engagierten sich VDPG und DPG an den „Physikalischen Berichten“, die von 1978 an zusammen mit dem Fachinformationszentrum in Karlsruhe als „Physics Briefs – Physikalische Berichte“ erstellt wurden und erst kürzlich, Ende 1994, in den „Physics Abstracts“ aufgingen.

Mit dem Zusammenschluß der Deutschen Physikalischen Gesellschaft und der Physikalischen Gesellschaft der DDR am 20. November 1990 hat die DPG auch Verantwortung für die 1790 gegründeten „Annalen der Physik“ übernommen, die seither „unter Mitwirkung der DPG“ herausgegeben werden. Ebenso hat sie sich verpflichtet, „die Belange der Zeitschrift ‚Experimentelle Technik der Physik‘ zu unterstützen.

Literatur und Anmerkungen

- [1] W. Grotrian: Karl Scheel. Trauerrede gehalten am 13. November 1936 im Krematorium Berlin-Wilmersdorf. Verhandlungen der DPG (3) 17 (1936) 32 – 35.
- [2] Zu E. Brüches Biographie siehe H. Boersch: Dem Herausgeber zum 60. Geburtstag. Phys. Bl. 16 (1960) 145; H. Ebert: Ernst Brüche zum Achtzigsten. Phys. Bl. 36 (1980) 57; M. Kersten: Erinnerungen an Ernst Brüche. Phys. Bl. 41 (1985) 134; C. Ramsauer (Hrsg.): Zehn Jahre Elektronenmikroskopie. Ein Selbstbericht des AEG-Forschungsinstituts. Julius Springer, Berlin 1941.
- [3] E. Brüche: 25 Jahre Physik-Verlag in Mosbach. Phys. Bl. 28 (1972) Anlage zu Heft 12.

Alle anderen Zitate stammen aus den angegebenen Publikationsorganen der Deutschen Physikalischen Gesellschaft bzw. den Brücheschen Physikalischen Blättern und dem Handbuch. Zur Vertiefung und Ergänzung des hier Gesagten empfehlen wir die Lektüre der Kapitel 1 („Deutsche Physikalische Gesellschaft“) und 3 („Physikalische Literatur“) im „Physik-Handbuch – Daten, Fakten, Adressen“, herausgegeben von I. Peschel im Auftrag der DPG (Bad Honnef 1991).

Die Physikalische Gesellschaft zu Berlin in den Jahren nach dem Zweiten Weltkrieg

Horst Nelkowski

Nach einer kurzen Erinnerung an den Aufstieg Berlins zum Zentrum der Physik in Deutschland, dem Niedergang nach 1933 und dem katastrophalen Ende 1945 schildert der folgende Beitrag den Neubeginn der Lehre und Forschung und die Neugründung der Physikalischen Gesellschaft zu Berlin im Jahre 1949. Ihre vielfältigen Aktivitäten – Vorträge, Tagungen, Ausstellungen, Informations- und Weiterbildungsveranstaltungen – werden ebenso aufgezeigt wie die Entstehung einer neuen, vielseitigen Forschungslandschaft. Mit Hinweis auf die Möglichkeiten, aber auch Probleme durch die – gerade in unserer geteilten Stadt stets erstrebte – Wiedervereinigung, speziell auch durch das neue Domizil der Physiker in Berlin, das Magnus-Haus, schließt dieser kurze Überblick über die letzten fünfzig Jahre der Physikalischen Gesellschaft zu Berlin.



Prof. Dr.-Ing. Horst Nelkowski ist seit 1972 Professor am II. Physikalischen Institut bzw. am Institut für Festkörperphysik der TU Berlin. 1953 wurde er Mitglied der Physikalischen Gesellschaft zu Berlin, seit 1963 gehört er ihrem Vorstand an, drei Jahre lang war er Vorsitzender und 25 Jahre Schatzmeister.

Sehr spät – fast vier Jahre nach Kriegsende – trafen sich die Berliner Physiker am 7. Dezember 1949 zur konstituierenden Sitzung der wiedergegründeten Physikalischen Gesellschaft zu Berlin. Was waren die Gründe dafür, daß gerade in Berlin die Physiker sich erst ca. zwei Jahre nach ihren Kollegen in den westlichen Besatzungszonen offiziell zusammenschlossen? In Berlin, der Stadt, in der 1845 die Physikalische Gesellschaft zu Berlin gegründet worden war, welche dort ebenso wie die 1919 gegründete Deutsche Gesellschaft für Technische Physik (DGTP) bis 1945 ihren Sitz hatte. Nahezu ein Drittel aller deutschen Mitglieder der DPG und fast die Hälfte aller Mitglieder der DGTP waren vor dem Kriege in Berlin beheimatet.

Ursachen für die späte Gründung waren

- die weitgehende Zerstörung der Berliner Lehr- und Forschungsstätten und der hiesigen Industrie, verbunden mit einem katastrophalen Verlust an Physikern durch Vertreibung und Emigration nach 1933, durch Verlagerung wegen der Luftangriffe nach 1943, durch Flucht oder Tod bei Kriegsende sowie durch Verpflichtung von Spezialisten in die Sowjetunion oder Auswanderung ins westliche Ausland und zum anderen
- die besonderen politischen Verhältnisse in dieser Stadt unter Viermächteverwaltung.

Beides wird im folgenden behandelt werden, aber zum besseren Verständnis der Entwicklung nach dem Krieg soll zuvor der Aufstieg Berlins zum Zentrum der Lehre und Forschung auf dem Gebiet der Physik und der physikalischen Chemie kurz skizziert werden.



Verabschiedung des nach Göttingen berufenen James Franck im Jahre 1921, das berühmte „Sofa-Bild“. Sitzend von links: Herta Sponer, Albert Einstein, Ingrid Franck, James Franck, Lise Meitner, Fritz Haber, Otto Hahn. Dahinter, stehend: Walter Grotrian, Wilhelm Westphal, Otto von Baeyer, Peter Pringsheim, Gustav Hertz.

Die ersten hundert Jahre – Aufstieg und Niedergang

In den fünfzig Jahren nach der Gründung der Physikalischen Gesellschaft zu Berlin am 14. Januar 1845 hatten Lehre und Forschung an der Friedrich-Wilhelm-Universität insbesondere durch Heinrich Gustav Magnus, Hermann von Helmholtz, August Adolf Kundt sowie Gustav Robert Kirchhoff einen hohen Stand erreicht. Parallel dazu war Berlin auch ein bedeutender Standort der aufblühenden Elektroindustrie geworden, insbesondere durch das Wirken von Werner von Siemens, auf dessen Anregung 1887 die Physikalisch-Technische Reichsanstalt (PTR) gegründet worden war.

Während der zweiten fünfzig Jahre wurde Berlin für die Physik in Deutschland das Zentrum der Lehre und Forschung. Max Planck, Walter Nernst, Emil Warburg, Otto Hahn, Lise Meitner, Walter Bothe, James Franck, Gustav Hertz, Robert Pohl, Max von Laue, Max Born, Eugen Wigner, Ernst Schrödinger, Peter Debye und Werner Heisenberg, um nur die Wichtigsten zu nennen – abgesehen von Emil Warburg, Lise Meitner und Robert Pohl erhielten alle den Nobelpreis –, wirkten hier an der Universität, der Technischen Hochschule oder den staatlichen und industriellen Forschungsinstituten. Auf Anregung von Max Planck, damals Schatzmeister, wurde 1899 die Satzung der Gesellschaft geändert und diese in „Deutsche Physikalische Gesellschaft“ (DPG) umbenannt, da sie fast fünfzig Prozent auswärtige Mitglieder hatte. Die Aktivitäten blieben jedoch fast unverändert: die Herausgabe physikalischen Schrifttums, die Beteiligung an den Tagungen der Gesellschaft Deutscher Naturforscher und Ärzte (GDNA) und insbesondere die regelmäßigen Sitzungen – alle 14 Tage am Freitag in der Berliner Universität. Diese starke Fixierung auf Berlin – bis 1918 waren auch alle Vorsitzenden der DPG Berliner Physiker – erregte bei vielen auswärtigen Mitgliedern Unwillen, und deshalb sah die neue Satzung vom 1. Januar 1920 die Gründung von Gauvereinen vor. Nach München, Wien, Hessen und Niedersachsen wurde

am 1. Oktober 1921 die Physikalische Gesellschaft zu Berlin e. V. – als Gauverein der DPG – wiedergegründet. Unter ihrer Leitung erfolgten fortan die wichtigen Freitagssitzungen. Mit der 1919 gegründeten Deutschen Gesellschaft für Technische Physik (DGTP) kooperierte sie von Anfang an sehr eng; viele Vortragsveranstaltungen und regionale Tagungen wurden gemeinsam durchgeführt. Zwei Bilder mögen einen vagen Eindruck von dem wissenschaftlichen Leben im Berlin der zwanziger Jahre vermitteln: Berliner Physiker und Chemiker treffen sich zur Verabschiedung des 1921 nach Göttingen berufenen James Franck – das berühmte „Sofa-Bild“ – und ein Kolloquium ohne Ordinarien, um das junge Physiker Niels Bohr während seines Berliner Besuchs 1920 gebeten hatten, „das bonzenfreie Kolloquium“. Übrigens Robert Pohl, der gerade einen Ruf als Ordinarius nach Göttingen erhalten hatte, also ein „Bonze“ geworden war, durfte nicht teilnehmen [1]. Sehr treffend hat Ernst Schrödinger bei der Nobelpreisverleihung 1934 – ein Jahr nach seiner Emigration – diese Zeit geschildert:

„1927 kam ich auf Plancks Lehrstuhl nach Berlin. Zwei große Hochschulen, die Reichsanstalt, das Kaiser-Wilhelm-Institut, das Atomphysikalische Institut und eine Anzahl von Forschungsstätten der Industrie erzeugten damals in Berlin eine Bevölkerungsdichte von Physikern ersten Ranges ohne Beispiel, die in einem gemeinsamen Kolloquium jede Woche zu einem intimen Kongress vereinigt zu sehen, war ein tiefer Eindruck und die Behandlung aller brennenden Tagesfragen (der Physik) vor diesem Forum ein großer Genuß.“ [2]

Die Machtübernahme durch die Nationalsozialisten 1933 bedeutete einen gravierenden Einschnitt bis hin zur völligen Zerstörung dieser Forschungslandschaft. Ihr universeller Machtanspruch und ihr Antisemitismus bedrohte zunehmend die Freiheit der Lehre und Forschung, das galt insbesondere für die jüdischen (im Sinne der nationalsozialistischen Rassenlehre) Kollegen und Studenten, deren Existenz und Leben zunehmend stärker gefährdet wurden. Albert Einstein und Eugen Wigner,

**Kolloquium der „noch nicht Arri-
vierten“ mit Niels Bohr 1920 in
Berlin, das „bonzenfreie Kollo-
quium“. Von links nach rechts:
Otto Stern, Wilhelm Lenz, James
Franck, Rudolf Ladenburg, Paul
Knipping, Niels Bohr, E. Wagner,
Otto von Baeyer, Otto Hahn,
Georg von Hevesy, Lise Meitner,
Wilhelm Westphal, Hans Geiger,
Gustav Hertz, Peter Pringsheim.**



die gerade in den USA waren, kamen nicht mehr zurück. Fritz Haber, Ernst Schrödinger, Denis Gabor – alles Nobelpreisträger – gingen nach England, Lise Meitner konnte 1938 über Holland nach Schweden entkommen. Von den vielen Jüngeren seien nur John von Neumann, Leo Szilard, Michael Polany und Herbert Freundlich genannt. Gustav Hertz erhielt 1935 Prüfungsverbot und ging in das Siemens-Forschungsinstitut, Hartmut Kallmann zur AEG. Arnold Berliner (u. a. Gründer der Zeitschrift „Naturwissenschaften“) wählte 1942 den Freitod, um der drohenden Deportation zu entgehen [3]. Nur wenige Physiker traten den Verfolgungen und Verunglimpfungen so offen entgegen wie Max von Laue; aber auch Max Planck und Otto Hahn wehrten sich deutlich gegen die Eingriffe der Politik in die Wissenschaft. [4] Nach Beginn der schweren Luftangriffe begann 1943 die systematische Verlagerung von Instituten aus Berlin. Das betraf alle Bereiche: die Universitäten, die PTR, die Kaiser-Wilhelm-Institute sowie die Forschungs- und Entwicklungsabteilungen der Industrie.

Die Situation bei Kriegsende

Die Universitäten und Forschungsinstitute hatten durch Bombenkrieg und Kampfhandlungen schwerste Schäden erlitten. Insbesondere in den laut alliierten Absprachen seit Sommer 1945 von den Westmächten besetzten Stadtteilen waren zuvor in den Industriebetrieben, Forschungsinstituten und der Technischen Hochschule alle noch vorhandenen Geräte, Instrumente, die technischen Einrichtungen und die Maschinen von der Roten Armee systematisch demontiert und in die UdSSR geschafft worden.

Der überwiegende Teil der bekannten Physiker war durch Verlagerung vor oder Flucht bei Kriegsende in die westlichen Besatzungszonen gelangt. Um nur zwei Beispiele zu nennen: Ein Großteil der Mitglieder und Mitarbeiter der Kaiser-Wil-

helm-Institute traf sich im fast unzerstörten Göttingen; die Elektronenmikroskopiker der AEG fanden in Mosbach/Baden bzw. Tübingen ein neues Domizil.

Von den in Berlin verbliebenen Wissenschaftlern wurden viele zur Forschung in der Sowjetunion verpflichtet; manche sahen darin die beste Möglichkeit, um wissenschaftlich weiterarbeiten zu können. Manfred von Ardenne, der 1938 in seinem Privatlabor in Berlin-Lichterfelde u. a. das erste Raster- (oder Abtast-) Elektronenmikroskop entwickelt und während des Krieges ein Zyklotron gebaut hatte, und sein Mitarbeiter Fritz Bernhard, aber auch Gustav Hertz, Max Volmer, Nikolaus Riehl, Adolf Thiessen, Karl Wirths, Heinz und Elfi Barwich u. a. gehörten zu den beiden Spezialistengruppen, die dort im Umfeld der Kernwaffenentwicklung arbeiteten. Außerdem wurden acht weitere Spezialistengruppen in die Sowjetunion verpflichtet, darunter viele Elektroniker [5]. – Andere Physiker gingen ins westliche Ausland z. B. Fritz Schröter, der in Paris ein neues Betätigungsfeld fand, Franz Weidert, der in Madrid ein optisches Institut aufbaute und Fritz Houtermanns, der in die Schweiz übersiedelte.

Bei Kriegsende waren die Berliner Universitäten von den Alliierten geschlossen worden, was in Erlassen des Magistrats vom 31. Mai und 8. Juni bestätigt wurde. Von Berliner Politikern und den West-Alliierten wurde angestrebt, die Universität und die Technische Hochschule dem Berliner Magistrat zu unterstellen, natürlich unter Aufsicht durch den alliierten Kontrollrat. Der sowjetische Vertreter hingegen verlangte, die Berliner Universität der Zentralverwaltung der Sowjetischen Besatzungszone (SBZ), Bereich Volksbildung, zuzuordnen, was er dann am 8. Januar 1946 anordnete. Daraufhin übernahm der Britische Stadtkommandant die in seinem Sektor gelegene Technische Hochschule, welche am 9. April 1946 als Technische Universität Berlin (TUB) neu gegründet wurde. Bis zum 1. Juni 1949 wurde sie aus den Mitteln der Britischen Besatzungszone finanziert, dann übernahm sie der Senat von Berlin.

Neubeginn der Lehre und Forschung

Bereits am 2. Juni 1945 hatte sich ein Arbeitsausschuß für die Wiedereröffnung der TH konstituiert, dem u. a. Gustav Hertz und Max Volmer angehörten. Als beide kurz danach in die Sowjetunion gingen, übernahmen Carl Ramsauer und Wilhelm Westphal diese Aufgabe. Ramsauer war zweifellos für den Wiederaufbau der Physik als auch für die Gründung der Physikalischen Gesellschaft zu Berlin die überragende Persönlichkeit. 1946 wurde er – 67 Jahre alt – Direktor des Physikalischen Instituts, dem er bereits seit den zwanziger Jahren als Honorarprofessor angehört hatte. Für die theoretische Physik wurde Hartmut Kallmann berufen, ein ehemaliger Mitarbeiter von Otto Hahn, und Rudolf Frerichs, zuvor KWI für Physik, übernahm als Vertreter für den beurlaubten Westphal die Physikalischen Übungen.

Auch die jetzt in Humboldt-Universität Berlin (HUB) umbenannte Friedrich-Wilhelm-Universität war mit dem Sommersemester 1946 wieder eröffnet worden. Christian Gerthsen blieb (seit 1939) Direktor des Physikalischen Instituts, bis er 1948 nach Karlsruhe berufen wurde. Friedrich Karl Sidney Möglich vertrat die theoretische Physik, Robert Rompe, Franz Skaupy und Ferdinand Trendelenburg waren weitere Hochschullehrer. Im folgenden Jahr kamen Hans Lassen für die Experimentalphysik sowie Hans Kienle und Walter Grotrian für die Astrophysik hinzu. Sehr bald jedoch begann eine politische Einflußnahme auf die Universität, der insbesondere kritische Studenten ausgesetzt waren. Die Exmatrikulation mehrerer gewählter Studentenvertreter führte am 19. Juni 1948 auf Initiative des Studentenparlaments der TUB zur Gründung eines vorbereitenden Ausschusses für eine „Freie Universität“. Mit tatkräftiger Unterstützung durch die amerikanische Militärverwaltung und finanzielle Hilfe durch die Ford-Foundation konnte die „Freie Universität Berlin“ (FUB) – während der Blockade Westberlins – gegründet werden. Gemäß ihrer kooperativen Verfassung hatten in der Neugründung in allen akademischen Gremien Studenten, wissenschaftliche Mitarbeiter und Hochschullehrer Sitz und Stimme. Die Experimentalphysik wurde von Hans Lassen vertreten, später kamen Richard Honerjäger sowie für die Theorie Wolfgang Ludwig hinzu.

Das KWI für Physikalische Chemie war zwar vor Kriegsende nach Göttingen verlegt worden, aber die Gebäude blieben weitgehend erhalten. Einige Mitarbeiter – u. a. Iwan Stranski, Kurt Molière und Kurt Überreiter – begannen kurz nach dem Kriege mit Forschungsarbeiten und eröffneten am 17. Oktober 1946 wieder das „Dahlemer Kolloquium“. Robert Havemann, von sowjetischen Truppen aus dem Zuchthaus befreit, war vom Berliner Magistrat als Institutsdirektor eingesetzt worden. 1947 übernahmen die Länder der amerikanischen Besatzungszone die Schirmherrschaft und die Finanzierung der in Berlin verbliebenen Kaiser-Wilhelm-Institute als „Deutsche Forschungshochschule Berlin Dahlem“. 1948 wurde Karl Friedrich Bonhoeffer – anfangs auch noch Direktor des Instituts für Physikalische Chemie der Humboldt-Universität als Direktor berufen. Er holte u. a. Ernst Ruska (Nobelpreis 1985), den Erfinder des Elektronenmikroskops, und Erwin E. Müller, den Erfinder des Feldelektronenmikroskops, an das Institut.

Trotz der Verlagerungen und der Demontagen nach dem Kriege begannen auch bei der Physikalisch-Technischen Reichsanstalt sowie in einigen Industrieforschungsinstituten langsam wieder erste Aktivitäten. Was aber noch immer fehlte, war der Zusammenschluß der Physiker in einer Gesellschaft.

Die Neugründung der Physikalischen Gesellschaft zu Berlin und erste Aktivitäten

Sehr früh schon hatte Carl Ramsauer, der letzte Präsident der DPG (1940 – 1945) über die Neugründung der Physikalischen Gesellschaft Vorgespräche geführt. Für die Genehmigung wäre ein einstimmiger Beschluß des alliierten Kontrollrates nötig gewesen, aber dafür lagen die Ansichten der vier Vertreter zu weit auseinander. Als 1948 die Sowjets den Kontrollrat blockierten, ging die Zuständigkeit für die Gründung von Vereinen auf die jeweiligen Stadtkommandanten über. Es dauerte zwar noch ein Jahr, bis alle Voraussetzungen geklärt waren, aber zum 10. Mai 1949 riefen dann Carl Ramsauer und Heinrich Gobrecht Physiker aus den Berliner Universitäten, Forschungsinstituten



Max von Laue (links) und Carl Ramsauer 1949 in Bonn

und der Industrie zu einer vorbereitenden Sitzung auf. Nach Überwindung mancher Probleme und Erfüllung aller Formalitäten, fand am 7. Dez. 1949 die Gründungsversammlung statt.

Nach einem Festvortrag von Iwan Stranski wurde Carl Ramsauer zum 1. Vorsitzenden gewählt, Werner Schaafs wurde sein Vertreter. Am Gründungstag wurden nahezu hundert Mitglieder aufgenommen. Von den ehemaligen Kollegen hatten die in Berlin verbliebenen Physiker mancherlei Zuspruch erhalten. Erwähnt sei Ernst Brüche, der bei vielen Besuchen und durch seinen umfangreichen Briefwechsel, insbesondere aber mit seinen „Physikalischen Blättern“ umfassend über die Entwicklung der Physik in ganz Deutschland berichtete und so den Zusammenhalt der Physiker im viergeteilten Deutschland über alle Zonengrenzen hinweg förderte. Insbesondere aber sei an Max von Laue gedacht, der die Entwicklung in Berlin mit stetem Interesse beobachtete und mit vielfältigem Rat half. Ein Beispiel ist sein nachfolgend abgedruckter Brief an Carl Ramsauer.

Zwar konnte von Laue nicht an der Gründungsversammlung in Berlin teilnehmen, aber 1951 kam er im Alter von 71 Jahren als Direktor des Kaiser-Wilhelm-Instituts für Physikalische Chemie und Elektrochemie (seit 1953 Fritz-Haber-Institut der Max-Planck-Gesellschaft) nach Berlin zurück. Am 9. November 1951 wurde von Laue zum 1. Vorsitzenden der Physikalischen Gesellschaft zu Berlin gewählt. Sein Stellvertreter wurde Friedrich Werner, Direktor der Askania-Werke.

Seit Ihrer Neugründung veranstaltete die Physikalische Gesellschaft wiederum etwa alle 14 Tage wissenschaftliche Sit-

zungen und öffentliche Vorträge (wegen der Finanzierung der Reisen häufig in Zusammenarbeit mit dem Außeninstitut der TUB) mit Gästen aus allen Teilen Deutschlands und seit 1952 wieder in verstärktem Maße mit Vortragenden aus dem Ausland. Unsere ersten Gäste waren: Sir Charles Darwin (Cambridge), Lise Meitner (Stockholm) und James Franck (Chicago). Sehr bald wurden auch größere Veranstaltungen in Zusammenarbeit mit anderen Berliner Institutionen durchgeführt, z. B. die von Jean D'Ans initiierte „Berliner Woche der exakten Naturwissenschaften“ vom 24. bis 30. Mai 1951, gemeinsam mit den beiden Berliner Universitäten, der Deutschen Forschungshochschule Berlin-Dahlem und dem Ortsverband Berlin der Gesellschaft Deutscher Chemiker. An den ersten drei Tagen dominierte die Chemie, die letzten drei waren der Physik gewidmet. Zu den sechzig Vorträgen, darunter zehn aus dem Ausland (Schweiz, Frankreich, England, USA und Brasilien), kamen fast

2500 Teilnehmer, davon ca. 1000 aus der DDR. Bei den Höhepunkten der Tagung, z. B. dem Festakt am Sonntag mit einem Vortrag von Carl Ramsauer über „Berlin und die exakten Naturwissenschaften“ [2], in welchem er die Entwicklung seit 1700 – insbesondere die große Zeit der Physik und Chemie von 1900 bis 1930 – sehr lebendig schilderte, war der große Hörsaal des Physikgebäudes (1000 Plätze, damals der größte Berlins) hoffnungslos überfüllt. Das galt auch für die Vorträge von Otto Hahn über „Beispiele internationaler Zusammenarbeit“ und von Erwin Müller, der das Bild des Leuchtschirmes eines Feldelektronen-Mikroskops an die Tafelwand projizierte, so daß die ca. 1400 Anwesenden die Bewegung einzelner Atome auf der Spitze des Wolframdrahtes erkennen konnten. Auch die Festrede auf dem Bankett, die der 91jährige Friedrich Schmidt-Ott, jahrzehntelanger Förderer und Organisator der Wissenschaften (letzter Preußischer Staatsminister für die geistlichen und die Unter-

Flugplatz Bückeburg, 9.7.49

Lieber Kollege Ramsauer!

In Berlin höre ich gestern, es wäre eine Berliner Physikalische Gesellschaft in der Bildung begriffen. Ob schon ein Vorstand existiert, ob schon ein Vorstandler da ist, kann ich nicht feststellen. Jedenfalls sind Sie darüber besser informiert. Darum bitte ich Sie um die Freundlichkeit, die folgende Nachricht an eine geeignete Stelle zu befördern.

Es sind Bestrebungen im Gange, die 5 Physikalischen Gesellschaften der Westzonen (für Bayern, in der Britischen Zone, für Hessen, Rheinland-Pfalz und für Württemberg-Baden) zu einer Deutschen Physikalischen Gesellschaft zu vereinigen. Dies seit dem 24. Mai 49 bestehende deutsche Bundesstaat beseitigt alle bisherigen politischen Hindernisse. Ende Juli soll eine Tagung der 5 Vorsitzenden dieser Zonen in München zur Besprechung über diese Vereinigung stattfinden. Will und kann sich auch die Berliner Physikalische Gesellschaft anschließen und einen Vertreter nach München schicken?

Mit bestem Guss verbleibe ich
Ihr ganz ergebener
M. v. Laue
(Göttingen, Brunnenstr. 16)

Faksimile eines Briefes von Max von Laue an Carl Ramsauer. Eine maschinengeschriebene Abschrift ist auf Seite 112 abgedruckt

richtsangelegenheiten [1918]), Stellvertretender Vorsitzender der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft von 1911 bis 1930, Gründer der Notgemeinschaft der Deutschen Wissenschaft und deren Vorsitzender bis 1933), über die Forschung und Forschungsförderung in Berlin während der letzten sechzig Jahre hielt, wird jedem in Erinnerung bleiben, der dabei war.

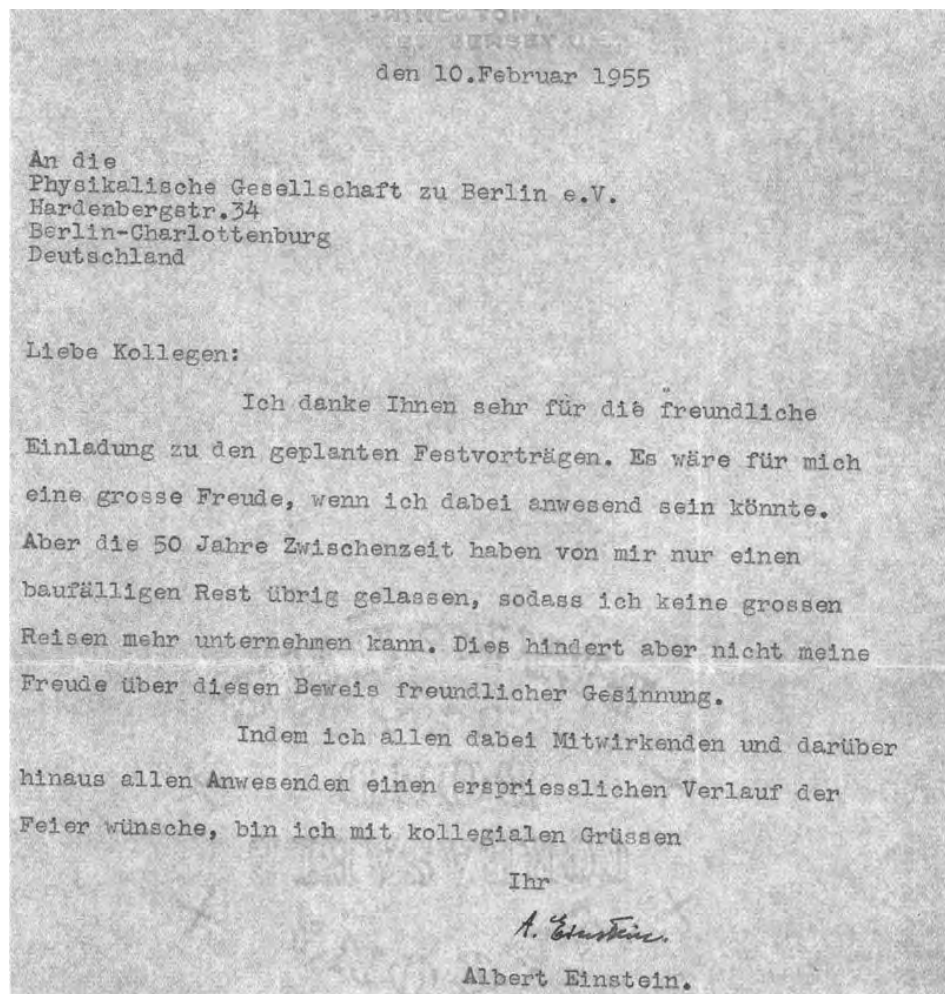
Zu den wichtigen Ereignissen der ersten Jahre gehört auch die Sommerfeld-Gedenkfeier am 15. Juni 1951 mit Ansprachen von Carl Ramsauer und Max von Laue sowie die Karl-Scheel-Gedächtnisfeier am 7. März 1952. Hermann Ebert (PTR) ehrte Karl Scheel als Mensch, Forscher und Sachverwalter des physikalischen Schrifttums. Albrecht Kußmann (PTR) sprach über die Bedeutung Karl Scheels für die physikalische Arbeitstechnik. Eine wohlverdiente Ehrung für den in Rostock geborenen aber seit seinem Studium in Berlin gebliebenen Physiker, der mehr als dreißig Jahre lang Geschäftsführer der Deutschen Physikalischen Gesellschaft war.

1952, vom 28. September bis 3. Oktober 1951, fand zum ersten Male nach dem Kriege die „Deutsche Physikertagung“ in Berlin statt. Die große Teilnehmerzahl, 425 aus der Bundesrepublik, 501 aus der DDR und Berlin-Ost und 588 aus Berlin-West, sowie 29 aus dem Ausland, zeigte, daß Berlin ein besonders attraktiver Tagungsort war. Das bestätigte sich auch späterhin bei allen nationalen und internationalen Tagungen.

Die Berliner Gesellschaft hatte seit ihrer Gründung zahlreiche Mitglieder aus dem Ostteil der Stadt und der DDR. Nur ganz wenige hielten sich fern und mieden unsere Veranstaltungen. Das blieb auch so, nachdem im September 1952 die „Physikalische Gesellschaft in der DDR“ gegründet worden war. 1955 z. B. kamen ca. 80 von unseren 430 Mitgliedern aus dem Ostteil der Stadt und der DDR.

1955 und 1958: Gedenken an Einstein und Planck

Auf Vorschlag der Physikalischen Gesellschaft zu Berlin (Vorsitzung am 9. Dezember 1954) und sorgfältig durch Gespräche zwischen Max von Laue und seinem langjährigen Freund Gustav Hertz vorbereitet, wurde für 1955, dem 50. Jahrestag der wichtigen Publikationen Albert Einsteins in den „Annalen der Physik“ eine gemeinsame Veranstaltung mit der Physikalischen Gesellschaft in der DDR geplant. Max von Laue lud Max Born (Göttingen) ein, am 18. März im Großen Hörsaal der TU Berlin (West) einen Vortrag über „Einstein und die Lichtquanten“ zu halten, und entsprechend lud Gustav Hertz Leopold Infeld (Warschau) ein, am 19. März im Vortragssaal der Deutschen Akademie der Wissenschaften zu Berlin (Ost) über die Geschichte der Relativitätstheorie zu sprechen. Albert



Albert Einstein dankt der Physikalischen Gesellschaft für die Einladung zu den Festvorträgen von Max Born und Leopold Infeld. (Faksimile seines Briefes vom 10. Februar 1955). Die vorangegangene, von Max von Laue und Gustav Hertz gemeinsam unterzeichnete Einladung ist auf Seite 164 wiedergegeben.



Max Born (links) und Leopold Infeld im Gespräch, aufgenommen während der Festsitzung anlässlich des 100. Geburtstages von Max Planck in der Kongreßhalle Berlin.

Werner Heisenberg bei seinem Festvortrag in der Kongreßhalle am 25. April 1958.



Einstein wurde in einem gemeinsamen Schreiben (vom 21. Januar 1955) von Gustav Hertz und Max von Laue sehr herzlich zur Teilnahme eingeladen. Einstein dankte mit einem sehr freundlichen Antwortschreiben (vom 10. Februar 1955), bedauerte, daß er aus gesundheitlichen Gründen nicht kommen könne und wünschte der Feier einen guten Verlauf. Dieser Brief zeigt eindeutig, daß Einstein zu diesem Zeitpunkt keine Vorbehalte mehr dagegen hatte, in Deutschland geehrt zu werden. Das erwies sich für die Feiern anlässlich seines 100. Geburtstages als sehr wichtig, denn viele deutsche Politiker und Wissenschaftler kannten nur frühere Äußerungen Einsteins, in denen er wegen der Verbrechen während der Naziherrschaft jede offizielle Ehrung in Deutschland schroff ablehnte.

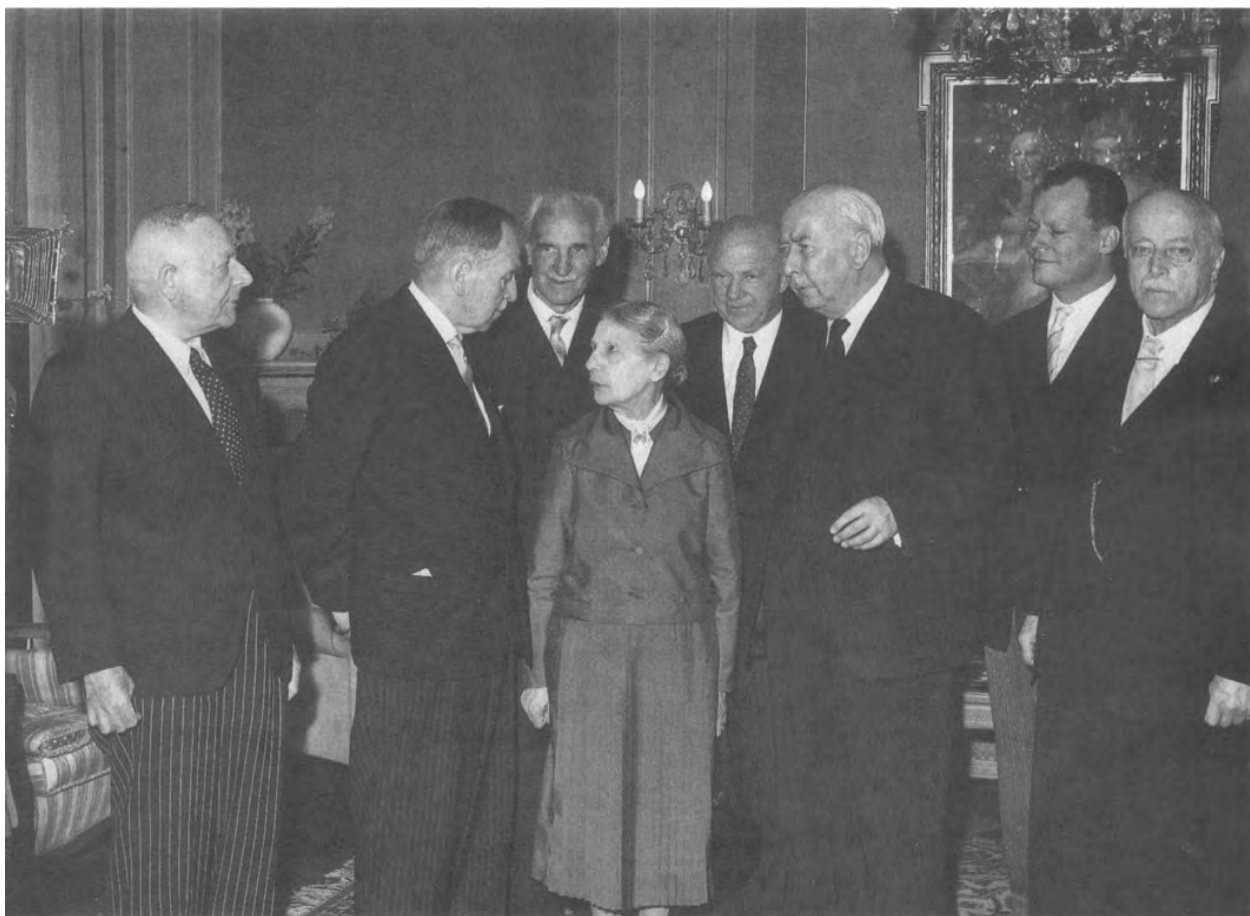
Die Veranstaltungen fanden reges Interesse und verliefen sehr harmonisch, z. B. holte der Sekretär der Physikalischen Gesellschaft in der DDR, Alfred Büchner, Max Born in seinem Wagen über die innerdeutsche Grenze und besorgte innerhalb weniger Stunden das Visum, das Max Born wegen seines englischen Passes für den Besuch in Ost-Berlin benötigte. Um so unverständlicher ist es, daß in späteren Schriften der Physikalischen Gesellschaft in der DDR, z. B. „25 Jahre Physikalische Gesellschaft der DDR 1952 bis 1977“ und „30 Jahre Physik in der DDR, 1949 – 1979“ diese gemeinsame Veranstaltung mit keinem Wort erwähnt wird.

Ähnlich verfuhr diese Gesellschaft auch mit den Feiern zum 100. Geburtstag von Max Planck im April 1958, angeregt von der Physikalischen Gesellschaft zu Berlin (Vorstandssitzung am 24. März 1957), und veranstaltet von dem Verband Deutscher Physikalischer Gesellschaften, der Deutschen Akademie der Wissenschaften zu Berlin und der Physikalischen Gesellschaft in der DDR. Diese Veranstaltungen begannen am 24. April mit einer Festssitzung in der Staatsoper Unter den Linden. Nach der Eröffnung durch Max Volmer, dem Präsidenten der Akademie, hielt Max von Laue den Festvortrag über „die Plancksche Strahlungsformel und die Konsequenzen für die klassische Physik“.

und Hans Frühauf, Vizepräsident der Akademie, würdigte Max Planck als langjährigen Sekretär der Preußischen Akademie der Wissenschaften von 1912 bis 1938. Otto Hahn überreichte im Namen der Max-Planck-Gesellschaft eine Planck-Büste, die in der Bibliothek des an diesem Tage vom Ost-Berliner Oberbürgermeister Ebert der Physikalischen Gesellschaft in der DDR übertragenen Magnus-Hauses ihren Platz fand. Nach einem kleinen Kolloquium mit hervorragender Besetzung im Vortragsaal dieses Hauses, auf dem u. a. Lise Meitner sprach, klang der Tag mit einem Festessen im Apollo-Saal der Staatsoper und einer Aufführung der Oper „Iphigenie in Aulis“ aus. Zu der am Nachmittag des 25. April 1958 vom Verband Deutscher Physikalischer Gesellschaften veranstalteten Festssitzung in der Westberliner Kongreßhalle (ca. 1500 Plätze) kamen ca. 2500 Interessenten, so daß viele mit einer Lautsprecherübertragung vorlieb nehmen mußten. Nach der Eröffnung durch den Verbandsvorsitzenden Ferdinand Trendelenburg sprach Werner Heisenberg über die „Plancksche Entdeckung und die philosophischen Grundfragen der Atomlehre“. Die dabei versuchsweise entwickelte Grundgleichung der Materie, wurde in den Medien sehr spektakulär als „Weltformel“ herausgestellt. Nachdem Gustav Hertz über „die Bedeutung der Planckschen Strahlungsformel für die Experimentalphysik“ – den Franck-Hertz-Versuch, das Bohrsche Atommodell und den Compton-Effekt – gesprochen hatte, würdigte abschließend Wilhelm Westphal den Menschen

Planck. Musik von Mozart und Bach, Komponisten, die Planck besonders geliebt hatte, umrahmten die Vorträge. Der Bundespräsident und der Regierende Bürgermeister gaben für prominente Teilnehmer einen Empfang.

In den oben genannten Schriften der Physikalischen Gesellschaft in der DDR werden weder die Festsitzung in der Kongreßhalle, noch die Mitwirkung des VDPG an der Gesamtveranstaltung erwähnt. Ein Fall von Geschichtsfälschung, der gerade im Zusammenhang mit einer Ehrung Max Plancks sehr peinlich ist. Während der folgenden Jahre wurden die Kontakte der beiden Gesellschaften, die sich zuvor recht gut entwickelt hatten, von östlicher Seite immer mehr eingeschränkt. Die Umbenennung in „Physikalische Gesellschaft der DDR“ war ein letzter Schritt in diese Richtung. Hätte eine Physikalische Gesellschaft in der DDR noch die Möglichkeit eines Beitritts zum Verband Deutscher Physikalischer Gesellschaften offen gelassen, seit der Gründung der Physikalischen Gesellschaft in der DDR gab es darüber zahlreiche Diskussionen, so war jetzt eine endgültige Absage erteilt worden. Auf der Physikertagung 1963 in Hamburg wurde folgerichtig die Deutsche Physikalische Gesellschaft unter ihrem alten Namen neu gegründet. Seither ist die Physikalische Gesellschaft zu Berlin einer ihrer Regionalverbände. Der Bau der Berliner Mauer 1961 hatte zuvor bereits auch die wissenschaftlichen Kontakte innerhalb Berlins vollständig unterbrochen.



Empfang des Bundespräsidenten Theodor Heuss im Haus des Regierenden Bürgermeisters Willy Brandt am 25. April 1958, von links nach rechts: Otto Warburg, Otto Hahn, Max Hartmann, Lise Meitner, Werner Heisenberg, Theodor Heuss, Willy Brandt, Max von Laue.

Der Karl-Scheel-Preis

Von großer Bedeutung für die Physikalische Gesellschaft zu Berlin war und ist das Vermächtnis, das Karl Scheel vorgesehen und seine Witwe Melida in ihrem Testament festgeschrieben hatte. Aus den Erträgen einer Stiftung, die aus Aktien in Höhe von 100 000 Reichsmark bestand, sollte jedes Jahr bis zum 100. Geburtstag von Karl Scheel ein junger Physiker für



Karl Scheel im Alter von 70 Jahren

eine gute Arbeit eine Prämie erhalten sowie eine kleine Gedenkfeier und ein Essen stattfinden. 1951 waren die ursprünglichen 100 000 RM laut Bankauskunft auf ca. DM 5000 geschrumpft. Nach langen Verhandlungen – die Stadt Rostock, der Haupterbe, hatte die Erbschaft ausgeschlagen, das Land Berlin wollte zwar die Erbschaft antreten aber das Vermögen anderweitig verwenden – konnten es Max von Laue und unser Anwalt Hubert Schwarz 1957 erreichen, daß der Gesamtbetrag des Erbes – inzwischen durch die Aufwertung der Wertpapiere wieder angewachsen auf DM 100 000 – in die Stiftung eingebracht wurde. Am 10. März 1957 fand im Hotel Kempinski eine Scheel-Feier statt, zu der fast alle noch lebenden Teilnehmer des 70. Geburtstages von Karl Scheel kamen: Gustav Hertz, Walter Gerlach, Wilhelm Westphal, jeweils mit ihren Frauen, sowie Frau Mey und Herr Ebert. Ein Jahr später wurde im Rahmen einer Vortragsveranstaltung mit anschließendem Essen erstmalig der Scheel-Preis, bestehend aus einer Urkunde, einer Bronze-Plakette mit einem Bas-Relief von Karl Scheel und einer Beschriftung, entworfen von Richard Scheibe und gegossen in der Gießerei Noack sowie einem Geldpreis von ca. 4000 DM, an Herrn Dr. Gerhard Hildebrandt verliehen. Seitdem wurden 36mal Scheel-Preise, manchmal mit mehreren Preisträgern, überreicht. Auf



Die Karl-Scheel-Medaille, auf der Vorderseite das Bas-Relief Karl Scheels von Richard Scheibe.

Beschluß des Vorstandes wird die Verleihung über das vom Testament geforderte Jahr 1966 hinaus fortgesetzt, stets mit einer Feier und dem anschließenden „Scheel-Essen“.

Abschied von Max von Laue

Am 6. November 1959 feierten die Berliner Physiker den 80. Geburtstag von Max von Laue im großen Hörsaal des Physikgebäudes der TUB. Mit großem Interesse, frisch und lebendig folgte der Jubilar den vier Festvorträgen von seinen inzwischen selber prominenten Schülern und Mitarbeitern. Daher waren wir alle sehr erschüttert, als wir wenige Monate danach von seinem schweren Autounfall und am 24. April 1960 von seinem Tod erfuhren. Es war ein schwerer Verlust für die Berliner Physiker,



Max von Laue im Jahre 1959



Max von Laue, Wilhelm Westphal, Frau Irmgard Westphal, Hans Boersch, anlässlich des goldenen Doktorjubiläums von Wilhelm Westphal 1958

für unsere Gesellschaft und für die Max-Planck-Gesellschaft, deren Fritz-Haber-Institut (FHI) er bis zu seinem Tode geleitet hatte. Unter Anteilnahme zahlreicher Freunde und Kollegen wurde er auf seinen Wunsch in Göttingen beigesetzt. Eine Gedenkfeier im Juni 1960 in Berlin erinnerte an Werk und Leben dieses bedeutenden Wissenschaftlers.

An dieser Stelle sei auch an andere Wissenschaftler aus der großen Zeit der Physik in Berlin erinnert, die auch nach dem Kriege unsere Gesellschaft sehr gefördert haben: Carl Ramsauer, Alexander Meissner, Max Volmer, Walter Friedrich, Gustav Hertz, Wilhelm Westphal.

Physik in Bildern dokumentiert

Ein wichtiges – vermutlich einmaliges – Kapitel in der Geschichte der Berliner Physik und unserer Gesellschaft sind die zahlreichen von Jost Lemmerich konzipierten und hervorragend gestalteten Ausstellungen zur Geschichte der Physik und Technik sowie anlässlich der Jubiläen bedeutender Wissenschaftler. Mit bescheidenen Mitteln, unterstützt durch Helfer, die er zu begeistern verstand, mit Leihgaben aus Sammlungen und Museen, von Firmen und Privatpersonen aus Europa und den USA hat er immer wieder sehr lebendige Darstellungen der Physiker und ihrer Zeit geschaffen. Seine Ausstellungen vermitteln durch Fotos, Briefe, Dokumente, Originalgeräte, Nachbauten und Modelle einen sehr lebendigen Eindruck der wissenschaftlichen und technischen Leistungen und Entwicklungen, zeigen aber auch die wissenschaftlichen und sozialen Bindungen auf. Es werden die in ihrer Zeit lebenden und handelnden Menschen gezeigt, von ihren Hobbys bis hin zum Einfluß der Gesellschaft auf ihr Leben, aber auch ihr Wirken im politischen Raum. So bringen die Ausstellungen nicht nur vielfältige Fakten und interessante Informationen, sie regen auch an, über das eigene Handeln und die Verantwortung in der Gesellschaft nachzudenken.



Jost Lemmerich (im Vordergrund) führt den Regierenden Bürgermeister Dietrich Stobbe durch die Ausstellung „Physik der Zwanziger Jahre“, dahinter (2. v. l.) Joachim Queisser, Präsident der DPG.

Sehr vieles wäre über jede seiner Ausstellungen zu berichten, denn auch die von Jost Lemmerich vorzüglich gestalteten Kataloge geben nur ein schwaches Bild, verglichen mit dem Erlebnis der Ausstellungen; hier müssen wir uns aber im wesentlichen auf die Angabe der Themen der in Berlin gezeigten Ausstellungen beschränken.

- 1977 „Physik der Zwanziger Jahre“ anlässlich der Berliner Kulturwochen 1977: „Tendenzen der Zwanziger Jahre“
- 1979 „Gedächtnisausstellung zum 100. Geburtstag von Albert Einstein, Lise Meitner, Otto Hahn, Max von Laue“ [6]; 1981 wurde diese Ausstellung von der MPG und der Chinesischen Akademie der Wiss. in Peking aufgebaut [6].
- 1980 „Mikroskopie und Zellbiologie in drei Jahrhunderten“, anlässlich des „Internationalen Zellbiologenkongresses“
- 1981 „Dokumente zur Gründung der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft und der Max-Planck-Gesellschaft“
- 1982 „Max Born, James Franck, Physiker in ihrer Zeit – der Luxus des Gewissens – zur 100. Wiederkehr ihrer Geburtstage“ anschließend gezeigt in Göttingen, Frankfurt/Main, London, Eindhoven und als Posterausstellung in den Goethe-Instituten in der ganzen Welt
- 1983 „History of Physics in Berlin, from the beginning until 1933“ für „13th Internat. Conf. on Electronic and Atomic Collisions“, 1983 bzw. 1987 als Physik I bzw. II als Dauerausstellung für den FB Physik der FUB erweitert
- 1984 „Der Mensch und die Automation – Historische Aspekte“
- 1985 „A brief History of Thermodynamics in Berlin“, anlässlich der MIATHERM

- 1987 „Maß und Messen – 100 Jahre PTR/PTB“, auch in Braunschweig gezeigt
- 1988 „Geschichte der Entdeckung der Kernspaltung“ (Ausstellung im Lichthof der TUB anlässlich der „Feier zum 50. Jahrestag der Entdeckung der Kernspaltung in Berlin“ wurde unmittelbar vor der Eröffnung am 2. Dezember 1988 von verummten Chaoten total zerstört. Nur durch Zufall entgingen wertvolle Leihgaben der Zerstörung.) 1989 wurde die Ausstellung in München gezeigt.
- 1992 „Dahlem, ein deutsches Oxford – die Institute der KWG/MPG in Zehlendorf“

Die Physikalische Gesellschaft zu Berlin und alle wissenschaftlich interessierten Berliner verdanken Herrn Lemmerich sehr viel. Als kleines Zeichen der Anerkennung wurde ihm bei der Scheel-Feier am 14. März 1980 eine Scheel-Medaille mit eingraviertem Dank und eine Urkunde überreicht.

Die Lehrerfortbildung und Tagungen

Die Lehrerfortbildung und die Information der Schüler über die Physik hat die Physikalische Gesellschaft zu Berlin – in Zusammenarbeit mit den Fachbereichen Physik der Berliner Universitäten – stets als ein wichtiges Anliegen angesehen, sowohl um bei Schülern das Verständnis für die Physik zu fördern als auch, um besonders Begabte für das Physikstudium zu gewinnen. Äußerst aktiv und sehr erfolgreich war dabei Gerd Koppelman.



Begegnung mit der Geschichte: Friedrich Hund (links) und Otto Robert Frisch im Gespräch vor den Büsten von Albert Einstein, Otto Hahn, Lise Meitner und Max von Laue auf der Gedächtnisausstellung in der Staatsbibliothek Preußischer Kulturbesitz in Berlin im Jahre 1979 .

Durch zahlreiche Experimentalvorträge und Publikationen und insbesondere durch seine Lehrerfortbildungskurse hat er in vorbildlicher Weise die Probleme und Möglichkeiten der modernen Physik vermittelt, aber auch zu neuartigen Experimenten im Schulunterricht angeregt. Er stellte z. B. kleine Experimentiersätze zusammen und gab sie mit detaillierten Anleitungen den Kursteilnehmern mit. Nicht nur in Berlin – sondern auch auf Einladung in anderen Bundesländern – hat er viele derartige Kurse mit wechselnden Schwerpunkten (Optik, Atomphysik, Festkörperphysik) durchgeführt. Die DPG hat seine Verdienste 1992 – wenige Monate vor seinem unerwarteten, viel zu frühen Tod – durch die Verleihung des Didaktik-Preises gewürdigt.

Sechsmal sind die Physiker nach 1945 zu ihrer Jahrestagung nach Berlin gekommen (1952, 1959, 1967, 1978, 1987, 1992) und 1995 – zum 150jährigen Bestehen unserer Gesellschaft – dürfen wir sie wiederum hier begrüßen.

Die besondere Atmosphäre dieser Stadt mit ihren jetzt drei Universitäten und den zahlreichen Forschungsinstituten sowie ihrem reichhaltigen kulturellen Angebot haben sicherlich zu dem stets erfolgreichen Verlauf der Tagungen beigetragen, ebenso wohl aber auch das Bemühen der Berliner Mitglieder, die Tagungen zu bereichern. 1978 (vorletzte Herbsttagung) beispielsweise, als wegen der vom DPG-Vorstand beschlossenen Verlagerung der Originalbeiträge auf die Frühjahrstagungen eine sehr geringe Teilnehmerzahl zu befürchten war, luden zehn Berliner Institute und Arbeitsgruppen ihre Fachkollegen zu Diskussionsveranstaltungen über ihre Forschungsschwerpunkte ein.

Von den durchweg mit hervorragenden Referenten besetzten Diskussionsrunden seien als Beispiele genannt: „Optische Signalübertragung“, zu der alle daran interessierten Gruppen – insbesondere aus der Industrie – kamen, denn u. a. wurden erstmalig die Ergebnisse des ersten Feldversuchs der Deutschen Bundespost bekanntgegeben; bei der Sitzung „Neutronenbeugungsuntersuchungen magnetischer Phasenübergänge“ waren alle europäischen Arbeitsgruppen dieses Gebietes gut vertreten. Der Erfolg war hervorragend: Statt der befürchteten 500 Teilnehmer kamen über 1500.

Sie werden wohl fast alle Besucher der mit Sicherheit größten Demonstrationsschau aller Physikertagungen, der „Experimenta 78“ gewesen sein, die der oben erwähnte Gerd Koppelman begleitend zur Tagung und für die Lehrerfortbildung erdacht und organisiert hatte. Durch seinen Einsatz und die Mitwirkung vieler Kollegen – nicht nur des Fachbereichs Physik

– wurden auf ca. 550 m² über fünfzig Versuche aufgebaut, und an den meisten konnten die Besucher selbst experimentieren.

Den Schwerpunkt bildeten Demonstrationsexperimente zur modernen Physik: Dielektrische Mikrowellenleiter, Hologramm-Rekonstruktion, Zwei-Photonen-Fluoreszenz, Nanosekunden-Suprastrahlung, Fourier-Spektroskopie und optische Analogrechner, um einige Beispiele zu nennen. Der Besuch übertraf alle Erwartungen, und nachdem das Fernsehen und die Presse darüber ausführlich berichtet hatten, setzte ein gewaltiger Ansturm von Lehrern und Schülern ein; viele Leistungskurse meldeten sich an. Über 3000 Besucher kamen zur „Experimenta 78“, deren Laufzeit zweimal verlängert werden mußte.

Die Berliner Forschungslandschaft gewinnt Kontur

In Berlin war wieder eine beachtliche Lehr- und Forschungskapazität entstanden, die weiterhin systematisch ausgebaut wurde. In den 70er und 80er Jahren bekamen beide Universitäten großzügig konzipierte und gut ausgerüstete Physikgebäude, und die Zahl der Hochschullehrer und -mitarbeiter stieg beachtlich.

Das bereits erwähnte Fritz-Haber-Institut entwickelte sich insbesondere unter Heinz Gerischer († 1994) und seinem Nachfolger Gerhard Ertl zu einem bedeutenden Zentrum für Grenzflächenforschung. Federführend war es bei dem Bau des Berliner Elektronenspeicherringes für Synchrotronstrahlung (BESSY), der seit der Inbetriebnahme 1982 Arbeitsgruppen der Berliner Forschungseinrichtungen sowie der Industrie und Gästen hervorragende Forschungsmöglichkeiten bietet.

Nachdem die beschränkenden Bestimmungen der Alliierten für die Kernforschung gelockert worden waren, beschloß der Senat von Berlin 1957 ein Institut für Kernforschung zu gründen, das bei der Einweihung 1959 zu Ehren der beiden anwesenden Wissenschaftler den Namen Hahn-Meitner-Institut erhielt und dessen erster Direktor Karl-Eric Zimen war. Seit 1970 hat es den Status einer Großforschungseinrichtung. Als Großgeräte stehen hier nur Kernreaktoren schwere Ionen, Atomstoßprozesse, Strukturforschung mit Neutronen, Strahlenschäden sowie photovoltaische Solarenergie erwähnt.

Das Heinrich-Hertz-Institut für Nachrichtentechnik



Otto Hahn und Lise Meitner bei der Einweihung des Hahn-Meitner-Instituts am 14. März 1959.

wurde 1982 durch einen Bereich „Integrierte Optik“, 1994 umbenannt in „Photonik“, um etwa ein Drittel erweitert. – Das Laser-Medizin-Zentrum (LMZ) an der Freien Universität und das Festkörper-Laser-Institut an der Technischen Universität ergänzen das Forschungsspektrum.

Nach der Wiedergründung der Physikalischen Gesellschaft zu Berlin war die Mitgliederzahl bis 1958 auf über 500 Mitglieder angewachsen, dann aber bis 1982 etwa konstant geblieben. Vermutlich ist der Grund dafür, daß der Ausbau der Lehre und Forschung an Universitäten und Forschungsinstituten durch das fast vollständige Abwandern der Industrieforschung aus Berlin, aber auch durch den steten Abbau von Arbeitsplätzen in der Industrie kompensiert wurde. Nach 1945 waren einzelne Gruppen der Forschungsinstitute von Siemens (bis ca. 1978 z. B. die Elektronenmikroskopie) und der AEG in Berlin wieder aufgebaut worden. Die sehr bedeutende Osram-Studiengesellschaft war zwar teilweise in Augsburg angesiedelt worden, aber sie blieb in Berlin die größte Forschungsgruppe, bis sie 1970 vollständig nach München verlagert wurde. Lediglich die Firma Robert Bosch hatte nach dem Krieg in Berlin ein neues Forschungsinstitut insbesondere für Halbleiterelektronik aufgebaut; 1992 wurde es nach mehreren Änderungen der Arbeitsschwerpunkte endgültig geschlossen. Seitdem gibt es nahezu keine Industrieforschung mehr in Berlin.

Seit 1982 wächst die Zahl unserer Mitglieder stetig an. Sowohl steigende Studentenzahlen als auch der Ausbau der Forschung tragen dazu bei; offenbar haben aber auch die Aktivitäten der Gesellschaft, insbesondere die von ihr durchgeführten oder geförderten nationalen und internationalen Tagungen, Kolloquien, die vorher abseits standen, zum Eintritt in die DPG bewogen. Hatten wir 1985 ca. 600 Mitglieder, so waren es 1990 bereits 1100.

Die Zeit nach dem Fall der Mauer

Der Fall der Mauer 1989 ist das wichtigste Ereignis der letzten Jahrzehnte sowohl für Berlin als auch für unsere Gesellschaft. Schon vor der offiziellen Vereinigung der Gesellschaften aus Ost und West hatten wir Kontakt zu den Kollegen aus dem Osten aufgenommen und sie zu unseren Veranstaltungen eingeladen. Sehr stark war ihre Beteiligung im Januar 1990 an der seit 1984 jährlich durchgeführten Informationsveranstaltung über „Berufsfelder und Berufsaussichten der Physiker“ – eintägig mit ca. zehn Referenten und viel Zeit für Diskussionen und Gespräche.

Um das wechselseitige Verständnis und das Zusammenwachsen zu fördern, wurde im Sommer 1990 unser Vorstand – bis zu den nächsten Wahlen 1992 – um drei Beisitzer erweitert, die von den Berliner Mitgliedern der damaligen Physikalischen Gesellschaft der DDR gewählt wurden. Auch das traditionelle „Von-Laue-Kolloquium“ wurde in neuer Form wieder eingerichtet. In jedem Semester findet ein Vortrag mit einem hervorragenden Referenten über ein wichtiges, allgemein interessierendes Thema statt, um den Zusammenhalt zwischen unseren Mitgliedern zu stärken; ca. 800 Hörer kamen zum ersten Von-Laue-Kolloquium, auf dem Hermann Haken über „Synergetik und Mustererkennung“ sprach.

Nach der Vereinigung stieg unsere Mitgliederzahl erfreulicherweise viel stärker an, als aufgrund der Zahl der Berliner Mitglieder der ehemaligen Physikalischen Gesellschaft der DDR

zu erwarten war. 1991 waren es 1160 Mitglieder im Westteil der Stadt und 366 im Ostteil, Anfang 1994 bereits über 2000 Mitglieder.

Auch die verbliebenen Auflagen des Vermächtnisses von Karl und Melida Scheel konnten jetzt erfüllt werden: An der Großen Stadtschule in Rostock – Scheels ehemaligem Gymnasium – wurde eine an ihn erinnernde Bronzetafel angebracht, und jedes Jahr erhält an dieser Schule der Abiturient mit den besten Leistungen in Physik den Karl-Scheel-Schülerpreis: eine Urkunde und einen kleinen Geldbetrag.

Im Ostteil Berlins und der Umgebung lag die Mehrzahl der zur Akademie der Wissenschaften der DDR gehörenden Forschungsinstitute. Nur ein Teil der dort tätigen Wissenschaftler wurde in Nachfolgeeinrichtungen übernommen. Die recht große Zahl der dadurch arbeitslos gewordenen Physiker, zusammen mit denen aus „abgewickelten“ Forschungsgruppen der Industrie ist ein Problem, welches es in diesem Umfang wohl in keinem anderen Regionalverband und wohl auch in keiner anderen Stadt gibt. Wir hoffen, daß für dieses – nicht nur die Betroffenen, sondern alle Physiker belastende – Problem, recht bald eine akzeptable Lösung gefunden wird. Andererseits hat in Berlin und den neuen Bundesländern der Aufbau einer effizienten, konkurrenzfähigen Forschungsstruktur große Fortschritte gemacht. In Berlin gibt es sechs sogenannte Max-Planck-Arbeitsgruppen, deren Leiter gleichzeitig Professoren der Humboldt-Universität sind. In einigen Jahren sollen sie in den Fachbereich Physik eingegliedert werden, um die sehr vernachlässigte Forschung an der Humboldt-Universität zu verbessern.

Neu zusammengestellt wurden in Berlin und Potsdam fünf „Blaue Liste“-Institute im Forschungsverbund Berlin. (Sie werden so genannt, weil die erste Zusammenstellung dieser Gruppe von Forschungseinrichtungen auf blauem Papier gedruckt war.) Es handelt sich dabei um das

- Institut für Kristallzüchtung
- Paul-Drude-Institut für Festkörperelektronik
- Max-Born-Institut für Nichtlineare Optik und Kurzzeitspektroskopie
- Ferdinand-Braun-Institut für Höchstfrequenztechnik
- Astrophysikalisches Institut Potsdam.

Andere Forschungsgruppen wurden zu Außenstellen westdeutscher Großforschungsinstitute. So wurde das ehemalige Kernforschungsinstitut Zeuthen bei Berlin eine Außenstelle des Deutschen Elektronensynchrotrons DESY Hamburg.

Ganz besonders freuen sich die Berliner Physiker, daß das Magnus-Haus, Am Kupfergraben 7 – großzügig wiederhergerichtet durch eine Spende der Siemens AG – als Haus der DPG zur Verfügung steht. Wir erwarten davon neue Impulse für die Physik in Berlin. Dieses Haus wird nicht nur wissenschaftliches Begegnungszentrum der DPG sondern auch Sitz der Physikalischen Gesellschaft zu Berlin sein, die damit zum ersten Male in ihrer Geschichte ein eigenes Domizil hat. Noch wichtiger sind die hervorragenden Möglichkeiten des Hauses mit Vortragssaal, Ausstellungs- und Seminarräumen für Vorträge, Seminare, aber auch festliche Veranstaltungen (siehe dazu den Beitrag von T. Mayer-Kuckuk in dieser Schrift).

Mußte anlässlich der 100-Jahr-Feier 1945 Eberhard Buchwalds Vortragsthema „Die Physikalische Gesellschaft an der Schwelle des zweiten Jahrhunderts“ berechtigte Sorgen vor der kommenden Entwicklung auslösen, so können wir am 150. Gründungstag unserer Gesellschaft mit Zuversicht und guten Erwartungen in die Zukunft sehen.

Literatur und Anmerkungen

- [1] *Wilhelm Westphal*: 68 Jahre als Physiker in Berlin. *Phys. Bl.* 28 (1972) 258.
- [2] *Carl Ramsauer*: Berlin und die exakten Naturwissenschaften. *Die Naturwissenschaften* 38 (1951) 449. (Festvortrag, gehalten am 27. Mai 1951 auf der Internationalen Woche der exakten Naturwissenschaften)
- [3] *Max von Laue*: Arnold Berliner. *Die Naturwissenschaften* 33 (1946) 258. (Siehe auch: P. P. Ewald: Max von Laue. *Biog. Mem. F. R. S.* 6 (1960) 147)
- [4] siehe auch zum vorstehenden Absatz: *Alan D. Beyerchen*: Wissenschaftler unter Hitler – Physiker im Dritten Reich. Kiepenheuer und Witsch, Köln 1980.
- [5] *Nikolaus Riehl*: Zehn Jahre im Goldenen Käfig. Dr. Riederer-Verlag, Stuttgart; H. und E. Barwich: Das rote Atom. Scherz-Verlag, München, Bern 1947.
- [6] Diese Ausstellung war ein Teil der Feiern, die die Physikalische Gesellschaft zu Berlin für dieses Jubiläum angeregt hatte. Der Veranstaltungszyklus begann am 1. März 1978 in Anwesenheit des Bundespräsidenten Walter Scheel mit einem Festvortrag von Hendrik B. G. Casimir in der Kongreßhalle und der anschließenden Eröffnung der Ausstellung in der Staatsbibliothek Preußischer Kulturbesitz durch den Präsidenten der DPG, Heinrich Welker. Am folgenden Tag würdigten John A. Wheeler, Karl-Eric Zimen und Paul P. Ewald im Theater des Westens das Werk und das Leben der Jubilare, siehe Max-Planck-Gesellschaft, „Berichte und Mitteilungen, Feier zum 100. Geburtstag von Albert Einstein, Otto Hahn, Lise Meitner, Max von Laue“. – Der Zyklus wurde abgeschlossen mit dem aus Termingründen zeitlich abgetrennten „Einstein Symposium Berlin“, 25. – 27. März 1979, vgl. Einstein Symposium Berlin, *Lecture Notes in Physics*, Vol. 100 (1979), 550 Seiten.
- [7] *Dietmar Nickel*: 25. April 1974: Aufbruch ins Ungewisse. *MPG-Spiegel Heft 5/94* (1994) 28.

Bildnachweis

- S. 144, 148, 151 (unten): Archiv zur Geschichte der MPG, Berlin
- S. 145: Frau Irmgard Westphal
- S. 147, 148, 149 (oben u. unten), F-9 (links u. oben), F-10 (unten): Archiv der Physikalischen Gesellschaft zu Berlin
- S. 150: Deutsche Presse Agentur
- S. 152 (oben): Foto Husch Berlin
- S. 153: MPG-Pressebild
- S. 154: Hahn-Meitner-Institut

Die Physikalische Gesellschaft (in) der DDR

Dieter Hoffmann

Die Physikalische Gesellschaft in der DDR wurde 1952 auf Initiative von R. Rompe, F. Möglich und anderer interessierter Physiker gegründet. Verfügte die Gesellschaft zu Beginn noch über gewisse Freiräume, so wurden diese nach dem Mauerbau und insbesondere mit den wissenschaftspolitischen Reformen der späten sechziger Jahre weitgehend beseitigt. Ab dieser Zeit wurde die Gesellschaft zunehmend zu einem Instrument der Wissenschaftspolitik Partei- und Staatsführung in der DDR. Dennoch war auch die Physikalische Gesellschaft der DDR in ihrer fast vierzigjährigen Geschichte für viele Physiker ein wichtiger wissenschaftlicher Bezugspunkt, vielfach sogar Heimstatt, wofür insbesondere die Tätigkeit vieler engagierter und integrierender Physiker „vor Ort“ – in den Fachverbänden und im Rahmen der zahlreichen wissenschaftlichen Aktivitäten – Zeugnis gibt.



Dr. Dieter Hoffmann ist Wissenschaftshistoriker, der an der Humboldt-Universität Physik studiert und dort in Wissenschaftsgeschichte promoviert und habilitiert hat. Derzeit ist er Vorsitzender des Fachverbandes „Geschichte der Physik“ in der DPG.

Während die Physikalische Gesellschaft in der britischen Besatzungszone schon im Frühjahr 1946 wieder ihre Vereinstätigkeit aufnehmen kann und sich sehr bald auch in der amerikanischen und französischen Besatzungszone etabliert, lassen sich auf dem Gebiet der sowjetischen Besatzungszone (SBZ) entsprechende Aktivitäten erst zu Beginn der fünfziger Jahre nachweisen. Über die Gründe für eine solche späte Organisierung der ostdeutschen Physikerschaft läßt sich heute nur noch mutmaßen. Zum einen gab es in der SBZ seit 1945 mit dem „Kulturbund“ und der „Kammer der Technik“ zwei Organisationen, die als zentrales Sammelbecken für alle „antifaschistischen Intellektuellen“, vom Künstler bis zum Ingenieur, gedacht waren und diesen Personenkreis zur Förderung des wissenschaftlich-technischen Fortschritts mobilisieren sollten. Ein Platz für andere, unabhängige wissenschaftliche Organisationen war nicht vorgesehen. So ging z. B. der traditionsreiche „Verein Deutscher Ingenieure“ vollständig in der Tätigkeit der Kammer der Technik auf, und die „Deutsche Chemische Gesellschaft“ wirkte im Rahmen des Kulturbundes als eine unabhängige Sektion. – Über eine entsprechende Zuordnung der einstigen Deutschen Physikalischen Gesellschaft ist nichts bekannt.

Die politische Nachkriegsentwicklung verhinderte auch ein Wiederaufleben der „Deutschen Physikalischen Gesellschaft“ als eine die Physiker über die Barrikaden des Kalten Krieges hinweg verbindende gesamtdeutsche Organisation. Ein „einfacher“ Anschluß der ostdeutschen Physiker an die neugegründeten westdeutsche(n) Gesellschaft(en) oder die Gründung einer speziellen Sektion war vor dem Hintergrund der politischen Sachlage reine Illusion – weder die offiziellen Stellen im Westen (nicht zuletzt die Militärregierungen) und erst recht nicht die des Ostens waren an einer voraussetzungslosen gesamtdeutschen Lösung selbst auf einem so neutralen Gebiet wie dem des wissenschaftlichen Vereinswesens interessiert. Im Laufe der späten vierziger Jahre verebbten die offiziellen Kontakten zwischen den Physikern in Ost und West, so sie überhaupt in Gang gekommen waren, und auch der menschliche Austausch wurde immer mehr unterbunden; um so stärker wurden sie indes auf die Ebene der persönlichen Beziehungen und Gespräche verlagert. Vor diesem Hintergrund sind zahlreiche

ostdeutsche Physiker Mitglied eines westdeutschen Teilverbandes geworden, nicht zuletzt im Raum Berlin, hier stammten nach der Neugründung der Physikalische Gesellschaft zu Berlin (West) im Dezember 1949 etwa 20 % ihrer Mitglieder aus Ostberlin und der Mark Brandenburg. Ein anderes Gesamtberliner



Robert Rompe (1905 – 1993) war fast vier Jahrzehnte lang die beherrschende Persönlichkeit der Physikalischen Gesellschaft (in) der DDR. Er bekleidete darüber hinaus wichtige und einflussreiche politische Funktionen in der DDR, u. a. war er bis zum November 1989 Mitglied des Zentralkomitees der SED. Das Foto zeigt ihn zu Beginn der fünfziger Jahre, als er Direktor des II. Physikalischen Instituts der Humboldt-Universität und gleichzeitig auch Direktor des Akademieinstituts für Strahlungsquellen war.

bzw. gesamtdeutsches Physikforum war das sogenannte Max-von-Laue-Kolloquium an der Humboldt-Universität, das Friedrich Möglich nach der Wiedereröffnung der Berliner Universität (1946) ins Leben gerufen hatte und das die Tradition des berühmten Physikalischen Kolloquiums fortsetzen sollte; auch das von Robert Rompe geleitete Festkörperkolloquium ist in diesem Zusammenhang zu nennen.

Die Gründungsphase der Gesellschaft

Diese Kolloquien zählen sicherlich zu den wichtigsten Keimzellen bei der Gründung der späteren Physikalischen Gesellschaft in der DDR, wie sich überhaupt feststellen läßt, daß Friedrich Möglich und Robert Rompe wohl die Zentralfiguren in der Gründungsgeschichte dieser Gesellschaft waren. Beide hatten sich damals im übrigen nicht nur darum bemüht, auch im Osten eine Physikalische Gesellschaft wieder ins Leben zu rufen, sondern sie versuchten ebenfalls, den Kontakt zu den physikalischen Gesellschaften in den Westzonen zu pflegen. So wurde Möglich im Sommer 1949 vom Präsidenten der Bayerischen

Akademie der Wissenschaften, dem ihm aus seiner Berliner Zeit wohlbekannten Walther Meissner, zu einer Besprechung der Vorsitzenden sämtlicher westdeutscher physikalischer Gesellschaften eingeladen, in denen es um „*wichtige Probleme des physikalischen Zeitschriftenwesens und andere Fragen des physikalischen Austausches*“*), insbesondere um die Möglichkeiten eines Zusammenschlusses der einzelnen Regionalverbände gehen sollte. Möglich ist dieser Einladung bereitwillig nachgekommen, und er nahm auch am Folgetreffen im Dezember 1949 teil, auf dem schon sehr viel konkreter über den Zusammenschluß der Regionalverbände zu einem Verband beraten wurde. In diesem Zusammenhang berichtete Möglich auch über Bemühungen, in der DDR – diese war wenige Wochen zuvor am 7. Oktober 1949 gegründet worden – drei regionale Gesellschaften in Sachsen-Thüringen, Berlin-Brandenburg und Mecklenburg zu gründen. Möglich hat diese Kontakte im übrigen nicht als Privatperson, sondern zumindest in „*offiziöser*“ Mission gepflegt, seine Reisen unternahm er „*nach Rücksprache mit Herrn Professor Rompe*“, wie es in einem Brief an die Universitätsverwaltung heißt.

Rompe war schon damals, der wohl einflußreichste Physiker in der DDR. Unmittelbar nach Kriegsende hatte er als einer der wenigen qualifizierten Wissenschaftler in der SBZ, die Kommunist und Vertrauensmann der sowjetischen Besatzungsmacht waren, die Leitung der Hauptabteilung für Hochschulen und Wissenschaftliche Einrichtungen in der Zentralverwaltung für Volksbildung der SBZ übernommen, wodurch er faktisch den gesamten Wissenschaftsbereich kontrollierte. Als Professor für Physik lehrte er zudem an der Berliner Humboldt-Universität. An einer Neuorganisation der Physikerschaft in der SBZ war ihm wie auch Friedrich Möglich von der Sache her gelegen, zumal „*bisher ein wissenschaftliches Leben nur in sehr beschränktem Umfange vorhanden war*“, wie ein zeitgenössisches Dokument feststellte.

Die Bemühungen um die Gründung einer Physikalischen Gesellschaft erhielten an der Schwelle zu den fünfziger Jahren einen besonderen Stellenwert: einerseits durch die Wiederaufnahme der Tätigkeit der Physikalischen Gesellschaft in Berlin (West) im Dezember 1949 und zum anderen natürlich durch die Gründung des Verbandes Deutscher Physikalischer Gesellschaften (VDPG) auf dem Physikertag in Bad Nauheim im Oktober 1950. Hinzu kam, daß man in der Bundesrepublik wieder regelmäßig Physikertagungen abhielt, die auch in der DDR zunehmende Beachtung fanden und von zahlreichen ostdeutschen Kollegen besucht wurden. Hierzu sollte ein entsprechendes Gegengewicht geschaffen werden – wissenschaftlich wie politisch. In diesem Sinne unterbreitete Möglich im Februar 1951 dem zuständigen Volksbildungsministerium den Vorschlag, „*im Anschluss an die Leipziger Messe eine kleine Besprechung zwischen ost- und westdeutschen Physikern herbeizuführen, deren Gegenstand vorwiegend fachliche Dinge sein sollen. Neben der Diskussion dieser wissenschaftlichen Themen soll aber gerade auch ein eingehender gemeinsamer Besuch der Leipziger Messe stattfinden, durch den sich die westdeutschen Kollegen von der Leistungsfähigkeit der Industrie in der DDR überzeugen können.*“ Da Möglich eine solche Idee bereits auf dem Physikertag in Bad Nauheim 1950 sondiert hatte und bei vielen westdeutschen Kollegen auf positive Resonanz gestoßen war, konnte

*) zum Einsatz von Kursivdruck siehe Danksagung Seite 182

man sicher sein, daß die geplante Tagung nicht ins Leere lief. Tatsächlich waren dann unter den über sechzig Teilnehmern der Tagung, die vom 8. – 11. März 1951 in Halle stattfand, etwa ein Viertel aus Westdeutschland angereist. Dies wurde auf DDR-Seite als großer Erfolg gewertet, vermeldete doch der offizielle Tagungsbericht: „Es wurde allgemein der Wunsch geäußert, dass in der DDR öfter solche Tagungen stattfinden könnten, weil man auf diese Weise (und das betonten besonders die westdeutschen Gäste) die westdeutsche Greuelpropaganda am besten ersticken würde.“

Zunächst ging es aber nicht um die Organisation weiterer (gesamtdeutscher) Tagungen, sondern um die Gründung einer eigenständigen Physikalischen Gesellschaft in der DDR. Für diese sollte die für 1952 geplante Physikertagung in Westberlin



Friedrich Möglich (1902 – 1957) gehörte zu den Gründern der Physikalischen Gesellschaft in der DDR. Er war Direktor des Instituts für theoretische Physik an der Humboldt-Universität zu Berlin und zugleich Direktor des Akademieinstituts für Festkörperforschung in Berlin-Buch.

katalytische Wirkung entfalten. – In einer Aktennotiz des neugegründeten Staatssekretariats für Hochschulwesen vom 4. Oktober 1951 lesen wir, daß diese Tagung „nach Meinung des Herrn Professor Möglich durchaus geeignet wäre, nochmals Physiker aus der Deutschen Demokratischen Republik abzuführen. Er machte deshalb den Vorschlag, ernstlich zu erwägen, aus diesen und anderen Gründen möglichst rasch eine Physikalische Gesellschaft in der Deutschen Demokratischen Republik ins Leben zu rufen. Diese Gesellschaft könnte veranlassen, daß eine gemeinsame Veranstaltung der Deutschen Physikalischen Gesellschaft im Westen woanders oder gar in der Deutschen Demokratischen Republik stattfindet. Die Gefahr eines personellen Abzugs aus der Deutschen Demokratischen Republik sei dann nicht mehr gegeben.“

Nachdem dieser Vorschlag im Winter 1951/52 von den maßgeblichen Stellen des Partei- und Regierungsapparats diskutiert und im Frühjahr dann per Beschluß des Sekretariats des Zentralkomitees der SED auch „höchstinstanzlich“ gebilligt worden war, konnte es nun mit der Gründung der Physikalischen Gesellschaft zügig vorangehen. Dabei wurden die vorbereitenden Arbeiten bis ins Detail von den zuständigen Partei- und Regierungsstellen gesteuert bzw. mit ihnen abgesprochen. So legte der ZK-Beschluß fest, daß auf der anstehenden Physikerta-

gung in Dresden am 8. Mai 1952, „den Vertretern der DDR eine Kommission vorgeschlagen werden soll, die sich mit der Gründung einer Physikalischen Gesellschaft beschäftigt“. Als Ziel dieser Gesellschaft wird unzweideutig festgelegt, daß sie „nach innen hin die wissenschaftliche Diskussion zu befruchten und ins Leben zu rufen und nach aussen hin die Beziehungen von Physikern ... aus Westdeutschland zur DDR zu stärken“ hat – letzteres allerdings ohne direkte bzw. offizielle Verbindung mit dem westdeutschen Verband Deutscher Physikalischer Gesellschaften. Gleichzeitig wurde eine Kommission, die die Gründung vorbereitet und vor allem die Statuten ausarbeitet, vorgeschlagen oder besser gesagt eingesetzt. Ihr gehörten mit den Berliner Physikern F. Möglich und R. Rompe die eigentlichen Initiatoren des Vorhabens an, darüber hinaus wurden noch Rudolf Seeliger aus Greifswald und Hans Frühauf aus Dresden, sowie mit Hans Wittbrodt und Alfred Büchner auch zwei Vertreter des „Apparats“ benannt. Damit war die Gründungsinitiative fest in die SED-Kaderpolitik eingebunden, wie sich überhaupt feststellen läßt, daß die Gründungsinitiativen Bestandteil einer generellen Neuordnung des wissenschaftlichen Vereinswesens in der DDR waren, lassen sich doch in dieser Zeit analoge Vorgänge u. a. für die Chemische Gesellschaft und die Geologische Gesellschaft nachweisen.

Kurze Bemerkungen zum vorläufigen Statut

Auf dem Treffen der Physiker in Halle am 14.9.1952 nahmen an der Besprechung über die Fragen der Physikalischen Gesellschaft folgende Herren und Damen teil:

Prof. Kunze, Rostock,	Prof. Picht, Potsdam
Dr. Giessmann, Potsdam	Prof. Schreiber, Berlin
Dr. Höhler, Berlin	Prof. Schallreuter, Greifswald
Dr. Heber, Jena	Prof. Eder, Berlin
Herr Niekisch, Berlin	Dr. Schmellenmeier, Potsdam
Dr. Schwieger, Halle	Dr. v. d. Schulenburg, Berlin
Prof. Messerschmidt, Halle	Dr. Jancke, Berlin
Dr. Mie, Potsdam	Prof. Holzmüller, Leipzig
Herr Mager, Jena	Dr. Lösche, Leipzig
Dr. Stamm, Dresden	Dr. Roosenstein, Berlin
Dr. Richter, Freiberg	Prof. Ritschl, Berlin
Herr Alexander, Berlin	Dr. Straubel, Jena
Herr Winde, Berlin	Prof. Buchwald, Jena
Herr Schmidt, Berlin	Dr. Wittbrodt, Berlin
Dr. Teftow, Berlin	Prof. Möglich, Berlin
Prof. Stasiw, Berlin	Herr Büchner, Berlin
Prof. Recknagel, Dresden	Prof. Eckardt, Jena
Dr. Dornberger, Berlin-Buch	Prof. Schütz, Jena

Die anwesenden Physiker konnten sich nicht klar werden über den Namen der Gesellschaft. Mit Mehrheit wurde der Name „Deutsche Physikalische Gesellschaft“ abgelehnt, weil das einen Anschluss an Westdeutschland erschwere. Vorgeschlagen wurde dafür „Deutsche Physikalische Gesellschaft in der Deutschen Demokratischen Republik“ oder „Physikalische Gesellschaft in der Deutschen Demokratischen Republik“. Allgemein von uns würde vorgeschlagen werden:

„Physikalische Gesellschaft“.

Alle übrigen Punkte wurden mit grossem Ernst diskutiert und ein allgemeines Übereinkommen erzielt. Die vorgeschlagenen Änderungen sind durchaus annehmbar.

Aus einem internen Bericht über die Gründungsversammlung der Physikalischen Gesellschaft in der DDR vom 14. September 1952. Um den Namen der Gesellschaft gab es ausführliche Diskussionen: er konnte die Möglichkeit des späteren Zusammengehens mit den Physikervereinigungen in Westdeutschland signalisieren.

Dies festzustellen bedeutet natürlich nicht, daß mit den Gründungsbestrebungen keinem echtem Bedürfnis der ostdeutschen Physiker entsprochen wurde, nur eben in einer Form – wie es in einem internen ZK-Schreiben heißt – , „die einmal die Entfaltung der Initiative der Wissenschaftler zuläßt, zum anderen aber auch die Möglichkeit einer Kontrolle bietet“.

Terminlich waren die ursprünglichen Gründungspläne indes nicht zu realisieren, so daß das Initiativ-Komitee nicht wie geplant im Mai in Dresden, sondern erst am 14. September 1952 in Halle im Rahmen des Physikertreffens zur Leipziger Herbstmesse wirksam werden konnte. Auf einer Zusammenkunft, an der etwa vierzig Physiker teilnahmen, wurde eingehend über das Vorhaben und vor allem über Statut und Vorstand der zu gründenden Gesellschaft beraten. Am 26. September fand dann im Berliner Staatssekretariat für Hochschulwesen die offizielle Gründung der Gesellschaft inklusive Bestätigung des Vorstandes und des Statuts statt, und zum 31. Oktober 1952 wurde die neue Gesellschaft schließlich amtlich beim Innenministerium der DDR registriert. [3]

Allerdings scheint die Gründung der Gesellschaft nicht ganz problemlos vonstatten gegangen zu sein: Zwar wurde der Entwurf des Statuts im wesentlichen in der Form angenommen, wie er zuvor seitens der staatlichen bzw. parteiamtlichen Stellen

abgestimmt und dann den Versammlungsteilnehmern vorgeschlagen worden war, doch schon bei der Auswahl der Vorstandsmitglieder scheint es zum Dissenz gekommen zu sein. Neben den oben genannten Kandidaten Rompe, Möglich, Seeliger und Frühauf wurde auch der Potsdamer Astrophysiker Walter Grotrian in den ersten Vorstand berufen, dies wohl nicht zuletzt eingedenk der Tatsache, daß Grotrian bis 1945 der Vorsitzende des Gauvereins Berlin-Brandenburg gewesen war. Grotrian und auch Seeliger machten zunächst auch Vorbehalte geltend, im Vorstand mitzuarbeiten, da ihnen „gewisse Formulierungen im Statut hauptsächlich im Zusammenhang mit der sowjetischen Wissenschaft ... nicht angebracht erschienen“. Ein anderer Dissenzpunkt betraf den Vorsitzenden der Gesellschaft, der laut Statut unter den Vorstandsmitgliedern hätte gewählt werden müssen. Wegen einiger Animositäten zwischen Grotrian und Seeliger – der in den ursprünglichen Vorlagen eigentlich vorgesehene Möglich war für dieses Amt anscheinend nicht durchzusetzen gewesen – wurde die Wahl zurückgestellt; auch nach dem Tode Grotrians (1954) scheinen ähnliche Diskrepanzen weiter bestanden zu haben, denn noch zu Beginn der sechziger Jahre vermerkt ein Protokoll, daß „auf Wunsch des Vorstandes, obwohl statutengemäß vorgesehen“, kein Vorsitzender gewählt wurde.

Die Leitung der Physikalischen Gesellschaft (in) der DDR

Vorsitzende:

Robert Rompe	1970 – 1988
Joachim Auth	1988 – 1990
Gerd Röpke	1990

Ehrenvorsitzende:

Gustav Hertz	1967 – 1975
(von 1955 bis 1967 Sprecher des Vorstandes)	
Robert Rompe	1988 – 1990

Sekretäre:

Alfred Büchner	1952 – 1969
Reinhard Linke	1969 – 1986
Rudolf Kämpf	1986 – 1987
Detlef Hommel	1987 – 1990

Fachliche Gliederung der Physikalischen Gesellschaft (in) der DDR

Fachverbände:

- Hochfrequenzspektroskopie (seit 1953)
- Optik (seit 1954)
- Polymerphysik (seit 1956)
- Elektronenmikroskopie (seit 1968)
- Schulphysik (seit 1968)
- Festkörperphysik (seit 1970)
- Theoretische Physik (seit 1976)
- Akustik (seit 1981)
- Elektronik (1984 – 1989)
- Plasmaphysik (seit 1988)

Selbständige Arbeitsgruppen:

- Physikgeschichte (seit 1980)
- Agrophysik (seit 1989)
- Rheologie (seit 1989)
- Junge Physiker (seit 1989)

Vorstandsmitglieder der Physikalische Gesellschaft (in) der DDR

W. Grotrian (Potsdam)	1952 – 1954
F. Möglich (Berlin)	1952 – 1957
R. Seeliger (Greifswald)	1952 – 1958
H. Frühauf (Dresden)	1952 – 1968
P. Görlich (Jena)	1952 – 1986
R. Rompe (Berlin)	1952 – 1990
G. Hertz (Leipzig)	1954 – 1975
W. Macke (Dresden)	1958 – 1964
P. Kunze (Rostock)	1958 – 1966
K.-F. Alexander (Berlin)	1964 – 1966 und 1988 – 1990
H. Falkenhagen (Rostock)	1966 – 1970
A. Lösche (Leipzig)	1966 – 1970
K. Lanius (Zeuthen)	1966 – 1974
W. Schütz (Jena)	1968 – 1970
H. Bethge (Halle)	1970 – 1974
O. Hauser (Berlin)	1970 – 1974
J. Wilhelm (Greifswald)	1970 – 1974
A. Schiller (Berlin)	1972 – 1982
R. Leven (Greifswald)	1974 – 1988
J. Auth (Berlin)	1974 – 1990
E.-J. Gießmann (Berlin)	1974 – 1990
D. Morawski (Berlin)	1984 – 1990
Chr. Kirsten (Dresden)	1986 – 1990
G. Albrecht (Berlin)	1988 – 1990
A. Andreef (Dresden)	1988 – 1990
H. Florin (Berlin)	1988 – 1990
A. Rutscher (Greifswald)	1988 – 1990
G. Berg (Halle)	1990
K. Günther (Berlin)	1990
H. Pfeifer (Leipzig)	1990
Th. Richter (Greifswald)	1990
G. Röpke (Rostock)	1990
I. Rotter (Dresden)	1990
R. Zimmermann (Berlin)	1990

Leitung und Mitglieder des (engeren) Vorstandes der Physikalischen Gesellschaft (in) der DDR von 1952 bis 1990 sowie die fachliche Gliederung der Gesellschaft.

In der Gründungsversammlung gab es erhebliche Diskussionen um den Namen der Gesellschaft, denn „mit Mehrheit wurde“, wie es in einem Bericht heißt, „der Name „Deutsche Physikalische Gesellschaft“ abgelehnt, weil das einen Anschluß an Westdeutschland erschwere. Vorgesprochen wurde dafür „Deutsche Physikalische Gesellschaft in der Deutschen Demokratischen Republik“ oder „Physikalische Gesellschaft in der Deutschen Demokratischen Republik“; letzterer war dann bis 1970, als im Rahmen der Abgrenzungspolitik der SED die Präposition „in“ gestrichen wurde, der offizielle Name der Gesellschaft.

Zwar war die Gesellschaft im Herbst 1952 gegründet worden, doch stieß ihre Tätigkeit zunächst auf einige Schwierigkeiten, „weil eine ganze Reihe von Physikern der DDR der Physikalischen Gesellschaft ablehnend gegenüberstand“. Grund der Zurückhaltung war vor allem das ungeklärte Verhältnis zum Verband der (west)deutschen Physikalischen Gesellschaften, favorisierten doch viele Physiker den sofortigen Anschluß an diesen VDPG. Namentlich werden in diesem Zusammenhang Eberhard Buchwald und seine Jenaer Universitätskollegen erwähnt, von denen in den ersten Monaten nach der Gründung kein einziger den Aufnahmeantrag gestellt hatte – ähnlich verhielt es sich in Halle und Rostock –, wogegen bei Carl Zeiss Jena ausnahmslos alle dort tätigen Physiker Mitglied geworden waren; letzteres sicherlich ein Verdienst des rührigen Paul Görlich, der damit wohl auch die Bedeutung der physikalischen Forschung für die Zeiss-Werke betonen bzw. stärken wollte. Zu Beginn des Jahres 1953 war ein sehr großer Teil der knapp hundert Mitglieder „Genossen bzw. fortschrittliche Parteilose“, wie ein Bericht an das zuständige Staatssekretariat für Hochschulwesen vermerkt. Dies hat sich im Laufe der Zeit wesentlich geändert, und die Physikalische Gesellschaft entwickelte sich mehr und mehr zur Standesorganisation der Physiker in der DDR. Erwähnung verdient in diesem Zusammenhang, daß zur wachsenden Akzeptanz der Gesellschaft nicht zuletzt das Engagement von Gustav Hertz beigetragen hat. Er wurde unmittelbar nach seiner Rückkehr aus der Sowjetunion im Herbst 1954 in den Vorstand der Gesellschaft kooptiert – offiziell als Nachfolger des kurz zuvor verstorbenen Grotrian. Obwohl er niemals offiziell die Funktion des Vorsitzenden bekleidete – 1967 wurde ihm schließlich der Ehrenvorsitz angetragen –, fungierte er zunehmend als Sprecher des Vorstandes. Mehr noch als diese Stellung waren es Hertz' wissenschaftliche Autorität und seine persönliche Integrität, die der allgemeinen Anerkennung der Gesellschaft in Ost wie West zugute kamen. Stets um ein einträgliches Verhältnis zu den westdeutschen Gesellschaften bemüht, trug ihm das freilich den parteiinternen Vorwurf ein, „gesamtdeutsche Arbeit als Unterorganisation des Verbandes im Sinne des westdeutschen Verbandes zu betreiben“. Allerdings waren auch im Westen manche Vorbehalte auszuräumen, denn auch manche Vertreter der DPG waren damals in der von Kaltem Krieg und Hallstein-Doktrin geprägten Atmosphäre wenig geneigt, offizielle Kontakte aufzunehmen – den „Repräsentanten des Kommunismus“ war die kalte Schulter zu zeigen!

Auch die Tätigkeit von Gustav Hertz – und mit ihm die vieler anderer integrierter Kollegen – hat nicht zu verhindern vermocht, daß der Vorstand von Anfang an im politischen Selbstverständnis der herrschenden Politbürokratie ein Kaderorgan der SED und Instrument ihrer Wissenschaftspolitik war. Insofern ist es keineswegs Zufall, sondern vielmehr Ergebnis sorgfältiger Kandidatenauslese, daß bis 1990 der engere Vorstand, der dem

Statut gemäß im zweijährigen Turnus durch die Mitgliederversammlung in offener Abstimmung en bloc gewählt wurde, stets von zuverlässigen Genossen dominiert war: Bereits der erste Vorstand wies die SED mit vier (eingeschriebenen) Mitgliedern als dominant aus; im 1988/90 amtierenden Vorstand waren dann die „Genossen“ praktisch unter sich, wenn man von einem der Blockpartei LDPD angehörenden Vorstandsmitglied absieht. In diesem Sinne waren weder die Vorstandswahl noch die Sitzungen des Vorstandes selbst Orte demokratischer Meinungsbil-



Gustav Hertz (1887 – 1975) kehrte 1954 aus der Sowjetunion zurück und wurde an der Universität Leipzig Direktor des Physikalischen Instituts. Als einziger in der DDR lebender Nobelpreisträger wurde er dort hochgeehrt und bekleidete zahlreiche hohe Ehrenämter – dennoch war er bis zu seinem Tode für viele Physiker in Ost und West eine Integrationsfigur. In einem Brief an James Franck gibt Max Born die folgende Schilderung seines Zusammentreffens mit Hertz im Frühjahr 1955: „So hatte ich Gelegenheit, mit Hertz neben der Strasse auf- und ab zu gehen und ein paar vertrauliche Worte zu wechseln. Er sagte sofort: ‚Was ich öffentlich sage, hat nichts zu tun mit dem, was ich denke. Z. B. ich sage, daß ich nicht nach dem Westen gehe, weil ich die Zustände dort verabscheue. In Wahrheit gehe ich nicht, weil ich dadurch mich in Verdacht bringen und die Rückkehr vieler, noch in Rußland zurückgehaltener Physiker gefährden würde.‘“

dingung oder kontroverser Grundsatzdiskussionen. Die entscheidenden Dinge wurden häufig in einer „Führungsgruppe“, zu der neben Rompe und dem Sekretär der Gesellschaft noch ein oder zwei „bewährte“ Genossen gehörten, vorentschieden bzw. abgesprochen. Darüber hinaus waren – wie in der gesamten DDR-Gesellschaft – die Funktionseliten der Physikalischen Gesellschaft hinsichtlich ihres politischen und ideologischen Profils weitgehend konform und homogen; auch fand ihr Austausch im Sinne gezielter Kaderpolitik und der praktizierten en-bloc-Wahl weniger durch Konkurrenz als durch Kooptation statt. Die relativ langen Amtszeiten der Vorstandsmitglieder können als Ausdruck dieser Tatsache gewertet werden – wollte hier einmal jemand ausscheren, so wurde das eher als störend denn als bereichernder Austausch empfunden.

Auch die Sekretäre der Gesellschaft wurden nach dem Nomenklatur- und Führungskaderprinzip ausgewählt. So waren Alfred Büchner und Reinhard Linke zwar diplomierte Physiker, doch hatten sie vor ihrer Tätigkeit in der Physikalischen Gesellschaft leitende Funktionen im Staatssekretariat für Hochschulwesen bzw. im Innenministerium ausgeübt. Ihre engen Beziehungen zum Ministerium für Staatssicherheit – bei Linke kann man sogar von einem jener „Offiziere im besonderen Einsatz“ sprechen [4a] – machten das Büro der Gesellschaft als „Operativen Vorgang Magnus“ sogar zu einer Zweigstelle der Stasi-Hauptverwaltung „Aufklärung“ [4b]. Aufgabe Büchners, Linkes und anderer Mitarbeiter war es u. a., die Einladungspolitik der Gesellschaft bei Konferenzen und Kolloquien im Sinne der Stasi zu beeinflussen bzw. zu steuern und so die unverfängliche Kontaktaufnahme zu ausländischen Wissenschaftlern zu ermöglichen und ihrer möglichen Anwerbung eine glaubwürdige Legende zu geben.

Die Gesellschaft selbst war in den ersten Jahren lokal organisiert. So hatten sich unmittelbar nach Gründung der Gesellschaft Ortsgruppen in Berlin (Vorsitz: Rudolf Ritschl) und Leipzig/Halle (Vorsitz: Bernhard Kockel) gebildet, denen 1953/54 weitere Sektionen in Dresden, Jena, Rostock und Greifswald, also in allen anderen Universitätsstädten der DDR folgten. Die Tätigkeit dieser Ortsverbände konzentrierte sich vornehmlich auf die Organisation von Reihen wissenschaftlicher Kolloquien und von Vorträgen prominenter Gäste. Allerdings läßt sich feststellen, daß sich im Laufe der Zeit der Schwerpunkt der Tätigkeit der Gesellschaft zunehmend auf die Fachverbände und ihre Aktivitäten konzentrierte – wahrscheinlich mit Ausnahme von Berlin, wo die Physikalische Gesellschaft bis zum Schluß mit dem Laue- und Mittwochs-Kolloquium eine rege Vortragstätigkeit organisierte; auch in Dresden existierte bis in die achtziger Jahre hinein eine aktiver Ortsverband. Das eigentliche wissenschaftliche Leben spielte sich aber zunehmend in den Fachverbänden ab, die parallel zu der sich allmählich erübrigenden lokalen Organisationsstruktur gegründet worden waren. Den Anfang hatte die 1953 gegründete Fachsektion „Spektroskopie“ (Leitung: O. Leutwein, Freiberg) sowie eine Fachgruppe „Kristallstrukturanalyse“ (W. Kleber, Berlin) gemacht, wobei letztere nur von kurzem Bestand war. Diese Fachverbände – zum Schluß verfügte die Physikalische Gesellschaft über zwölf Fachverbände und einige selbständige Arbeitsgruppen – waren die wissenschaftliche Heimstatt für viele Physiker in der DDR. Sie organisierten weitgehend eigenverantwortlich spezielle Konferenzen, Symposien und Vortragsveranstaltungen. Dem wachsenden Stellenwert der Fachverbände wurde dadurch Rechnung getragen, daß deren Vorsitzende ab den siebziger Jahren im erweiterten Vorstand Sitz und Stimme erhielten.

Die Physikalische Gesellschaft war zunächst dem Staatssekretariat für Hochschulwesen unterstellt. Dies bedeutete nicht nur, daß diese Regierungsbehörde ihr staatlicher Ansprechpartner war, vor allem war sie haushaltsmäßig an das Staatssekretariat gebunden. Bei einem jährlichen Mitgliedsbeitrag von 24,- Mark, der im übrigen bis zum Jahre 1990 konstant blieb, benötigte die Gesellschaft für ihre Tätigkeit natürlich erhebliche staatliche Zuschüsse; letztere schwankten und lagen zwischen 50 000 – 200 000 Mark pro Jahr. Trotz und vielleicht sogar wegen dieser erheblichen Zuwendungen von Seiten des Staates regten sich schon unmittelbar nach Gründung bei einigen Mitgliedern und auch bei Teilen des Vorstandes erhebliche Bedenken gegen eine allzu enge staatliche Anbindung. Dies sowohl

im Sinne des Selbstverständnisses vieler Mitglieder, als auch angesichts der Tatsache, daß im Sinne gesamtdeutscher Aktivitäten das Verhältnis zum westdeutschen Verband von unnötigen Störungen frei gehalten werden sollte – z. B. hatte man angeregt, für 1953 den Physikertag nach Dresden einzuberufen. Institutionalisierte „Staatsnähe“ bzw. die direkte Anbindung an ein Ministerium waren in den Jahren der Hallstein-Doktrin aber Dinge, die auf westdeutscher Seite sehr sensibel behandelt wurden. 1953 gab es deshalb intensive Bemühungen, sich von der haushaltsmäßigen Bindung an das Staatssekretariat zu lösen und stattdessen der vermeintlich neutraleren Akademie der Wissenschaften unterstellt zu werden. Die Akademie war damals noch nicht jene „sozialistische Forschungsakademie“ der 70er und 80er Jahre, vielmehr wurde ihre Tätigkeit in hohem Maße von den sogenannten „bürgerlichen“ Wissenschaftlern geprägt, die sich der DDR gegenüber zwar überaus loyal verhielten, jedoch keine SED-Mitglieder oder Parteikader waren. Hinzu kam, daß sich die Akademie politisch wie in ihrem Selbstverständnis als eine gesamtdeutsche Einrichtung verstand und gewissermaßen als Klammer Gelehrte aus Ost und West an die Entwicklung im sozialistischen Deutschland binden wollte. In diesem Sinne waren zahlreiche westdeutsche Gelehrte Akademiemitglieder und konnten als solche auch Einfluß auf die Tätigkeit der Akademie und ihrer Institute und Unternehmungen nehmen. Erst ab Mitte der sechziger Jahre standen solche gesamtdeutschen Institutionen der Abgrenzungspolitik der DDR und ihren Anerkennungsbestrebungen entgegen und wurden nach und nach umfunktioniert. Bis dahin war die Deutsche Akademie der Wissenschaften zwar Bestandteil der allgemeinen Wissenschaftspolitik in der DDR, doch mit so vielen Freiräumen, daß sie nicht direkt der reinen Parteipolitik untergeordnet war – sie bildete vielmehr eine jener berühmten Nischen der DDR-Gesellschaft.

VORWORT

Die vorliegende Zeitschrift hofft, eine Lücke zu füllen. Zwar erscheinen fachwissenschaftliche Originalarbeiten in immer größerer Zahl und immer strengerer Spezialisierung. Zwar gibt es auch periodisch erscheinende Berichte, die um einen Überblick bemüht sind. Indessen ist weder der Spezialist noch der angehende Physiker in der Lage, Originalarbeiten aus den ihm nicht vertrauten Sonderbereichen mit vollem Verständnis zu lesen, wie denn auch die zur Zeit erscheinenden zusammenfassenden Berichte eine stärkere Rücksichtnahme auf die Bedürfnisse des Nichtspezialisten sowie auch einen geringeren Umfang der einzelnen Beiträge und deren häufigeres (in unserem Falle monatliches) Erscheinen wünschenswert machen. Hier soll daher, ohne daß Vollständigkeit erstrebt wird, jeder Fortschritt physikalischer Erkenntnis zwar kritisch, aber ohne Esoterik, in klarer, auch dem Nichtspezialisten zugänglicher Schreibart behandelt werden. Ergänzend sei erwähnt, daß wir auch Übersetzungen schwer zugänglicher ausländischer Berichte aufnehmen werden.

Berlin, den 7. 6. 1953

Die Herausgeber

Die PG-DDR bemühte sich von Anfang an aktiv um das Zeitschriftenwesen in der Physik. 1953 wurden die „Fortschritte für Physik“ gegründet, die mit ihrem Namen an die traditionsreiche erste Zeitschrift der Physikalischen Gesellschaft aus dem Jahre 1845 anknüpfen. Hier ein Faksimile des Vorworts der Herausgeber zum ersten Heft.



Leopold Infeld bei seinem Vortrag auf der Tagung „50 Jahre Relativitätstheorie“ im April 1955, die einen ersten Höhepunkt in der Geschichte der PG-DDR bedeutete. Sitzend in der ersten Reihe (v. r. n. l.) der Berliner Mathematiker K. Schröder, H. Ertel, M. von Laue, F. Möglich.

Im Jahr 1954 wurde schließlich dem Drängen der Physikalischen Gesellschaft entsprochen, und fortan war sie ebenso wie die meisten anderen wissenschaftlichen Gesellschaften der DDR haushaltsmäßig und später auch administrativ der Akademie der Wissenschaften angegliedert – auch wenn sie später nach außen hin, z. B. gegenüber dem VDPG oder der DPG, ihre Unabhängigkeit betont hat. Die Aufbauphase der Gesellschaft war vor allem durch zwei Dinge geprägt: Zum einen war man bemüht, durch wissenschaftliche Veranstaltungen Profil und Akzeptanz unter den Physikern in der DDR zu gewinnen. So fand im Herbst 1952 in Berlin eine Arbeitstagung über die Grundlagen der Quantenphysik mit internationaler und westdeutscher Beteiligung statt – u. a. kamen E. Bagge (Hamburg), L. Janossy (Budapest), L. Infeld (Warschau); andere Tagungen waren der Spektroskopie (April 1953, Freiberg), der Biophysik (Juli 1953, Greifswald), Problemen der Gasentladungsphysik (September 1953, Halle) und der Festkörperphysik (April 1954, Dresden) gewidmet. Weiterhin organisierte der Berliner Ortsverband am 18. Dezember 1953 aus Anlaß des 70. Geburtstages von Walter Friedrich ein größeres Festkolloquium, auf dem Kollegen aus Ost und West die wissenschaftliche Verdienste des Mitentdeckers der Röntgenstrahlinferenzen und damaligen Akademiepräsidenten würdigten.

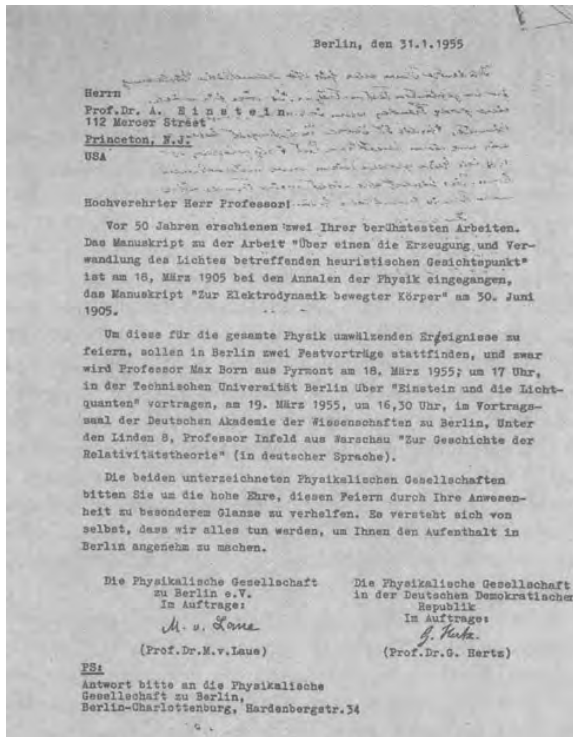
Parallel zu diesen Tagungsaktivitäten war die Gesellschaft intensiv darum bemüht, die wissenschaftliche Publikationstätigkeit und insbesondere das physikalische Zeitschriftenwesen in der DDR zu aktivieren. So beteiligte sich die Gesellschaft aktiv an der Herausgabe der „Zeitschrift für physikalische Chemie“ und der „Experimentellen Technik der Physik“; auf Anregung und im Auftrag der Gesellschaft wurde sogar mit den „Fortschritten der Physik“ eine neue Zeitschrift begründet und herausgegeben. Als Herausgeber fungierten zunächst die Berliner Physiker F. Möglich, R. Ritschl und R. Rompe; später kamen noch F. Kaschlunn (Berlin) und A. Lösche (Leipzig) hinzu. Die „Fortschritte“ sollten kritisch über wichtige physikalische Entwicklungen berichten und zudem Übersetzungen schwer zugänglicher ausländischer Berichte aufnehmen. Neben diesen Aktivitäten nahm man auch Einfluß auf die Herausgabe der traditionsreichen „Annalen der Physik“. Während all diese Aktivitäten der Gesellschaft über die vierzig Jahre ihres Bestehens hinweg von Bestand waren, scheiterte dagegen das Bemühen,

auch auf physikhistorischem Gebiet Flagge zu zeigen, ziemlich schnell. Um insbesondere Studierenden aber auch allen sonstigen Interessenten die Möglichkeit zu geben, wichtige physikalische Arbeiten im Original zu lesen, wollte man auch eine „Sammlung klassischer Werke deutscher Physiker“ begründen. Erschienen ist davon allerdings nur das erste Heft, das der Röntgenschen Entdeckung gewidmet war [5]. Die Physikalische Gesellschaft war es auch, von der die ersten Bemühungen zur Fortführung der Reihe „Ostwalds Klassiker“ ausging. Dazu kam es schließlich auch, allerdings unter einem anderen, stärker weltanschaulich-philosophischen geprägten Konzept durch Gerhard Harig in Leipzig.

Einen ersten Höhepunkt in der Gesellschaftsgeschichte brachte das Jahr 1955. Am 16. Januar 1955 hatte Max von Laue an Albert Einstein im amerikanischen Princeton geschrieben und angekündigt, daß er demnächst „von den beiden Physikalischen Gesellschaften, die in Berlin ihren Sitz haben“, eine Einladung für die anstehenden Feiern zum Jubiläum der Relativitätstheorie erhalten werde; zugleich machte er Einstein den politischen Stellenwert dieser gemeinsamen Einladung klar, denn beide Gesellschaften „waren bisher durch den Eisernen Vorhang völlig getrennt, und auch ihrem jetzigen Zusammenwirken gingen längere und nicht ganz einfache Verhandlungen voraus. Nunmehr besteht wohl auf beiden Seiten der gute Wille, daß dies nur ein Anfang ist eines künftigen engeren Zusammenwirkens, und daß wir damit einen freilich bescheidenen Beitrag liefern können zur allgemeinen politischen Entspannung“. Allerdings machten es die politischen Verhältnisse in der geteilten „Frontstadt“ nicht möglich, die ursprüngliche, von M. von Laue und G. Hertz getragene Idee einer gemeinsamen Veranstaltung zu realisieren. So fanden 1955 in Berlin zwei Festsitzungen zu Ehren Einsteins statt: am 18. März im Großen Hörsaal der TU in Charlottenburg und am folgenden Tag im Plenarsaal der Akademie der Wissenschaften, wobei sich aber beide Physikalische Gesellschaften darauf geeinigt hatten, in ihren separaten Einladungen ausdrücklich auf die jeweils andere Feier hinzuweisen.

Sprach in Ostberlin Leopold Infeld aus Warschau über „Die Geschichte der Relativitätstheorie“, so wies das TU-Kolloquium Max Born, der gerade aus dem englischen Exil nach Deutschland zurückgekehrt war, als Redner aus. Über die damalige

Situation und die Reiseeindrücke von Max Born gibt ein Brief Borns an James Franck lebendig Auskunft: „Berlin ist ein absolut verrückter Ort: diese idiotische Grenze mitten durch die Stadt. Allerdings ist der Verkehr herüber und hinüber jetzt ziemlich frei. Der Westen sieht blühend, sauber, regsam aus, der Osten düster, ärmlich, bedrückend. – Es handelte sich um zwei kombinierte Einsteinfeiern der beiden Phys. Gesellschaften: Im Westen sprach ich, in der Techn. Univ. unter Laue als Vorsitzendem, über „Einstein und das Lichtquant“. Im Osten sprach mein früherer Mitarbeiter Infeld aus Polen über „Relativität“.



Mit diesem gemeinsam unterzeichneten Brief luden von Max von Laue und Gustav Hertz im Namen der beiden „Physikalischen Gesellschaften“ Albert Einstein zur der Feier „50 Jahre Relativitätstheorie“ ins geteilte Berlin ein. Einstein sagte ab (vgl. Einsteins Antwort S. 148)

wobei Gustav Hertz den Vorsitz führte. ... Durch sonderbaren Zufall trafen wir uns bei der Heimreise auf der Autobahn nahe Berlin. (Ich saß in einem riesigen russischen Auto, mit dem der Sekretär der Ost.-d. Phys. Ges. mich in Pymont abgeholt hatte – die Ostleute lieben solche großartigen Gesten.)” [6]

Die Einstein-Ehrung darf als ein gelungener Versuch einer engeren Kooperation zwischen den Physikalischen Gesellschaften in Ost und West angesehen werden – zumal sie nicht ohne Folgen blieb. Im Jahre 1958 jährte sich der Geburtstag von Max Planck zum hundertsten Male, und wieder waren es Max von Laue und Gustav Hertz, die die Initiative ergriffen, um dieses Ereignis zu einer „gesamtdeutschen Nationalfeier“ (Laue) werden zu lassen und das Andenken Plancks durch eine gemeinsame Veranstaltung zu ehren. Da die Vorbereitung und Durchführung dieser Festveranstaltung die direkte Einflußnahme der Politik auf die Tätigkeit der Physikalischen Gesellschaft in der DDR illustriert, soll diesem Ereignis im folgenden ein etwas größerer Raum eingeräumt werden. [7]

Die Planck-Feier 1958

Auf westlicher Seite ist die Hertz-Lauesche Verabredung erstmals im Protokoll der Vorstandssitzung der Berliner Gesellschaft vom 4. März 1957 dokumentiert. Der Tagesordnungspunkt 1 protokolliert: „Zum Geburtstag von Max Planck am 23. April 1958 soll eine Gedenkfeier veranstaltet werden, möglichst mit der Physikalischen Gesellschaft in der DDR.“ Wenige Wochen später, am 25. April, kam es in den Räumen der Akademie zu einer Unterredung zwischen Laue und Rompe, auf der erste konkrete Vorschläge gemacht wurden, wobei sich Rompe allerdings – wie aus einer Aktennotiz Laues hervorgeht – noch nicht endgültig festlegen wollte, da „die Akademie bisher zu dem Plane noch keine Stellung eingenommen (hat. Er aber) mit ihrer Zustimmung rechnet.“ Auch wenn inzwischen ausgemacht war, daß die Planck-Ehrung nicht allein von den Physikalischen Gesellschaften, sondern zusammen mit der Akademie – nicht zuletzt wegen Plancks herausgehobener Position in dieser – getragen werden sollte, meinte Rompe mit „Akademie“ wohl mehr die zuständigen Stellen von Partei und Regierung in der DDR, ohne deren Plazet eine solche Veranstaltung nicht durchzuführen war. In einem Brief vom 22. Mai wurde dann durch Rompe und Büchner auch das Zentralkomitee (ZK) der SED offiziell vom Vorhaben der Physiker unterrichtet und um Unterstützung gebeten. Eine Entscheidung des obersten Machtorgans der DDR ließ indes lange auf sich warten, und währenddessen nahmen die Dinge in Ost wie West ihren Lauf – vor allem nahmen sie immer konkretere Gestalt an. So trafen sich Laue und Büchner wiederholt zu internen Gesprächen, wobei Laue den Eindruck gewann, „daß die Kollegen aus der Sowjetischen Besatzungszone auf alle unsere Anregungen gern eingehen...“ Überhaupt vermitteln die überlieferten Akten den Eindruck, daß die ostdeutschen Physiker sicherlich nicht ohne politische Rückendeckung oder gar unabhängig handelten, doch ihren Handlungsspielraum maximal ausgenutzt und in einigen Punkten wohl auch überschritten hatten. Dies bestätigt auch ein Brief des stellvertretenden Ministerpräsidenten F. Selbmann an den ZK-Wissenschaftssekretär Kurt Hager, in dem die Notwendigkeit betont wird, daß sich das „ZK mit diesen Vorschlägen der Physikalischen Gesellschaft – die ja schon zu einem großen Teil in der Realisierung begriffen sind – befaßt und mir mitteilt, wie man sich zu diesen Vorschlägen verhalten soll“.

Eine Antwort gab dann schon bald ein parteiinterner Kontrollbericht, der unmißverständlich feststellte, daß der selbständigen Rolle der DDR bei der Würdigung Plancks nur in ungenügender Weise Rechnung getragen werde und man sich „mit den Genossen der Physikalischen Gesellschaft und in der Deutschen Akademie auseinandersetzen (werde), da sie offensichtlich von der falschen Konzeption einer unteilbaren deutschen Physik ausgegangen sind und unbedingt gemeinsame Feiern durchführen wollen, wobei die DDR-Wissenschaftler nach Westdeutschland gehen und die westdeutschen Wissenschaftler in die DDR. Dieser falsche Ausgangspunkt ist mit den Genossen der Abteilung nicht beraten und wäre auch nie akzeptiert worden.“

Nachdem die Partei in solcher Weise ihre Grundsatzentscheidung getroffen hatte, nahmen die Dinge einen fast generalstabsmäßig geplanten und überwachten Verlauf: Zunächst wurden in einer „Genossen-Vorbesprechung“ die SED-Genossen des Präsidiums der Akademie vom Wunsch des ZK unterrichtet und darauf eingeschworen, auf der Feier in Ostberlin nicht nur Max von Laue, sondern auch einen namhaften Wissenschaftler der



Die Organisation der Feiern zum 100. Geburtstag von Max Planck geriet in das Spannungsfeld von Wissenschaft und Politik. Hier der Blick auf das Präsidium der Planck-Feier „Ost“ in der Berliner Staatsoper (v. l. n. r.) M. v. Laue, W. Friedrich, L. Meitner, M. Volmer, O. Hahn.



Die Partei- und Staatsführung der DDR nutzte die Planck-Feiern als Bühne zur politischen Demonstration. In der ersten Reihe der Regierungsloge der Staatsoper sitzen W. Ulbricht und O. Grotewohl; in der zweiten Reihe erkennt man M. Steenbeck (1. v. l.), K. Hager (2. v. r.) und P. A. Thiessen (1. v. r.).

DDR sprechen zu lassen. Da Gustav Hertz auf der Feier in Westberlin sprechen sollte und darauf bestand, wurde Hans Frühauf, Vizepräsident der Akademie, als Redner benannt. In der offiziellen Sitzung des Vorbereitungskomitees warf Hertz zwar Rompe vor, die „Feier auf diese Art zu politisieren“, doch verhallte der Protest mehr oder weniger folgenlos. Vielmehr setzte man auch konsequent die anderen Vorgaben des ZK durch, insbesondere jene, daß zur Festsitzung in der Staatsoper die Regierung einzuladen war und anschließend ein mehr oder weniger offizieller Empfang stattzufinden hatte.

Am 24. April 1958 fand schließlich in der Staatsoper Unter den Linden ein gleichermaßen eindrucksvoller wie pompöser Festakt zu Ehren von Max Planck statt [8]. Auf dem Podium und im Parkett hatten zahlreiche Forscher von Rang und nicht zuletzt Schüler und ehemalige Berliner Kollegen Plancks Platz genommen, u. a. die Nobelpreisträger Max von Laue, Gustav Hertz, Max Born, Otto Hahn und Werner Heisenberg; auch waren zahlreiche emigrierte Kollegen nach Berlin gekommen – so Lise Meitner (Stockholm), James Franck (Chicago), V. Weisskopf (Cambridge, USA) und E. Pringsheim (Brüssel). Dazu gesellte sich eine starke Delegation aus der Sowjetunion mit A. Ioffe (Leningrad), D. Iwanenko (Moskau) und N. Bogoljubov (Moskau), weiterhin kamen aus Frankreich P. J. Vigier, aus England P. A. M. Dirac, aus Ungarn L. Janossy, aus Österreich L. Flamm. Damit war diese Veranstaltung sicherlich eine der hochrangigsten Physikertagungen der Nachkriegszeit. Eröffnet hatte sie Max Volmer als Präsident der Akademie, der in seiner kurzen Ansprache beschwor, daß die internationale Bindung der Gelehrten untereinander freibleibe von „politischen Schwankungen“. Mit dieser Bemerkung wollte er sicherlich nicht nur den innigsten Wunsch(träum) vieler Teilnehmer und das Problem der Wissenschaftler im Kalten Krieg und speziell im geteilten Deutschland angesprochen wissen, sondern auch versteckte Kritik an den Einmischungsversuchen der DDR-Regierung bei der Vorbereitung dieser Veranstaltung einbringen. Diesen hatten sich weder Physikalische Gesellschaft noch Akademie entziehen können, was selbst bei der Festsitzung u. a. dadurch dokumentiert wurde, daß in der Ehrenloge der Staatsoper Walter Ulbricht und weitere Repräsentanten der Partei- und

Staatsführung der DDR Platz genommen hatten. Das und der mehr oder weniger offizielle Regierungsempfang am Abend sorgten insbesondere bei den westlichen Gästen für einige Irritationen und teilweise auch bittere Reaktionen – insbesondere wurde es als grober Verstoß gegen die ursprüngliche Vereinbarung gewertet, dem Jubiläum einen streng wissenschaftlichen Charakter zu geben.

Die eigentlichen Festreden hielten Hans Frühauf und Max von Laue. Würdigte der erste Plancks Rolle als langjähriger Sekretär der Akademie [9], was damals im übrigen als eine politische Rede gewertet wurde, so sprach Laue als wohl bedeutendster Planck-Schüler über dessen wissenschaftliches Werk [10]. Abschließend überreichte Otto Hahn als Präsident der Max-Planck-Gesellschaft eine Max-Planck-Büste an die Physikalische Gesellschaft. Im Anschluß an die Festsitzung lud die Physikalische Gesellschaft zu einer Feierstunde ins Magnus-Haus ein, auf der Oberbürgermeister Friedrich Ebert das Haus an die Physikalische Gesellschaft übergab; gleichzeitig übergab der Leiter der sowjetischen Delegation, A. F. Ioffe, offiziell jene Teile der Bibliothek Plancks, die 1945 von der Roten Armee in die Sowjetunion verbracht worden war. Im Anschluß an diesen offiziellen Teil sprach Lise Meitner über Max Planck als Mensch. Am folgenden Tag fanden die Planck-Ehrungen in der Westberliner Kongreßhalle ihre Fortsetzung. Redner waren diesmal Werner Heisenberg, Gustav Hertz und Wilhelm Westphal.

Die politische Instrumentalisierung der Planck-Feier und der Versuch der Partei- und Staatsführung, auf diesem Wege das internationale Prestige und die außenpolitische Anerkennung der DDR zu erhöhen, waren aber nur die eine Seite. Auf der anderen Seite standen der wissenschaftlichen Rang und die Ausstrahlungskraft dieser Konferenz. Für viele Teilnehmer war sie ein weiteres Zeichen dafür, daß man nach der Schreckenszeit von Faschismus und Weltkrieg und über die Gräben des Kalten Krieges hinweg wieder bereit und fähig war, das Gespräch und die wissenschaftliche Diskussion aufzunehmen und – wie es in einem Zeitungsbericht hieß – „wenn schon nicht der politischen, so wenigstens der geistigen Trennung entgegenzuwirken“. Für viele Physiker aus der DDR und insbesondere für die zahlreichen Studenten, die der Feier in der Staatsoper beiwoh-



In den Wandelgängen der Staatsoper bei der Planck-Feier am 24. April 1958. V. l. n. r.: D. Iwanenko (Moskau), W. Heisenberg (Göttingen), L. Meitner (Stockholm), P. A. M. Dirac (Cambridge/UK), Frau Heisenberg.



24. April 1958: R. Courant (New York), V. Weisskopf (Cambridge/Mass.) und N. Bogoljubov (Moskau) während der Festveranstaltung im Vortragssaal des Magnus-Hauses.

nen durften, war es zudem ein prägendes Erlebnis von der Internationalität der Wissenschaften, eine Möglichkeit, die Großen des Fachgebiets kennenzulernen und ein Schritt heraus aus der persönlichen wie wissenschaftlichen Isolation. In diesem Spannungsverhältnis müssen im übrigen generell die internationalen Konferenzen und Symposien gesehen werden, die in der Folgezeit in der DDR organisiert wurden. Sie besaßen immer eine staatspolitische Funktion und sollten insbesondere die internationale Reputation der DDR erhöhen helfen. Nach dem Mauerbau waren sie aber für viele auch häufig die einzige Möglichkeit des unzensurierten Kontaktes mit westlichen Kollegen und zudem eine Chance, die eigene Forschung direkt am internationalen Standard messen zu können.

Max von Laue und auch Physiker aus der DDR wie Gustav Hertz hatten gehofft, daß das Planck-Jubiläum der Beginn einer Serie von gemeinsamen Jubiläumsveranstaltungen werden könne – für 1959 standen der 100. Todestag von Alexander von Humboldt und der 80. Geburtstag Albert Einsteins an. Diese Wunschträume scheiterten indes an den politischen Realitäten. Dennoch wurde die Planck-Feier zum Vorbild für eine ganze Reihe von wissenschaftlichen Ehrungen, die in den folgenden Jahrzehnten in der DDR teilweise mit großem Aufwand durchgeführt wurden – so u. a. anlässlich des 50. Jubiläums der Relativitätstheorie (1965), des 75. der Quantentheorie (1975) und als wohl bedeutsamste Veranstaltung das Einstein-Centennarium (1979) [11]. An all diesen Festkolloquien wirkte die Physikalische Gesellschaft zwar mit, allerdings nur noch in der Rolle des Juniorpartners der Akademie.

Das Magnus-Haus

Wie schon erwähnt worden ist, wurde im Rahmen der Planck-Feiern das Magnus-Haus feierlich der Physikalischen Gesellschaft zur Nutzung übergeben. Daß dieses traditionsreiche Haus [12], eine der vornehmsten Adressen des historischen Berlins, der Physikalischen Gesellschaft übergeben wurde, spiegelt nicht nur die gesellschaftliche Bedeutung wider, die die Physik in den fünfziger Jahren in der DDR – und wohl nicht nur dort – besaß, zugleich dokumentiert sich darin der politische Einfluß, den einige Physiker damals hatten.

Nach ihrer Gründung residierte die Physikalische Gesellschaft zusammen mit anderen „gesellschaftlichen Organisationen“ in einer notdürftig hergerichteten Ruine Unter den Linden (direkt gegenüber der sowjetischen Botschaft). Auf der Suche nach einem geeigneteren Domizil – geplant war zeitweise sogar der Bau eines „*Hauses der wissenschaftlichen Gesellschaften*“ mit Bibliotheken, Vortragssälen und Klubräumen – stieß man 1955/56 auch auf das schöne Palais am Kupfergraben und erinnerte sich, daß dieses Haus um die Mitte des vergangenen Jahrhunderts von Gustav Magnus bewohnt und als physikalisches Laboratorium genutzt worden war; es war die Wiege der Berliner Physikalischen Gesellschaft. In diesem Sinne versuchte die Physikalische Gesellschaft bei den zuständigen Stellen das Haus für sich zu reklamieren. In einem Schreiben vom Sommer 1956 an den Berliner Oberbürgermeister Ebert kann man dazu lesen: *„Es wäre nicht nur ein Akt der Gerechtigkeit, sondern auch ein Akt von eminent politischer Bedeutung, wenn die Physikalische*

Gesellschaft in der Deutschen Demokratischen Republik als rechtmäßiger Nachfolger dieses ersten Physikalischen Instituts in Deutschland und das Gründungshaus der Deutschen Physikalischen Gesellschaft Am Kupfergraben 7 bezieht. Das entspricht ebenfalls einem Beschluss des Sekretariats der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands.“

Mit dem Hinweis auf den aktuellen Nutzer, den Bezirksvorstand der Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft, und daß es bereits ein Dutzend anderer Anwärter gebe, wurde dieser Versuch zwar vom Oberbürgermeister abschlägig beschieden, doch war die Sache auf den Weg gebracht. Durch das Engagement des Sekretärs A. Büchner, vor allem aber dank des Einflusses und des Ansehens von Robert Rompe und Gustav Hertz konnte man nach einem etwa einjährigen zähen Ringen das Vorhaben gegen die Interessen der Stadt Berlin durchsetzen. Wie aus den wenigen Unterlagen hervorgeht, scheint Rompe dabei nicht nur seine Beziehungen zum ZK genutzt zu haben, darüber hinaus hat es wahrscheinlich im Herbst 1956 ein Gespräch zwischen Gustav Hertz und dem Ministerpräsidenten gegeben, in dem diese Angelegenheit ebenfalls zur Sprache kam. Bei diesen Bemühungen war es sicherlich sehr hilfreich, daß die Physiker auf das anstehende Planck-Jubiläum und dessen wissenschaftspolitischen wie propagandistischen Wert hinweisen konnten – u. a. liest man in einem Brief vom Mai 1957, daß „geplant ist, anläßlich des 100. Geburtstages des großen Physikers Max Planck im April 1958 in diesem Hause die persönliche Bibliothek dieses berühmten Wissenschaftlers aufzustellen und damit eine gesamtdeutsche nationale Gedenkstätte zu schaffen.“

Was die Rückgabe der Planck-Bibliothek angeht, so scheint sich die Möglichkeit hierfür erstmals im Februar 1957 in einem Gespräch zwischen Manfred von Ardenne und einer sowjetischen Wissenschaftlerdelegation ergeben zu haben. Wie Ardenne in einem Brief an das Akademiepräsidium berichtet, knüpfte er in diesem Gespräch an die Tatsache an, daß die nach Kriegsende in die Sowjetunion gelangten Teile der Planckschen Privat-

bibliothek (der größte Teil ist bekanntlich 1944 bei der Bombardierung des Planckschen Hauses im Grunewald verbrannt) in dem von ihm, Ardenne, geleiteteten Institut am Schwarzen Meer aufbewahrt und registriert worden waren. Es gelang dann tatsächlich, mit den sowjetischen Behörden im Laufe des folgenden Jahres den schon geschilderten Modus der Übergabe im Rahmen der Planck-Feiern zu vereinbaren, wobei nicht nur die Reste der Planckschen Privatbibliothek, sondern auch noch anderes Beutegut der Roten Armee – u. a. aus den Bibliotheken des Siemenschen Zentrallabors und des Physikalischen Instituts der Universität Königsberg – zurückgeführt wurden. Diese Bücher bildeten den Grundstock für eine kleine (aber für DDR-Verhältnisse feine) Bibliothek, die in den folgenden Jahren von der Physikalischen Gesellschaft aufgebaut und von vielen ihrer Mitglieder auch rege genutzt wurde.

Zum 1. Juli 1957 wurde das Magnus-Haus in die „Verwaltungsträgerschaft“ der Physikalischen Gesellschaft übergeben. Allerdings war die Gesellschaft schon damals nicht der alleinige Nutzer des Hauses, denn der Städtetag zog als Untermieter mit ein; dies war wahrscheinlich ein Zugeständnis an F. Ebert, der damals nicht nur Berliner Oberbürgermeister, sondern auch Präsident des Städtetages war. Später wurde das Magnus-Haus von zahlreichen anderen Untermietern, meistens den Geschäftsstellen verschiedener wissenschaftlicher Gesellschaften der DDR, mitgenutzt. Das Magnus-Haus blieb bis zur Vereinigung mit der DPG im Herbst 1990 Sitz der Physikalischen Gesellschaft (in) der DDR. Solange der bauliche Zustand des Vortragssaals es zuließ, war das Haus auch die Stätte für wissenschaftliche Tagungen, Konferenzen und Kolloquien – insbesondere tagte dort bis Mitte der achtziger Jahre das (Ost)Berliner Mittwoch-Kolloquium. Überhaupt läßt sich feststellen, daß der bauliche Zustand und der sichtbare Verfall des einst so repräsentativen Hauses ab den späten siebziger Jahren zu einem der brennendsten Probleme der Physikalischen Gesellschaft wurde. Da die Finanzkraft der Gesellschaft für eine Sanierung aus eigenen

Aus Anlaß des 100. Geburtstages von Max Planck wurde das Magnus-Haus in Berlin Mitte, Am Kupfergraben 7, der Physikalischen Gesellschaft in der DDR übergeben. Hier ein Foto aus dem Jahre 1990 (siehe auch den Beitrag von Th. Mayer-Kuckuk in dieser Schrift).



Mitteln natürlich nicht ausreichte, man zudem in solch grundsätzlichen Fragen der Akademie direkt unterstellt war, wurden in den achtziger Jahren gemeinsam mit der Akademie Lösungsmöglichkeiten des Dilemmas diskutiert und entwickelt. Bei diesen Diskussionen hatte man sich im übrigen mit allzu begehrliehen Vorstellungen des Akademiepräsidiums auseinanderzusetzen, die nicht nur auf eine juristische Übernahme der Trägerschaft des Hauses durch die Akademie abzielten, sondern die Physikalische Gesellschaft faktisch zum Untermieter degradieren wollten. Mit List und einigem Standvermögen konnten diese Vorstöße abgewehrt und auch ein vernünftiges Nutzungskonzept erarbeitet werden. Der wiederholte Versuch, die gefaßten Pläne zu realisieren, scheiterte aber jedesmal am generellen ökonomischen Desaster der Spätzeit der DDR, so daß der beklagenswerte Zustand des Hauses bis zum Schluß andauerte.

Auf dem Weg zur „real-sozialistischen“ Gesellschaft

Die sechziger Jahre brachten einen grundlegenden Wandel in der Arbeit und der Stellung der Physikalischen Gesellschaft mit sich. Hatte der Mauerbau für tiefgreifende Veränderungen der politischen Atmosphäre in der DDR gesorgt, von der auch die Tätigkeit der Gesellschaft nicht unberührt blieb, so beseitigten der „Sieg der sozialistischen Produktionsverhältnisse“ und die damit einhergehenden wissenschaftspolitischen Reformen der späten sechziger Jahre nach und nach alle Relikte einer vergleichsweise autonomen Wissenschafts- und Technikentwicklung. Die aufeinander abgestimmten Hochschul- und Akademie-reformen führten zu einer weitreichenden Umorganisation des Wissenschaftsbereichs und zu neuen Strukturen. So wurde an den Universitäten die Fakultäts- und Institutsstruktur von den Sektionen abgelöst, und in der Akademie gründete man die großen Zentralinstitute [13]. In die Leitungsebenen dieser neuen Strukturen wurden junge, zumeist parteikonforme Kader berufen, die die Vertreter der alten „bürgerlichen“ Intelligenz ablö-

sten und deren letzte Refugien in der DDR fast komplett beseitigten. Parallel dazu veränderte sich das forschungspolitische Leitungssystem grundlegend: Die Arbeit war fortan an Plänen und zentralen wissenschaftspolitischen Vorgaben auszurichten, und ein ausgeprägtes Berichtssystem hielt Einzug in den Wissenschaftsalltag der DDR.

Für die Physikalische Gesellschaft bedeuteten diese Wandlungen konkret, daß sie der Akademie nicht nur beigeordnet, sondern in vielen wichtigen Fragen, insbesondere solchen der internationalen Kontakte, untergeordnet wurde. Gemäß Statut war es nun die Akademie, „die für die Tätigkeit der Physikalischen Gesellschaft der Deutschen Demokratischen Republik die Anleitung und Kontrolle ausübt“. Ebenfalls wandelte sich das Selbstverständnis der Gesellschaft in gravierender Weise: Sie hatte sich nunmehr in ihrer Zielstellung – wie es in den internen Richtlinien der Akademie für die Arbeit der wissenschaftlichen Gesellschaften heißt – „durch die Beschlüsse der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands“ leiten zu lassen.

Schon der Mauerbau im August 1961 hatte gerade auch im akademischen Bereich zu einer Politisierung und einer verschärften Abgrenzungspolitik gegenüber der Bundesrepublik geführt. Sorgfältig registrierte man auch in der Physikalischen Gesellschaft kritische Äußerungen zum Mauerbau und nicht zuletzt die Stellung einzelner Mitglieder zur Deutschen Physikalischen Gesellschaft. Moniert wurde in diesem Zusammenhang insbesondere die persönliche Mitgliedschaft von DDR-Bürgern in der DPG, was schließlich dazu führte, daß diese genötigt wurden, ihre dortige Mitgliedschaft niederzulegen. Ein besonderes Ärgernis für die offiziellen Stellen in der DDR und auch für einige Scharfmacher in der Physikalischen Gesellschaft der DDR waren die „Physikalischen Blätter“ [14], deren Herausgeber Ernst Brüche einerseits zwar seine Verbundenheit mit den ostdeutschen Kollegen dadurch dokumentierte, daß er als einziger Westdeutscher noch 1967 Mitglied der DDR-Gesellschaft war, andererseits aber in seiner Zeitschrift häufig sehr kritisch, wenn auch aufgeschlossen, über die Verhältnisse in der



In einer Feierstunde zum 100. Geburtstag von Max Planck im Magnus-Haus wurde sowohl das Haus selbst als auch die nach dem Krieg in die Sowjetunion verbrachte „Planck-Bibliothek“ an die Physikalische Gesellschaft in der DDR übergeben.

Grußadresse an den VII. Parteitag der SED

Die in der Physikalischen Gesellschaft in der Deutschen Demokratischen Republik vereinigten Physiker grüßen den VII. Parteitag der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands.

Sie verfolgen mit großer Anteilnahme alle Bemühungen der Partei und Regierung zur weiteren Entwicklung unserer Volkswirtschaft und zur Sicherung des Friedens in der Welt und sind bereit, ihr Wissen und Können zur Verwirklichung dieser Ziele voll einzusetzen.

Sie sind überzeugt, daß dieser Parteitag einen weiteren Schritt auf diesem Wege einleiten wird.

Ihren Beratungen wünschen wir vollen Erfolg.

Prof. Dr. Falkenhagen
Prof. Dr. Frühauf
Prof. Dr. Görlich
Prof. Dr. Hertz

Prof. Dr. Lanius
Prof. Dr. Lösche
Prof. Dr. Rompe
Büchner, Sekretär

Grußadresse der Physikalischen Gesellschaft an den Parteitag der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands (SED) zum VII. Parteitag im April 1967. Solche Ergebniseitologen gehörten zum üblichen Ritual des gesellschaftlichen Lebens in der DDR.

DDR und den anderen sozialistischen Ländern berichtete. Als im Herbst 1961 erneut einige Artikel der Physikalischen Blätter bei DDR-Verantwortlichen Unmut ausgelöst hatten, wurden DDR-Physiker, die gelegentlich in den Physikalischen Blättern publiziert hatten, durch den Sekretär der Physikalischen Gesellschaft mehr oder weniger ultimativ aufgefordert, ihre Mitarbeit einzustellen. Erst 1986 durfte wieder ein Beitrag eines Physikers aus der DDR in den Blättern erscheinen. Eine andere Sorge der politisch Verantwortlichen war, daß bis in die zweite Hälfte der sechziger Jahre eine beträchtliche Anzahl von Vortragenden und Gästen aus Westdeutschland und anderen nichtsozialistischen Ländern durch die Fach- bzw. Ortsverbände zu Tagungen oder Kolloquien eingeladen wurde. Indem diese als Gemeinschaftsveranstaltungen zwischen dem jeweiligen Fach- bzw. Ortsverband und einem entsprechenden Universitäts- bzw. Akademieinstitut deklariert wurden, ließen sich mit List die für den Bereich des Hochschulwesens geltenden Regelungen unterlaufen, nach denen z. B. „westdeutschen Konzernvertretern die Teilnahme an Tagungen zu verweigern“ sei. Die Akademiereform brachte aber schließlich die totale Unterordnung der wissenschaftlichen Gesellschaften und bereitete dieser Praxis im besonderen und der relativen Eigenständigkeit in diesem Bereich im allgemeinen ein Ende. Der Generalsekretär der Akademie war jetzt der zuständige Ansprechpartner für die internationalen Kontakte der Gesellschaften, und seinem Büro waren vorab Tagungskonzeptionen und Gästelisten (inklusive Einschätzung der politischen Haltung der betreffenden Kollegen) vorzulegen, so daß in jedem Falle eine eingehende Vorprüfung möglich wurde.

Ausgangs der sechziger Jahre richtete sich der Argwohn der offiziellen DDR-Politik aber nicht nur gegen „den Westen“. Nachdem der Prager Frühling mit der Idee eines demokratischen und menschlichen Sozialismus ernst zu machen versuchte, wurden für mehrere Jahre rigoros die Kontakte zur Tschechoslowakei eingeschränkt bzw. kontrolliert – beispielsweise sprach der Generalsekretär der Akademie 1968 ein striktes Verbot für die Aufnahme „selbständiger Verbindungen mit Institutionen oder Einzelpersonlichkeiten der CSSR“ aus. Zudem war gemäß sei-

Sehr geehrter Herr Professor!

Vor mir liegt das Heft 10 Jahrgang 17, Oktober 1961) der „Physikalischen Blätter“, in dem auch Ihre Arbeit: „Spin-Echos“ abgedruckt ist.

Ich nehme an, daß auch der weitere Inhalt des Heftes Ihrer Aufmerksamkeit nicht völlig entgangen ist und daß Sie sicher mit mir einer Meinung sind, daß es darin Veröffentlichungen gibt, die man nicht als ganz unpolitisch bezeichnen darf. Der unsachliche, bössartige Akzent solcher letztgenannten Veröffentlichungen, der sich nicht nur gegen unseren Staat, sondern auch gegen dessen Repräsentanten – zu denen auch unsere Wissenschaftler gehören – richtet, vereinbart sich eigentlich nicht mit dem Charakter einer wissenschaftlichen Zeitschrift und sollte die Autoren, die in und für diesen Staat arbeiten, sowohl zu einem Protest als auch zu einer Überlegung veranlassen, ob es weiterhin ratsam erscheint, in einer solchen Zeitschrift zu publizieren.

Für Ihre Meinungsäußerung wäre ich sehr dankbar und zeichne mit vorzüglicher Hochachtung

Die Physikalischen Blätter als Ärgernis: Mit diesem Brief ihres Sekretärs A. Büchner an den Autor, Professor Pfeifer (Leipzig), reagierte die Physikalische Gesellschaft auf die Publikation eines Artikels in den Physikalischen Blättern.

ner Weisung bei internationalen Konferenzen – im In- wie Ausland – stets dafür Sorge zu tragen, „daß ein einheitliches Auftreten der DDR-Teilnehmer bei Diskussionen über die Ereignisse in der CSSR gewährleistet wird“. Das bedeutete nichts anderes, als daß mißliebige oder auch nur kritische Kollegen vom Besuch solcher Tagungen ferngehalten oder auch „nur diszipliniert“ wurden. Gleiches wiederholte sich im übrigen zu Beginn der achtziger Jahre, als in Polen die Gewerkschaftsbewegung „Solidarnosc“ dem „real existierenden Sozialismus“ die Stirn bot. Auch hier suchte man sich vor „unvorhergesehenen politisch-ideologischen Problemen“ und der „Konterrevolution“ dadurch zu schützen, daß man die wissenschaftlichen Kontakte nach Polen in beiden Richtungen stark einschränkte und Kollegen, deren Sympathie für die Solidarnosc bekannt war, denunzierte und ihre Ein- bzw. Ausreise in der Regel zu verhindern mußte.

Im allgemeinen waren die Beziehungen zu den Partnergesellschaften in den sozialistischen „Bruderländern“ frei von solchen beschämenden Einschränkungen und ideologischen Konflikten – dafür sorgte schon die allgemeine politische Gleichschaltung in diesen Staaten. Das statutengemäß festgeschriebene Bestreben der „Verstärkung und Festigung der Zusammenarbeit mit entsprechenden Vereinigungen in der Sowjetunion und den anderen sozialistischen Staaten“ war allerdings nicht nur eine mehr oder weniger unverbindliche politische Deklamation, sondern auch der tatsächliche Rahmen, in dem sich im Laufe der Zeit eine Fülle wissenschaftlicher und persönlicher Kontakte zu den Physikerkollegen in Osteuropa entwickelten. Gefördert wurde das noch dadurch, daß die Gesellschaft ab den sechziger Jahren ihren Mitgliedern im Rahmen von Freundschaftsabkommen mit den Physikalischen Gesellschaften in Polen, der Tschechoslowakei, Ungarn und Bulgarien (in der Sowjetunion wurde eine Physikalische Gesellschaft erst 1990 wiedergegründet) die Möglichkeit bot, auf Austauschbasis Institute und Konferenzen in den Partnerländern zu besuchen. Als Abrechnungsbasis fungierten die per Vereinbarung festgelegten jährlichen „Personentage“. In der DDR, die in jeder Hinsicht unter der Devisennot und Reise-

beschränkungen litt, war dies für viele Physiker eine gute und rege genutzte Möglichkeit, über den üblichen Rahmen hinaus zumindest gen Osten Arbeitskontakte aufzubauen oder verstärkt zu pflegen.

Mit der Durchsetzung der „Akademiereform“ wurde die Arbeit der Physikalischen Gesellschaft seit den siebziger Jahren nicht nur sehr viel stärker politisch bestimmt, sie gewann auch einen grundsätzlich neuen Charakter. Im historischen Rückblick dokumentiert sich dieser Wandel wohl am deutlichsten in zweierlei Hinsicht:

– die Gesellschaft gab sich 1970 ein neues Statut, wie es von parteioffizieller und staatlicher Seite schon lange eingefordert worden war und nun (endlich) explizit der gesellschaftlichen Entwicklung in der DDR Rechnung trug; in Reaktion auf die Abgrenzungspolitik der SED wurde als Name „Physikalische Gesellschaft der DDR“ festgelegt;

– die Gesellschaft richtete fortan ihre Arbeit nach Jahresplänen und langfristigen Konzeptionen aus, wobei die formulierten Aufgaben weit über die eigentlichen Anliegen einer wissenschaftlichen Gesellschaft hinausgingen; die Physikalische Gesellschaft machte sich damit zu einem direkten Instrument der Wissenschaftspolitik der SED und versuchte in ihrem Selbstverständnis, wie es in einem Dokument heißt, „*der noch vereinzelt vorhandenen Auffassung über die Physikalische Gesellschaft als Berufsorganisation entgegenzuwirken*“.

Statuten und Grundsätze einer wissenschaftlichen Gesellschaft im Sozialismus

Schon das erste Statut der Gesellschaft aus dem Jahre 1952, das im übrigen sehr sorgfältig im ZK „gegegenglesen“ worden war, verpflichtete die Mitglieder nicht nur dazu, „*der Freiheit der wissenschaftlichen Fortschritts, der Entfaltung des wissenschaftlichen Lebens, der Förderung des wissenschaftlichen Meinungsaustausches*“ zu dienen, zugleich sollte die Gesellschaft zur „*Verbreitung und Anwendung der Ergebnisse der fortschrittlichen Wissenschaften, insbesondere der Sowjetwissenschaften (und zur) wissenschaftlichen Verallgemeinerung der Produktionserfahrungen in den Betrieben, der Hebung des wissenschaftlichen Niveaus der Aktivisten und Bestarbeiter*“ beitragen und „*dem planmäßigen Aufbau des Sozialismus*“ dienen. Ansonsten unterschied sich das Statut kaum von den Satzungen westlicher wissenschaftlicher Gesellschaften – sieht man vielleicht auch von der Tatsache ab, daß die Pflichten der Mitglieder relativ stark eingefordert werden. Ganz anders sieht es indes beim 1970 verabschiedeten und 1981 geringfügig überarbeiteten Statut aus. Hier wurden in einer ausführlichen Präambel zunächst die allgemeinen politischen Rahmenbedingungen in einer penetrant didaktischen Diktion ausführlich erläutert und die Physikalische Gesellschaft nicht nur darauf eingeschworen, „*hervorragende wissenschaftliche Ergebnisse zu erzielen*“, ebenso hatte sie „*alle ihre wissenschaftlichen Kräfte für die Stärkung der DDR einzusetzen und mitzuhelfen, ... sozialistische Persönlichkeiten mit hohem wissenschaftlichem Niveau heranzubilden*“. Weiterhin sollte sie insbesondere dazu beitragen, jene „*Fachrichtungen der Physik weiter zu entwickeln, die das wissenschaftlich-technische Niveau unserer Volkswirtschaft maßgeblich mitbestimmen*“.

Ihre konkrete Umsetzung erfuhren die eben zitierten Paragraphen des Statuts in den jährlichen Arbeitsplänen sowie den

langfristigen Konzeptionen der Gesellschaft – letztere folgten im allgemeinen den staatlichen Fünfjahrplan-Perioden bzw. dem Rhythmus der SED-Parteitage. Diese Konzepte machen auf anschauliche Weise deutlich, daß in der DDR selbst für die Arbeit einer wissenschaftlichen Gesellschaft das Primat von Politik und Ideologie uneingeschränkt galt. So wird in diesen Konzeptionen an erster Stelle nicht etwa das wissenschaftliche Tätigkeitsprofil der Gesellschaft behandelt oder diskutiert, vielmehr sind die ersten Seiten gefüllt mit solchen Feststellungen wie „*die Grundpositionen der langfristigen Arbeit [sind] durch die Festlegungen hinsichtlich der weiteren Entwicklung von Wissenschaft und Technik im Programm der SED bestimmt*“, „*das Tätigkeitsfeld der Gesellschaft [ist] durch die Wissenschaftspolitik der SED und der Regierung der DDR definiert*“ oder daß sich die Physikalische Gesellschaft „*entsprechend der Orientierung von Partei und Regierung vor allem als Aufgaben [stellt.] aktive Beiträge zur Verwirklichung der Wissenschafts-, Wirtschafts- und Kulturpolitik der DDR zu leisten*“; zudem nahmen Passagen über das Verhältnis von Physik und dialektischem Materialismus bzw. marxistisch-leninistischer Weltanschauung einen unverhältnismäßig großen Raum ein.

An zweiter Stelle wurden natürlich auch die eigentlichen Probleme der Gesellschaftsarbeit zur Sprache gebracht, beispielsweise wie die Beziehungen zu den physikalischen Institutionen des Landes verbessert werden können, wo inhaltliche Schwerpunkte in der konkreten Tätigkeit zu setzen sind, welche Gebiete es zu fördern gilt, und auch Fragen der Öffentlichkeitsarbeit, der Lehre und Ausbildung an den Hochschulen oder des Physikunterrichts in den Schulen wurden angesprochen. Damit wird ein Kanon von Fragen diskutiert, der für die Tätigkeit einer jeden wissenschaftlichen Gesellschaft selbstverständlich ist. Auch wenn viele Mitglieder bei der Arbeit vor Ort, auf der Ebene von Fach- und Ortsverbänden bemüht waren, die Politik „*außen vor zu lassen*“ und sachbezogene Arbeit zu leisten, so hatte all dies natürlich seine Grenzen – insbesondere dann, wenn es um Macht, Einfluß und Geld oder Reise- bzw. Einladungsmöglichkeiten ging. Diese Dinge wurden weitgehend zentral, durch den Vorstand, sein Büro, den Sekretär oder gar „*von ganz oben*“, – durch die Akademie – geregelt.

Die siebziger Jahren waren ebenfalls durch einen nachhaltigen Aufschwung in der Tätigkeit der Fachverbände gekennzeichnet. Hatten in den fünfziger und sechziger Jahren ganze fünf Fachverbände – Spektroskopie bzw. Hochfrequenzspektroskopie, Optik, Elektronenmikroskopie, Polymerphysik und Schulphysik – existiert, so erweiterte sich nun das Spektrum der Fachverbände und selbständigen Arbeitsgruppen auf fast alle wichtigen Gebiete physikalischer Forschung. Dies war sowohl eine Reaktion auf innerwissenschaftliche und institutionelle Entwicklungen in der Physik, als auch ein bewußt gesteuerter Schritt, da sich einige der Fachverbände und Arbeitsgruppen an den Prioritäten der staatlichen Forschungs- und Technologiepolitik orientierten. Letztere definierte bestimmte Hauptforschungsrichtungen, die dann in besonderer Weise gefördert wurden. Von besonderer Bedeutung war in diesem Zusammenhang die Gründung des Fachverbandes Festkörperphysik im Jahre 1970, da sich dieser mit seinen verschiedenen Arbeitsgruppen (u. a. Grenzflächen/Dünne Schichten; Tieftemperaturphysik, Festkörpertheorie; Werkstoffforschung) schnell zum wichtigsten und mitgliederstärksten Fachverband profilierte. Seine Gründung war zudem ein Paradebeispiel dafür, daß bei einem solchen Vorgang nicht allein wissenschaftliche Interessen eine

Rolle spielten. Bestrebungen zur Gründung lassen sich nämlich schon Jahre vorher nachweisen, doch scheint ihre Realisierung u. a. daran gescheitert zu sein, daß diese Initiativen von Leuten getragen wurde, die nicht das uneingeschränkte Vertrauen der maßgeblichen Vorstandsmitglieder besaßen und die Festkörperphysik zudem in der DDR damals noch nicht jene Schlüsselstellung einnahm wie später. Als an der Wende zu den siebziger Jahren der ökonomische wie wissenschaftsstrategische Stellenwert der Festkörperforschung im Rahmen der Forschungs- und Technologiepolitik in der DDR nachhaltig aufgewertet wurde, änderte sich dies schlagartig, und die Gründung des Fachverbandes wurde nun mit Nachdruck betrieben – auch stand dann mit Ulrich Hofmann, einem der späteren Vizepräsidenten der Akademie, der geeignete Vorsitzende zur Verfügung. Ähnliches kann für den Fachverband Optik festgestellt werden [15].

Betrachtet man die Liste der Fachverbände, so fällt auf, daß mindestens zwei wichtige physikalische Teildisziplinen nicht vertreten waren: die Kernphysik und die Hochenergiephysik. Über die Gründe dafür läßt sich heute nur mutmaßen. Im Fall



Der 1956 eingeweihte und 1957 in Betrieb genommene 2000-kW-Forschungsreaktor des Kernforschungszentrums in Rossendorf bei Dresden.

der Hochenergiephysik lag es vor allem wohl daran, daß sich mit solchen Fragen in der DDR nur wenige Physiker beschäftigten; auch wird ihre historische Entwicklung in der DDR eine Rolle gespielt haben. Die Hochenergiephysik und vor allem die Kernphysik waren in den fünfziger Jahre nicht zuletzt wegen ihres hohen politischen Stellenwertes an der Physikalischen Gesellschaft „vorbei“ begründet worden und unterlagen einer ungewöhnlich starken staatlichen Kontrolle – eine Gesellschaft mit ihrem (selbst im Sozialismus) nicht ganz zu kontrollierendem wissenschaftlichen Leben und einer Fülle internationaler Kontakte konnte da nur stören. Charakteristisch für das gestörte Verhältnis war, daß zur Eröffnung des Kernforschungszentrums Rossendorf (1956) die Physikalische Gesellschaft und ihre Repräsentanten nicht zu den offiziell Eingeladenen gehörten und man sogar – wie sich Büchner offiziell beklagte – „eine aus-

drückliche Absage auf die Anfrage erhielt, ob dies nur ein Irrtum sei“. Obwohl viele auf dem Gebiet der Kernphysik tätige Physiker Mitglied der Physikalischen Gesellschaft waren und im 1955 gegründeten Wissenschaftlichen Rat für die friedliche Anwendung der Kernenergie G. Hertz, R. Rompe oder P. Görlich führend tätig waren, hat sich diese Distanz über die Jahrzehnte hinweg augenscheinlich perpetuiert.

In den Dokumenten der Physikalischen Gesellschaft kann man zwar lesen, daß der physikalischen Grundlagenforschung als Quelle des wissenschaftlichen Erkenntnisfortschritts ein besonderer Stellenwert zukommt, doch in der Praxis wurde dieser Aspekt allzu häufig in den Hintergrund gerückt. Hier – wie auch sonst – konnte sich die Tätigkeit der Physikalischen Gesellschaft nicht vom allgemeinen Trend in der DDR abkoppeln, demzufolge etwa ab Ende der sechziger Jahre der Aspekt der Anwendungsorientierung bzw. der wirtschaftlichen Verwertbarkeit des Wissens in den Vordergrund rückte.

Die schon erwähnten Hauptforschungsrichtungen, an denen sich auch die Tätigkeit der Physikalischen Gesellschaft orientierte, wurden vor allem von Anwendungsfeldern her bestimmt und waren weniger grundlagenorientiert. Im Sinne solchen Anwendungs- und Praxisbezugs bemühte sich die Physikalische Gesellschaft in den siebziger Jahren verstärkt darum, die Beziehungen zur Industrie und zu den Industriephysikern zu pflegen. Die Mitgliederstatistik wies gerade bei diesem Personenkreis eine große Lücke auf: Während jeweils etwa ein Drittel der Mitglieder an der Akademie oder im Hochschulbereich tätig waren, betrug der Anteil der Industriephysiker im Jahre 1970 nur etwa 18%. Diesen Anteil galt es zu erhöhen, was aber weniger über die persönliche Mitgliedschaft gelang – 1990 betrug der Anteil tatsächlich nur noch 16% –, als vielmehr dadurch, daß man die kooperative Mitgliedschaft einführte und dafür nach und nach die großen physikintensiven Betriebe und Kombinate der DDR werben konnte: vom Berliner Werk für Fernsehelektronik, das im Jahre 1970 den Anfang machte, über die Keramischen Werke Hermsdorf und das Halbleiterwerk Frankfurt/Oder bis hin zu „Carl Zeiss“ in Jena. Ob sich hierdurch, wie durch den generellen Mitgliederzuwachs die Bedeutung und die gesellschaftlichen Einflußmöglichkeiten der Physikalischen Gesellschaft erhöht haben, muß indes bezweifelt werden.

Obwohl der Mitgliederbestand zwischen 1970 und 1990 von 806 auf 1971 wuchs und sich damit mehr als verdoppelte, blieb der Organisationsgrad der Physiker praktisch konstant: Gemessen an der Gesamtzahl der Physiker in der DDR waren in diesen beiden Jahrzehnten stets etwa 25% in der Physikalischen Gesellschaft organisiert. Hinzu kommt, daß es nicht die Mitgliederzahl allein war, die in der DDR politische Einflußmöglichkeit sicherte, sondern der Rang, den man in der Nomenklatura bzw. im politischen System einnahm. In dieser Beziehung war die Physikalische Gesellschaft aber kein wissenschaftsleitendes Organ und hatte sich vielmehr in ihrer Wirksamkeit auf Beratung und Konsultation im Vorfeld „staatlicher Kooperationsregelungen“ zu beschränken. Letzteres war zudem geprägt durch Personalunion, fehlende Unabhängigkeit und geringe organisatorische Abgrenzung zu den maßgeblichen Gremien des Hochschulbereichs und der Akademie; generelle und in der Regel allzu große Fügsamkeit gegenüber den Parteibeschlüssen und staatlichen Maßnahmen schränkten den Spielraum noch zusätzlich ein.

Beispielsweise war Robert Rompe eben nicht nur die „graue Eminenz“ und der langjährige Vorsitzende der Gesellschaft,

zugleich und vor allem bekleidete er wissenschaftspolitische Schlüsselpositionen in der Akademie und zeitweise auch im Partei- und Staatsapparat. Ähnliches läßt sich für seinen Nachfolger Joachim Auth und dessen Rolle im Hochschulbereich sagen. Folgerichtig sind Konflikte oder gar Proteste, die über



Joachim Auth (geb. 1930) wurde als Nachfolger R. Rompes zum Vorsitzenden der Physikalischen Gesellschaft gewählt. Auth war nach seinem Studium an der Humboldt-Universität zu Berlin, an der er auch promoviert und habilitiert wurde, u. a. im Berliner Werk für Ferselektronik und im Halbleiterwerk Frankfurt/Oder tätig. Ab 1967 war er Professor für Experimentalphysik an der Berliner Universität, wo er zwischen 1974 und 1990 auch das Amt eines Prorektors für Naturwissenschaften und Technik bekleidete.

Kontroversen zu fachspezifischen Themen hinausgingen, nicht auszumachen – selbst als an der Wende zu den siebziger Jahren gegen den Rat vieler Physiker und nicht zuletzt der Physikalischen Gesellschaft das Vierjahresstudium statt des üblichen fünfjährigen Studiums von der Abteilung Wissenschaft im ZK der SED durchgesetzt wurde, nahm man dazu nicht öffentlich Stellung und schickte sich ins scheinbar Unvermeidliche. 1973 war der Spuk aber auch schon wieder vorbei, und man studierte wieder fünf Jahre.

Internationale Verbindungen: IUPAP, EPS

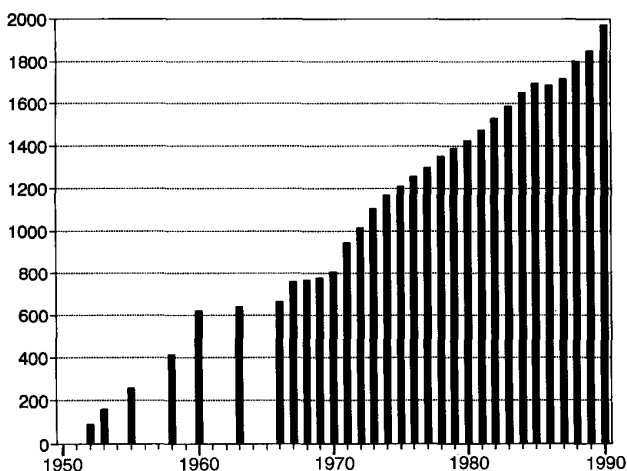
Der Aufbau und die Pflege offizieller Beziehungen zu internationalen Organisationen nahm in der Tätigkeit der Physikalischen Gesellschaft von Anfang an einen hohen Stellenwert ein. Dies resultiert nicht zuletzt aus dem Bestreben, internationale Anerkennung zu erzielen und auf diesem Wege die außenpolitische Isolation der DDR im Westen zu überwinden. Eine besondere Rolle spielte in diesem Zusammenhang das Verhältnis zur Internationalen Union for Pure and Applied Physics (IUPAP). Nachdem die Bundesrepublik 1954 Mitglied der IUPAP geworden war, setzten auch in der DDR Sondierungen ein, die das

Verhältnis der DDR zur IUPAP betrafen. Am Rande des Wiesbadener Physikertags (1955) schlug der damalige Verbandsvorsitzende Karl Wolf gegenüber G. Hertz und A. Büchner vor, „einen Vertreter der DDR ins westdeutsche Komitee zu entsenden, um Deutschland insgesamt in der IUPAP zu vertreten.“ Diesen Vorschlag griff Hertz nicht nur auf, sondern er erweiterte ihn sogar dahingehend, daß man sich gleich „dem Verband anschließen und sich dann stillschweigend, ohne daß unsere [DDR- D.H.] Behörden davon erführen, von Westdeutschland vertreten zu lassen“. Hertz wollte sogar – wie Büchner zu berichten weiß – darüber mit Ulbricht sprechen. Daraus, wie aus der ganzen Aktion ist natürlich nichts geworden. Allerdings waren die Wiesbadener Gespräche wohl der Anlaß, direkten Kontakt zur IUPAP aufzunehmen. In einem Brief vom 21. September 1955 kündigte Büchner dem Generalsekretär der IUPAP, P. Fleury, an, daß ihn „geschäftliche Belange ganz sicher in der nächsten Zeit nach Paris (führen)“ und er „diese Gelegenheit gern benutzen (würde), um als Sekretär der Physikalischen Gesellschaft in der Deutschen Demokratischen Republik mit Ihnen zu sprechen über die Möglichkeiten eines engeren Kontaktes in allen Fragen unserer Wissenschaften“. Das Sondierungsgespräch in Paris ergab dann, wie aus dem vertraulichen Reisebericht Büchners hervorgeht, daß Fleury vorschlug, ein gemeinsames deutsches Nationalkomitee für die IUPAP zu bilden; ein eigener Antrag der DDR auf Mitgliedschaft in der IUPAP hätte hingegen nur bei einer positiven Haltung Westdeutschlands Chancen auf Annahme. Deshalb wäre es dringend geboten, wenn zunächst zwischen den Vorständen der beiden deutschen Physikalischen Gesellschaften „eine gewisse Übereinstimmung der Meinungen herbeigeführt würde, um Streitigkeiten im Plenum zu vermeiden.“

Da die Wiesbadener Sondierungen im Sinne „einer gewissen Übereinstimmung“ interpretiert wurden, stellte die DDR daraufhin im Frühjahr 1956 den Antrag auf Mitgliedschaft in der IUPAP, der aber dann schon wenige Wochen später zurückgezogen wurde. Der Anlaß waren erneute Gespräche zwischen den Vorständen beider deutscher Gesellschaften am Rande der Münchener Physikertagung im August 1956. Walther Gerlach hatte dort als Verbandsvorsitzender den (im übrigen mit dem Bonner Außenministerium abgestimmten) Vorschlag gemacht, ein gemeinsames Nationalkomitee zu bilden, in dem zwölf Physiker aus Westdeutschland und acht aus der DDR vertreten sein sollten; bei der IUPAP sollte Westdeutschland dann mit drei Stimmen und die DDR mit zwei Stimmen vertreten sein. Da F. Möglich und P. Görlich als anwesende Vorstandsmitglieder „mit diesem Vorschlag sehr einverstanden“ waren – Büchners Veto verhallte (noch) ungehört –, wurde an den Präsidenten der IUPAP, Nevill Mott, ein von Gerlach und Möglich unterzeichnetes Telegramm abgesandt, mit dem darum gebeten wurde, wegen sich anbahnender verheißungsvoller Verhandlungen zwischen den beiden deutschen Physikalischen Gesellschaften, „die Behandlung des Antrags des Vorstandes der Physikalischen Gesellschaft in der DDR zurückzustellen“.

Von den internen Diskussionen in dieser Angelegenheit sind keine Dokumente überliefert. Auf jeden Fall wurde seitens der DDR dieser Vorschlag wieder zu den Akten gelegt und im Herbst 1959 schließlich ein eigener Aufnahmeantrag gestellt, wobei dieser, wie es in einem Bericht heißt, „nicht ohne besondere Ermunterung durch das Außenministerium der Deutschen Demokratischen Republik (gestellt) wurde“. Auf der nächsten, der X. Generalversammlung im September 1960 in Ottawa

wurde die DDR schließlich als 35. Mitglied in die IUPAP aufgenommen – auch mit den Stimmen der westdeutschen IUPAP-Delegierten. Die Aufnahme der DDR war für diese nicht nur ein wissenschaftlicher Erfolg, sondern auch ein wichtiger Zugewinn an außenpolitischem Prestige, denn es war das erste Mal, daß eine wissenschaftliche Gesellschaft aus der DDR gleichberechtigt in eine mit der UNESCO verbundene Organisation aufgenommen wurde. In den drei Jahrzehnten ihrer Mitgliedschaft haben DDR-Physiker in den verschiedensten IUPAP-Kommissionen aktiv mitgearbeitet. Den Beginn hatte P. Görlich gemacht, der schon in Ottawa in die Kommission Spektroskopie gewählt worden war, und zwischen 1987 und 1990 bekleidete Karl Lanius sogar das Amt eines der Vizepräsidenten der IUPAP. An die Aufnahme in die IUPAP war auch die Bildung eines Nationalkomitees gebunden, das zunächst identisch mit dem Vorstand der Gesellschaft war. Mit der Akademiereform wurde dieses dann ab 1969 direkt der Akademie unterstellt und seine Mitglieder durch den Generalsekretär berufen, der im übrigen auch die DDR-Vorschläge für die Besetzung von Funktionen in den IUPAP-Kommissionen steuerte. Zum ersten Vorsitzenden des Nationalkomitees Physik wurde K. Lanius ernannt, ihm folgte 1973 J. Auth; nach dessen Wahl zum Vorsitzenden der Physikalischen Gesellschaft (1988) übernahm diese Funktion dann Karl-Friedrich Alexander.



Die Mitgliederzahl der Physikalischen Gesellschaft (in der DDR entwickelte sich abgesehen von einem minimalen Rückgang im Jahre 1986 (-18 Mitglieder) stetig nach oben. (Lücken: keine Zahlen verfügbar)

Auch wenn die Aufnahme der Physikalischen Gesellschaft der DDR in die 1968 gegründete European Physical Society (EPS) nicht mehr solchen politischen Stellenwert besaß wie die IUPAP-Mitgliedschaft – inzwischen war die DDR als souveräner Staat weltweit anerkannt, und nach dem Mauerbau hatte zudem eine rigide Abgrenzungspolitik gegenüber dem Westen Oberhand gewonnen –, ist sie doch insofern bemerkenswert, als sie relativ früh erfolgte und auf anderen Gebieten, beispielsweise in der Chemie, entsprechende Mitgliedschaften erst sehr viel später beantragt werden durften. Die Vorstandssitzung vom 4. Februar 1970 hatte auf der Grundlage eines Gutachtens von K. Lanius die Frage der EPS-Mitgliedschaft positiv behandelt und einen entsprechenden Antrag an die zuständigen Stellen der Akademie mit der Bitte weitergeleitet, „eine grundsätzliche Ent-

scheidung herbeizuführen, der sich, ganz gleich wie sie ausfällt, der Vorstand anschließen wird“. Am 18. März 1971 genehmigte die Akademie schließlich den Aufnahmeantrag, und ab 1972 war die DDR Mitglied in der EPS.

Daß es den DDR-Physikern gelang, ihren EPS-Antrag relativ früh gegenüber den staatlichen Behörden durchzusetzen, zeigt, daß die Physikalische Gesellschaft auch über gewisse Freiräume verfügt hat. Worauf dies zurückzuführen war, ist nur schwer auszumachen: einerseits war es sicherlich der Rang und das Prestige, den die Physik im Spektrum der Wissenschaften auch in der DDR damals hatte. Zum anderen war es wohl die herausgehobene gesellschaftliche Stellung einiger Vorstandsmitglieder, namentlich Robert Rompe, die gelegentlich in diesem Sinne auch für direkte Gespräche mit den politischen Entscheidungsträgern der DDR genutzt wurden. Möglicherweise spielten aber auch die engen Beziehungen zum Ministerium für Staatssicherheit und seiner Hauptverwaltung Aufklärung eine wichtige Rolle. Daß indes auch hier nicht alle „Blütenträume“ reifen durften, macht die Tatsache deutlich, daß vage Pläne, das Sekretariat der European Physical Society nach Berlin zu holen, nicht realisierbar war.

Es sollte an dieser Stelle nicht unerwähnt bleiben, daß gerade die Mitarbeit in der IUPAP und der EPS Gelegenheit bot, in den siebziger und achtziger Jahren die Kontakte zur Deutschen Physikalischen Gesellschaft nicht ganz einschlafen zu lassen und zumindest inoffiziell zu pflegen; letzteres wurde besonders während der achtziger Jahre verstärkt getan (beispielsweise besuchte Werner Buckel 1988 die Jahreshaupttagung in Dresden, u. a. in seiner Eigenschaft als EPS-Präsident, und trug dort vor). Dies war insofern bemerkenswert und von besonderer Bedeutung, weil jeder offizielle Kontakt zur DPG den politisch Verantwortlichen höchst suspekt war und in der Regel gescheut wurde. Anlässlich eines Briefwechsels über die Abrüstungsresolution der DPG war die Physikalische Gesellschaft noch im Mai 1989 durch den Generalsekretär der Akademie ausdrücklich ermahnt worden, „daß damit keine bilateralen Beziehungen zur DPG aufgebaut werden, sondern es sich um eine ad-hoc-Maßnahme handelt“.

Jahreshaupttagungen, Konferenzen, Kolloquien: das „wissenschaftliche Gesicht“ der Gesellschaft

Auch wenn die Physikalische Gesellschaft weniger eine Berufsorganisation der DDR-Physiker, denn Instrument der Wissenschaftspolitik der SED war, so wurde das Bild der Gesellschaft doch in erster Linie von ihrem wissenschaftlichen Leben, den Tagungen, Kolloquien und Symposien, geprägt und nicht von ihren politischen Aktivitäten. Dieses war es auch, das die Attraktivität der Gesellschaft ausmachte und sie für viele Physiker in der DDR zu einer wissenschaftlichen Heimstatt werden ließ. Das Tagungsgeschehen begann sich bereits unmittelbar nach Gründung der Gesellschaft zu entwickeln – wie schon erwähnt, fanden 1952/53 kleinere Arbeitstagungen statt, die von der Quantentheorie über Biophysik, Gasentladungsphysik und Festkörperphysik bis hin zur Spektroskopie reichten und wichtige Trends der damaligen physikalischen Forschung behandelten; im übrigen machen die Schwerpunkte dieser Kolloquien deutlich, wie dominant auch hier die Interessen R. Rompes waren, berühren doch die ersten vier Themen mehr oder weniger direkt Rompesche Forschungsaktivitäten. In den folgenden Jahren

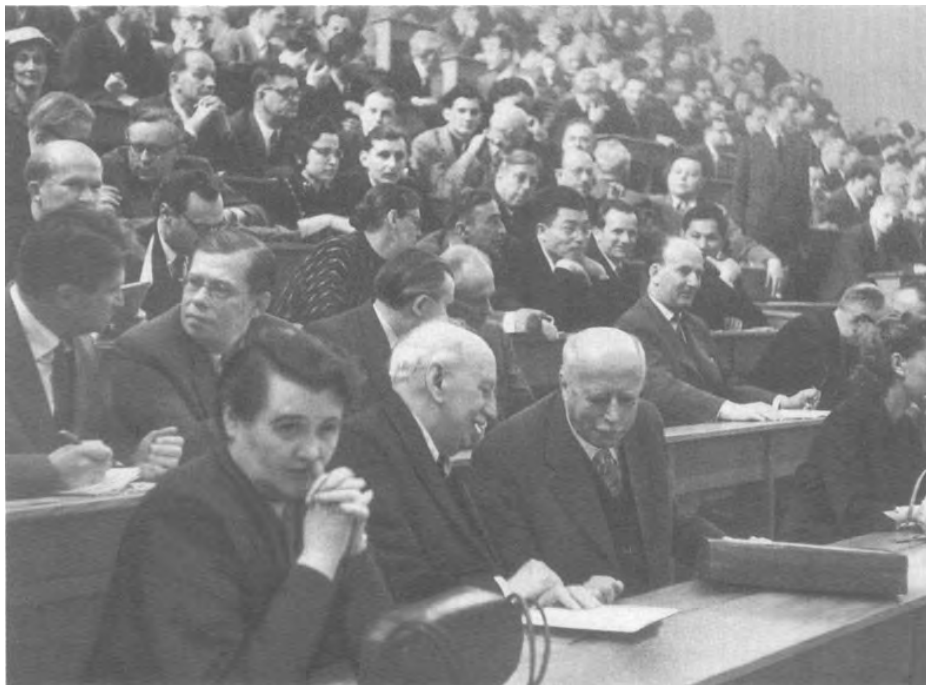


Die erste Jahreshaupttagung 1956 in Leipzig. In der ersten Reihe v. l. n. r.: F. Selbmann (stellvertretender Ministerpräsident), E. Hoelder (Leipzig), W. Macke (Dresden), M. v. Ardenne (Dresden), W. Schütz (Jena) P. Görlich (Jena).

wurde die Tradition kleinerer Spezialtagungen fortgesetzt – dies nicht zuletzt, wie eine interne Einschätzung feststellte, „*aufgrund des ungenügenden fachlichen Niveaus in der DDR ... (wodurch) die Durchführung einer umfassenden Tagung über alle Probleme der Physik nicht möglich war*“.

Auf Dauer konnten indes solche Spezialtagungen nicht befriedigen, zumal sich die Physikalische Gesellschaft in der Tradition der Deutschen Physikalischen Gesellschaft sah und letztere schon in den zwanziger Jahren mit ihren Physikertagen eine Veranstaltungsform mit Vorbildfunktion aus der Taufe gehoben hatte. Diese hatten auch nach dem Zweiten Weltkrieg nichts an Attraktivität verloren, und der westdeutsche Verband

knüpfte mit seinen Physikertagen unmittelbar an diese Tradition an. An ihnen nahmen nicht nur eine ständig wachsende Zahl von Physikern aus den damaligen Westzonen bzw. der neu gegründeten Bundesrepublik teil, auch viele Physiker aus dem Osten besuchten diese Tagungen – teilweise in von der Physikalischen Gesellschaft der DDR organisierten Gruppenreisen. Die starke Resonanz dieser Physikertage machten sie nicht nur im Westen, sondern auch im Osten zum „*zentralen fachlichen Ereignis der Physiker*“. In der DDR war man natürlich bestrebt, hierzu politisch wie fachlich ein Gegengewicht zu schaffen, und so entstand die Idee, die nicht zuletzt vom Regierungs- und Parteiapparat gefördert wurde, eine zentrale Physikertagung für das



Internationale Theoretikertagung 1958 in Leipzig. Im Vordergrund Abram F. Ioffe (Leningrad) und Max von Laue im Gespräch; in der zweiten Reihe erkennt man N. Bogoljubov (Moskau; 2. v. l.), P. Kunze (Rostock; 4. v. l.) und R. Havemann (Berlin, 5. v. l.).

Frühjahr 1956 vorzubereiten. Ursprünglich war geplant, diese erste größere Physikertagung in der DDR in Wernigerode, also in unmittelbarer Nähe der innerdeutschen Grenze stattfinden zu lassen und eine größere Anzahl ausländischer Kollegen einzuladen, doch konnte sich der Vorstand mit diesen Vorstellungen nicht gegenüber den „Kalten Kriegern“ im ZK-Apparat und insbesondere im Büro Hager durchsetzen – als zentraler Einwand wurde vor allem die „Gefahr einer Abwerbung von Physikern aus der DDR“ geltend gemacht. Als Kompromiß wurde in einem Gespräch zwischen G. Hertz und K. Hager Leipzig als Veranstaltungsort ausgehandelt; auch verzichtete man auf die Einladung der westdeutschen Kollegen.

Vom 19. bis 22. April 1956 fand dann in Leipzig die erste Jahresversammlung der Physikalischen Gesellschaft in der DDR statt. Neben DDR-Physikern nahmen an dieser Tagung auch zahlreiche Kollegen aus dem sozialistischen Ausland teil – u. a. V. Petuchow (Moskau), K. Simonyi (Budapest), A. Kochanowska (Prag) sowie einige Physiker aus dem Pariser Laboratorium von Frederic Joliot-Curie – u. a. Charpak und P. Radvanyi. Die Tagung, in deren Mittelpunkt u. a. die Diskussion kernphysikalischer Fragen stand, wurde zu einem wissenschaftlichen Erfolg und begründete in der DDR die Tradition der Jahreshaupttagungen. Diese fanden seitdem zumeist im Frühjahr statt, wobei in den ersten Jahren wegen der günstigen Hotelsituation die Messestadt Leipzig den Zuschlag als bevorzugter Veranstaltungsort erhielt; in den siebziger und achtziger Jahren tagte man wiederholt auch in Berlin, Dresden und Karl-Marx-Stadt (Chemnitz). Nach Leipzig waren 1958 auch viele Teilnehmer – u. a. P. A. M. Dirac, W. Heisenberg, M. v. Laue – der Berliner Planck-Ehrungen gekommen, um dort im Rahmen der Jahreshaupttagung auf einer speziellen Theoretiker-Konferenz aktuelle Fragen der Quantentheorie und ihrer Interpretation zu diskutieren. Ein anderes herausragendes wissenschaftliches Ereignis aus der Frühzeit der Physikalischen Gesellschaft in der DDR war die Durchführung des 10. Colloque Ampère im September 1961 in Leipzig. Obwohl die Tagung buchstäblich im Schatten des Mauerbaus stand und sie von Physikern aus der Bundesrepublik weitgehend boykottiert wurde (allein G. Hertz aus Karlsruhe kam), war sie dennoch ein Erfolg, nicht nur weil ihr immerhin noch über 200 Wissenschaftler aus 17 Ländern gefolgt waren, sondern insbesondere wegen der internationalen Anerkennung und Aufwertung, die die Forschungen der Leipziger Schule der

Hochfrequenzspektroskopie um A. Lösche und H. Pfeifer hierdurch erfuhren. Das Colloque Ampère tagte 1979 ein weiteres Mal in Leipzig. Überhaupt läßt sich feststellen, daß die regelmäßigen Tagungen, insbesondere Herbstschulen, des Fachverbandes Hochfrequenzspektroskopie, in dem auch die Belange der Molekülphysik vertreten wurden, zu den auch international beachteten Höhepunkten im wissenschaftlichen Leben der Physikalischen Gesellschaft gehörten.

Ein anderes Gebiet, auf denen DDR-Physiker wie H. Bethge (Halle), J. Picht (Potsdam) oder A. Recknagel (Dresden) schon frühzeitig internationale Aufmerksamkeit erringen konnten, war die Elektronenmikroskopie. Auf diesem Gebiet fanden seit den späten fünfziger Jahren unter der Schirmherrschaft der Physikalischen Gesellschaft im dreijährigen Turnus Arbeitstagungen statt, die mit reger internationaler Beteiligung die neuen Erkenntnisse des Fachgebiets auch im DDR-Maßstab bekannt machten und so die entsprechenden Forschungen in der DDR vor Isolierung und Provinzialität weitgehend schützen konnten. Eine weitere Stärke dieser Tagungen war, daß sie nicht nur die Anwendung der Elektronenmikroskopie auf physikalisch-technische Substanzen erörterten, sondern auch die Elektronenmikroskopiker aus Medizin und Biologie integrierte.

Zu den langjährigen Tagungsaktivitäten der Physikalischen Gesellschaft gehörte auch die Arbeitstagung „Optik und Spektroskopie aller Wellenlängen“, die P. Görlich in Jena schon in den fünfziger Jahren mit dem Ziel aus der Taufe gehoben hatte, in der DDR eine wissenschaftliche Optikkonferenz zu etablieren. Dieser Versuch scheiterte zunächst – nicht zuletzt am eisigen Klima des Kalten Krieges nach dem Mauerbau und der wissenschaftlichen (Selbst)Isolation der DDR. Hieran anknüpfend wurde 1969 die Frühjahrschule Optik ins Leben gerufen, auf der zunächst Fragen der nichtlinearen Optik und der sich damals auch in der DDR stürmisch entwickelnden Lasertechnik im Mittelpunkt der Diskussionen standen; im Laufe der Zeit profilierte sich die Frühjahrschule aber zu einem wichtigen Diskussionskreis für das Gesamtgebiet der wissenschaftlichen Optik und insbesondere für den Dialog zwischen optikintensiver Industrie und Optikforschung in der DDR.

„Physik und Elektronik“ war eine zunächst nationale Veranstaltungsreihe, die im Jahre 1970 an der Humboldt-Universität zu Berlin ins Leben gerufen wurde, seit 1973 jedoch unter der



Robert Rompe und der spätere französische Nobelpreisträger Alfred Kastler auf dem 10. Colloque Ampère, Leipzig 1961.

Schirmherrschaft der Physikalischen Gesellschaft stand. Aufgabe dieser im zweijährigen Turnus stattfindenden Konferenz war es, über aktuelle Fragen auf dem Gebiet der Halbleiterphysik und ihrer Anwendungen, speziell in der Mikroelektronik, zu informieren und insbesondere jüngeren Wissenschaftlern die Gelegenheit zu geben, ihre entsprechenden Forschungsergebnisse einer breiten wissenschaftlichen Öffentlichkeit vorzustellen; auch sollten mit dieser Tagung die Verbindungen zur Industrie verstärkt und intensiviert werden. Andere erwähnenswerte Aktivitäten aus diesem Bereich waren die internationalen Symposien „Reinstoffe in Wissenschaft und Technik“ und die Tagungsreihe „Physik und Technik des Hochvakuaums – Dünne Schichten“; sie waren für das Forschungsumfeld der sich in den siebziger Jahren etablierenden Mikroelektronik von großer wissenschaftlicher wie praktischer Bedeutung.

Auf große Resonanz bei den Physikern und insbesondere bei den Theoretikern in der DDR stieß auch die Tagungsreihe „Irreversible Prozesse und Dissipative Strukturen“, die aus einer Frühjahrsschule des Dresdener Seminars für Theoretische Physik hervorgegangen war und dieses aktuelle Querschnittsgebiet physikalischer Forschung endgültig in der DDR begründen half. Einen Höhepunkt bildete dabei ohne Zweifel die zweite Tagung 1982 in Berlin, an der so prominente Vertreter des Gebietes wie I. Prigogine (Brüssel) und A. Zhabotinsky (Moskau) teilnahmen. Überhaupt läßt sich feststellen, daß die Theoretiker seit Mitte der siebziger Jahre im Rahmen der Physikalischen Gesellschaft sehr aktiv wurden und im Anschluß an die Jahreshaupttagungen ihre Konferenz „Probleme der Theoretischen Physik“ abhielten. Diese alle zwei Jahre stattfindende Konferenz entwickelte sich zu einem zentralen Diskussionsforum der theoretischen Physiker in der DDR, egal ob sie auf dem Gebiet der Gravitationstheorie, der Festkörpertheorie oder einem anderen Teilgebiet der Physik arbeiteten.

Mit den alljährlichen Jahreshaupttagungen war seit 1968 auch die sogenannte Schultagung des Fachverbandes Schulphysik verknüpft. Diese, zumeist zweitägige Tagung hatte in erster Linie Weiterbildungsfunktionen für die Physiklehrer der DDR-Schulen zu erfüllen, doch wurde sie wegen ihrer interessanten Übersichtsvorträge auch von manchem „Fachphysiker“ gerne besucht; nicht zuletzt sollte sie den Kontakt zwischen beiden Berufsgruppen herstellen und festigen helfen. Erwähnung verdient in diesem Zusammenhang ebenfalls, daß in der DDR und unter maßgeblicher Mitwirkung der Physikalischen Gesellschaft im Jahre 1975 und 1987 die Internationale Physikolympiade organisiert wurde. Eine weitere Veranstaltungsreihe, die analog zur Theoretikertagung mit der Jahreshaupttagung im zweijährigen Rhythmus gekoppelt war, waren die seit 1985 durchgeführten Physikhistorischen Tagungen der Arbeitsgruppe Physikgeschichte – diese führten „professionelle“ Physik- bzw. Wissenschaftshistoriker und historisch interessierte Fachphysiker zusammen und stießen auf starke Resonanz.

Die seit 1956 stattfindenden Jahreshaupttagungen orientierten sich in ihrer Anlage bis weit in die sechziger Jahre hinein an den Physikertagen der DPG – relativ breit angelegte und auf hohem fachlichen Niveau stehende Übersichtsvorträge sollten den Teilnehmern ein Bild über fundamental neue Ergebnisse und aktuelle Forschungstendenzen in der Physik vermitteln. Mit dem Wandel der Physikalischen Gesellschaft zu einer „sozialistischen Wissenschaftsgesellschaft“ fand auch eine Veränderung des Charakters der Jahreshaupttagungen statt. Sie wurden nunmehr sehr stark thematisch orientiert, wobei die (vom Vorstand

bestimmten) Themen und die dazu gehaltenen Vorträge häufig sehr spezieller Natur waren und im Laufe der Zeit auch zunehmend allgemeinen wissenschaftspolitischen Richtlinien folgten. So waren beispielsweise mehrere Jahreshaupttagung in den siebziger Jahren schwerpunktmäßig den physikalischen Beiträgen zum Energieproblem gewidmet. Dies muß als direkte Folge bzw. Aufarbeitung von Parteitagebeschlüssen der SED und der staatlichen Fünfjahrplandirektiven gesehen werden, in denen das Energieproblem einen zentralen Stellenwert einnahm; später rückte die Mikroelektronik ins Zentrum der Aufmerksamkeit. Trotz solcher und ähnlicher Akzentverschiebungen wurden natürlich im Rahmen der Jahreshaupttagungen auch weiterhin aktuelle und allgemein interessierende Forschungsfragen diskutiert und mit den modernen Entwicklungstendenzen des Faches bekannt gemacht – beispielsweise trug schon 1974 in Leipzig W. Ebeling (Rostock) über „Nichtlineare Strukturen dissipativer



Chr. Møller (Kopenhagen), H.-J. Treder (Berlin), P.T. Landsberg (Southampton) auf der Einstein-Konferenz 1979 in Berlin. (Links im Hintergrund W. Ebeling, Rostock)

Systeme“ vor; 1986 in Leipzig wurde dem Quanten-Hall-Effekt ein Vortrag gewidmet (R. Hermann, Berlin) und der Leipziger Theoretiker G. Vojta referierte zudem über die „Physik der Fraktale“; 1988 schließlich hielt W. Buckel (Karlsruhe) einen Vortrag über das damals auch in der DDR heiß diskutierte Thema der „Hochtemperatur-Supraleitung“ – dieser Vortrag erfuhr dadurch noch zusätzliche Aufmerksamkeit, als Buckel nach Jahrzehnten strikter Abgrenzung seitens der DDR der erste offizielle westdeutsche Gast einer Jahreshaupttagung gewesen war.

Seit 1970 wurden im Rahmen der Jahreshaupttagungen auch abendliche Podiumsdiskussionen durchgeführt, in denen aktuelle und allgemeine Probleme der Physikentwicklung diskutiert wurden. Themen dieser Podiumsdiskussionen waren beispielsweise „Grundlagenforschung der Physik – Stellung und Aufgaben“ (1974), „Physik und Allgemeinbildung“ (1977), „Rationeller Energieeinsatz“ (1979), „Physik und Industrie“ (1982) oder „Nuklearer Winter“ (1988), wobei in den relativ offen und freimütig geführten Diskussionen auch Fragen angesprochen und Meinungen geäußert wurden, die sonst in der Öffentlichkeit kaum oder nur sehr viel moderater zu hören waren.

Gehörte es zur offiziellen Einladungs politik der Jahreshaupttagungen, diese möglichst ohne Beteiligung westlicher Vortragender durchzuführen, so haben westdeutsche Kollegen im Rah-

men des Berliner Mittwochs- bzw. Laue-Kolloquiums auftreten dürfen. Diese vierzehntägige Kolloquiumsreihe geht bis in die 50er Jahre zurück und war wohl die wichtigste Aktivität des Berliner Ortsverbandes der Physikalischen Gesellschaft. Beispielsweise hatten dort P. Fulde (Frankfurt/M.) über „Supraleiter ohne Energielücke“ (7. 12. 1966), K. H. Hausser (Heidelberg) über „Dynamische Kernpolarisation und Relaxation“ (25. 4. 1967), F. W. Hehl (Köln) über „Exakte Lösungen in der Poincaré-Eichfeldtheorie der Gravitation“ (25. 4. 1984) und E.-E. Koch (Berlin[West]) über „Synchrotronstrahlungsexperimente mit BESSY I und das Projekt BESSY II“ gesprochen. Weitere (internationale) Höhepunkte dieser Kolloquiumsreihe waren u. a. die Vorträge von H. Suess (San Diego), B. Pontecorvo (Dubna), I. Frank (Moskau), P. T. Landsberg (Southampton) oder Y. Zeldovich (Moskau). Eine andere lokale Veranstaltungsreihe, für die die Physikalische Gesellschaft in Gestalt der Dresdener Ortsgruppe ebenfalls verantwortlich zeichnete, waren die stark theoretisch orientierten Dresdener Seminare – hier trug u. a. im Herbst 1978 D. Blochinzew (Dubna) über die „Beziehungen von Klassischer Statistik zur Quantenstatistik“ vor.

Die Physikalische Gesellschaft war aber nicht nur Veranstalter solcher kleinerer und größerer wissenschaftlicher Kolloquien, Symposien oder Spezialtagungen, sie zeichnete auch für einige größere Konferenzen (mit)verantwortlich. Auf die Veranstaltungen im Rahmen des Planck-Jubiläums (1958) und der Einstein-Ehrungen (1955; 1979) sind wir schon an anderer Stelle kurz eingegangen. Abschließend sei noch auf zwei weitere wissenschaftliche Großereignisse hingewiesen. Im September 1977 fand in Berlin die unter der Schirmherrschaft der IUPAP stehende XIII. Internationale Konferenz über Phänomene in ionisierten Gasen statt, die zu den wichtigsten Tagungen auf dem Gebiet der Gasentladungs- und Plasmaphysik gehört. Mit über 700 Plasmaphysikern aus 27 Ländern war der Teilnehmerkreis auch entsprechend groß. Die Ausrichtung dieser traditionsreichen Tagung bedeutete für die DDR-Physik und speziell die Plasmaphysiker einen erheblichen Zugewinn an nationalem wie internationalem Prestige, und sie wurde auch als eine Anerkennung

der Leistungen der Plasmaphysik in der DDR gewertet. Gleiches kann vom XXII. Internationalen Kongreß für Hochenergiephysik gesagt werden, der im Sommer 1984 in Leipzig stattfand. Mit mehr als tausend Physikern aus fünfzig Ländern war dieses Weltforum der Hochenergiephysiker wahrscheinlich auch der größte internationale wissenschaftliche Kongreß, der jemals in der DDR veranstaltet worden ist.

Der Gustav-Hertz-Preis

Ab 1979 waren die Verleihung des Gustav-Hertz-Preises sowie des Schülerpreises der Physikalischen Gesellschaft der DDR feste Programmpunkte auf der jährlichen Jahreshaupttagung. Wie die allgemeine Geschichte der Gesellschaft, so ist auch die Entstehungsgeschichte der Idee, einen speziellen wissenschaftlichen Preis in ihrem Namen zu verleihen, nicht ohne das Pendant auf westdeutscher Seite zu verstehen. Bekanntlich hatte die Deutsche Physikalische Gesellschaft im Jahre 1929 die Max-Planck-Medaille gestiftet, und die Verleihung dieser Medaille war seit 1948 durch die westdeutschen Physikalischen Gesellschaften fortgeführt worden. Mit Verweis auf diese Tradition regte deshalb Büchner in einem Brief an den ZK-Sekretär Hager vom 15. Dezember 1953 an, „jährlich seitens der Gesellschaft ein Preisausschreiben für Physiker zu veranstalten“ und aus eingesparten Haushaltsmitteln zu finanzieren. Da in der damals herrschenden Ideologie der Praxisbezug der Physik von besonderer Bedeutung war, sollten insbesondere entscheidende Arbeiten auf dem Gebiet der Schwachstromtechnik gewürdigt werden; als Namenspatron für den Preis faßte man deshalb den Dresdener Pionier der Schwachstromtechnik Heinrich Barkhausen ins Auge. Irgendwelche Reaktionen zu diesem Vorschlag sind nicht bekannt, und auf jeden Fall ist aus diesem Vorhaben nichts geworden – möglicherweise allein aufgrund der Tatsache, daß Barkhausen zum damaligen Zeitpunkt noch lebte.

Ein nächster Vorstoß in dieser Sache datiert aus dem Herbst des folgenden Jahres (1954), wobei es diesmal um die Stiftung

Eröffnungsveranstaltung der Jahreshaupttagung 1979 im Auditorium Maximum der Berlin Humboldt-Universität. In der ersten Reihe sitzen v. l. n. r. die Träger der Hertz-Medaille 1978/79 P. Kunze (Dresden) und G. Richter (Berlin) sowie die Vorstandsmitglieder R. Leven (Greifswald), J. Auth (Berlin), A. Schiller (Berlin), P. Görlich (Jena), U. Hofmann (Berlin) und R. Rompe (Berlin).



einer Albert-Einstein-Medaille ging. Die Einstein-Medaille sollte jährlich „zur Würdigung hervorragender theoretisch-physikalischer Leistungen, die der Fortentwicklung der physikalischen Wissenschaft zum Wohle der Menschheit neue entscheidende Impulse gegeben hat“ an „Einzelpersonen ohne Unterschied der Staatsangehörigkeit“ verliehen werden. Vorschlagsberechtigt sollten alle „Mitglieder deutscher und ausländischer Physikalischer Gesellschaften“ sein wobei sich die Preiskommission paritätisch aus jeweils drei Vorstandsmitgliedern Ost und West zusammensetzen sollte. Diese Initiative ist ebenfalls gescheitert, und auch hier geben die Akten über die näheren Hintergründe keine Auskunft.



Auf der Jahreshaupttagung 1979 in Berlin erhält der Berliner Physiker Erhard Hantzsch für die „Entwicklung eines theoretischen Modells des Katodenmechanismus des Vakuumbogens“ den ersten Gustav-Hertz-Preis. Er wird ihn vom Vorsitzenden der Physikalischen Gesellschaft Robert Rompe überreicht.

Ein dritter und letztlich erfolgreicher Anlauf wurde dann Mitte der siebziger Jahre gemacht. Auf der Mitgliederversammlung des Jahres 1975 regte der Leipziger Theoretiker Günter Vojta an, endlich einen Physikpreis in der DDR zu stiften und diesen „Kirchhoff-Preis“ zu nennen. Dieser Vorschlag wurde sowohl durch die Mitgliederversammlung als auch durch den Vorstand als „Beschluß“ sanktioniert. Als im Oktober 1975 Gustav Hertz starb, wurde dieser zum Namenspatron des Preises. Im folgenden Jahr 1976 wurde der Vorschlag dann im Detail ausgearbeitet, und passierte anschließend erfolgreich relativ zügig alle notwendigen Instanzen. Mit einem Präsidiumsbeschluß der Akademie, die ja für die Physikalische Gesellschaft grundsätzlich verantwortlich zeichnete, wurde der Vorschlag auch zum 13. Januar 1977 offiziell sanktioniert. Zwei Monate später wurde mehr oder weniger routinemäßig der neu gestiftete Preis durch den Ministerrat der DDR bestätigt, wobei noch darum „gebeten“ wurde, „die vorgesehene Höhe der materiellen Anerkennung bei Einzelpersonen einer Überprüfung zu unterziehen. Um die Relationen zu Auszeichnungen anderer wissenschaftlicher Gesellschaften zu wahren, hält der Stellvertreter des Vorsitzenden des Ministerrates es für angebracht, die Summe von TM 2,0 nicht zu überschreiten.“ Nachdem im Mai 1977 auch die Witve von Gustav Hertz ihre Zustimmung gegeben hatte, wurde die Preisordnung der Mitgliederversammlung zur Kenntnis gebracht und von dieser auch akzeptiert.

Der Gustav-Hertz-Preis wurde, wie es in der Preisordnung heißt, „für hervorragende Leistungen auf dem Gebiet der Physik und ihrer Anwendungen“ gestiftet, wobei die ausgezeichneten Leistungen möglichst nicht länger als zwei Jahre zurückliegen sollten; jährlich konnten je ein Einzelpreis und ein Kollektivpreis vergeben werden (Liste der Preisträger siehe Anhang). Neben diesen beiden Preisen wurde noch eine Gustav-Hertz-Medaille verliehen, mit denen Personen ausgezeichnet werden sollten, die sich um die Physikalische Gesellschaft der DDR bzw. die Physik generell verdient gemacht haben. Über all diese Auszeichnungen entschied ein Preiskomitee, das sich aus Vertretern des Vorstandes der Physikalischen Gesellschaft und der Klasse Physik der Akademie zusammensetzte. Bei der Auswahl der Preisträger scheinen wissenschaftliche Kriterien die überragende Rolle gespielt zu haben – zumindest gibt es keinerlei Anhaltspunkte für eine direkte politische Einflußnahme. Allerdings gilt anzumerken, daß der Berliner Physiker Roland Zimmermann, dessen herausragende wissenschaftliche Leistung schon seit langem ebenso bekannt war, wie seine kritische Einstellung zur DDR, erst und ausgerechnet im Wendeherbst des Jahres 1989 in die engere Auswahl für den Hertz-Preis 1990 kam. Hier wie auch in anderen Fällen hat in der DDR-Gesellschaft die politisch motivierte Selektierung wohl schon auf



Heinz Bethge aus Halle (im Vordergrund) wurde auf der Jahreshaupttagung 1987 in Berlin mit der Gustav-Hertz-Medaille ausgezeichnet. Neben Bethge das langjährige Vorstandsmitglied und Träger der Hertz-Medaille 1989 Ernst-Joachim Gießmann.

einem sehr viel tieferem Niveau eingesetzt, z. B. bei der Auswahl der Kandidaten in den Institutionen selbst, die ja dort von den entsprechenden gesellschaftlichen Gremien (Instituts-, Partei-, Gewerkschaftsleitung) bestätigt werden mußten.

Die Preise wurden erstmals für das Jahr 1978 vergeben und auf der Jahreshaupttagung 1979 in Berlin verliehen.

Ab 1982 vergab die Physikalische Gesellschaft auf der Jahreshaupttagung auch einen sogenannten Schülerpreis. Mit diesem Preis (als Namen waren zunächst „Grimsehl- oder War-

burg-Preis“ im Gespräch, die jedoch schon im Vorstand auf Ablehnung stießen) sollten „talentierter Schüler angeregt werden, sich intensiv und tiefgreifend mit physikalisch-(technischen) Fragestellungen auseinanderzusetzen sowie Realisierungsmöglichkeiten ihrer Anwendungen zu zeigen“. Die Auswahl der prämierten Arbeiten lag vornehmlich in den Händen des Fachverbandes Schulphysik, wobei es für die ausgezeichneten Schüler kein Preisgeld, sondern Sachprämien gab, die in der Regel von den kooperativen Mitgliedern der Gesellschaft gestiftet wurden.

glieder beständig wuchs. Verhältnismäßig wenige jüngere Physiker ließen sich insbesondere in den achtziger Jahren dazu bewegen, Mitglied der Gesellschaft zu werden, so daß ein Bericht aus dem Jahre 1988 konstatierte: „Wir haben mehr Mitglieder im Rentenalter als unter 35 Jahren.“ Für die Verkrustung der Strukturen steht auch, daß im Jahre 1988 R. Rompe, der wie kein anderer die Gesellschaft von Beginn an geprägt und seit 1970 auch offiziell den Vorsitz eingenommen hatte, sein Amt nicht ganz freiwillig räumte und in die Funktion eines „Ehrevorsitzenden“ mehr oder weniger weggelobt wurde.



Historische Stunde im März 1990 in München: Zum erstmalig nahmen Vertreter der Physikalischen Gesellschaft der DDR an einer DPG-Vorstandsratung teil. Das Foto zeigt v. l. n. r.: Gerd Röpke (Vorsitzender der PG-DDR), Michael Michelitsch (Referent des DPG-Präsidenten), Otto G. Folberth (DPG-Präsident), Klaus Günther (Vorstandsmitglied der PG-DDR) und Joachim Trümper (DPG-Vizepräsident).

Wiedervereinigung mit der DPG

Die Veränderungen des Herbstes 1989 gingen natürlich nicht spurlos an der Physikalischen Gesellschaft vorbei. Allerdings ist auch hier wie in vielen anderen Bereichen der DDR-Gesellschaft zu konstatieren, daß die Verantwortlichen die Tiefe der Krise und das Ausmaß des Konflikts, in die die DDR geraten war, nicht erkannt hatte bzw. nicht wahrhaben wollten. Auch in der Physikalischen Gesellschaft selbst war die Kluft und die Entfremdung zwischen „Oben“ und „Unten“ riesengroß geworden, hatten Ideologisierung, Heuchelei und politische Indoktrination Formen angenommen, die insbesondere kritische und nicht konforme Geister unter den Physikern der DDR auf Distanz zur Physikalischen Gesellschaft gehen ließen. Der Vorstand selbst hatte viele Probleme vor sich hergeschoben und nicht gelöst – man denke etwa an den desolaten Zustand des Magnus-Hauses, aber auch an solche Dinge wie die allgemein beklagten Defizite im Niveau der wissenschaftlichen Arbeit und der internationalen Zusammenarbeit der Gesellschaft oder ihr äußeres Erscheinungsbild selbst, das nicht zuletzt durch die Jahreshaupttagungen geprägt wurde. Sichtbarer Ausdruck einer solchen Entfremdung zwischen den Physikern in der DDR und der Physikalischen Gesellschaft war die Tatsache, daß sich die Alterspyramide der Gesellschaft mehr und mehr in Richtung der älteren Jahrgänge verschob und das Durchschnittsalter der Mit-

Waren all diese Dinge ein ziemlich getreues Spiegelbild des desolaten Allgemeinzustandes der DDR-Gesellschaft, ein Ausdruck allgemeiner Resignation und Perspektivlosigkeit, so hatte die Physikalische Gesellschaft in den Jahren 1986/87 noch eine spezielle Krise zu durchstehen: Beinahe „über Nacht“ verließen nämlich der langjährige Sekretär der Gesellschaft, Reinhard Linke, und einige Mitarbeiter des Sekretariats die Gesellschaft, wodurch die Arbeitsfähigkeit des Sekretariats und damit die gesamte Tätigkeit der Gesellschaft gravierend eingeschränkt wurde. Lagen die Gründe hierfür damals im Dunkeln, so ist heute die zeitliche Koinzidenz zwischen diesen Dingen und dem Erscheinen des Buches „Im Zentrum der Spionage“ allzu offensichtlich, enthüllte das Buch doch prekäre Dinge über die engen Verbindungen der Sekretäre der Physikalischen Gesellschaften zum Ministerium für Staatssicherheit wie auch über die generellen Aktivitäten der Stasi in der Physik. Der Autor des Buches, Werner Stiller, wußte wovon er berichtete, hatte er doch nach dem Physikstudium im Büro der Physikalischen Gesellschaft 1971/72 seine „Lehrzeit“ als Stasi-Spion absolviert und danach bis zu seiner Flucht in die Bundesrepublik (1979) als Offizier der Hauptabteilung Aufklärung gearbeitet.

Die Wende oder auch der „revolutionäre Wind“ des Herbstes 1989 machten natürlich nicht vor der Physikalischen Gesellschaft halt. Allerdings war der Vorstand eher auf die Bewahrung des Bestehenden orientiert, strebte vorsichtige Reformen

oder gar nur „kosmetische“ Veränderungen an. Ausdruck dieser Tatsache war, daß man in die anstehenden Vorstandswahlen im Grunde mit dem gleichen Konzept ging wie auch in den Jahren zuvor – die Wahl sollte wieder in offener Abstimmung erfolgen, und die Anzahl der aufgestellten (oder besser gesagt: ausgewählten) Kandidaten überstieg nicht die Zahl der zu wählenden Vorstandsmitglieder. Allerdings war man bei der Auswahl der Kandidaten dem Zug der Zeit gefolgt und hatte neben bewährten Parteikadern auch Kollegen aufgestellt, die parteilos oder Mitglieder der sogenannten Blockparteien waren. Wäre ein solches Konzept vielleicht noch in den Wochen vor dem Mauerfall aufgegangen, so mußte es im Februar 1990 scheitern. Dennoch war auch die Mitgliederversammlung, die im Rahmen der Jahreshaupttagung am 7. Februar 1990 in Leipzig stattfand, von der Dramatik jener revolutionären Umbruchszeit geprägt: Viele Tagungsteilnehmer nahmen nicht nur an den wissenschaftlichen Veranstaltungen teil, sondern hatten sich auch an der nun schon traditionellen Leipziger Montagsdemonstration beteiligt.

In der Mitgliederversammlung schien es sogar zunächst so, als wenn das Konzept des Vorstands aufgehen würde, in offener Abstimmung die acht Kandidaten des Vorstands von den Mitgliedern bestätigen zu lassen. Erst die nachdrücklich erhobene Forderung einiger Mitglieder, weitere Kandidaten zuzulassen und vor allem über diese in geheimer Wahl abzustimmen, führte dazu, daß schließlich der gesamte alte Vorstand abgewählt und durch Kollegen ersetzt wurde, deren persönliche, politische und wissenschaftliche Integrität glaubwürdig erschien. Begleitet wurde die Wahl von einer leidenschaftlichen Diskussion um die Demokratisierung der Physikalischen Gesellschaft und ihre Zukunft. Hierbei wurde neben der Forderung nach einer generellen Demokratisierung und einer Loslösung von den reglementierenden Verbindungen zur Akademie als wichtiges Mandat dem Vorstand auf den Weg gegeben, die Zusammenarbeit mit der Deutschen Physikalischen Gesellschaft zu forcieren, um in einer geordneten Entwicklung die Vereinigung beider Gesellschaften herbeizuführen.

Die erste Vorstandssitzung am 22. Februar 1990, auf der auch die Vorsitzenden der Fachverbände zugegen waren und die den Rostocker Physiker Gerd Röpke zum Vorsitzenden der Gesellschaft wählte, nahm dann die in Leipzig geäußerten Gedanken auf und veranlaßte eine Umfrage zur Frage des Zusammenschlusses der beiden deutschen Physikalischen Gesellschaften – letztere ergab ein eindeutiges Votum für den baldigen Zusammenschluß von über 90% (bei einer Beteiligung von etwa 70% der Mitglieder). Als Konsequenz dieses überwältigenden Ergebnisses wurde im April 1990 eine Kommission (G. Röpke, K. Jacobs, D. Hommel) benannt, die in bilateralen Gesprächen mit der DPG die Vereinigung vorbereiten sollte. Schon im März war es auf der Physikertagung in München zur Unterzeichnung einer gemeinsamen Erklärung gekommen, in der beide Gesellschaften nicht nur ihren Willen zur Vereinigung bekundeten, sondern auch konkret vereinbarten, daß „künftig alle wissenschaftlichen Tagungen gemeinsam veranstaltet werden“ sollten und die „Physikalischen Blätter“ auch den Mitgliedern der Physikalischen Gesellschaft in der DDR zur Verfügung stehen. Auch wurde beschlossen, zu den anstehenden Vorstandssitzungen Vertreter der jeweiligen Schwestergesellschaft als Gäste zuzulassen.

Neben solch in die Zukunft weisenden Regelungen wurden aber in den Vorstandssitzungen wie auch in der Gesellschaft insgesamt natürlich Fragen diskutiert, die ganz konkret die Ver-

gangenheit der Gesellschaft und ihren weiteren Demokratisierungsprozeß betrafen. So wurde schon auf der ersten Vorstandssitzung ein Brief an den damaligen Ehrenvorsitzenden Robert Rompe verabschiedet, in dem dieser aufgefordert wurde, diese Funktion niederzulegen, da er „politische und moralische Verantwortung für die entstandene Lage und darüber hinaus für die Wissenschaftspolitik in der DDR auf dem Gebiet der Physik“ trage. Ein anderer Diskussionspunkt betraf die Arbeit der Fachverbände, denen neue Möglichkeiten ihrer Strukturierung eröffnet wurden; auch kamen ganz aktuelle Fragen des Demokratisierungsprozesses in der DDR-Gesellschaft zur Sprache, wurde u. a. die Frage der Einsetzung von Ehrenkommissionen an den Physik-Fachbereichen der Universitäten diskutiert, sprach man sich für eine schnelle Befreiung von solchen Strukturen aus, die bisher die Verquickung von Macht und Politik und deren Mißbrauch in der DDR ermöglicht hatten. Seitens des Fachverbandes Schulphysik wurde versucht, in die Diskussionen um die Reform des Bildungssystems einzugreifen, und die Industriephysiker machten wiederholt auf den dramatischen Abbau an Forschungspotential in der DDR-Industrie aufmerksam. All diese wichtigen Probleme wurden indes durch die ständig zunehmende Dynamik des staatlichen Vereinigungsprozesses zur Marginalie und sind erst sehr viel später wieder – wenn überhaupt – auf die wissenschaftspolitische Tagesordnung gesetzt worden.

Den Entwicklungen in der DDR war ebenfalls geschuldet, daß sich die Physikalische Gesellschaft im Februar 1990 als ein eigenständiger eingeschriebener Verein registrieren ließ, womit die Zuordnung zur Akademie und damit die politische und administrative Reglementierung endgültig aufgehoben war. Allerdings machte dies auch erforderlich, sich umgehend ein neues Statut zu geben, wozu sich unter der Leitung von R. Zimmermann eine Statutenkommission konstituierte, die im Laufe des Mai ein Übergangstatut erarbeitete. Dieses lehnte sich weitgehend an das DPG-Statut an und berücksichtigte auch schon die anstehende Vereinigung. Eine Briefumfrage ergab auch hier eine überwältigende Zustimmung. Ein anderer, mit der Eigenständigkeit der Gesellschaft eng zusammenhängender Punkt betraf ihren Etat, der ja zu großen Teilen aus dem Akademiehaushalt gespeist wurde. Auch hier mußte man sich grundsätzlich neue Gedanken machen – insbesondere darüber, wie die Arbeitsfähigkeit des Sekretariats zu sichern war und was mit dem Magnus-Haus geschehen sollte.

Mit der Trennung von der Akademie der Wissenschaften wurde das Problem der Rückübertragung des Magnus-Hauses an die Physikalische Gesellschaft brennend aktuell. Dieses war nur wenige Jahre zuvor der Akademie übergeben worden, da die Physikalische Gesellschaft den Unterhalt und die dringend notwendige Rekonstruktion des Hauses nicht aus eigenen Mitteln bestreiten konnte. Obwohl bis August 1990 die Zustimmung aller staatlichen Stellen eingeholt war, wurde die Übergabe des Gebäudes wegen eines allgemeinen „Entscheidungsstopps“ in der untergehenden DDR dann erst nach der Wiedervereinigung juristisch vollzogen.

Hier wie auch in anderen Dingen konnten in Hinblick auf die anstehende Vereinigung sehr schnell großzügige Vereinbarungen mit der DPG getroffen werden – so wurde schon im Juni seitens der DPG eine Absichtserklärung gegenüber der Akademie abgegeben, die Rechtsträgerschaft für das Magnus-Haus zu übernehmen; auch stellte die DPG für die anstehenden Lohn- und Sachkosten des Sekretariats eine Ausfallbürgschaft zur Verfügung.



Die Vereinigung der beiden Physikalischen Gesellschaften: Am Vormittag des 20. November 1990 unterzeichnen der Präsident der Deutschen Physikalischen Gesellschaft, Theo Mayer-Kuckuk (links) und der Vorsitzende der Physikalischen Gesellschaft der DDR, Gerd Röpke, die Vereinbarung über den Zusammenschluß der beiden Gesellschaften. Der Wortlaut der Vereinbarung ist unten wiedergegeben.



VEREINBARUNG

**zwischen der Deutschen Physikalischen Gesellschaft e.V. (DPG)
und der Physikalischen Gesellschaft der DDR e.V. (Phys.Ges.)
zum Zusammenschluß beider Gesellschaften**

Die seit Herbst 1989 stattfindenden politischen Veränderungen in Europa, insbesondere in Deutschland, lassen es zu, daß sich beide Gesellschaften, deren Wurzeln in der 1845 gegründeten Physikalischen Gesellschaft zu Berlin liegen, nach 45-jähriger Trennung entsprechend dem Willen der Mitglieder zusammenschließen.

Zu diesem Zwecke schließen beide Gesellschaften folgende Vereinbarung:

- Der Zusammenschluß der Gesellschaften wird am 20. November 1990 durch eine Festveranstaltung in Berlin gewürdigt.
- Das Vereinsrecht erfordert es, daß zur Vereinigung der Gesellschaften die Mitglieder der Phys.Ges. der DPG als Einzelmitglieder nach § 7 (1) der DPG-Satzung beitreten.
- Die Satzung der DPG wird mit Änderungen, Streichungen und Ergänzungen entsprechend den gesondert dokumentierten Absprachen der Gemeinsamen Kommission und der Vorstände von DPG und Phys.Ges. vom 16. November 1990 den DPG-Mitgliedern in Ost- und Westdeutschland zur schriftlichen Abstimmung im Januar 1991 vorgelegt.
- Im Rahmen der in Abschnitt 3 vorgesehenen Änderung der DPG-Satzung wird insbesondere auch eine Übergangsregelung in Form von zeitlich - bis einschließl. der 57. Physikertagung 1993 - begrenzten Erweiterungen des Vorstandes um zwei und des Vorstandsrates um sechs Mitglieder angestrebt. Diese neuen Mitglieder sollen insbesondere die Interessen und spezifischen Belange der Physik und der Physiker in Ostdeutschland vertreten. Nach erfolgter Satzungsänderung sind sie durch Nominierung und schriftliche Abstimmung der DPG-Mitglieder in Ostdeutschland im Februar 1991 für den vorgesehenen Übergangszeitraum von 2 Jahren in die Gremien zu berufen.
- Folgende Fachverbände der Phys.Ges. bilden im Sinne der DPG-Satzung fünf neue Fachausschüsse der DPG:
 - (551) Agrophysik
 - (552) Dielektrische Festkörper, Ferroelektrika
 - (553) Hochfrequenzspektroskopie
 - (554) Theoretische und mathematische Grundlagen der Physik (Mathematische Physik)
 - (555) Mikrosonden

Die Nominierungen von Kandidaten für die Leiter dieser Fachausschüsse sowie ihre Wahlen sind von den jeweiligen Fachausschußmitgliedern baldmöglichst, spätestens bis zur ersten Fachtagung im nächsten Jahr, vorzunehmen.

- Bewährte Traditionen im Tagungs- und Veranstaltungsgeschehen von DPG und Phys.Ges. werden weitergeführt.
- In die Liste der Preise der DPG werden der Gustav-Hertz-Preis (Einzelperson) und der Schülerpreis der Phys.Ges. aufgenommen.
- Die DPG setzt sich mit Nachdruck für die Angleichung der Physikausbildung in Ost- und Westdeutschland ein.
- Die DPG unterstützt nach Kräften die Belange der in der Industrie Ostdeutschlands tätigen Physiker.
- Die DPG tritt in die Rechtsträgerschaft der Phys.Ges. für das Magnushaus und alle damit verbundenen Verpflichtungen ein.
- Die DPG nimmt sich der Archivbestände im Magnushaus an und setzt sich für den Erhalt der Max-Planck-Gedächtnisbibliothek in ihrer Gesamtheit ein. Ferner wird sie die Belange der "Annalen der Physik" und der "Experimentellen Technik der Physik" unterstützen.
- Das Sekretariat der Phys.Ges. soll zum 1. Januar 1991 in eine Verwaltung des Magnushauses umgewandelt und dem Vorstand der DPG unterstellt werden. Sie soll ferner den Regionalverband Physikalische Gesellschaft zu Berlin e.V. organisatorisch unterstützen.
- Nützliche Kontakte aus spezifischen Kenntnissen und Verbindungen der DPG und Phys.Ges., insbesondere auch zu den Ländern Osteuropas, werden gepflegt und vertieft.

Berlin, den 20. November 1990

Deutsche Physikalische
Gesellschaft e.V.

Physikalische Gesellschaft
der DDR e.V.

T. Mayer-Kuckuk

Gerd Röpke

Präsident

Vorsitzender

O.-F. Föllert

R. Fritzsche

Walfram Schödt

J. Baus

Vizepräsident / Schatzmeister

Stellvertretende Vorsitzende

Die gemeinsame Kommission beider Gesellschaften hatte bereits im Juni beschlossen, die Vereinigung möglichst schnell und möglichst noch im Jahr 1990 zu vollziehen. Damit glaubte man dem staatlichen Vereinigungsprozeß voraus zu sein, doch überstürzten sich bekanntlich im Laufe des Sommers die politischen Ereignisse in einer Weise, daß die deutsche Wiedervereinigung bereits am 3. Oktober 1990 vollzogen werden konnte. Am 20. November, ebenfalls früher als ursprünglich geplant, erfolgte dann schließlich auch der Zusammenschluß der beiden Physikalischen Gesellschaften in Deutschland – im deutsch-deutschen Einigungsprozeß im übrigen eine Pionierleistung, denn andere wissenschaftliche Gesellschaften folgten diesem Beispiel erst Monate später. Die Vereinigung beider Gesellschaften wurde in gegenseitiger Anerkennung vollzogen, wesentliche Punkte (Änderung der Satzung der DPG, Erweiterung des Spektrums der Fachverbände, Magnus-Haus, Pflege der Kontakte zu den östlichen Nachbarn, Erfahrungen bei der Physikausbildung) wurden in einer Vereinbarung zwischen beiden Gesellschaften festgehalten. Anknüpfend an die letzte gemeinsame Veranstaltung beider Gesellschaften, das Planck-Jubiläum 1958, wurde ihre (Wieder)Vereinigung in einer feierlichen Festveranstaltung in Berlin vollzogen – zunächst fand im Magnus-Haus eine Feierstunde statt, und anschließend beging man in der Kongreßhalle im Tiergarten dieses historische Ereignis mit einer wissenschaftlichen Festveranstaltung [16]. Während der Feierstunde im Magnus-Haus unterzeichneten die beiden Vorsitzenden, G. Röpke und Th. Mayer-Kuckuk, die „Vereinbarung zwischen der Deutschen Physikalischen Gesellschaft e. V. und der Physikalischen Gesellschaft der DDR e. V. zum Zusammenschluß beider Gesellschaften“ und setzten damit unter die fast vierzigjährige Geschichte der Physikalischen Gesellschaft (in) der DDR einen Schlußpunkt, der, wie G. Röpke betonte, „in Würde, kollegialer Zusammenarbeit beider Vorstände und für jedes einzelne Mitglied nachvollziehbar gestaltet“ wurde und hierdurch nicht nur den jüngsten demokratischen Wandlungen der DDR-Gesellschaft Rechnung trug, sondern als Teil jener Tradition, in der die Deutsche Physikalische Gesellschaft steht, die Gewähr dafür bieten sollte, daß in der vereinten Deutschen Physikalischen Gesellschaft Platz und Verständnis für die Mitglieder der ehemaligen Physikalischen Gesellschaft der DDR sein wird.

Danksagung

Der Beitrag basiert ganz wesentlich auf Recherchen in den Archiven folgender Organisationen : Stiftung Archiv der Parteien und Massenorganisationen Berlin (ehemaliges Parteiarchiv der SED); Deutsche Physikalische Gesellschaft in Bad Honnef und Berlin (Akten der Physikalischen Gesellschaft der DDR); Physikalische Gesellschaft zu Berlin (West); Berlin-Brandenburgischen Akademie der Wissenschaften; Max-Planck-Gesellschaft; Humboldt-Universität zu Berlin; Einstein-Papers Boston. Ihnen allen habe ich für die erwiesene Kooperationsbereitschaft ganz herzlich zu danken. Ebenfalls zu danken habe ich allen Zeitzeugen aus Ost und West, die mir vielfach wichtige Dokumente zur Verfügung stellten, vor allem aber mir bereitwillig Rede und Antwort standen.

Wegen der Fülle des herangezogenen und bislang unpublizierten Archivmaterials werden entsprechende Zitate nur in Ausnahmen belegt und sind im Text durch Kursivdruck kenntlich gemacht.

Literatur

- [1] Vgl. *W. Ruske*: 100 Jahre Deutsche Chemische Gesellschaft. Weinheim 1967, S. 202.
- [2] Zur Biographie von R. Rompe vgl.: *R. Rompe*: Ausgewählte Vorträge und Aufsätze, Bd. 1, 2; Berlin (Physikalische Gesellschaft der DDR) 1980, 1985.
- [3] 25 Jahre Physikalische Gesellschaft der DDR. Berlin (Physikalische Gesellschaft) 1977, S. 9.
- [4a] Vgl. taz-Liste, Domaschg-Archiv, Berlin.
- [4b] *W. Stiller*: Im Zentrum der Spionage. Mainz 1986.
- [5] *W. C. Röntgen*: Grundlegende Abhandlungen über die X-Strahlen. Leipzig 1954.
- [6] M. Born an J. Franck, Bad Pyrmont 5. April 1955. In: *H.-R. Wiedmann*: Altersbriefe bedeutender Menschen. Lübeck 1984, S. 32 – 33.
- [7] Vgl. auch *D. Hoffmann*: Ein Jubiläum wird gefeiert: Die Max-Planck-Feier(n) in Berlin 1958. (im Druck).
- [8] Vgl. die Berichte in der Berliner Tagespresse – insbesondere „Neues Deutschland“ und „Berliner Zeitung“.
- [9] *H. Frühauf*: Max Planck als beständiger Sekretar. Mitteilungsblatt der Deutschen Akademie der Wissenschaften zu Berlin, Heft 4-5/1958.
- [10] *M. v. Laue*: Zu Max Plancks 100. Geburtstag. In: *M. v. Laue*: Vorträge und Reden, Bd. 3, Braunschweig 1961, S. 257 – 262.
- [11] Vgl. 30 Jahre Physik in der DDR. Berlin (Physikalische Gesellschaft) 1979, S. 95 – 103.
- [12] Vgl. *D. Hoffmann* (Hrsg.): Gustav Magnus und sein Haus. Stuttgart 1995.
- [13] Vgl. *W. Hartkopf*: Die Akademie der Wissenschaften der DDR. Berlin 1975, S. 151 ff.
- [14] Vgl. *H. Bethge*: Physikalische Blätter als Ärgernis. Phys. Bl. 50 (1994) 24.
- [15] *Chr. Hofmann*: Der Fachverband Optik – seine Bedeutung, seine Aufgaben und seine Entwicklung. Mitteilungen Phys. Gesellschaft der DDR Nr. 4 (1990) S. 9.
- [16] *E. Dreisigacker, I. Peschel*: Wieder vereint. Phys. Bl. 46 (1990) 458 .

Bildnachweis

- S. 158, 159 (links), 172, 175, 178 (rechts): Akademie-Archiv Berlin
 S. 159 (rechts): Stiftung der Parteien- und Massenorganisationen Berlin
 S. 161, 164, 166 (links u. rechts), 167, 168, 169, 174 (unten), 179, 181: DPG-Archiv
 S. 163, 165 (links u. rechts), 171, 174 (oben), 176, 178 (links): Bundesarchiv Koblenz
 S. 177: Bildstelle der Humboldt-Universität Berlin

Das Magnus-Haus

Theo Mayer-Kuckuk

Das 1760 fertiggestellte, im kulturellen Zentrum Berlins gelegene spätbarocke Palais am Kupfergraben 7 ist durch das Wirken von Joseph-Louis Lagrange und Gustav Magnus eng mit der Physik verbunden. Das traditionsreiche Haus wurde 1958 der Physikalischen Gesellschaft der DDR in Rechtsträgerschaft übergeben. Es konnte nach der Deutschen Vereinigung mit einer Spende der Siemens AG gründlich renoviert werden und wurde vom Berliner Senat der DPG zu Nutzung als wissenschaftliches Begegnungszentrum übertragen.



Theo Mayer-Kuckuk war von 1965 bis 1992 o. Professor an der Universität Bonn. 1990 bis 1992 war er Präsident der DPG, seither ist er Vizepräsident. Seit 1994 ist er Wissenschaftlicher Leiter des Magnus-Hauses.

Die Geschichte der physikalischen Forschung und Lehre in Berlin verbindet sich in eigentümlicher Weise mit dem Gebäude am Kupfergraben 7, dem Magnus-Haus. Gebaut wurde es unter Friedrich II. von 1756 bis ca. 1770. Es gehörte wahrscheinlich zu den Immediatsbauten, das sind Gebäude, die auf direkten Beschluß des Königs und mit Mitteln der königlichen Kasse zur Verschönerung der Residenzstadt Berlin errichtet wurden. Das Haus wurde vom König einem verdienten Beamten, dem Kriegsrat Johann Friedrich Westphal, übertragen, wie es heißt „halb geschenkt“. Westphal ist als Bewohner seit 1761 aufgeführt, er war vorher wegen des siebenjährigen Krieges abwesend. Das Haus lag zur Bauzeit auf dem Gelände der ehemaligen Berliner Festungsanlagen an der Peripherie der städtischen Bebauung. Wer Baumeister war, ist nicht zu belegen. Der Entwurf wurde mehrfach Knobelsdorff zugeschrieben, jedenfalls handelt es sich um ein Palais im Knobelsdorffschen Stile. Als Architekten könnten eher Boumann der Jüngere und Naumann in Frage kommen, wofür die zeitgenössische Zuordnung durch Friedrich Nicolai spricht, aber nachweisbar ist das nicht. Jedoch konnte ein auf die Zeit vor 1772 zurückgehender Grundriß des Hauses aufgefunden werden. Er diente als Grundlage für die Renovierung in den Jahren 1993 – 1994.

Die Beziehung des Hauses zur Physik begann 1776, als Joseph-Louis Lagrange als Mieter beim Kriegsrat Westphal einzog. Lagrange, 1736 in Turin geboren, war schon mit 19 Jahren Professor der Mathematik an der königlichen Artillerieschule in Turin geworden und wurde schon ein Jahr später korrespondierendes Mitglied der Berliner Akademie. Friedrich II. berief ihn dann 1766 als Nachfolger von Leonhard Euler nach Berlin als ordentliches Mitglied der Akademie.

Lagrange hat die fruchtbarsten Jahre seines Lebens im Alter zwischen 30 und 50 Jahren in Berlin verbracht. Er wohnte zunächst Unter den Linden, zog dann aber in das ruhiger gelegene Haus am Kupfergraben, wo er ein stilles Gelehrtenleben führte. In dieser Zeit entstand sein überragendes Hauptwerk. Er schreibt 1782 an Laplace: „ich habe einen *Traité de Mécanique Analytique* nahezu vollendet, nur auf dem Prinzip der virtuellen Geschwindigkeiten basierend“. Das Werk, das, wie er stolz ver-

merkt, keine einzige Figur enthält, begründet die Variationsrechnung mit deren Hilfe die gesamte Statik und Dynamik mechanischer Systeme aus einem einheitlichen Prinzip entwickelt wird. Im Vorwort heißt es knapp „ich habe mir vorgenommen, die Theorie der Mechanik und die Kunst, die darauf sich beziehenden Probleme zu lösen, auf allgemeine Formeln zurückzuführen, deren einfache Entwicklung alle für die Lösung jedes Problems notwendigen Gleichungen ergibt“. Jeder Physiker weiß, welche Bedeutung der Ansatz von Lagrange bis heute hat. Laplace hat geurteilt, Lagrange habe jene Kunst in höchstem Maße besessen, die allgemeinen Prinzipien zu entdecken, welche das eigentliche Wesen der Wissenschaft ausmachen. Diese Kunst, verbündet mit einer seltenen Eleganz in der Entwicklung der abstraktesten Theorien sei es, was Lagrange charakterisiere. Nachdem der König, der Lagrange großes Wohlwollen entgegengebracht hatte, 1786 gestorben war, entschloß sich dieser, im darauf folgenden Jahr nach Paris umzusiedeln. Dort wurde schließlich auch die *Mécanique Analytique* gedruckt.

Die Erben Westphals verkauften das Haus 1822 an den Oberbaurat Günther, der erstmals 1823 als dort wohnend im Berliner Adress-Calendar genannt wird. Er hat es bis 1838 bewohnt. Schließlich wurde es von Gustav Magnus erworben.

Gustav Magnus war Sohn einer wohlhabenden jüdischen Kaufmannsfamilie, die jedoch zum protestantischen Glauben übertrat, als er fünf Jahre alt war. Geboren 1802 zeigte er früh

eine ausgesprochene Neigung zu den Naturwissenschaften, die vom Vater verständnisvoll gefördert wurde. Er studierte in Berlin und promovierte 1827 mit einer Arbeit über das Tellur. Anschließend ging er für ein Jahr als Mitarbeiter von Berzelius nach Stockholm und kehrte nach einem weiteren Aufenthalt in Paris nach Berlin zurück, wo er sich 1830 für die Fächer Chemie und Technologie habilitierte. Er wurde 1834 außerordentlicher und 1845 ordentlicher Professor der Technologie an der Friedrich Wilhelms Universität.

Magnus hatte früh begonnen mit privaten Mitteln eine Sammlung physikalischer Apparate anzulegen, die er für Experimente und für Vorlesungen benutzte und die schließlich zu einer der größten Sammlungen jener Zeit heranwuchs. Das Jahr 1840, Magnus war 38 Jahre alt, war für ihn von doppelter Bedeutung. Er wurde, nur neun Jahre nach seiner Habilitation, als Mitglied in die Akademie gewählt – und er heiratete die 19jährige Tochter des Verlegers Humblot. Das letztere hatte wichtige Konsequenzen. Zwei Wochen nach der Trauung schrieb er an Berzelius: „Bis jetzt bin ich genötigt gewesen, alle Instrumente für meine Vorlesung über Physik aus meiner Wohnung in die Universität tragen zu lassen. Dies verdirbt nicht nur die Sachen, sondern hat mich auch eine ungeheure Zeit gekostet. Ich habe bis jetzt von der Regierung keine Abhilfe erhalten können, und habe mich deshalb entschlossen mir ganz in der Nähe der Universität ein Haus zu kaufen, dort würde ich einen Hörsaal einrichten und hoffe dadurch, das an Zeit zu gewinnen



Das Magnus-Haus nach der Renovierung 1994



Joseph-Louis Lagrange lebte und arbeitete um Magnus-Haus von 1774 bis 1786. Hier entstand der *Mécanique Analytique*.



Gustav Magnus erwarb das Haus 1840 und gründete 1842 das erste Physikalische Laboratorium in Berlin.

was durch meinen neuen Stand verloren geht“ (zitiert nach [2]). So kam es zum Erwerb des Hauses am Kupfergraben 7.

Im Vergleich zu Lagrange war Magnus von gänzlich verschiedenem Charakter. Vor allem fehlte ihm die natürliche Genialität, die Lagrange auszeichnete. In seiner Gedächtnisrede in der Akademie schildert ihn Helmholtz so: „So floß sein Leben in ruhiger, aber unablässiger Wirksamkeit für seine Wissenschaft ungestört dahin... So arbeitete er, ..., nicht in Eitelkeit, nach auffallenden Entdeckungen haschend, die seinen Namen hätten schnell berühmt machen können, sondern er wurde im Gegenteil ein Meister der treuen, geduldigen und bescheidenen Arbeit, welche ihr Werk immer wieder prüft, und nicht eher davon abläßt, als bis sie nichts mehr daran zu bessern weiß. Solche Arbeit ist es aber auch, die durch die klassische Vollendung ihrer Methode, durch die Genauigkeit und Zuverlässigkeit ihrer Resultate den besten und dauerndsten Ruhm verdient und erringt.“ Magnus war ein hervorragender Experimentalphysiker, aber er hatte eine tiefe Abneigung gegen Spekulatives. Er forderte, daß Versuch und Beobachtung in der Physik zu entscheiden hätten, und daß jeder ausführbare Versuch zur Bestätigung oder Widerlegung einer Hypothese auch ausgeführt werden müsse. Mit dieser Haltung verbunden war eine deutliche Skepsis gegenüber manchen Entwicklungen der mathematischen Physik. Die Werke von Lagrange hat er vermutlich nie studiert.

Magnus' Leistungen in der Experimentalphysik sind zahlreich. Der nach ihm benannte Effekt, das Auftreten seitlicher Kräfte bei rotierenden Zylindern in einer laminaren Strömung, ist nur ein Beispiel. Die Untersuchung war von der Artillerie angeregt worden, um unverständlichen Geschosabweichungen

auf die Spur zu kommen. Viele seiner Studien waren technologischen oder meßtechnischen Problemen gewidmet. Er war ursprünglich Chemiker, hat sich aber zunehmend der Physik zugewandt. Diese Kombination war sehr fruchtbar. Von großer Bedeutung für die Physiologie war beispielsweise seine Arbeit über die Gase des Blutes (1837), die die Grundlagen für das Verständnis der Atmung legte.

Magnus war Hochschullehrer aus Berufung. Neben seinen Vorlesungen bot er fortgeschrittenen Studenten die Möglichkeit, in seinem 1842 eingerichteten privaten Laboratorium am Kupfergraben experimentell zu arbeiten. Dabei ließ er, wie Wiedemann aus eigener Erfahrung berichtet, seine Schüler, die mit eigenen Ideen zu ihm kommen mußten, möglichst unabhängig arbeiten. Das war manchmal unbequem, erzog aber zur selbständigen Forschung. Damals war dieser Stil völlig ungewöhnlich. Helmholtz, der als junger Militärarzt bei Magnus Versuche über Gärung und Fäulnis durchführte, berichtet: „Ich habe damals etwa drei Monate bei ihm fast täglich gearbeitet, und habe dadurch einen tiefen und bleibenden Eindruck von seiner Güte, seiner Uneigennützigkeit, seiner vollkommenen Freiheit von wissenschaftlicher Eifersucht gewonnen“.

Erst nach zwanzig Jahren, 1863, konnte Magnus bei der Universität und dem Minister die offizielle Gründung eines physikalischen Universitätslaboratoriums durchsetzen. Das war dann zwar weiterhin sein Laboratorium am Kupfergraben, aber er bekam nun finanzielle Unterstützung und Mittel für die Anstellung eines Laboratoriumsdieners.

Die Schüler, die Magnus zugerechnet werden müssen, sind außerordentlich zahlreich und von großem Einfluß gewesen.

Allein 36 davon haben später Lehrstühle erhalten. Die meisten Ordinariate der Physik in Berlin wurden in der Folge von seinen Schülern oder den Schülern der Schüler besetzt. Diese Wirkung ging aber weit über Berlin hinaus. Zu den bedeutenden Wissenschaftlern, deren Wirken mit Magnus verbunden ist, müssen gerechnet werden: R. Clausius, E. du Bois-Reymond, J. W. Gibbs, H. Helmholtz, G. Kirchhoff, A. Kundt, G. Quinke, W. Siemens, J. Tyndall, E. Warburg, G. Wiedemann und viele andere mehr.

Ein Jahr nach Eröffnung seines Laboratoriums, 1843, richtete Magnus eine neuartige Lehrveranstaltung ein, das Physikalische Colloquium, das ebenfalls in seinem Hause stattfand. Bei Tee und Gebäck wurden die neuesten Veröffentlichungen und der aktuelle Stand der Forschung diskutiert. Aus den Teilnehmern dieses Colloquiums ist drei Jahre später die Physikalische Gesellschaft als selbständige Vereinigung hervorgegangen. Da sie für jeden Interessierten offenstand, ermöglichte ihre Gründung einen breiteren Kreis von Personen heranzuziehen und sich einem ausgedehnteren Themenkreis zu widmen, als es im akademischen Colloquium von Magnus möglich war. Dort traf beispielsweise der Leutnant Siemens den „Mechanicus“ Georg Halske.

Magnus' Wesen wird als sehr einnehmend und gewandt geschildert. Helmholtz spricht von der natürlichen Anmut seines Betragens, seiner wohlthuenden Heiterkeit und der warmen Liebenswürdigkeit seines Verkehrs mit anderen. Sein Haus war ein Zentrum der Kommunikation. Ein Kreis von Wissenschaftlern, Künstlern, Politikern sowie von Unternehmern aus der aufstrebenden Berliner Industrie traf sich regelmäßig in seinem Haus und Garten.

Magnus starb 1870. Helmholtz war sein Nachfolger und er erreichte es, daß von 1873 bis 1878 das große Physikalische Institut am Reichstagsufer gebaut wurde. Die ersten Überlegungen hierzu hatte schon Gustav Magnus angestellt. Das Haus am Kupfergraben wurde noch von seiner Frau bis zu ihrem eigenen Tod 1910 bewohnt.

Danach ging das Haus in den Besitz der Krongutverwaltung über. Es war die Rede von Abriß oder von der Unterbringung von Hofpersonal. Es kam jedoch anders. Der damals schon zu großem Ruhm gelangte Regisseur Max Reinhardt, seit 1905 Besitzer und Leiter des Deutschen Theaters und anderer Berliner Bühnen, mietete 1911 das Haus für sich und seine Familie. Außer seiner Frau, der Schauspielerin Else Heims und den Söhnen Wolfgang und Gottfried lebten im Haus sein Bruder Edmund und acht weitere Mitglieder der Familie. Das Haus wurde nun wiederum zu einem Mittelpunkt gesellschaftlichen Lebens. Der Saal im Erdgeschoß des Westflügels, der heutige Hörsaal, wurde für festliche Anlässe benutzt, bei denen sich die Berliner Prominenz aus Kunst und Politik traf.

Reinhardt verließ das Haus 1921 aus familiären Gründen und zog bis zu seiner Emigration 1933 in einen Seitenflügel des Schlosses Bellevue. Frau Reinhardt-Heims verließ als letzte der Familie Reinhardt den Kupfergraben bei ihrer eigenen Emigration 1934. Inzwischen hatten sich dort bereits das ungarische Institut der Universität und andere sprachwissenschaftliche Abteilungen eingerichtet, die das Gebäude dann bis zum Kriegsende nutzten.

Nach der Eroberung Berlins durch die rote Armee erlebte das Haus die dunkelste Periode seiner Geschichte. Die sowjetische Geheimpolizei NKWD, Nachfolgerin der GPU und Vorläuferin des KGB, zog ein. Die Kellerräume wurden in Gefängniszellen



Max Reinhardt mietete das Haus 1911 für sich und seine Familie. Hier ein Bild von 1910.



Die Gedenktafel der Deutschen Physikalischen Gesellschaft von 1930.

umgewandelt und die Räume in ersten Stock waren der Schauspiel nächtlicher Verhöre. In einer überraschenden Kapriole wurde das Haus um 1948 von den sowjetischen Besatzern geräumt und dem Magistrat mit der Auflage übergeben, es der Gesellschaft für deutsch-sowjetische Freundschaft zur Verfügung zu stellen. Schließlich wurde die Nutzung des Hauses 1958 der Physikalischen Gesellschaft der DDR zugesprochen.

Äußerer Anlaß war die Feier zum hundertsten Geburtstag von Max Planck, die am 24. April mit hochrangiger internationaler Beteiligung im Magnus-Haus abgehalten wurde. Dabei wurde das Grundstück am Kupfergraben 7 vom Magistrat, vertreten durch den Oberbürgermeister Ebert, der Physikalischen Gesellschaft der DDR „in dauernde Obhut und Pflege“ übergeben, „mit der Befugnis, es ... wie ein Eigentümer zu benutzen und zu gestalten“. Die formelle Rechtsträgerschaft der Physikalischen Gesellschaft wurde 1961 besiegelt. Die Physikalische Gesellschaft der DDR hat, neben einigen anderen Institutionen, das Haus dreißig Jahre lang genutzt. Sein Zustand war aller-

ses bereit war, „veranlaßt durch die engen Verbindungen des Hauses Siemens zur Physik im allgemeinen und zur DPG im besonderen, getragen insbesondere durch die Person des Firmengründers Werner von Siemens“. Schließlich konnte am 6. November 1992 eine Fördervereinbarung beim Senator für Wissenschaft und Forschung abgeschlossen werden, bei der die Nutzung des Hauses der DPG übertragen wurde, mit der Verpflichtung, das Haus wiederherzustellen und als wissenschaftliche Begegnungsstätte zu nutzen.

Die Renovierungsarbeiten begannen Anfang 1993 und konnten im Spätsommer 1994 abgeschlossen werden. In enger Zusammenarbeit zwischen Bauherr, Architekt, Denkmalpfleger und einer Bauhistorikerin wurde ein Konzept für die Wiederherstellung erarbeitet, das die historische Substanz erhielt und gleichzeitig die ursprüngliche Raumanordnung aus dem 18. Jahrhundert weitgehend wiederherstellte. Das Magnus-Haus wurde seiner neuen Bestimmung in einer Feierstunde am 18. November 1994 übergeben.

Feierstunde zur Einweihung des Magnus-Hauses am 18. November 1994. Von links nach rechts: Dr. H. Franz, Vorsitzender des Aufsichtsrates der Siemens AG; Frau Marianne von Weizsäcker; Altbundespräsident Dr. Richard von Weizsäcker; Prof. Dr. M. Ehrhardt, Senator für Wissenschaft und Forschung des Landes Berlin; Prof. Dr. H. J. Queisser, Vorsitzender des Kuratoriums des Magnus-Hauses. Dahinter: Frau Julia von Siemens.



dings sehr schlecht, und obwohl es Pläne für eine Renovierung gab, unterlag das Gebäude einem unablässigen Zerfall.

Noch vor der Vereinigung Deutschlands war der Zusammenschluß der beiden physikalischen Gesellschaften in West und Ost zu einer gemeinsamen Deutschen Physikalischen Gesellschaft vereinbart worden. Dabei wurde in der Gesamtgesellschaft die Verpflichtung eingegangen, die Verantwortung für das Magnus-Haus zu übernehmen und es als Begegnungsstätte für Physiker zu erhalten. Das war nicht leicht einzuhalten, da mit der Vereinigung der Rechtsanspruch auf die Nutzung hinfällig war. Aber es gelang, eine Lösung zu finden. Zunächst mußte das Eigentumsrecht des Landes Berlin festgestellt werden. Dann mußten die erheblichen Mittel für die Wiederherstellung des Gebäudes aufgebracht werden. Hier half die Firma Siemens, die zu einer Spende von 10 Millionen DM zur Sanierung des Hau-

Literatur

- [1] Ch. Becker: „Die Geschichte des Hauses“ in: „Das Magnus-Haus in Berlin-Mitte“, München 1994
- [2] S. Wolff: „Gustav Magnus – Sein Weg zum Ordinariat an der Berliner Universität“ in: „Gustav Magnus und sein Haus“, Stuttgart 1995
- [3] H. Kant: „Gustav Magnus und seine Berliner Physikerschule“ in: „Gustav Magnus und sein Haus“, Stuttgart 1995

Bildnachweis

- S. 184: Joachim Schulz, Berlin
 S. 185 (links u. rechts), 186 (oben): DPG-Archiv
 S. 187: M. Kischke, Berlin

”

Physiker sind für d-fine eine sehr attraktive Zielgruppe. Darum werben wir mit unseren Anzeigen im Physik Journal und auf pro-physik.de.

Dr. Evelin Jaschinski, Physikerin und Senior Consultant bei der d-fine GmbH, führendes Beratungsunternehmen im Bereich Risiko & Finanzen



Physiker begeistern

mit dem Physik Journal der DPG

Mit über **60.000 Beziehern** ist das Physik Journal die **führende Physik-Publikation**. Sie ist die Mitgliederzeitschrift der Deutschen Physikalischen Gesellschaft (DPG) und wird gelesen von Physikern in der Industrie, an Hochschulen und außeruniversitären Forschungseinrichtungen, in Banken, Versicherungen und Beratungsgesellschaften. Tagesaktuell informiert das Online-Portal **pro-physik.de**.

In vielen Branchen und Einrichtungen sind **Physiker** die **Entscheider**. Warum es deshalb auch für Ihr Unternehmen lohnenswert sein kann, im Physik Journal mit **Image-, Produkt- oder Stellenanzeigen** zu werben, weiß Änne Anders.

Kontakt:

Tel.: +49 6201 606 552

aenne.anders@wiley.com

pro-physik.de,
über 32.000 User monatlich,
führendes Online-Fachportal

Physik Journal,
über 60.000 Bezieher,
führende Physik-
Zeitschrift



Jobbörse der DPG,
Veranstaltungsformat
für Unternehmen
und Bewerber



WILEY

Das DPG-Physikzentrum in Bad Honnef

Siegfried Methfessel

„Leute, die sehr viel gelesen haben, machen selten große Entdeckungen“ (Lichtenberg) Weil in einer so komplexen und progressiven Wissenschaft wie der modernen Physik erst das Gespräch mit nahe- und fernerstehenden Fachkollegen das für neue Entdeckungen günstige, dem Stand der Literatur voraussehlende, lebendige Wissen schafft, bemühte sich die DPG ab 1967 um die Einrichtung eines Diskussions- und Tagungszentrums für etwa hundert Teilnehmer. Nach vielen Schwierigkeiten und Enttäuschungen bei der Beschaffung der dazu erforderlichen Mittel, gelang es schließlich 1976 mit Hilfe des Landes Nordrhein-Westfalen und der Universität Bonn in den stilvollen Gebäuden des Hölterhoff-Böcking-Stiftes in Bad Honnef am Rhein ein solches „Physikzentrum“ einzurichten. Damit war ein dauerhaftes Heim für Seminare, Schulen und Gespräche gefunden, das sich inzwischen zu einem hervorragenden „Umschlagplatz“ für neueste wissenschaftliche Ergebnisse und Ideen entwickelt hat und heute international bekannt und angesehen ist.



Prof. Dr. Siegfried Methfessel war von 1969 bis 1987 Inhaber des Lehrstuhls Experimentalphysik IV an der Ruhr-Universität Bochum. Seit 1971 ist er in verschiedenen Ämtern der DPG und der EPS tätig, u. a. vertritt er die DPG im Kuratorium des Physikzentrums.

Es hat mehr als ein Vierteljahrhundert gebraucht, bis aus der ersten Idee das heutige Physikzentrum wurde, ein weltweit anerkannter geistiger und gesellschaftlicher Treffpunkt der Physiker¹⁾, den sie sich erarbeitet und gestaltet haben, nicht in modernstem Luxus mit viel Chrom und Glas, sondern in den Gebäuden der schloßartig romantischen Hölterhoff-Böcking-Stiftung in Bad Honnef am Rhein. Heute ist es international anerkannt als ein idealer „Umschlagplatz“ für neueste physikalische Erkenntnisse und Tendenzen über ein weites Spektrum von hochspezifischen Theorien bis zu technischen Anwendungen, Ausbildungs- und auch gesellschaftspolitischen Fragen.

Auf dem Weg dorthin lagen viele Hindernisse, die übersprungen oder umgangen werden mußten. Das brauchte tatkräftige Hilfe und manchen gute Rat von vielen Seiten.

Die Entwicklung und der Bestand des Physikzentrums ruhen neben der rechtlichen Trägerschaft der DPG auf drei wichtigen Grundpfeilern. Da ist zunächst die über zwei Jahrzehnte bewährte und zuverlässige Unterstützung durch das Wissenschaftsministerium des Landes Nordrhein-Westfalen (NRW), dann die Partnerschaft mit der Rheinischen Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn und die Freundschaft mit der „Dr. Wilhelm Heinrich Heraeus und Else Heraeus-Stiftung“. Aber nicht zuletzt verdankt das Physikzentrum seine weltweite Anerkennung und Beliebtheit den vielen tausend Wissenschaftlern und Gästen, die mit ihren Veranstaltungen, Vorträgen und Diskussionen das alte Gebäude neu belebt haben. Deren hohe Qualität schafft die Voraussetzungen für die zuverlässige finanzielle Absicherung durch das Land Nordrhein-Westfalen und für die Bereitstellung der Gebäude und Dienste der Hölterhoff-Böcking-Stiftung, eine rechtlich unselbständige Stiftung an der Universität Bonn.

¹⁾ Dieser „Standesbegriff“ umfaßt hier ganz selbstverständlich auch Physikerinnen.

Wenn Physiker aus der ganzen Welt immer wieder gern nach Bad Honnef kommen, so liegt das auch an der besonderen Atmosphäre des Hauses, die von den Mitarbeitern der Hölterhoff-Stiftung und der Universität mit großer Umsicht erhalten und gepflegt wird. Die Physiker lassen sich auch gern von den Mitarbeiterinnen des Hauses, das sechzig bis siebzig Gäste aufnehmen kann, mit gutem Essen und zuvorkommender Bedienung verwöhnen. Von den Gästen besonders geschätzt wird die vielseitige Unterstützung, die sie bei der Vorbereitung und Durchführung ihrer Veranstaltungen vom „Wissenschaftlichen Sekretär“, Herrn *Dr. Joachim Debrus*, und von den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der DPG-Geschäftsstelle jederzeit kompetent, gern und sehr freundlich bekommen.

Die Verantwortung für das harmonische Zusammenspiel aller Komponenten trägt das Kuratorium des Physikzentrums, das mit je zwei Vertretern des Landes Nordrhein-Westfalen, der Universität Bonn und der DPG besetzt ist, während die alltäglichen Pflichten vor Ort vom „Wissenschaftlichen Sekretär“ und dem jeweiligen „Wissenschaftlichen Leiter“ wahrgenommen werden. Beide werden vom Rektor der Universität gemeinsam mit dem Präsidenten der DPG aus den Angehörigen der Bonner Physikalischen Fakultät ausgewählt. Das wissenschaftliche Leben wird durch den „Wissenschaftlichen Beirat“ geprägt, der über die Auswahl und Gestaltung des wissenschaftlichen Programms berät und entscheidet. Er hat zwölf Mitglieder, die vom Vorstandsrat der DPG in Absprache mit der Gesellschaft für Informatik (GI), sowie der Gesellschaft für Mathematik und Mechanik (GAMM) entsandt werden.

Das Physikzentrum wurde am 12. Juni 1976 gegründet und zunächst von einer „Gesellschaft für Physikalische Forschung und Naturwissenschaftlich-technische Weiterbildung e.V.“ als Rechtsträger betreut. Seit dem 1. Januar 1986 ist die DPG selbst die Trägerin des Physikzentrums, das sie mit Unterstützung der Universität Bonn als wissenschaftliche Tagungs- und Begegnungsstätte betreibt. Es hat insbesondere die Aufgaben

- die physikalische Forschung durch Intensivierung des Gedanken- und Erfahrungsaustausches und der wissenschaftlichen Zusammenarbeit im nationalen und internationalen Rahmen zu fördern sowie
- die naturwissenschaftlich-technische Fortbildung zu fördern.

Die Universität Bonn stellt dafür im erforderlichen Rahmen das zur Elly-Hölterhoff-Böcking-Stiftung gehörige Grundstück Bad Honnef, Hauptstraße 5, mit Gebäuden, Personal und Dienstleistungen zur Verfügung. Die mit dem Tagungsbetrieb unmittelbar zusammenhängenden Kosten von jährlich rund einer Million DM werden zu etwa gleichen Teilen durch die Tagessätze der Teilnehmer und durch einen der DPG vom Land Nordrhein-Westfalen jährlich bewilligten Zuschuß finanziert. Da das Land zusätzlich erhebliche Summen in den Unterhalt der Gebäude investiert, kommt auch dieser Zuschuß der Förderung der Wissenschaft direkt zugute. Organisatorisch ist das Physikzentrum seit 1991 wie ein Fachverband in den DPG-Vorstandsrat eingebunden.

Der Anfang

In den sechziger Jahren als der „brain drain“ deutscher Wissenschaftler nach den USA ein viel diskutiertes Problem war, weil dadurch unsere Zukunft für Forschung und Industrie ernstlich gefährdet zu sein schien, berief der Senat der DFG (im Juli 1967) eine „Kommission für Festkörperforschung“, die als ein Heilmittel neben der Gründung der „Zentralen Institute für Festkörperphysik“ auch die Einrichtung eines „Sommerschulzentrums“ für Physiker empfahl, um damit die internationale Kommunikation und die Ausbildung junger Wissenschaftler entscheidend zu intensivieren.

Erst vier Jahre später konnte über erste konkrete Schritte berichtet werden. Der DPG-Vorstand mit Herrn Karl Ganzhorn als Präsident und Herrn Werner Buckel als Vorstandsmitglied



Hauptgebäude des Physikzentrums der DPG in Bad Honnef, Hauptstraße 5. Das stilvolle Haus wurde von der Universität Bonn in den Jahren 1904 - 1906 in Erfüllung eines Vermächtnisses des Ehepaares Hölterhoff errichtet. Ursprünglich diente es als Haushaltsschule und Wohnstift für alleinstehende Damen „aus besseren Kreisen“. Seit 1975 ist es Begegnungs- und Tagungsstätte der Physiker, seit 1977 auch Sitz der DPG-Geschäftsstelle. – Oben: Das „Logo“ des Physikzentrums: offen in alle Richtungen - Begegnung aus allen Richtungen.



hatte eine Denkschrift an die Volkswagen-Stiftung und das Bundesministerium für Bildung und Wissenschaft (BMBW) gerichtet und eine erfreuliche Resonanz gefunden. Von da an sollte es aber noch mehr als fünf schwierige Jahre dauern, bis diese Ideen anfangen, Wirklichkeit zu werden.

In dieser Zeit fanden aber schon Veranstaltungen statt, wie sie für das Physikzentrum vorgesehen waren. So förderte die DPG seit 1970 pro Jahr sechs „Sommerschulen“ über spezielle Themen mit jeweils 1000 DM. Dazu konnten die Veranstalter weitere Mittel je nach Thema vom BMBW oder von der Deutschen Forschungsgemeinschaft (DFG) einwerben. Alle diese Veranstaltungen fanden zunächst an verschiedenen Orten statt, konzentrierten sich aber zunehmend auf die „Villa Tannfried“ am Titisee. Die Kernphysiker bevorzugten durch Vermittlung von Herrn Kollegen Schmidt-Rohr aus Heidelberg Hotels in Schleching/Obb.

In der erwähnten Denkschrift vom 24. Juli 1970 hat die DPG bei der Stiftung Volkswagenwerk zunächst zur Förderung dieser Schulen 55 000 DM beantragt und auch relativ schnell bewilligt bekommen. Außerdem wurde um finanzielle Unterstützung für den Kauf und die Renovierung der „Villa Tannfried“ gebeten. Das war damals ein aussichtsreiches Anliegen, denn die VW-Stiftung finanzierte in den ersten Jahren nach Beginn ihrer Arbeit 1962 für viele Universitäten den Bau von „Gästehäusern“, wobei aber stets und prinzipiell zunächst die Mittel für Unterhalt und Betrieb aus anderen Quellen sichergestellt sein mußten. In diesem Sinne antwortete auch der Generalsekretär der VW-Stiftung, Gotthard Gambke, am 21. Dezember 1970 im Auftrag seines Kuratoriums, bat aber auch, zu prüfen, ob ein Neubau „vorteilhafter als der Kauf eines bereits bestehenden Objektes“ sein könnte.

Nun lag es bei der DPG, ein geeignetes Grundstück, Entwürfe für den Bau und die organisatorische Struktur eines Physikzentrums, sowie eine realistische Abschätzung der Baukosten zu beschaffen. Vor allem mußte jemand gefunden werden, der verbindlich garantierte, die für den Unterhalt und die Nutzung erforderliche „Grundlast“ für die ersten Jahre zu übernehmen, bis sich das Zentrum aus den Tagegeldern seiner Gäste selbst würde finanzieren können.

Streben nach Geld und Gut

Im November 1971 beantragte Herr Buckel als frisch gewählter DPG-Präsident beim BMBW für drei Jahre die Übernahme einer Grundlast von 280 000 DM, die er für ein Haus mit hundert Plätzen durch Umfragen bei ähnlichen Einrichtungen ermittelt hatte. Zwei Monate zuvor hatte ihm der damals für die Forschung verantwortliche Minister und Karlsruher Kollege, Hans Leussink, schon die mündliche Zusage gegeben, das Physikzentrum zu fördern, wenn es „nördlich der Mainlinie“ angesiedelt würde.

Das dem Antrag beigelegte „Memorandum zum Projekt Physikschule“ nannte als Beispiele von internationaler Bedeutung das Haus der Franzosen in Les Houches bei Chamonix, der Italiener in Erice in Sizilien, und, besonders für deutsche Verhältnisse gültig, das „Oberwolfach“ der Mathematiker.

Das „Mathematische Forschungsinstitut Oberwolfach“ ist sehr abgelegen in einem stillen Seitental des Schwarzwaldes. Es wird seit 1959 von einer speziell als Rechtsträger hierfür gegründeten „Gesellschaft für Mathematische Forschung e.V.“

in guter Nachbarschaft mit der etwa fünfzig Kilometer entfernten Freiburger Universität betrieben. Seine Anfänge gehen bis auf das Kriegsjahr 1943 zurück, als mathematische Bibliotheken und Forscher dort in das alte Jagdschloß „Lorenzshof“ bombensicher ausgelagert wurden. Durch viele wissenschaftliche Veranstaltungen von beachtlicher Qualität gewann das Zentrum bald einen so guten internationalen Ruf, daß es sich auch in der schwierigen Nachkriegszeit immer irgendwie am Leben erhalten konnte.

Als die junge VW-Stiftung um finanzielle Hilfe für Renovierung und Ausbau des Lorenzhofes angesprochen wurde, bestand sie schon damals auf der nicht leicht zu erfüllenden Auflage, daß zunächst die Übernahme aller Kosten für Unterhalt und Benutzung der Gebäude von dritter Seite garantiert sein müsse. Während der Landtag von Baden-Württemberg etwa die Hälfte der erforderlichen Mittel garantierte, erklärte das BMBW nur sein grundsätzliches Wohlwollen und die Bereitschaft, thematisch geeignete Tagungen zu fördern. Das genügte der VW-Stiftung, um 1963 zunächst runde 1,5 Millionen DM für die Errichtung eines neuen Gästehauses zu bewilligen und dann später noch insgesamt 6,5 Millionen DM in einen modernen Institutsneubau und den Kauf von 2 ha des umliegenden Landes zu investieren, die dem Verein zur Nutzung überlassen wurden. Als nach 1976 das BMBW wegen Neuverteilung der Forschungsfinanzierung zwischen Bund und Ländern „ausstieg“, hat das Land die gesamte laufende Finanzierung von rund 2 Millionen DM pro Jahr für Personal, Bewirtschaftung und Bibliothek bis hin zu den Reisekosten der Teilnehmer übernommen.

Große Hoffnung und Enttäuschung: Arnsberg

Auf der 36. Physikertagung im Herbst 1971 in Essen wurde Herr Buckel zum Präsidenten der DPG und ich als sein Nachfolger im DPG-Vorstand gewählt. Damit lag nun die Aufgabe bei mir, für das Projekt „Physikschule“ ein geeignetes Grundstück „nördlich des Maines“ zu finden.

Auf derselben Tagung sprach der damalige Wissenschaftsminister des Landes Nordrhein-Westfalen, Johannes Rau, in dem traditionellen, fachübergreifenden Abendvortrag über „Gesellschaftspolitische Gedanken zur Forschungspolitik“. Nach einigen informativen Vorbereitungen in Düsseldorf durften wir am 25. Mai 1972 dem Herrn Minister und seinem Staatssekretär, Herbert Schnoor, das Projekt „Physikschule“ persönlich vortragen und fanden eine sehr positive Resonanz. Man begrüßte die Möglichkeit, ein derartiges Tagungszentrum nach Nordrhein-Westfalen zu bringen und fand es denkbar, daß vom Land ein Grundstück und eine etwa zehnpromtente Beteiligung an der Grundlast, nach vorheriger Absprache mit dem BMBW, eingebracht würden.

Dieses Düsseldorfer Gespräch war ein wichtiger und dauerhafter Grundstein für die gesamte folgende Entwicklung. Denn das NRW-Wissenschaftsministerium hat nicht nur die damals zugesagte Unterstützung bis heute eingehalten, sondern auch in manchen kritischen Situationen energisch weitergeholfen.

Noch vor Jahresende 1972 schlug uns die Staatskanzlei sieben sehr interessante Grundstücke vor. Besonders attraktiv war das oberhalb von Arnsberg am Rande eines großen Wald- und Naturschutzgebietes gelegene Hanggrundstück „Im Hasenwinkel“ mit 24 700 m² Fläche. Da ein „Physikzentrum“ gut in die Pläne der Stadtväter paßte, aus dem über tausendjährigen Arns-

berg mit Burg, Schloß, Kloster und Femegericht inmitten des waldreichen Sauerlandes nun ein modernes Zentrum für Urlaub, Tagungen und Kongresse zu machen, beschloß der Rat der Stadt im August 1973, uns das vorgesehene Grundstück „ohne besonderen Kostenaufwand“ zu überlassen.

Herr Buckel ließ daraufhin ganz schnell von einem in solchen Dingen erfahrenen Karlsruher Architekten ein überzeugendes Modell für den Arnsberger Neubau entwerfen, das mit einer Bausumme von ca. vier Millionen DM auch den Vorstellungen der VW-Stiftung entsprach.

Jetzt fehlte nur noch ein kurzer Brief aus Bonn, der die zwei Jahre zuvor von Minister Leussink versprochene Übernahme der Grundlast noch einmal bestätigte. Aber dort war die Situation inzwischen sehr unübersichtlich geworden. Die erste sozialliberale Koalition war im September 1972 an Streitigkeiten über die Ostpolitik vorzeitig zerbrochen, und die auf November vorgezogenen Neuwahlen gaben Willy Brandt eine deutliche Mehrheit. Mit seinem „Organisationserlaß“ vom 15. Dezember 1972 wurde vom BMBW ein neues „Ministerium für Forschung und für das Post- und Fernmeldewesen“ abgespalten. Das Bonner Ministerkarussell drehte sich, und der Freiburger Juraprofessor Horst Ehmke wurde für die nächsten zwei Jahre Bundesminister für Forschung und Technologie (BMFT).

Weil dabei die Akte „Physikzentrum“ durch die Maschen der neuen Zuständigkeiten gefallen zu sein schien, packte Herr Buckel die Sache noch einmal auf direktem Wege an und lud den neuen Minister Ehmke zu einem Abendvortrag über „Probleme der Wissenschaftspolitik“ auf die DPG-Haupttagung 1973 in Hamburg ein – bei dieser Gelegenheit hätte der Minister doch auch gleich seine Genehmigung des DPG-Antrages mit einer medienwirksamen Geste gewissermaßen als „Gastgeschenk“ den Physikern überreichen können.

Ehmke wollte aber nicht mitspielen. Er beteuerte zwar mehrfach die große Bedeutung solcher Zentren für den Gedankenaustausch zwischen Hochschulen, Forschung und Industrie, aber mit der vom Vorgänger versprochenen Finanzierung des Physikzentrums wollte er nichts mehr zu tun haben.

An diesem enttäuschenden Erwachen aus schönen Träumen konnten auch viele Gespräche und Schreiben an das BMBW und andere Fördereinrichtungen sowie an Industrien, Universitäten und Forschungsinstitute nichts mehr ändern. Jedesmal gab es viele gute Wünsche und Versprechungen, ein vorhandenes Zentrum gerne durch Veranstaltungen oder Spenden fördern zu wollen, aber niemand wollte oder konnte, meist aus haushaltsrechtlichen Gründen, im voraus die von der VW-Stiftung verlangte Garantie übernehmen.

²⁾ Dr. jur. eh. Freiherr von Medem war eine eindrucksvolle Persönlichkeit und ein sehr erfahrener Verwaltungsjurist, der als Referent der DFG, Kanzler der Universität Bonn und als Sachverständiger in vielen, auch europäischen Kommissionen einen großen Schatz an Erfahrungen gesammelt hatte, den er für die Entwicklung des Physikzentrums einbrachte. Er gehörte 1976 zu den ersten Mitgliedern des Gründungsver eins und übernahm 1979 dessen Vorsitz. 1986 wurde er Vorsitzender des Kuratoriums und war DPG-Mitglied Nr. 11111 bis zu seinem Tode im Januar 1993. Die Physiker verdanken ihm sehr viel. (Siehe auch Phys. Bl. 49 (1993) 319)

Neue Horizonte

Im März 1974 berichteten wir Herrn Staatssekretär Schnoor im NRW-Ministerium für Wissenschaft und Forschung von der neuen, schlimmen Entwicklung und baten ihn, das Projekt doch noch durch Übernahme der gesamten von der VW-Stiftung verlangten Ausfallgarantie zu retten oder für die Inbetriebnahme des neuen Hauses eine einmalige Förderung von 150 000 DM zu bewilligen.

Das führte zu dem zweiten wichtigen „Düsseldorfer Gespräch“ am 24. Mai 1974, diesmal mit dem damaligen Leiter der Hochschulabteilung, Herrn Leitenden Ministerialdirigent Freiherr von Medem²⁾. Er erklärte uns, daß es schon aus rein haushaltsrechtlichen Gründen aussichtslos sei, vom Landtag Geld bewilligt zu bekommen für eine nur gedachte und noch nicht existierende Einrichtung. Darum müsse zunächst, wie in Oberwolfach vor 15 Jahren, eine juristische Person als Rechtsträger geschaffen werden, wofür sich schon aus steuerlichen Gründen ein gemeinnütziger e.V. anbiete. Für das neue Baby wurde der lange Name „Gesellschaft für Physikalische Forschung und Naturwissenschaftlich-technische Weiterbildung e.V.“ vorgeschlagen, um damit die Phantasie und Sympathie möglichst vieler Politiker zu stimulieren.

Schon drei Tage später bestätigte uns Herr Staatssekretär Schnoor mit einem Schreiben, daß nach der vorgeschlagenen Gründung des Vereins „ein Beamter des Wissenschaftsministeriums des Landes Nordrhein-Westfalen in einem Vereinsorgan mitwirkt, das die Aufgaben etwa eines Verwaltungsrates wahrnimmt“, und „nach Maßgabe der haushaltsrechtlichen Vorschriften und im Rahmen der haushaltsmäßigen Möglichkeiten Landesmittel für die Deckung von Ausgaben zu bewilligen, die der Verwirklichung der wissenschaftlichen Aufgabenstellung des Tagungszentrums dienen und vom Rechtsträger nicht aus eigener Kraft getragen werden können.“

Nachdem daraufhin der DPG-Vorstand am 26. Juli 1974 seinen sehr ausführlichen und mit über zwanzig Anlagen gut begründeten Antrag auf 4,5 Millionen DM Baugeld bei der VW-Stiftung abgegeben hatte, waren sich alle Beteiligten des guten Ausgangs so sicher, daß man schon das Programm für eine würdige Grundsteinlegung diskutierte. Aber dann kam im Dezember 1974 eine nur sehr kurze Mitteilung des VW-Generalsekretärs Gambke, daß unserem Antrag nicht entsprochen werden könne. Wie wir später erfuhren, stand das Kuratorium dem Vorhaben ursprünglich sehr positiv gegenüber, hatte aber dann fast zur gleichen Zeit ein Monitum des Rechnungshofes bekommen, das die Vergabe von Baumitteln als eine nicht ausreichend zweckgebundene und daher satzungswidrige Förderung beanstandete.

Aber auch danach gab der DPG-Vorstand noch nicht auf, sondern beschloß am 20. Dezember 1974, die Einrichtung des Physikzentrums „wegen seiner großen Bedeutung für den Austausch neuer Erkenntnisse“ dennoch und auch ohne die Hilfe der VW-Stiftung weiter zu betreiben.

Rettender Strohalm war ein Hinweis durch Herrn von Medem im Juli 1974, daß die Universität Bonn, deren Kanzler er von 1962 bis 1969 gewesen war, in ihrem Stiftungsvermögen ein großes Gebäude, die „Hölterhoff-Stiftung“ in Bad Honnef besäße, das sie bisher als Altersheim nutze, aber nach umfangreicher Renovierung gern für eine andere Verwendung zur Verfügung stellen möchte.

Das Elly Hölterhoff Böcking-Stift in Bad Honnef

Man muß schon etwas über die romantische Vorgeschichte dieses Hauses nachlesen, um seine Architektur und seine besondere Atmosphäre zu verstehen, die es den Physikern so sympathisch machen.

Otto Hölterhoff starb am 7. Juni 1899 als letzter männlicher Sproß einer angesehenen und wohlhabenden Kaufmannsfamilie. Wir kennen ihn und seine Gattin Elly von den beiden Gemälden, die stiftungsgemäß „in dem Speisesaale des Stifts zu Honnef dauernd ihren Platz zu finden“ haben. Seine Cousine Elly, „mit der ihn von den Kinderspielen an eine innige Jugendliebe verband“, war die jüngste Tochter seines Onkels Eduard Böcking, eines Professors der Rechte an der Bonner Universität. Der Tod von Elly, der er auch nach 21 Ehejahren noch „mit inniger Zuneigung ergeben war“, machte Otto 1884 „bei seinem ohnehin schon weichen und sinnenden Gemüt zum vereinsamten stillen Mann, der nunmehr seinen Trost und seine Befriedigung in dem Gedanken suchte, der im Tode vorausgegangen Gattin ein Erz und Stein überdauerndes Denkmal durch eine Stiftung zu errichten, für die er in der Erinnerung an die mit ihr gepflogenen Unterhaltungen die Grundlage fand.“ In seinem am 23. September 1897 verfaßten Testament und den dazugehörigen, bis in jede Einzelheit ausgearbeiteten Statuten für die Stiftung sagt er selbst, Elly habe „mit dem ihr eigenen klaren und sichern Blick“ längst erkannt, daß „in der mangelhaften Kenntnis alles dessen, was die Hausarbeit in sich begreift, vor allem in der Unfähigkeit, Zeit und Geldmittel einzuteilen und richtig auszunutzen, der Krebschaden zu suchen ist, an dem ein übergroßer Prozentsatz unserer Arbeiter - städtischer wie ländlicher - zu Grunde geht“.

Außerdem hatte das Ehepaar Hölterhoff schon früher in trauem Gespräch häufig darüber sinniert, wie schwer es doch Jungfrauen der höheren Stände fällt, „bei den vielen Ansprüchen der heutigen Zeit“ eine standesgemäße Lebensführung aufrecht zu erhalten, wenn sie keinen Mann oder keine Erbschaft abbekommen haben. Und wie häufig zudem die Bewohner von Damen-Stiften „sich gegenseitig zum Gegenstand werden für den Ausdruck der inneren Mißstimmung, hervorgerufen durch die in derartigen Stiften meistens bestehende Beschäftigungslosigkeit“. Um „diese wichtige Frage der Zeit mitlösen zu helfen“, hat Otto Hölterhoff der Universität Bonn ein Vermögen von mehreren Millionen Goldmark und ein großes Grundstück hinterlassen mit der Auflage, dort „ein Haus zu erbauen, welches sich, ohne luxuriös zu sein, doch seiner äusseren und inneren Einrichtung nach als eine den besseren Ständen angemessene, behagliche Wohnung darzustellen hat“ für zwölf Stiftdamen und das „im



Die schloßartigen Gebäude des Hölterhoff-Böcking-Stifts liegen romantisch in einem großen Park: links das Haus der Damen, rechts die Schule der Mädchen.

angrenzenden Gebäude Schulküche und -räume“ hat. Die Damen mußten aus dem Kreise der Bonner Universität oder dem höheren Handels-, dem Beamten-, Geistlichen-, oder Offiziersstand stammen, einen tadellosen Ruf und eine gute allgemeine Bildung haben, nicht unter dreißig oder über vierzig Jahre alt, niemals verheiratet gewesen oder gar adlig sein, und kein Einkommen über 1500 Mark im Jahr haben. Vor ihrer lebenslänglichen Aufnahme in das Stift mußten sie zunächst eine Haushaltsschule besuchen und schriftlich versprechen, „treu und fleißig mit allen Kräften nach bestem Wissen und Können“ die in die Haushaltsschule aufgenommenen jungen Mädchen unterrichten zu wollen, um „diese zu tüchtigen bürgerlichen Hausfrauen heranzubilden und zu erziehen“ und „ihnen eine richtige Auffassung des Lebens und ihrer Pflichten beizubringen“. Als Gegenleistung hatten sie freie Wohnung und Verpflegung, bekamen eine jährliches Taschengeld von anfangs 600 Mark steigend bis zu 1000 Mark nach zwanzig Jahren, sowie sechs bis acht Wochen Urlaub.

Alle diese Pflichten hat die Universität Bonn treulich erfüllt und in den Jahren 1904 – 1906 die heute noch stehenden Gebäude mit einem Aufwand von etwa 1,5 Millionen Mark erbaut. Das übrige Barvermögen wurde bestimmungsgemäß „durchaus selbstständig“ „und ohne jede staatliche Mitwirkung“ von einem Kuratorium verwaltet, bestehend aus dem Bonner Rektor, den Dekanen der fünf Fakultäten, dem Universitätsrichter und dem evangelischen Pfarrer von Honnef, und bevorzugt in Hypotheken oder sicheren Aktien angelegt, um aus den Einkünften die Stiftung „dauernd und für alle Zeiten“ zu unterhalten.

Während die Sache bei den Damen der höheren Stände wohl nicht so recht ankam, denn statt zwölf kamen niemals mehr als acht, wurde die Schule zunächst ein voller Erfolg als vornehmes Haushaltspensionat und bald auch „Öffentlich anerkannte Haushaltsschule“³⁾. Zwar ging durch die Inflation von 1919 bis 1923 große Teile des Vermögens verloren, die in Hypotheken angelegt waren, aber dennoch wurde die Schule in kleinerem Rahmen weitergeführt bis, dem gewandelten Zeitgeist folgend, auch

³⁾ 1906 berichtet der damalige Universitätsrichter, Geheimer Justizrat Riefenstahl: „Es ist eine wahre Freude, die Schülerinnen, deren Zahl jetzt bereits auf 23 gewachsen ist, an unseren großen Senkingschen Herden in ihren hellen Waschkleidern und mit den weißen Häubchen auf dem Kopfe sich geschäftig und arbeitsfreudig tummeln zu sehen.“; und er hofft, daß sie später als Hausfrauen garnicht mehr anders können als auch ihre eigene Wohnung „so reinlich und ordentlich zu halten, auf daß der von der Arbeit heimkehrende Mann, den Aufenthalt in dem eigenen Heim an der Seite der Frau dem so manches Familienglück zerstörenden Herumtreiben in rauchigen Wirtsstuben vorziehen wird.“

noch die Mädchen wegblieben. Als die Stiftsdamen nach und nach pensioniert und durch viel besser bezahlte Gewerbelehrerinnen mit hohen Pensionsansprüchen ersetzt werden mußten, was sich die Stiftung nicht leisten konnte, wurde der Schulbetrieb 1940 eingestellt. Man versuchte sich noch einige Zeit als Altersheim für Damen aus gebildeten Kreisen, besonders Bonner Professorenwitwen, über Wasser zu halten und dachte 1942 sogar an die Einrichtung eines Weinbauinstitutes, als die Wehrmacht das Haus zur Unterbringung von Flüchtlingen beschlagnahmte. Kurz vor Kriegsende wurden bei der Verteidigung gegen die Alliierten auch noch die Fassaden und Dächer durch Artilleriebeschuß so stark beschädigt, daß der Universitätsrichter Wildt am 11. November 1946 klagte: „So steht das Stift, das viele Jahre lang segensreich gewirkt hat, jetzt vor dem Ruin.“

Am 17. Juli 1947 hob die Universität das Hölterhoff-Testament von 1897 mit seinen nicht mehr zeitgemäßen Bestimmungen auf und nahm die Reste der Stiftung in ihre Verfügung, um sie für „besondere Aufgaben in Forschung und Lehre und der Fürsorge für Universitätsangehörige in und außer Dienst“ zu nutzen, wobei die Sorge um die restlichen Stiftsdamen auch weiterhin eine „vornehmliche Aufgabe“ blieb. Weil aber auch dies nicht die zum baulichen Unterhalt erforderlichen Mittel einbrachte, wurde die Satzung am 1. Januar 1966 wiederum geändert, um in gemeinnütziger Weise die Ausbildung ausländischer Studenten fördern zu können. Mit etwa 0,5 Millionen DM wurden die Zimmer für 33 alte Damen im früheren Schulgebäude zusammengelegt, während das architektonisch eindrucksvollere Hauptgebäude nun dem Akademischen Auslandsamt der Universität für Deutschkurse und zur Unterbringung von 14 ausländischen Studentinnen zur Verfügung stand. Aber auch diese Unternehmungen führten nicht zu einer ausreichenden Nutzung. Da überdies die Erträge aus der Vergabe von Erbbaurechten an den bisher unbebauten Teilen des Grundstückes inzwischen erschöpft waren, forderte der NRW-Finanzminister die Universität am 19. Dezember 1974 und wieder am 18. März 1975 dringend auf, das Stift aufzulösen und die Gebäude zu veräußern. Trotz großer Bemühungen konnte jedoch weder innerhalb der Landesverwaltung, noch auf dem freien Markt ein Nutzer, Mieter oder Käufer gefunden werden. Das unter Denkmalschutz stehende, zwar sehr stilvolle, aber nach modernen Gesichtspunkten unpraktisch eingerichtete und überdies sehr reparaturbedürftige herrschaftliche Haus im schönen großen Park mit seinen seltenen exotischen Bäumen am Fuße des Siebengebirges und einem herrlichem Ausblick auf den Drachenfels blieb der Universität Bonn somit erhalten.

Physiker werden in Honnef heimisch

Als ich an einem trüben Dezemberabend kurz vor Weihnachten 1974 zusammen mit Herrn Buckel eine Besichtigungsfahrt nach Bad Honnef machte, empfing uns dort der damals bei der Bonner Universität zuständige Abteilungsleiter Hans Jönen mit einer guten Flasche Wein vom Drachenfels auf zierlichem Tischchen im früheren „Musikzimmer“ und erzählte uns sehr charmant beim Dämmerlicht der Butzenscheiben von der Geschichte und gegenwärtigen Lage des Hauses. Offenbar trafen hier Angebot und Nachfrage in optimaler Weise zusammen: ein Haus ohne Zukunft und eine Zukunft ohne Haus. Es war aber auch ein bißchen wie Liebe auf den ersten Blick, der hinter der von Granateinschlägen verwundeten Fassade und in den von jungen

Mädchen, alten Damen, Flüchtlingen und Studentinnen abgewetzten Räumen doch noch etwas von den Idealen der Hölterhoffs spürte, die von der Universität in der schönen, aber unpraktischen Architektur des Hauses getreulich manifestiert worden waren.

Schon am 20. Januar 1975 einigten wir uns mit dem Kanzler der Universität, Herrn Wahlers, daß die Physiker ab sofort die Stiftsgebäude samt Bewirtschaftung für ihre Veranstaltungen unentgeltlich nutzen könnten, wenn nur die Tagungsteilnehmer die restlichen alten Damen, die noch bis 1984 im früheren Schulgebäude wohnten, nicht allzu sehr störten und bei der Abreise, wie in einem Hotel, die Rechnung für Vollpension mit 30 DM pro Tag und für den getrunkenen Wein bei der Heimleiterin, Frau Kahl, beglichen. So konnten sich die Physiker von jeder Verwaltung unbeschwert ganz ihrer Wissenschaft widmen, während die Universität mit ihren vielseitigen Möglichkeiten gern für das notwendige Drumherum sorgte. Sie hatte für ihre alte Erbschaft nun endlich wieder einen neuen Zweck gefunden, der vermutlich auch den Stiftern gefallen hätte, wenn sie heutzutage in dieser hochtechnisierten Welt leben würden mit den vielen Maschinen, sogar im Haushalt armer Mädchen und alleinstehender Damen. In diesem Sinne wurde die Satzung der Stiftung durch den Senat der Universität am 20. Juli 1976 so geändert, daß „die Stiftung Teile ihres Vermögens, insbesondere das Stiftsgebäude, öffentlichen und anerkannten wissenschaftlichen Institutionen zur Nutzung überlassen kann“.

Bevor mit der Universität weitere Vereinbarungen eingegangen wurden, probierten die Physiker die bevorstehende Ehe erst einmal aus. Als ersten Test brachte Herr Buckel das eine der beiden ersten Heraeus-Seminare im April 1975 nach Honnef. Die Experimentatoren der Arbeitsgruppe von Herrn Landwehr in Würzburg wollten sich einmal in Ruhe mit Theoretikern aus der Kölner Gruppe von Herrn Hajdu über „Magneto-Transporterscheinungen und verwandte Probleme“ aussprechen.

Eine zweite Veranstaltung dieser Art organisierte Herr Wohleben, Köln, im Juli 1975 mit Wissenschaftlern aus der ganzen Welt, um das damals ganz neue Phänomen der „Valenzfluktuationen“ zu diskutieren, worüber viele Leute mit großem Eifer forschten, ohne daß jemand so recht wußte, um was es dabei eigentlich ging.

Beide Veranstaltungen waren ein großer Erfolg und fanden begeisterte Resonanz bei allen Teilnehmern. obwohl oder vielleicht gerade weil damals die Verhältnisse im Hause noch sehr spartanisch und keineswegs so komfortabel waren wie heute. Die zwanglose Atmosphäre in dem stilvollen alten Haus mit seinen großen Zimmern und der gediegenen Betreuung brachte Kollegen, die sich bisher nur von Literaturzitatzen und großen Tagungen her kannten, auch persönlich einander näher, so daß man auch über sehr spekulative neue Ideen sprechen konnte, die noch keineswegs für die Öffentlichkeit bestimmt waren. Die „Honnefer Gespräche“ wurden durch diese intensive Wechselwirkung zwischen relativ wenigen, gleichgesinnten Kollegen eine wichtige und sehr beliebte Ergänzung zu den üblichen Tagungen mit ihren vielen Leuten und einer überwältigenden Informationsflut.

Durch die Anfangserfolge ermutigt, wollte Herr Buckel die junge „Dr. Wilhelm Heinrich Heraeus- und Else Heraeus-Stiftung“ und besonders auch das Ehepaar Heraeus persönlich etwas näher an die Hölterhoff-Stiftung heranbringen. Seine sorgfältigen Vorbereitungen wurden jedoch im März 1976 dadurch überholt, daß Herr Heraeus zusammen mit Herrn Riewe

ganz überraschend und auf eigene Faust nach Honnef fuhr. Das Haus fand er gut, aber die Organisation so „desolat“, daß er bewiefelte, ob und wie man im Herbst oder Winter dort überleben könne. Wie wir herausfanden, war er von der damaligen Heimleiterin empfangen worden, die mit der unterkühlten Effizienz der früheren Operationsschwester jahrelang mit Güte und Strenge über viele Mädchen, alte Damen und jetzt über Haus und Wirtschaft regierte. Sie plauderte gern und auch sehr anschaulich über die vielen gräßlichen Dinge, die sie während ihrer früheren Praxis im Operationssaal gesehen und gemeistert hatte, und jetzt waren „Altersleiden“ ihre Spezialität. Den jüngeren Physikern machte das nicht viel aus, aber Herrn Heraeus mit seinen 76 Jahren behagte es weniger. Aber diese kleine Panne war bald vergessen und die etwa zehn Heraeus-Seminare pro Jahr gehörten bald zu den interessantesten Veranstaltungen im Honnefer Programm. Das Ehepaar Heraeus kam dazu gern und fast regelmäßig nach Honnef und freute sich mit sichtlichem Behagen an der speziellen Honnefer Atmosphäre und den zwanglosen, aber sehr intensiven Diskussionen der Wissenschaftler, weil es dem Ideal ihrer Stiftung wohl sehr nahe kam.

In Würdigung dieser beiden ungewöhnlichen Persönlichkeiten und dessen, was sie für das Physikzentrum und die Physiker bewirkt haben, wurde am 17. Mai 1984, anlässlich des 30. Heraeus-Seminars, das „Musikzimmer“, wo damals die ersten Symposien stattgefunden hatten, nach ihnen benannt. Auch das 50. Jubiläum dieser Seminare im März 1989 wurde aus alter Verbundenheit selbstverständlich im Physikzentrum gefeiert mit der NRW-Wissenschaftsministerin Anke Brunn als Gast.

Zwischenzeitlich war auch die Modernisierung des Hauses von der Universität mit viel Geschick vorangebracht worden. So war 1980 aus dem naßdampfen alten „Bügelkeller“ der Mädchen unsere „Bürgerstube“ geworden, die sich als beliebter Gegenpol zur konzentrierten Arbeit in Hörsaal und Sitzungsräumen immer wieder auf neue bewährt.

Der „Verein mit dem langen Namen“

Nun konnten mit Zustimmung des DPG-Vorstandes vom 17. März 1975 Nägel mit Köpfen gemacht und die vom Wissenschaftsministerium als Rechtsträger empfohlene „Gesellschaft für Physikalische Forschung und Naturwissenschaftlich-technische Weiterbildung“ am 12. Juni 1976 feierlich und formgerecht in Bad Honnef gegründet werden. Zu der Feier kamen dreißig Gäste, sowie Vertreter der DPG, der GAMM, der GI und der Österreichischen Physikalischen Gesellschaft, außerdem die Stadtdirektoren von Honnef und Arnsberg (vgl. Phys. Bl. 32 (1976) 459).

Die satzungsgemäßen Ziele waren damals die gleichen wie heute. Der von den Mitgliedern gewählte Vorsitzende des Vorstandes war zunächst Herr Buckel und ab 1979 Herr von Medem, Schatzmeister war der DPG-Hauptgeschäftsführer Wolfgang Heinicke. Im Kuratorium wurde der Minister für Wissenschaft und Forschung durch den jeweiligen Leiter seiner Hochschulabteilung vertreten, zunächst durch Herrn von Medem und ab 1979 Herr Scheven. Außerdem gehörten dazu von der Universität Bonn der Rektor, als Kurator der Hölterhoff-Stiftung und der Kanzler, Herr Wahlers, sowie Herr Polke und ich von der DPG. Der zwölfköpfige Wissenschaftliche Beirat wurde von Herrn Mayer-Kuckuk geleitet. Daneben gab es natürlich auch noch die für jeden „eingetragenen Verein“ obligatorische Mitgliederversammlung.

Die Vereinsatzung und die mit der Universität abgeschlossene „Nutzungsvereinbarung“ gaben eine uns damals sehr zuverlässig erscheinende Grundlage für eine schwingvolle Aufbauphase. Die Physiker erfreuten sich an ihrem neuen Heim.

Auch Gäste aus der Industrie,

die sonst bevorzugt in Hotels mit vielen Sternen tagen, kamen gern, und ihre Firmen trugen mit vielen großzügigen Spenden zur inneren Ausgestaltung des Hauses bei. Besonders wichtig für den Tagungsbetrieb war das „Recycling“ des früheren Näh- und Turnsaales der Mädchen, der in Wohnungen für alten Damen umgebaut worden war, zu einem modernen Hörsaal für hundert Personen, wofür die VW-Stiftung 65 000 DM für Baukosten, 7500 DM für seine technische Ausrüstung und dann 1982 noch einmal 16 000 DM für neue Stühle bewilligte.

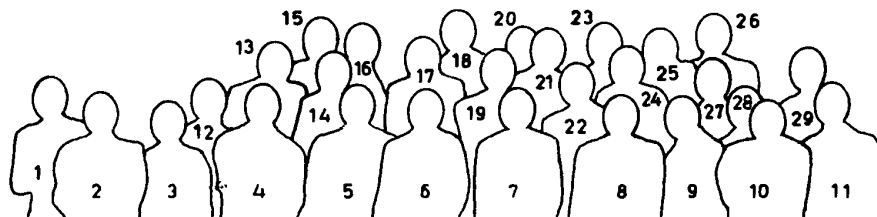
Der Charakter des Hauses bekam zusätzliche Akzente, als es durch ein attraktives Mietangebot von Seiten der Universität gelang, im August 1977 die DPG-Geschäftsstelle und die Redaktion der Physikalischen Blätter in das Physikzentrum zu bringen. Aus der „Wohnung für gehobene Stände“ wurde nun ein „Clubhouse for Physicists“. Die Geschäftsstelle übernahm nicht nur die Verwaltungsaufgaben für den Verein, sondern bringt auch mit ihren jederzeit freundlichen und hilfsbereiten Damen eine herzliche Note in das Haus.

Die Zahl der Tagungen stieg von sechs im Jahr 1976 in den beiden folgenden Jahren auf vierzig mit rund 1500 Gästen pro Jahr an. Viele dieser Veranstaltungen wurden von der Heraeus-Stiftung, der DFG, der VW-Stiftung, aber auch von BMFT, der NATO und dem DAAD gefördert. Das Physikzentrum wurde durch die Qualität seiner Veranstaltungen weltweit bekannt und geachtet als eine wissenschaftliche Einrichtung von bedeutendem Rang.

Bei jungen Physikern besonders beliebt sind die „DPG-Physikschulen“, auf denen zwei- bis dreimal jährlich etwa sechzig junge Physiker jeweils eine Woche lang ein aktuelles Thema aus der Forschung oder der industriellen Anwendung mit Exper-



Taufe am 17. Mai 1984: Das „Musikzimmer“ wird zu Ehren von Herrn Dr. Wilhelm Heraeus (links) in „Dr. Wilhelm Heraeus-Raum“ umbenannt. Siegfried Methfessel, der Vorsitzende des Kuratoriums des Physikzentrums (rechts), gratuliert herzlich, im Hintergrund Werner Buckel vom Vorstand der WEH-Stiftung.



12. Juni 1976: die hoffnungsfrohen Gründungsmitglieder des Trägervereins für das Physikzentrum („Gesellschaft für Physikalische Forschung und Naturwissenschaftlich-technische Weiterbildung“) vor dem Hauptportal des Hauses. (Zuordnung: 1 Mühl-schlegel, 2 Heinicke, 3 Kuhn, 4 Boie, 5 Methfessel, 6 Wahlers, 7 Litt, 8 Cornau, 9 Mayer-Kuckuk, 10 Egli, 11 Buckel, 12 v. Buttlar, 13 Ecker, 14 Lehmann, 15 Claus, 16 Franz, 17 Hockel, 18 Jones, 19 Queisser, 20 Hajdu, 21 Polke, 22 Diehl, 23 Bürger, 24 Schweitzer, 25 Riewe, 26 Greinacher, 27 Tekaas, 28 Heraeus, 29 Wohlleben)

ten tief-schürfend bearbeiten. Dann reicht meist die Kapazität des Hauses bei weitem nicht aus, um alle Interessenten aufzunehmen.

Der Charme des Hauses kommt besonders am „Tag der DPG“ zum tragen, den Herr Rollnik als DPG-Präsident 1980 erfand. Jedes Jahr im November treffen sich in Honnef die Funktionäre, Freunde und Förderer der DPG, nicht nur zu ihren planmäßigen Sitzungen, sondern auch um über ein aktuelles Thema in großer Runde temperamentvoll zu diskutieren. In langen Nächten werden die für jede gute Zusammenarbeit wichtigen persönlichen Kontakte in der „Bürgerstube“ bei gutem Essen und Trinken geknüpft und gepflegt.

Kreuzen im Gegenwind

Alles Erreichte wurde in Frage gestellt, als der Landesrechnungshof im Januar 1978 verfügte, daß Leistungen an die Stiftung durch die Universität, die seit 1906 als selbstverständlich galten, nun plötzlich „ein nach Art und Ausmaß schwerwiegender haushaltsrechtlicher Verstoß“ seien, der geächtigt werden müsse. Darum sollte der angeblich entstandene Schaden von rund 300 000 DM von der Stiftung umgehend an das Land zurückgezahlt oder durch Verkauf der Gebäude aufgebracht werden. Das Zentrum hätte trotz seiner Erfolge ab 1. Oktober 1978 geschlossen und alle schon vorbereiteten Tagungen hätten abgesagt werden müssen, wenn nicht der damalige Leiter der Hochschulabteilung beim NRW-Wissenschaftsminister, Herr

von Medem, uns ganz schnell und unbürokratisch mit einem Zuschuß aus dem Zentralfonds des Ministeriums zunächst einmal bis zum Jahresende weitergeholfen hätte.

Die zuständigen Ministerien einigten sich nach komplizierten Verhandlungen darauf, daß der Verein zusätzlich zu den Tagungseinnahmen eine Nutzungsentschädigung von etwa 300 000 DM pro Jahr an die Universität zahlen sollte, der dann aber ein Zuschuß zur „Förderung von Veranstaltungen in Forschung und Lehre“ vom MWF gegenübergestellt wurde. Es floß also immer noch der gleiche Geldstrom zwischen den gleichen Quellen und Senken, aber nun nicht mehr direkt, sondern nach höherer bürokratischer Weisheit und mit mehr Verwaltungsaufwand um einige Ecken.

Mit erleichtertem Blick in die Zukunft wurde beschlossen, das Physikzentrum mit einer offiziellen, wenn auch drei Jahre verspäteten Eröffnungsfeier einer breiteren Öffentlichkeit vorzustellen. Dazu kamen am 19. Oktober 1979 der neue Wissenschaftsminister von Nordrhein-Westfalen, Reimut Jochimsen, und viele Prominente aus Wissenschaft, Politik und Forschungsförderung. Nach dem eindrucksvollen Bericht von Herrn Buckel über die bisherigen Erfolge und einem Grußwort des Rektors sprach der Minister darüber, wie positiv ihn das Physikzentrum beeindruckte. Er betonte den Bedarf für „solche Stätten der Begegnung für Wissenschaft und Praxis“ besonders für die Physik, weil sie „ständig die Grenzen zu den Nachbarwissenschaften und zum Bereich der Politik überschreitet“ und auch „unmittelbar mit dem weltpolitischen Geschehen verflochten ist“. Er versprach, trotz seines sehr knappen Haushaltes immer

wieder Wege zu finden, um die für den Betrieb erforderlichen Mittel „im Einklang mit den strengen haushaltsrechtlichen Vorschriften“ bereitzustellen, wenn ihm auch „die Erhaltung der Bausubstanz dieses in Ehren gealterten Gebäudes noch Sorgen macht“. Nach dem Festvortrag von Herrn Schopper über „Neue Erkenntnisse über die Urelemente von Materie und Energie“, einem Rundgang durch das Haus unter Führung von Herrn Mayer-Kuckuk und einem zwanglosen Treffen mit interessanten Gesprächen am leckeren Büffet hatte das Haus wieder einmal viele neue Freunde gefunden.

Neue Schwierigkeiten kamen bald vom Düsseldorfer Finanzministerium. Sie schrieben dem Rektor im Oktober 1980, das Stift sei ein „historisierendes Bauwerk“, „das nach heutigen Maßstäben völlig unpraktisch konzipiert ist und sich in mäßigem Bauzustand befindet“, darum sei es „unausweichlich, die Stiftung aufzulösen und die Liegenschaften zu veräußern“.

Noch schlimmer kam es aber vier Jahre später, als das Finanzamt Bonn-Mitte entgegen den früheren Feststellungen nun plötzlich von der Hölterhoff-Stiftung 14% Umsatzsteuer von ihren Einnahmen aus den Veranstaltungen des Vereins verlangte, weil diese eher für ältere als für junge Leute gedacht seien. Der Staat wollte also einen Teil der Förderung, die er mit einer Hand großzügig gab, mit einer anderen Hand wieder zurückholen, aber der Rest hätte für den Betrieb des Physikzentrums nicht mehr gereicht.

Glücklicherweise hatte sich das Physikzentrum inzwischen so eindrucksvoll entwickelt hätte, daß sich nun auch Politiker davon überzeugen ließen, daß es unbedingt erhalten bleiben müsse. Dazu mußte es aber irgendwie mit Landesmitteln dauerhaft abgesichert werden, da sich ein solches Zentrum nach aller Erfahrung nicht allein aus den Beiträgen der Tagungsteilnehmern tragen kann. Dafür war aber die bisherige Vierer-Kombination Ministerium – Universität – Hölterhoff-Stiftung – Trägerverein, die sich in der Gründerzeit mit ihren Unsicherheiten und Risiken als sehr flexibel bewährt hatte, nicht mehr geeignet und schon aus steuerrechtlichen Gründen zu kompliziert und instabil.

Auf Empfehlung des Wissenschaftsministeriums fand am 9. August 1984 unter Leitung Herrn von Medem eine große Konferenz zwischen Wissenschaftsministerium, Universität und Verein über die Zukunft des Zentrums statt. Nach ausführlicher Diskussion vieler Möglichkeiten, wurde es als die beste und solideste Lösung angesehen, der DPG die Rechtsträgerschaft anzubieten. Dies sei auch ganz natürlich, da die DPG und ihre Geschäftsstelle inzwischen so mit dem Physikzentrum zusammengewachsen waren, daß es weltweit als eine Einrichtung der DPG und nicht des weitgehend unbekanntem Trägervereins galt.

Nachdem der damalige DPG-Präsident, Herr Treusch, am 9. Juli 1985 mit der Universität Bonn einen grundsätzlichen Vertrag zur Übernahme des Physikzentrums ab 1. Januar 1986 abgeschlossen und dem Verein zugesichert hatte, alle eingegangenen Verpflichtungen, besonders auch gegenüber der GAMM und der GI zu übernehmen, durfte sich der „Verein mit dem langen Namen“ nach zehnjährigem mühevollen, aber nicht sinnlosem Dasein im Dezember 1985 mit Zustimmung seiner Gremien und Mitglieder in aller Stille wieder auflösen.

Ziel endlich erreicht: das DPG-Physikzentrum Bad Honnef

Der neue Vertrag zwischen der Universität Bonn und der DPG ist sehr kurz. Die Aufgaben sind, wie am Anfang des Berichtes beschrieben, im wesentlichen die gleichen geblieben. Zur Wahrung der Kontinuität wurde das Kuratorium übernommen (mit Rektor und Kanzler der Universität, den Herren von Medem und Scheven als Vertreter des MWF, sowie Polke und mir als DPG-Vertreter) und der Wissenschaftliche Beirat mit alter Funktion und Zusammensetzung weiter unter dem bewährten Vorsitz von Herrn Mayer-Kuckuk. In einer Zusatzvereinbarung stellt die Universität auch weiterhin die Stelle für den „Wissenschaftlichen Sekretär“ (Herr Debrus) zur Verfügung. Sein unmittelbarer Vorgesetzter ist wieder ein Physikprofessor aus

Großer Hörsaal am 19. Oktober 1979: Auf der offiziellen Eröffnungsfeier des Physikzentrums Bad Honnef kann Herr Werner Buckel dem nordrhein-westfälischen Minister für Forschung und Wissenschaft über eine eindrucksvolle Entwicklung des Hauses berichten. In der ersten Reihe von rechts nach links: H. Schopper, Minister Jochimsen, der Bonner Rektor Krümmel, T. Mayer-Kuckuk, S. Methfessel. Zweite Reihe (v. r. n. l.): Dr. Litt vom Düsseldorfer Wissenschaftsministerium, Uni-Kanzler Wahlers aus Bonn, Freiherr von Medem und H. Rollnik.



Bonn als der „Wissenschaftliche Leiter“ des Zentrums. Alle anderen Dinge, besonders auch das Zusammenwirken mit den für die Bewirtschaftung des Hauses zuständigen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Hölterhoff-Stiftung, werden vom Kuratorium in einer Geschäftsordnung geregelt.

Mit Blick auf das alltägliche Geschehen im Physikzentrum mag sich mancher fragen: Was hat sich nun eigentlich geändert? Für die zukünftige Planung und sichere Entwicklung ist es aber sehr wichtig, daß der Betreiber des Hauses und Gesprächspartner für Universität und Ministerien nicht mehr der schmalbrüstige Verein (mit dem langen Namen) ist, sondern die Deutsche Physikalische Gesellschaft, eine der größten und renommiertesten wissenschaftlichen Gesellschaften in Europa.

Diesen Zuwachs an Prestige hat das Kuratorium unter dem Vorsitz Herrn von Medems energisch genutzt, um in mühsamen und langwierigen Verhandlungen mit und zwischen den beteiligten Ministerien zu erreichen, daß das Physikzentrum ab 1991 mit eigenem Titel im Haushalt des Landes Nordrhein-Westfalen zuverlässig festgeschrieben ist.

Ein weiteres großes Problem war noch die bauliche Erhaltung und Sanierung der Stiftungsgebäude. Nachdem die Stiftung in den Jahren 1981 bis 1986 für dringend notwendige Dachreparaturen einen Betrag von über zwei Millionen DM durch Verkauf einiger unbebauter Grundstücke aufgebracht hatte, war auch diese Quelle schon erschöpft, als dringende Reparaturen bei den sanitären Anlagen anfielen.

An den Verhandlungen zwischen den zuständigen Ministerien nahm der jetzige Vorsitzende unseres Kuratoriums, Herr Scheven, damals noch als Abteilungsleiter im Ministerium für Wissenschaft und Forschung teil (vgl. Phys. Bl. 49 (1993) 820). Er schrieb mir darüber vor kurzem: „Nachdem alle Beteiligten sich über die einmalige kulturhistorische Bedeutung von Gebäude und Grundstück einig waren, willigte der Finanzminister ein, daß das Land die Grunderneuerung des gesamten Gebäudes übernimmt. Das Land stellte in den Haushaltsjahren 1991 und 1992 rund eine Million DM zur Verfügung und stellte in Aussicht, im Rahmen der verfügbaren Mittel auch künftig Instandsetzungs- und Erneuerungsbedarf aus allgemeinen Zuschußmitteln zu finanzieren.“ Die Arbeiten wurden 1992/93 ohne wesentliche Störung des Tagungsbetriebes durchgeführt. Die gesamte Installation im Hause wurde neu verlegt, Gästeräume mit zeitgemäßen sanitären Anlagen ausgerüstet, alte Tür- und Fensterdurchbrüche wieder hergestellt. Befriedigt stellte Herr

Scheven in dem erwähnten Brief fest: „Das Gebäude hat heute innen und außen seine historische Gestalt weitgehend wieder erhalten, die vorhandenen Räume, einschließlich der Kellerräume, sind sämtlich für Lehr-, Tagungs- und Kommunikationszwecke genutzt, die Funktionalität des Gebäudes entspricht allen Erfordernissen einer modernen Studien- und Kommunikationsstätte.“

Inzwischen wurde auch die Nutzung des Zentrums noch intensiver. Seine Kapazität war 1993 mit 72 Veranstaltungen zu 91 % ausgelastet. Von denen kamen 85 % aus der Physik (darunter sind 13 WE-Heraeus-Seminare, fünf Veranstaltungen der DFG und sechs von internationalen Gesellschaften, drei DPG-Physikschulen und zwei DPG-Fortbildungskurse für Lehrer). Die im Hause in unterschiedlicher Größe vorhandenen gemütlichen, aber doch zweckmäßigen Sitzungsräume wurden von 23 verschiedenen Gremien für ihre Sitzungen genutzt. Als besonderes „Gütesiegel“ kann überdies gelten, daß die berühmte „Gesellschaft Deutscher Naturforscher und Ärzte“, eine der ältesten wissenschaftlichen Vereinigungen im deutschen Sprachraum, vor kurzem ihre Geschäftsstelle in das Physikzentrum verlegt hat.

Abschließend, da die „Story“ vom DPG-Physikzentrum und auch von Elly und Otto Hölterhoffs Stiftung doch noch ein „happy end“ gefunden hat, könnte man fragen: Warum denn nicht gleich so? Was hat denn da 25 Jahre gebraucht? Aber ein solches Unternehmen ist kein physikalisches Experiment, das nach deterministischen Gesetzen geplant und durchgeführt werden kann, sondern eher wie ein lebendiger Organismus, der seinen Weg durch eine chaotische Umgebung hindurchwühlen muß. Das erfordert nach den Regeln der Evolution nicht nur den Willen zum Überleben, sondern auch optimale Anpassung an die veränderlichen Bedingungen der Umwelt durch Mutationen, wobei schmerzliche Rückschläge oft sicherer zum richtigen Weg führen als schnelle und beglückende Erfolge.

Bildnachweis

S. 190: Fotokunstverlag F. G. Zeitz
S. 193, 196, 197, 200: DPG-Archiv
S. 194: WE Heraeus-Stiftung



Herr von Medem (rechts) berät mit Rektor Krümmel das Vorgehen bei den Ministerien zur Rettung des Physikzentrums

Die Dr. Wilhelm Heinrich Heraeus und Else Heraeus-Stiftung

Werner Buckel

Wenn Herr Ganzhorn und ich gelegentlich bei einem Glas Wein zusammensaßen, malten wir uns die Zukunft der DPG aus. Zwei Dinge waren es, die wir besonders wichtig fanden, von denen wir damals aber nur träumen konnten. Einmal war das ein festes Haus für wissenschaftliche Veranstaltungen ähnlich dem Zentrum für Mathematiker in Oberwolfach. Zum anderen wünschten wir uns eine Stiftung, die bereit war, die Aktivitäten der DPG finanziell zu fördern. Beide Wünsche sind in den letzten zwanzig Jahren Wirklichkeit geworden. Wie sie zur Zusammenarbeit mit der Dr. Wilhelm und Else Heraeus-Stiftung gekommen ist, soll hier beschrieben werden.



Prof. em. Dr. Dres. h. c. Werner Buckel war von 1960 – 1985 Direktor des Physikalischen Instituts der Universität Karlsruhe. Von 1971 – 1973 war er Präsident der Deutschen Physikalischen Gesellschaft, von 1986 – 1988 Präsident der Europäischen Physikalischen Gesellschaft.

Die enge Beziehung der Deutschen Physikalischen Gesellschaft zu der Dr. Wilhelm Heinrich Heraeus und Else Heraeus-Stiftung begann 1972. Auf Anregung von Herrn Dr. K.-H. Riewe, unserem Hauptgeschäftsführer, lud Herr Dr. Heraeus den Präsidenten der DPG zu einem Besuch nach Hanau ein, um zu besprechen, ob die von den Eheleuten Heraeus schon 1963 gegründete Stiftung zusammen mit der DPG auf eine neue Basis gestellt werden könnte.

Mit der damals bestehenden Stiftung unterstützten die Eheleute Heraeus bedürftige Kinder der Stadt Hanau, einen Kindergarten der Wallonisch-Niederländischen Gemeinde und den Regionalverband Hessen der Physikalischen Gesellschaft. Alle diese Aktivitäten wurden von den Finanzbehörden bezüglich der Gemeinnützigkeit sehr kritisch beurteilt. Es gab ständig Auseinandersetzungen. Deshalb wollte Herr Dr. Heraeus eine neue Basis für die Stiftung finden, bei der solche Probleme nicht mehr auftreten sollten. Da er selbst Physiker war, nahm er die Anregung von Herrn Dr. Riewe, ein Gespräch mit der DPG zu suchen, gerne auf. So erhielt ich als damaliger Präsident die Einladung nach Hanau.

Ich erinnere mich noch sehr gut, daß ich mit etwas gemischten Gefühlen zu diesem Gespräch fuhr. Natürlich begrüßte ich es, daß hier Privatleute etwas für die Physik tun wollten und dazu die Hilfe der DPG suchten. Andererseits hatte ich keine Ahnung, ob die DPG den Vorstellungen der Eheleute Heraeus gerecht werden könnte.

Dieses erste Gespräch zerstreute alle meine Zweifel. Ich lernte in den Eheleuten Heraeus zwei Menschen kennen, die den festen Wunsch hatten, die Grundlagenforschung in den Naturwissenschaften nach Kräften zu fördern. Herr Dr. Heraeus war Physiker. Nach einem erfüllten Leben als Unternehmer wollte er etwas für das Fach tun, dem seine besondere Liebe galt. Seine Gattin, Frau Else Heraeus, unterstützte ihn in diesem Wunsch aus vollem Herzen. Wir kamen überein, daß in dem dreiköpfi-

gen Vorstand der Stiftung ein Mitglied aufgenommen werden sollte, das durch die Deutsche Physikalische Gesellschaft zu benennen war. Ich fuhr damals von diesem ersten Gespräch sehr beglückt nachhause. Für die DPG war dies eine sehr günstige Entwicklung. Wir waren einem Wunschtraum, den Herr Kollege Ganzhorn und ich in abendlichen Gesprächen über die Zukunft der DPG mehrfach „geträumt“ hatten, einen guten Schritt nähergekommen.

Nach eingehenden Verhandlungen, auch mit der Finanzbehörde, konnte die Satzung der Dr. Wilhelm Heinrich Heraeus und Else Heraeus-Stiftung noch 1972 verabschiedet werden. Es heißt da: „Zweck der Stiftung ist die Grundlagenforschung auf dem Gebiet der Naturwissenschaften. Der Verfassungszweck wird insbesondere verwirklicht durch die Veranstaltung von Fachtagungen und Seminaren, die von der Stiftung ausgerichtet und abgehalten werden und die der Zusammenfassung von Forschungsergebnissen sowie deren Weiterentwicklung dienen sollen“. Damit waren die Ziele klar umrissen. Auf dieser Grundlage befaßte sich die Stiftung mit der Organisation und Finanzierung von Seminaren, besonders auf dem Gebiet der Physik und deren Grenzgebieten. Der Vorstand konstituierte sich. Ihm gehörten das Stifterehepaar und Prof. Dr. Werner Buckel von der DPG an.

Im Protokoll der Vorstandssitzung vom 12. Juli 1972 ist zu lesen: „Für das Vorgehen wird verabredet, daß die Fördermöglichkeiten durch die Stiftung von Zeit zu Zeit im Mitteilungsorgan der Deutschen Physikalischen Gesellschaft, den DPG-Nachrichten, ausgeschrieben werden. Dies soll erstmals im Februar 1973 geschehen. Dabei soll erwähnt werden, daß jährlich etwa DM 10 000,- zur Verfügung stehen“.

Nach einigen zaghafte Versuchen, einzelne Forschungsprojekte mit jeweils einigen tausend Mark zu fördern – auch dabei traten wieder Schwierigkeiten mit der Finanzbehörde auf – , beschloß der Vorstand, die verfügbaren Mittel ganz auf die Förderung der wissenschaftlichen Kommunikation in Form von wissenschaftlichen Seminaren zu verwenden. 1975 fand, damals noch in Mönchberg im Spessart, das erste WE-Heraeus-Seminar statt. Das astrophysikalische Thema lautete „Pulsarmagnetsphären“. Die wissenschaftliche Leitung hatte Prof. Dr. W. Kundt übernommen. Unter den 28 Teilnehmern waren 12 aus den Nachbarländern England und Frankreich. In den ersten Jah-

ren waren es jeweils zwei Veranstaltungen. Herr Dr. Riewe half uns dankenswerterweise bei der Organisation. Aber schon 1979 konnten vier WE-Heraeus-Seminare abgehalten werden. In den letzten Jahren ist diese Zahl auf 16 – 18 angewachsen. Fast alle Seminare fanden im Physikzentrum in Bad Honnef statt. Dieses Haus erwies sich als ausgezeichnete Tagungsstätte für derartige

Seminare, bei denen besonderer Wert auf die persönliche Diskussion unter den Teilnehmern gelegt wird. Wann immer er konnte, nahm Herr Dr. Heraeus an den Seminaren teil; nicht selten begleitete ihn seine Frau. Um den persönlichen Kontakt der Wissenschaftler zu fördern, lädt die Stiftung bei jedem Seminar an einem Abend zu einem geselligen Beisammensein ein. Herr Dr. Heraeus fühlte sich unter den Physikern sehr wohl. Dies konnte ich in den Vorstandssitzungen, in denen wir auch über die abgelaufenen Seminare diskutierten, immer mit Freude feststellen.

Die Vorstandssitzungen – wir hatten in der Regel zwei pro Jahr – waren außerordentlich angenehm. Organisatorische Fragen spielten keine große Rolle. Frau Schleizer, die langjährige Sekretärin von Herrn Dr. Heraeus, erledigte diese Arbeit in vorbildlicher Weise. Ihr gebührt für all ihre Mühe unser herzlicher Dank. Im Vorstand diskutierten wir hauptsächlich die Seminarthemen. Wir hatten unsere Seminare in den „Physikalischen Blättern“ ausgeschrieben und um Themenvorschläge gebeten. Die Resonanz war allerdings

gering. Es war damals noch nicht bekannt, welche Chance zum Gedanken- und Ideenaustausch unsere Seminare bieten konnten. So wurden die meisten Themen durch persönliche Gespräche gefunden. Herr Dr. W. Reichelt, der uns als Nachfolger von Herrn Dr. Riewe bei der Organisation der Seminare unterstützte und ständiger Gast bei den Vorstandssitzungen war, brachte viele Ideen ein. Auch ihm sei an dieser Stelle herzlich gedankt.

Sehr tatkräftig haben uns auch über viele Jahre bis heute die Herren Dr. Bischoff und Dr. Schäfer geholfen. Sie haben die Kontakte mit den wissenschaftlichen Leitern der Seminare gehalten und alle Vorbereitungen besprochen. Wir sind ihnen zu großem Dank verpflichtet. Nun, wo die Stiftung einen sehr viel größeren Rahmen ausfüllen muß, hat sich Herr Dr. Schäfer bereit erklärt, die Geschäfte der Stiftung hauptamtlich zu übernehmen. Auch Herr Dr. Bischoff ist bereit, uns weiterhin zu helfen.



Die Stifter Dr. Wilhelm Heinrich Heraeus und Frau Else Heraeus bei der Verleihung der Ehrenmitgliedschaft der Deutschen Physikalischen Gesellschaft an Herrn Dr. W. H. Heraeus im Mai 1984. (Foto: Heraeus-Stiftung)

Aber blenden wir noch einmal zurück in die Zeit, als die beiden Stifter noch bei uns waren. Ich erinnere mich sehr lebhaft und mit großer Freude an einige Vorstandssitzungen. Frau Else Heraeus nahm sehr engagiert Stellung zu den Vorschlägen, die da diskutiert wurden. Ihr Anliegen war es, daß wir auch Themen aufgreifen sollten, die einen engeren, möglichst direkten Bezug zu akuten Problemen der Menschen hatten. Ihr lag die Umwelt am Herzen. So sagte sie etwa: „Es ist ja ganz schön, was ihr da in eurer Physik diskutiert, aber laßt uns doch einmal versuchen, etwas für die Reinhaltung der Flüsse oder gegen das Waldsterben zu tun“. Diese Mahnungen blieben nicht ungehört. Die Liste der Seminare weist einige Themen auf, die dieser Intention entsprechen. So fand z. B. ein internationales Seminar über „Application of Chlorophyll Fluorescence“ unter der Leitung von Prof. Dr. H. Lichtenthaler statt.

1984 ehrte die Deutsche Physikalische Gesellschaft Herrn Dr. Heraeus durch die Verleihung der Ehrenmitgliedschaft. Im Physikzentrum wurde ein Sitzungsraum nach ihm benannt. Im Januar 1985 starb Herr Dr. Heraeus. In seinem Nachruf in den Physikalischen Blättern schreibt Herr Prof. Treusch, der damalige Präsident der DPG: „Wer erlebt hat, wie er sich freuen konnte, wenn ein Seminar zu lebhafter Diskussion führte, von den Teilnehmern als fruchtbar empfunden wurde, der verstand etwas von dem, was diesen Mann bewegte. Wilhelm Heraeus war nicht nur ein erfolgreicher, risikofreudiger Unternehmer – er ist darüber hinaus ein Mensch geblieben, dessen freundliche Ausstrahlung das Gespräch, den engagierten Gedankenaustausch leicht machte“.

Zu seinem Nachfolger im Vorstand der Stiftung hatte Herr Dr. Heraeus Herrn Prof. Dr. Dieter Röß von der Geschäftsleitung der Firma Heraeus berufen. Der neue Vorstand führte die Stiftung im Sinne von Herrn Dr. Heraeus nahtlos fort. Frau Else Heraeus fühlte sich dem Erbe ihres Mannes sehr verpflichtet. Wann immer sie konnte, half sie im Vorstand tatkräftig. Nur zwei Jahre nach dem Tod ihres Mannes starb Frau Else Heraeus. Ihr Nachfolger im Vorstand ist Herr Wilhelm Ernst Heraeus, ein Neffe von Herrn Dr. W. H. Heraeus.

Da seit 1988 erheblich mehr Mittel zur Verfügung standen, wurden neue Förderprogramme ins Leben gerufen. So erhält die DPG Fördermittel für – die Unterstützung von Nachwuchsphysikern/innen (auch im Rahmen der European Physical Society) zur Intensivierung des wissenschaftlichen Gedankenaustausches – die Abhaltung von Physikkursen („Sommerschulen“ für Phy-

sik) – die wissenschaftliche Kommunikation mit osteuropäischen Wissenschaftlern – die Durchführung von Ferienkursen für Physik in den neuen Bundesländern.

Weiterhin wurde ein Studienpreis (beschränkt auf hessische Hochschulen) ausgeschrieben, der allen Studierenden der Physik verliehen wird, die ihr Studium mindestens mit der Note „Gut“ innerhalb von zehn Semestern vollständig abgeschlossen haben.

Es wurden Mittel zur Finanzierung von Gastwissenschaftlern an den hessischen Hochschulen bereitgestellt. Dieses Programm läuft aus. Dafür erfolgte 1993 die Ausschreibung eines Forschungsstipendiums der WE-Heraeus-Stiftung zur Förderung der wissenschaftlichen Zusammenarbeit mit Physikern in Osteuropa. – In Einzelfällen wurde auch ein einmaliger Zuschuß gewährt, wie z. B. für das „Physik-Handbuch“ oder den Bezug der „europhysics letters“ durch Universitäten in den früheren Ostblockstaaten.

Um den gewachsenen Aufgaben gerecht zu werden hat die Stiftung einen wissenschaftlichen Beirat berufen. Ihm gehören z. Zt. die Professoren F. Hensel, Marburg; W. Martienssen, Frankfurt; F. P. Schäfer, Göttingen; A. Scharmann, Giessen; H. Walther, München und T. Mayer-Kuckuk, Bonn (Vizepräsident der DPG, ex officio) an. Der Vorstand der Stiftung ist den Kollegen außerordentlich dankbar dafür, daß sie bereit sind, neben all ihren Verpflichtungen auch der Stiftung tatkräftig zu helfen.

Der Vorstand empfindet es als seine vornehmste Pflicht, die Stiftung im Sinne der Stifter zum Nutzen der Wissenschaft fortzuführen. Eine wesentliche Aktivität wird das Seminar-Programm bleiben. Seit 1975 haben mehr als 6300 Wissenschaftler Gelegenheit gehabt, ihre neuesten Forschungsergebnisse mit Fachkollegen aus dem In- und Ausland zu diskutieren. Vom 2. – 4. Dezember 1992 fand im Physikzentrum in Bad Honnef das 100. WE-Heraeus-Seminar zu dem Thema „Mikrobieller Abbau von Umweltschadstoffen: Möglichkeiten und Grenzen in der praktischen Anwendung“ unter der wissenschaftlichen Leitung von Prof. Dr. H. J. Knackmuss, Stuttgart, statt.

Last but not least sei allen denen herzlich gedankt, die durch die Übernahme von Leitungsfunktionen in den Seminaren dieses Programm erst möglich gemacht haben. Die Stiftung will das Andenken an die Eheleute Heraeus dadurch ehren und wachhalten, daß sie auch in Zukunft nach besten Kräften der Wissenschaft dienen wird. Unsere moderne und hochorganisierte Gesellschaft braucht persönliches Engagement, braucht echtes Mäzenatentum!

Light at Work

PhotonicsViews.com

The international news platform for industry and research in

- Optics
- Photonics
- Laser Technology



Die Stellungnahmen und Empfehlungen der DPG – ein Spiegel ihrer bildungs- und wissenschaftspolitischen Aktivitäten

H. Rollnik

Mit den Worten, die Berliner Physikalische Gesellschaft war „ein Kreis aufstrebender Talente, der durch die entschlossene Selbsthilfe eines freiwilligen Zusammenschlusses, eine Stätte schuf, an der sich durch lebhaft, anregende Wechselbeziehung eine seltene Blüte geistigen Lebens entfaltet“, kennzeichnete der Mathematiker Felix Klein die Physikalische Gesellschaft zu Berlin [1]. In der Tat gilt dieser Bezug auf die Physiker selbst – nach § 3 der DPG-Satzung – auch heute noch. Er spiegelt sich auch in den Themen der Empfehlungen und Stellungnahmen wider, die die DPG abgegeben hat. Dennoch hat die Aufgabe, für die Physik und die Physiker zu wirken, die DPG immer wieder veranlaßt, Empfehlungen auch nach außen an die politisch-gesellschaftliche Umwelt zu richten.



Prof. Dr. Dr. h. c. Horst Rollnik hat seit 1964 einen Lehrstuhl für theoretische Physik an der Universität Bonn. Von 1979 – 1982 war er Präsident der DPG.

Ein Anfang im Jahre 1942

Ein historisch hervorragendes Beispiel dafür stellt die „Eingabe“ an den Reichsminister Rust dar, die Carl Ramsauer im Jahre 1942 als Vorsitzender der Deutschen Physikalischen Gesellschaft richtete. In einer mutigen, deutlichen Sprache legte er dem „Reichsminister für Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung“ die Befürchtungen für die Zukunft der deutschen Physik als Wissenschaft und „Machtfaktor“ dar [2]. Das Hauptanliegen war allerdings fast interner Natur, nämlich die Forderung, „die inneren Kämpfe der deutschen Physik beizulegen“, die in der Verdrängung eines der Hauptzweige der Physik, nämlich der modernen theoretischen Physik als Ausdruck des „jüdischen Geistes“ und in der Besetzung von physikalischen Lehrstühlen nicht nach den „bewährten Grundsätzen des Leistungsprinzips“ zum Ausdruck kam. Ramsauer erhoffte durch die Schärfe der Kritik persönlich gehört zu werden oder wenigstens eine „ablehnende grobe Antwort“ zu bekommen. Aber es geschah „nichts, nichts“ [3]. Nur im Hintergrund hörte er, daß „die Eingabe größtes Mißfallen erregt habe“. Dieses Schicksal haben Resolutionen unter gänzlich gewandelten politischen Verhältnissen auch heute nicht selten.

Der kurzen – zwei Seiten umfassenden – Eingabe waren sechs ausführliche Anlagen beigelegt, die empirisches Material über die „Überflügelung der deutschen durch die amerikanische Physik“ und umfangreiche Literatur über die „Schmähschriften“ der Vertreter der „Deutschen Physik“ enthielten. Schon hier wird der Stil der DPG-Stellungnahmen deutlich, die kurze prägnante Aussagen durch eine intensive Vorarbeit und Dokumentation begründen. Die Eingabe enthielt auch Vorschläge zur Abhilfe. Einer davon klingt sehr vertraut:

„Die Sachetats der physikalischen Lehrstühle sollten entsprechend den modernen Anforderungen wesentlich erhöht werden.“

Später legte Ramsauer auch „Vorschläge zur Gesundung des physikalischen Unterrichts an den Höheren Schulen“ vor. Mit ein wenig Extrapolation kann man schon in der Eingabe an Rust und den sie begleitenden Diskussionen die Themen der vielen Stellungnahmen der DPG erkennen, die dann folgten. Es sei angemerkt, daß die Eingabe doch ihre Wirkung hatte: „Der Berufungsmißbrauch und die antitheoretische Hetze hörten auf.“

45 Stellungnahmen und Resolutionen – seit 1955 – zählt der Jahresbericht 1993 der DPG auf, also eine Empfehlung pro Jahr. Gerade wenn man an etlichen von ihnen mitgewirkt hat und daher weiß, welche Mühe im einzelnen dafür aufgebracht werden muß, verblüfft diese Zahl im Rückblick schon. Sie wird nur dadurch verständlich, daß einige Themen sich oft unverändert durch die Jahre ziehen. Dies hat negative Aspekte, wenn darin deutlich wird, daß die gleichen Forderungen erfolglos viele Male wiederholt wurden. Es hat aber einen positiven Inhalt, wenn dadurch die Kontinuität und innere Stimmigkeiten unserer Vorstellungen – etwa zur Struktur des Physikstudiums – zum Ausdruck kommt. Die folgende Darstellung bemüht sich, eine „Durchsicht“ der Stellungnahmen der Deutschen Physikalischen Gesellschaft zu geben, indem sie ihre Sachlogik nachzuvollziehen versucht. Dabei wird auch der Übersichtlichkeit wegen nicht immer der historischen Entwicklung mit ihren vielfältigen Verflechtungen gefolgt.

Stellungnahmen der Physiker zur nuklearen Bewaffnung

Wenn auch die ersten bibliographisch identifizierbaren Empfehlungen das Dauerthema der Struktur des Physikstudiums betreffen, so steht im Mittelpunkt der öffentlichen Erklärungen unserer Gesellschaft in den fünfziger Jahren die

EntschlieÙung der deutschen Physiker zur Atomrüstung
auf der Mitgliederversammlung
des Verbandes Deutscher Physikalischer Gesellschaften e. V.
am 25. September 1955 in Wiesbaden

Der Kalte Krieg hatte seinen ersten Höhepunkt erreicht, und der Westen – in der Organisationsform der NATO – glaubte die Übermacht der Sowjetunion im Bereich der konventionellen Waffen nur durch die nukleare Bewaffnung kompensieren zu können. Als Entgegnung entstand unter den Intellektuellen in der westlichen Welt eine Bewegung, die die Gefahren der Atomrüstung und eines Atomkrieges in das öffentliche Bewußtsein zu rufen suchte. In diesem Zusammenhang konnten die Physiker nicht schweigen und benutzten die Physikertagung im Herbst 1955 in Wiesbaden zu einer EntschlieÙung [4], deren Wortlaut im Beitrag von W. Walcher auf Seite 120 wiedergegeben ist.

Natürlich war die politische Reaktion darauf nicht befriedigend. Im Gegenteil: Durch die von Bundeskanzler Adenauer zu Beginn des Jahres 1957 initiierte Debatte über eine mögliche atomare Bewaffnung der Bundeswehr wurden wir Deutschen unmittelbar betroffen. Die auf Seite 122 wiedergegebene Göttinger Erklärung der achtzehn Physiker erteilte einer Beteiligung von deutschen Physikern bei der Erprobung oder dem Einsatz von atomaren Waffen eine klare Absage. Im Herbst 1957 bekräftigte auch der Vorstand des Verbandes der Deutschen

Physikalischen Gesellschaft in Heidelberg die Wiesbadener Erklärung und ergänzte sie im Hinblick auf die aktuelle Diskussion durch den Satz:

„Der Verband wird nach Kräften ein Mitglied stützen, wenn ihm aus einer Handlung Nachteile entstehen, welche die Konsequenz einer Gewissensentscheidung im Sinne jener EntschlieÙung darstellt.“

Der Vorstandsrat wurde beauftragt, diese Stellungnahme weiter auszuarbeiten. Und auf der Physikertagung 1958 in Essen wandte sich die Mitgliederversammlung noch einmal mit zwei „Essener EntschlieÙungen“ an die Öffentlichkeit. In der ersten wird auf den Gewissensentscheid jedes einzelnen Physikers für eine eventuelle Mitwirkung bei der Entwicklung von nuklearen Waffen abgehoben und die eben zitierte Verpflichtung des Verbandes bekräftigt. Außerdem wurde ein ständiger Ausschuß eingesetzt, der die „Öffentlichkeit ebenso wie die Gesamtheit der Physiker über die Gefahren der nuklearen Waffen aufklären“ und „jedem Mitglied in Konfliktsituationen mit Rat und Tat zur Seite stehen“ sollte. In der zweiten EntschlieÙung appellierte der Verband im Namen seiner 3000 Mitglieder nochmals an die politisch Verantwortlichen „das atomare Wettrüsten einschließlich der Kernwaffenversuche endlich einzustellen“.

Glücklicherweise fand die Erklärung der Göttinger Achtzehn eine so gute Resonanz in der politischen Öffentlichkeit, daß das Thema „atomare Bewaffnung der Bundeswehr“ von der Tagesordnung verschwand. Den deutschen Physikern blieben Gewissensentscheidungen erspart.

Dreißig Jahre später – im März 1989 – gab es die letzte „Resolution der DPG zur Abrüstung, insbesondere zum Verbot aller Atomwaffentests“ [5]. Sie konnte feststellen, daß mit den in letzter Zeit erreichten Fortschritten bei der Abrüstung von Atomwaffen und der Vernichtung atomarer Mittelstreckenraketen die „von der DPG seit mehr als drei Jahrzehnten geäußerten Hoffnungen und Erwartungen auf einen Abbau der Atomwaffen erfüllbar sind“. Die Regierungen der Atommächte werden aufgefordert, den eingeschlagenen Weg konsequent weiter zu gehen.

Inzwischen hat die große politische Wende des Jahres 1989 die Diskussion um die Atomwaffen in eine völlig neue Perspektive gesetzt. Viele der alten Probleme sind gelöst, aber neue werden sichtbar.

Zur Struktur des Physikstudiums

Wie bereits erwähnt, bezogen sich die ersten Empfehlungen der DPG im Berichtszeitraum auf das Physikstudium. Schon bald nach der Konsolidierung des Verbandes Deutscher Physikalischer Gesellschaften wurde eine Diplomprüfungskommission gegründet. Das erste noch dokumentierbare Ergebnis ihrer Arbeit ist eine Empfehlung, die Diplomprüfungsordnung vom 7. August 1942 abzuändern. Nach dieser während des Krieges erlassenen Ordnung wurden Diplomprüfungen noch bis weit in die sechziger Jahre abgelegt. Die genannte Änderung wurde am 22. September 1953 in Innsbruck vom Vorstand beschlossen und bezog sich auf ein Detail, nämlich die Prüfungsgebiete für die mündliche Prüfung. So wenig formal bewußt war man damals, daß in der kurzen Notiz in den „Physikalischen Verhandlungen“ [6] nicht einmal explizit gesagt wurde, ob es sich

um das Vordiplom oder die (Haupt)Diplomprüfung handelte. Es wurde nur empfohlen:

„Die Prüfungsgebiete für die mündliche Prüfung sind

1. Experimentalphysik
2. Mathematik
3. Chemie
4. Mechanik oder Elektrizitätslehre

Der Inhalt des vierten Faches richtet sich nach den örtlichen Gegebenheiten.“

Im vierten Prüfungsbereich war 1953 offenbar die theoretische Physik versteckt. Ein Jahr später gab der Vorstand in einer ebenso kurzen Mitteilung die Empfehlung bekannt, daß es notwendig sei, „in der Mathematik einen Kurs von Fundamentalvorlesungen zu lesen, der in jedem Jahr begonnen werden kann und in vier Semestern abgeschlossen ist.“ Dieses Zitat macht deutlich, daß auch eine heute selbstverständliche Realität einmal erarbeitet worden ist.

Die nächste Stellungnahme zum Physikstudium, die der Chronist vermelden kann, folgte erst zehn Jahre später. Inzwischen war die „Deutsche Physikalische Gesellschaft“ gegründet worden, und die Entschließung der Mitgliederversammlung auf der Physikertagung 1965 in Frankfurt/Höchst war nicht nur ausführlicher, sondern enthält alle Elemente, die wir auch jetzt – im Jahre 1994 – für entscheidend halten. Daher sei diese Entschließung, die damals die Nummer „VII“ bekam, nebenstehend vollständig abgedruckt [7].

Es macht schon sehr nachdenklich, wenn man hier alle die Stichworte liest, die in den letzten zwei Jahren während der Auseinandersetzung mit staatlichen Forderungen verwendet wurden:

- Die Bemühungen zur Verkürzung des Physikstudiums zeigen deutliche Erfolge.
- Das Studienangebot soll so gestaltet werden, daß nach vier Semestern das Vordiplom und spätestens nach elf Semestern das Hauptdiplom abgelegt werden kann.
- Es soll die Möglichkeit geschaffen werden, die mündliche Prüfung vor Beginn der Diplomarbeit abzulegen.
- Der Wissensstoff soll so angeboten werden, daß er in acht Studiensemestern bewältigt werden kann.
- Die Zeit für die Diplomarbeit soll drei Semester nicht überschreiten.
- Bei Prüfungen, die ihr Vorexamen im Anschluß an das vierte Semester ablegen, „werden Lücken mit geringerem Gewicht gewertet als bei höheren Semestern“.

Die als letzte genannte Empfehlung heißt heute „Freischuß-Regelung“.

Es sei hinzugefügt: Die unter Punkt 1 der Entschließung VII enthält einen detaillierten Themenkatalog für das Mathematikstudium, die Empfehlung, daß ein straffes Chemiepraktikum von einem Semester speziell für Physikstudenten angeboten wird, den Hinweis, daß die physikalischen Praktika umgestaltet und die jüngeren Studenten besser betreut werden sollen.

Auf dieser gleichen Physikertagung 1965 wurde auch eine wichtige Empfehlung zum Studium von Physiklehrern gegeben [8]. In der Empfehlung VIII werden die Kultusministerien aufgefordert, für dieses Studium nach dem vierten Studiensemester eine „staatliche Zwischenprüfung“ einzurichten. Diese Prüfung habe sich in Bayern bereits bewährt und sei geeignet, „eine Beurteilung der eigenen Leistungen und der Entschlüsse über

Entschließung VII der DPG vom 6. Oktober 1965

Auf der Physikertagung 1963 in Hamburg hat der Vorstand der DPG beschlossen, folgende Vorschläge zur Verbesserung der Ausbildung der Physiker an den Hochschulen vorzulegen:

1. Die Mathematik soll als Kurs mit etwa 30 Wochenstunden (einschließlich Übungen) gelesen werden. Diese Vorlesung soll etwa enthalten:

Mengenlehre, Reihen, Differential- und Integralrechnung einer und mehrerer Variabler, gewöhnliche Differentialgleichungen, elementare Grundlagen der Funktionentheorie (Funktionen einer komplexen Veränderlichen), lineare Algebra, Analytische Geometrie, Grundlagen in Gruppentheorie, Matrizenrechnung, Determinantentheorie und Vektoralgebra, Vektoranalysis (mit Integralsätzen), praktische Mathematik, Statistik.

Dabei soll über die Grundlagen soviel gebracht werden, daß der Student ein Verständnis für die exakte Begründung der Mathematik erhält, der Hauptteil jedoch soll der Vermittlung des Wissens und Könnens dienen, das der Student für seine Disziplin benötigt. Hierüber soll eine eingehende Besprechung zwischen Vertretern der Mathematiker und der Physiker stattfinden.

2. In der Chemie wird je eine Vorlesung anorganische und organische Chemie und ein besonders für Physiker eingerichtetes einsemestriges Lehrpraktikum (an zwei Nachmittagen) für notwendig erachtet.

3. Zur Straffung der Ausbildung ist für eine genügende personelle und materielle Ausstattung der Hochschulen Sorge zu tragen. Die jüngeren Semester sollen besser betreut, die physikalischen Praktika sollen umgestaltet werden. Die Kursvorlesungen müssen in der notwendigen Frequenz gelesen werden. Es soll erreicht werden, daß die Diplomvorprüfung für Physiker nach dem 4. Semester abgelegt werden kann. Die Dauer der Diplomarbeit soll 2 bis 3 Semester betragen. Für die Studiendauer bis zur Hauptprüfung sollen 10 Semester angestrebt werden.

4. Im Sinne der Vorschläge in Ziffer 3 werden Studienpläne erforderlich, die vor allem jüngeren Semestern den Übergang zur Hochschule erleichtern. Diese sollten so gefaßt sein, daß die mit einigen Abstrichen (um Platz für pädagogische und naturwissenschaftlich-historische Vorlesungen zu schaffen) auch für Lehramtsstudierende geeignet sind. Um die späteren Mathematik- und Physiklehrer besser in die Lage zu setzen, interessierte Schüler auf den rechten Weg zu bringen und allen das heute für viele Entscheidungen so notwendige Verständnis für die Physik mitgeben zu können, ist der Ausbildung der Lehrer mehr Gewicht zu geben. Die Schulämter sollten im wesentlichen den gemeinsamen Ausbildungsweg von Diplomphysikern und Lehramtskandidaten anerkennen; insbesondere ist der gemeinsame Weg für Lehrer mit dem Schwerpunktfach Physik auch im Hinblick auf das Fach Mathematik anzustreben. Es sollte die Möglichkeit gegeben werden, daß das Diplom evtl. nach einer Ergänzungsprüfung in Pädagogik als Lehramtsprüfung anerkannt wird.

den weiteren Gang des Studiums zu ermöglichen". Heute existiert diese Zwischenprüfung in allen physikalischen Fachbereichen, wenn auch nicht immer als staatliche, sondern als Fakultätsprüfung.

Eigentlich hätte es keiner weiteren Empfehlungen zur Studienstruktur mehr bedurft, um den Stand des Jahres 1995 zu erreichen. Es waren verschiedenartige, meist hochschulpolitische Gründe, die die DPG veranlaßt haben, noch drei weitere Empfehlungen in den Jahren 1972, 1978 und 1994 zu erarbeiten.

Am 30. Juni 1972 legten Vorstand und Vorstandsrat der DPG „Empfehlungen zur Neustrukturierung des Physikstudiums" vor [9]. Dies geschah vor dem Hintergrund der im vorangegangenen Jahrzehnt erfolgten gewaltigen Expansion des Bildungswesens. Die Hochschulen waren nach Empfehlungen des Wissenschaftsrates großzügig ausgebaut worden, die Studentenzahlen waren außerordentlich angestiegen und hatten damit die von Georg Picht befürchtete „deutsche Bildungskatastrophe" abgewendet. Damit verbunden waren die Einführung von neuartigen Strukturen im Schul- und Hochschulbereich, die auf eine Vereinheitlichung durch Gesamtschulen und Gesamthochschulen und die Überführung von Ingenieurschulen in Fachhochschulen abzielten. Hinzu kamen die Auswirkungen der 68er Studentenrevolte. Darauf antwortete das Bildungssystem mit der Forderung nach „Neuem", insbesondere nach „neuen Studienstrukturen". Die mit der Ausarbeitung von Vorschlägen beauftragte DPG-Kommission [10] machte ihre Aufgabe an zwei Problembereichen fest: Es sollte ein neuer Studiengang konzipiert werden, der „stärker als bisher den Bedürfnissen des späteren Industriephysikers entgegenkommt", und es sollten die Folgerungen für die Ausbildung von Physiklehrern gezogen werden, die sich aus der Vereinheitlichung von Realschule und Unter- und Mittelstufe der Gymnasien in der Sekundarstufe I und die Umsetzung der Oberstufe in Sekundarstufe II ergaben.

Der Lösungsansatz der Empfehlungen von 1972 bestand in dem Vorschlag, von der Physik her fünf verschiedene Studiengänge anzubieten, die zu folgenden unterschiedlichen, aber auf einer gemeinsamen Grundlage aufbauenden Qualifikationen führen sollten:

„neben der des Diplomphysikers im herkömmlichen Sinne ein Abschluß als „Diplomingenieur Fachrichtung Physik", für den Lehramtsbereich den Sekundarstufenlehrer II, den Sekundarstufenlehrer I und den Primarstufenlehrer."

Die entsprechenden unterschiedlichen Studiengänge sollten in den ersten beiden Studienjahren durchlässig sein und erst danach spezialisiert werden. Realistisch wurde hinzugefügt, daß die Realisierung des Diplomingenieurs mit Fachrichtung Physik nur an solche Hochschulen erfolgen sollte, wo etwa durch die Existenz einer Fachhochschule am Ort die notwendigen Voraussetzungen vorhanden seien.

Diese Vorschläge wurden nur partiell und unter besonderen Umständen realisiert. So wurde ein mehr praxisbezogenes Physikstudium an den Gesamthochschulen des Landes Nordrhein-Westfalen als „Diplom I" eingeführt und hat nach langen Anfangsschwierigkeiten eine gewisse lokale Akzeptanz gefunden. Im Lehrerstudienbereich führten die unterschiedlichen politisch-ideologischen Bedingungen der verschiedenen Bundesländer zu schwer beschreibbaren, oft sehr pragmatischen Lösungen.

Die Forderungen nach Studienreform lebten aber weiter. Obwohl manche Physiker meinten, davon seien vor allem andere Fächer betroffen, konnten wir uns der Verantwortung einer Mitwirkung in der Studienreformatarbeit nicht entziehen. Dies führte natürlicherweise auch zu einer erneuten Reflexion über das eigene Fach. Hinzu kam eine wichtige Verbreiterung der Basis, auf der Empfehlungen beschlossen werden konnten. Bisher waren die Träger der Entscheidungen die Organe des „eingetragenen Vereins" DPG, wobei die Mitgliederversammlung jeweils verschieden und in einer nicht genau überschaubaren Weise zusammengesetzt war. 1975 wurde die Situation grundsätzlich anders durch die Gründung der „Konferenz der Fachbereiche Physik" (KFP), in der die physikalischen Fachbereiche aller Hochschulen der Bundesrepublik jeweils durch einen Repräsentanten vertreten sind. Diese KFP kann daher im Namen der Physik an den Hochschulen autorisiert sprechen. Sie ist rechtlich unabhängig von der DPG, arbeitet aber sachlich und personell gut mit ihr zusammen. Dies kam bei der Vorbereitung und dem Beschluß über

Empfehlungen zur Struktur des Physikstudiums an den Deutschen Hochschulen

zum Tragen, die im Mai 1978 von der KFP beschlossen wurden, nachdem der Vorstandsrat der DPG bereits im März 1978 zugestimmt hatte [11, 12]. Diese Empfehlungen wurden einstimmig von beiden Gremien beschlossen. Ihre Grundstimmung kommt in folgendem Zitat aus dem Vorwort zum Ausdruck:

„Bei der inhaltlichen Beurteilung der Empfehlungen sollte der kritische Leser bedenken, wie schwer es in der deutschen Hochschulwirklichkeit ist, einen solch breiten Konsensus zu erreichen. Er sollte ferner die Erfahrung berücksichtigen, daß viele Reformideen der jüngeren Vergangenheit nicht nur am Widerstand der Konservativen, sondern an der fehlenden praktischen Vernunft von Reformern gescheitert sind.

Die vorliegenden Empfehlungen zum Physikstudium enthalten nichts Revolutionäres, sie spiegeln jedoch Realität und enthalten realisierbare Vorschläge."

In der Tat knüpften diese Empfehlungen direkt an die von 1965 und 1972 an. Ihr entscheidender Satz ist das folgende Zitat eines Beschlusses der Plenarversammlung der KFP aus dem Jahre 1975, der in beiden folgenden Jahren bestätigt und nunmehr von DPG und KFP als Teil der Empfehlungen gemeinsam getragen wird:

„Die Vertreter des Fachbereichs Physik in der Bundesrepublik Deutschland erachten eine Regelstudienzeit von 10 Semestern für den Studiengang des Diplomphysikers für notwendig und hinreichend, um eine qualifizierte Ausbildung zu gewährleisten. Als wesentlicher Bestandteil muß diese Ausbildung eine mindestens zweisemestrig Diplomarbeit über ein Teilgebiet der Physik enthalten."

Weiter nehmen die Empfehlungen noch einmal zu der Einführung einer anwendungsorientierten Studienrichtung Stellung und erteilen den damals diskutierten Kurzstudiengängen für das Fach Physik eine klare Absage. Der anwendungsorientierte Stu-

diengang wurde über das erwähnte Diplom I hinaus nicht eingeführt. Die ausgesprochen gute Berufssituation für Physiker in den achtziger Jahren, in der jeder „traditionell“ ausgebildete Physiker einen Arbeitsplatz bekam, hat sehr konkret deutlich gemacht, daß das Physikstudium auch ohne explizit praktische Elemente eine sehr gute Grundlage für die Anforderungen der heutigen technologie-geprägten Zeit ist.

Die Konjunkturkrise zu Beginn des letzten Jahrzehnts unseres Jahrhunderts hat erneut eine neue Situation gebracht. Nicht nur die Berufsaussichten aller Naturwissenschaftler, sondern auch der Ingenieure und selbst der Informatiker wurden sehr schlecht. Indirekt wurden auch die öffentlichen Mittel für die Hochschulen noch knapper als vorher. In mühevollen Verhandlungen konnten die für das Bildungssystem verantwortlichen Politiker von den Finanzministerien zwar eine gewisse Erhöhung der Etatmittel erreichen, aber dies gelang nur durch das Versprechen von erhöhten Anstrengungen zur Verkürzung der Studienzeiten und zur Erhöhung der „Qualität der Lehre“. DPG und KFP wurden in dieser Situation erneut in die Pflicht genommen. Eine Kommission, die auch Industriephysiker pointiert zum Praxisbezug des Physikstudiums befragte, erarbeitete die Empfehlungen zum Physikstudium 1994. Zur gleichen Zeit war dies eine Gelegenheit, die durch die Vereinigung Deutschlands hinzugekommenen Physiker aus den neuen Bundesländern in die Beratungen mit einzubeziehen. Das Resultat ist nichts qualitativ Neues: Sowohl die Erfahrungen in der ehemaligen DDR als auch die Voten aus der Wirtschaft bestätigten die bisherigen Grundsätze der Physikerausbildung. Änderungen in den verbalen Formulierungen, die ein Entgegenkommen der staatlichen Seite gegenüber bedeuten, bestätigen ihre Richtigkeit.

DPG und KFP hatten daher in der Denkschrift zur „Struktur des Physikstudiums 1994“ die Gelegenheit, bewährte Grundsätze ausführlich darzulegen. Andererseits war dies auch der geeignete Ort, um deutlich darauf hinzuweisen, daß wichtige Ziele in der Lehrpraxis noch nicht erreicht wurden. Die physikalischen Fachbereiche bleiben aufgefordert, verstärkte Anstrengungen zu machen.

Zum Übergang von der Schule zur Hochschule

Der Übergang von höherer Schule zur Universität stellt eine der wichtigsten Schnittstellen des deutschen Bildungssystems dar. KFP und DPG haben dazu im Jahre 1978 am Beispiel der Physik einen Beitrag geleistet, der in mehrfacher Hinsicht einmalig ist: Er wurde in keinem anderen Fach geleistet und auch in der Physik seither nicht wiederholt. Dabei handelt es sich um einen Studien-Eingangstest, der zu Beginn des Wintersemesters 1978/79 an allen physikalischen Fachbereichen der (alten) Bundesrepublik gleichlautend durchgeführt und nach den gleichen Prinzipien ausgewertet wurde. Organisatorische Basis war die Konferenz der physikalischen Fachbereiche; vorbereitet wurde sie unter der Leitung von H. Rollnik durch Anastasia Reiners-Logothetidou und Friedrich Krause im Physikalischen Institut der Universität Bonn. Finanzielle Unterstützung gaben das Ministerium für Wissenschaft und Forschung des Landes Nordrhein-Westfalen und das Bundesministerium für Bildung und Wissenschaft. Der Erfolg beruhte aber entscheidend auf der Bereitschaft der vielen Professoren und wissenschaftlichen Mitarbeiter, die mühselige und arbeitsreiche Durchführung vor Ort zu übernehmen [13].

Es wurden zweimal 47 Fragen aus den für ein Physikstudium relevanten Bereichen gestellt, die sich sowohl auf physikalisches und mathematisches Grundwissen als auch auf Verstehen von naturwissenschaftlich-technischen Sachverhalten richtete. Als ein Beispiel sei die Frage nach einer „Größenordnung“ genannt: „Welche Stromstärke fließt in einem elektrischen Kochherd?“ Die Antworten waren wie von manchem erwartet verblüffend.

Der Test gab ein differenziertes Bild der Studienanfänger, wobei eine sehr stringente Korrelation zwischen den Ergebnissen des Tests und den Abiturnoten festgestellt wurde. Politisch brisant war dabei die Tatsache, daß die Absolventen der traditionellen Oberschulen signifikant besser als die der neuen Schulformen abschnitten. Inhaltlich wichtiger war und ist die Feststellung, daß „es unter den Studienanfängern eine zahlenmäßig nicht zu vernachlässigende Gruppe mit offenkundigen Defiziten in der Studienvorbereitung gibt“ [13]. Diese Schwierigkeiten können im Rahmen eines auf die Regelstudienzeit beschränkten Studiums nicht abgebaut werden. Daher wurde als eine Möglichkeit zur Abhilfe die Einführung von Vorkursen durch die Hochschulen vorgeschlagen. Realisiert wurde sie nur in Nordrhein-Westfalen, nachdem sich die dortige Studienreform-Kommission „Naturwissenschaften und Mathematik“ dafür eingesetzt hatte und organisatorische Hilfen eingeleitet hat, die bis heute bestehen [14]. Andererseits wurde die Empfehlung der Träger dieser Untersuchung, solche Tests regelmäßig etwa im Abstand von zwei Jahren durchzuführen, nicht realisiert.

Zum physikalischen Schulunterricht

Die Sorge um den physikalischen Unterricht in der Schule begleitete die Arbeit der Gremien der DPG seit Ramsauers Wirken Anfang der vierziger Jahre. Ein markantes Ereignis war dabei die Saarbrückener „Rahmenvereinbarung der Kultusminister zur Ordnung des Unterrichts auf der Oberstufe der Gymnasien“ von September 1960. Auf der kurz darauf stattgefundenen Physikertagung wurde eine Resolution einstimmig verabschiedet und der Konferenz der Kultusminister übersandt, die wieder paradigmatischen Inhalt hatte und daher (auf der folgenden Seite) in voller Länge wiedergegeben sei [15].

Ein Jahr später (1961) mußte festgestellt werden, daß diese Entschliebung keine Beachtung gefunden hatte.

Dennoch ließ sich die Physikalische Gesellschaft nicht entmutigen und forderte 1967, daß auch in der Unterstufe des Gymnasiums und nicht nur in der gleichen Altersstufe der anderen Schularten mit einem systematischen Physikunterricht begonnen werden müsse. 1967 wurde noch einmal versucht, zusammen mit der Gesellschaft Deutscher Chemiker (GDCh), der Deutschen Biologischen Gesellschaft und der Zoologischen Gesellschaft dem „Naturwissenschaftlichen Unterricht in den Oberstufen der Gymnasien“ einen neuen Schub zu geben.

„In den Oberstufen ist an allen Gymnasien, allen integrierten Gesamtschulen oder ähnlichen neuen Schultypen ein obligatorischer Unterricht in den drei Fächern Physik, Chemie und Biologie mit mindestens zwei Wochenstunden für jedes Fach und jede Klasse durchzuführen.“

Die Situation verbesserte sich nicht! – Andererseits mußten in

Resolution zur Saarbrücker Rahmenvereinbarung

Der Verband Deutscher Physikalischer Gesellschaften hat auf der diesjährigen Physikertagung in Wiesbaden am 19. Oktober 1960 nach eingehender Beratung in seinem zuständigen Fachausschuß zu der von der Kultusministerkonferenz am 29./30. September 1960 beschlossenen Rahmenvereinbarung Stellung genommen und in seiner Mitgliederversammlung die folgende Entschließung einstimmig gefaßt:

Der Verband begrüßt die Einführung der Physik als Kernfach in den mathematisch-naturwissenschaftlichen Gymnasien. Dagegen kann er nicht gutheißen, daß nach der Rahmenvereinbarung in den Oberklassen der sprachlichen Gymnasien der obligatorische Unterricht in den Naturwissenschaften wegfallen soll.

Zur Begründung wird folgendes ausgeführt:

1. Die geistesgeschichtliche Aufgabe unserer Zeit ist es, die Brücke zu schlagen zwischen dem geistigen Gehalt der mehr und mehr in das tägliche Leben des Einzelnen eingreifenden naturwissenschaftlichen und technischen Erkenntnisse einerseits und dem überlieferten klassischen Gehalt der europäischen Kultur andererseits. Daher ist die einseitige sprachliche Ausbildung in den Oberklassen ebenso abzulehnen, wie es eine einseitige naturwissenschaftliche Ausbildung wäre.

2. Beim Abschluß des Gymnasiums muß es jedem Abiturienten freistehen, jedes von den Hochschulen gebotene Studienfach zu wählen, ohne sich vor dem Studienbeginn auch noch in den mathematisch-naturwissenschaftlichen Fächern einer Nachausbildung unterziehen zu müssen. Diese Bedingung ist nicht mehr erfüllt, wenn die Mehrzahl der Abiturienten entsprechend dem Vorschlag der Rahmenvereinbarung keinen ausreichenden naturwissenschaftlichen Unterricht erhält. Die angeführten Gründe machen es unabdinglich, die Mathematik ebenso wie die Physik bis zum Ende des 13. Schuljahres durchzuführen.

der Mitte der siebziger Jahre Abwehrkämpfe gegen überzogene „einheitliche Prüfungsanforderungen in der Abiturprüfung Physik“ geführt werden, die 1976 zu einer Stellungnahme des Vorstands der DPG gegen die sog. Normenbücher führte. Verantwortbare Vorschläge über die Inhalte des Physikunterrichts wurden anschließend im Zusammenwirken von Physiklehrern und Hochschulphysikern von DPG, KFP und dem Deutschen Verein zur Förderung des mathematischen und des naturwissenschaftlichen Unterrichts (MNU) erarbeitet und als detaillierte „Empfehlungen zum Physikunterricht an den Schulen des Sekundarbereichs“ 1980 vorgelegt [16]. Die fehlenden Reaktionen gaben nach zwei Jahren den Anlaß zu dem dramatischen Aufruf:

Rettet die mathematisch-naturwissenschaftliche Bildung!

der Deutschen Mathematiker-Vereinigung, der DPG, der GDCh, der MNU und des Verbandes Deutscher Biologen [17]. Parallel dazu wurden 1967 [18] und wieder 1989 [19] Vorschläge zur Überwindung des Mangels an Physiklehrern durch Verwendung und Umschulung von Diplomphysikern vorgelegt.

Zum Studium der Physiklehrer

Die Ausbildung der Physiklehrer selbst war und ist selbstverständlich ein besonderes Anliegen auch der DPG. Ein natürlicher Ort für Stellungnahmen dazu waren die schon besprochenen Empfehlungen zum Physikstudium, die jeweils einen eigenen Abschnitt zur Lehrerausbildung enthalten. Allerdings stehen detaillierte Vorschläge zur Lehrerausbildung unter der besonderen Problematik der unterschiedlichen Schulrealitäten in den verschiedenen Bundesländern. Die DPG ließ sich dadurch nicht schrecken und legte 1977 zunächst eine Studie über den

Physiklehrer in der Bundesrepublik Deutschland

vor, die von Gernot Born und Manfred Euler ausgearbeitet worden war. Basis dafür war eine großangelegte Befragung von allen Physiklehrern, die die zweite Staatsprüfung für das Lehramt an Gymnasien (Höheres Lehramt, Sekundarstufe II o. ä.) abgelegt hatten. Von den etwa 9500 Lehrern beantworteten 3066 den ausführlichen Fragebogen.

Das Ergebnis [20] gab ein facettenreiches Bild von der beruflichen Situation der Lehrer und dem schulischen Umfeld; es stellte auch die Ausbildung der Lehrer mit ihren positiven und defizitären Seiten dar und gab Anregungen für die künftige Lehreraus- und -weiterbildung. Im ganzen konnten die Verfasser aus der Befragung ein recht positives Urteil der Lehrer über ihre Tätigkeit ablesen: Die große Mehrheit (80%) würde wieder Physiklehrer werden wollen. Von den übrigen Punkten der beistehenden Zusammenfassung sei auf den Wunsch nach Verstärkung des fach(!)-didaktischen Anteils im Studium, aber auch auf die Intensivierung der praktischen, nämlich experimentell-apparativen Ausbildung hingewiesen.

Die Aktivitäten der DPG im Lehrerbereich fanden einen vorläufigen Abschluß in gemeinsamen „Empfehlungen zur Lehrerausbildung in Mathematik und in den Naturwissenschaften“, die 1989 durch AFNM, DMV, DPG, GDCh, GDCh, GDCh, GDM, MNU und VDBiol veröffentlicht wurden [21].

Zur Situation der Physiker in der Bundesrepublik

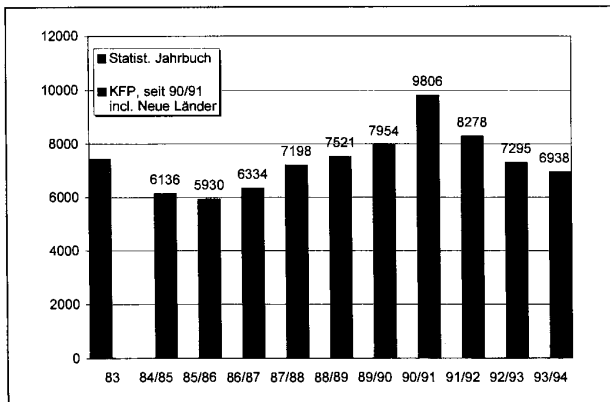
Die Befragung der Physiklehrer war Teil eines groß angelegten Programms, das der DPG-Vorstand 1971 unter der Leitung von Martin Polke in Angriff nahm, um die Situation des „Physikers in der Bundesrepublik“ zu dokumentieren. Das Motiv dafür war das Fehlen von auch nur halbwegs verlässlichen genauen Daten über die Physiker in Ausbildung und Beruf. Schon in den fünfziger Jahren hatte man versucht, wenigstens die Zahl der Industriephysiker festzustellen; aber erst 1968 konnte die DPG eine erste Studie und Berufsstatistik der Physiker veröffentlichen. Andererseits waren solche Informationen insbesondere für die Beratungen über die zukünftige Entwicklung des Bildungssystems wichtig. Daher widmete sich der DPG-Vorstand nach seiner Umstrukturierung in „Fachressorts“ wie die Vorstandsbereiche „Ausbildungsfragen“ und „Beruf und Stand“ dieser Aufgabe mit besonderem Nachdruck.

1971 wurden die Ergebnisse einer Umfrage in einer internen Publikation vorgelegt [22]. In der Rückschau machen sie vor allem die außerordentlich großen Schwierigkeiten deutlich, die einer Feststellung von repräsentativen Daten entgegenwirken. Die DPG versuchte es mit (a) einer Befragung ihrer Mitglieder,

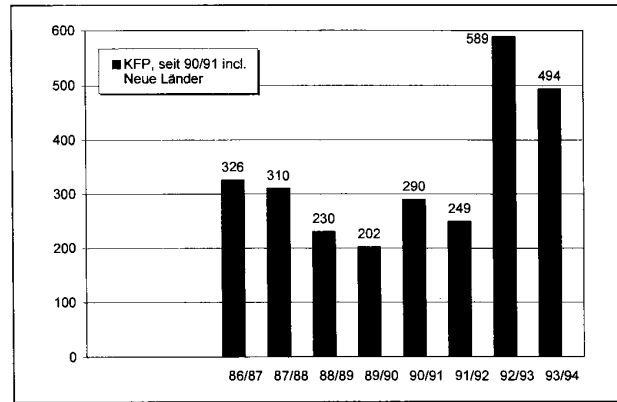
(b) mit Fragebogen an die Hochschulen und (c) mit Fragebogen an Unternehmen in der Industrie, des öffentlichen Dienstes und gemeinnütziger Unternehmen. Im Falle (a) waren die damaligen Mitglieder der DPG keineswegs repräsentativ für „die“ Physiker; insbesondere fehlten jüngere Mitglieder. Immerhin antworteten von den 5750 Mitgliedern mehr als die Hälfte, nämlich 3126. Bei (b) erhielt man die vollständigste Antwort; von den 32 Hochschulen verweigerte nur eine die Rücksendung der Fragebogen; allerdings waren sie zum Teil unvollständig ausgefüllt. Am wenigsten brauchbar war die Befragung (c): die Motivation der Firmen für eine Antwort war kaum vorhanden. Erst nach

einer Wiederholung der Befragung antworteten von 133 Angehörigen 89, wobei aber nur 27 Antworten widerspruchsfrei und vollständig waren.

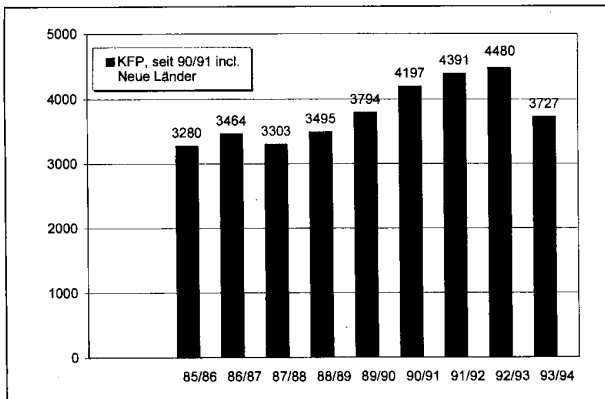
Heute kann man feststellen, daß die Befragung (b) eine Pionierarbeit darstellt, die bei den Hochschulen eine bleibende Wirkung erzielt hat. Allerdings war die Gründung der Konferenz der Physikalischen Fachbereiche notwendig, um aus der Datenerhebung bei den Hochschulen eine ständige Einrichtung zu machen. Zur Zeit wird in jedem Semester für sämtliche 56 Physik-Fachbereiche eine Palette von Informationen zusammengestellt (vgl. die hier wiedergegebenen Diagramme aus [23]).



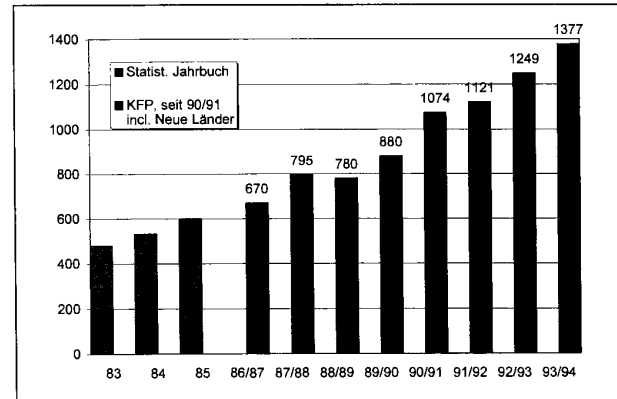
1. Studienanfänger



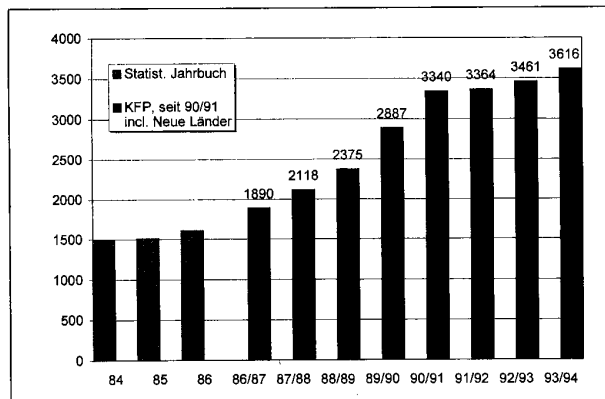
4. Lehramtsprüfungen



2. Vordiplomprüfungen



5. Promotionen



3. Diplomprüfungen

Im Diagramm 1 wird die Entwicklung der jährlichen Studienanfänger seit dem Jahre 1983 dargestellt. Man erkennt den deutlichen Anstieg seit dem Studienjahr 1984/85. (Der hohe Wert bei 1983 ist ein Artefakt, der durch das Zusammensetzen von verschiedenen Statistiken entstand). Das Maximum für 1990/91 wird wohl für längere Zeit die größte Anzahl von Physik-Studienanfängern bleiben, da der von da ab deutliche Abfall kaum zu stoppen ist. Als Konsequenz davon hatte die Zahl der Vordiplomprüfungen, die im Diagramm 2 wiedergegeben sind, in 1992/93 ein Maximum. – Diagramm 3 zeigt, wie sich die Diplomprüfungen pro Jahr von etwa 1500 in 1984 auf über 3500 in 1993/94 mehr als verdoppelt haben. Eine Abnahme wird folgen. – Diagramm 4 zeigt die Entwicklung der Lehramtsprüfungen pro Jahr. Die etwas chaotischen Veränderungen spiegeln die Unsicherheit der Berufsaussichten von Lehrern wider. – Diagramm 5 entnimmt man, wie sich die Zahl der jährlichen Promotionen, die bis 1983 über Jahrzehnte hinweg bei etwa 500 lag, seither auf fast das Dreifache erhöht hat. Sie ist heute vergleichbar mit der Zahl von jährlichen Promotionen in den USA. (Daten vom Stand 1. 7. 1994)

Die 1971 begonnene Frageaktion wurde 1974 in modifizierter Form wiederholt, wobei 5000 Physiker in der Industrie direkt angesprochen wurden (von damals insgesamt 8000 Industriephysikern); es antworteten 1350. Die dabei gewonnenen Ergebnisse, die 1977 veröffentlicht wurden [24], können nach ausdrücklichem Hinweis der Verfasser „eine Reihe von Denkanstößen für eine inhaltliche Studienreform liefern“. Explizit seien die allgemeinen Schlußfolgerungen zitiert, da sie einen repräsentativen Charakter tragen:

1. Die ausgeprägte Fähigkeit der Physiker zum schnellen Aneignen von neuen Kenntnissen im Beruf läßt eine zu starke Spezialisierung im Studium als nicht notwendig erscheinen.
2. Die Ingenieurwissenschaften und auch der nichttechnische Bereich sollten im Studium stärker berücksichtigt werden. (Es bietet sich die Vermittlung allgemeiner Grundlagen an, die Voraussetzung jedes interdisziplinären Arbeitens sind, wobei im Vordergrund hermeneutische Probleme und das allgemeine Problembewußtsein zu sehen sind).
3. Die mittlere Studienzzeit sollte auf 10 – 11 Semester reduziert werden.
4. Durch eine Modifizierung der Lehrmethoden sollten bestimmte Fähigkeiten des Physikers, wie z. B. Problemlösungsverhalten, Kommunikations- und Kooperationsfähigkeit, bereits im Studium ausgebildet werden.

Zur Struktur und Ausstattung der Physikalischen Fachbereiche

Die „Empfehlungen des Wissenschaftsrates zum Ausbau der Hochschulen bis 1970“ hatten zu einem starken Ausbau der Hochschulen geführt, an dem die Physik einen guten Anteil hatte. Mit Hinblick auf die Zukunft nach 1970 wurde die Frage nach der weiteren qualitativen und quantitativen Entwicklung der Fächer gestellt. Der Vorstand der DPG hat diese Fragestellung für die Physik aufgegriffen und versucht, im März 1971 durch „Empfehlungen und Untersuchungen zum Personal- und Etatbedarf des Fachs Physik an den Hochschulen“ eine erste Antwort zu geben [25].

Ausgangspunkt war die Überzeugung, daß die stark angestiegene Zahl der Studierenden neue Maßstäbe für die Ausstattung der Hochschulinstitute notwendig macht, um „das notwendige Gleichgewicht zwischen Lehre und Forschung zu erhalten“. Daher wurde ein neuartiges „quantitatives Modell physikalischer Fachbereiche“ entwickelt und daraus wurden Vorschläge für die personelle und finanzielle Ausstattung abgeleitet. Die konkreten Empfehlungen gingen von einem Fachbereich aus, der bei einer Zahl von 160 Studienanfängern pro Jahr nur 40 Studenten durch ein volles Diplomstudium führt, 60 Studenten zum Physiklehrer ausbildet und 60 Studenten eine zweijährige physikalische Grundausbildung vermittelt, die sie für ein technikorientiertes Weiterstudium in einem entsprechend ausgerichteten anderen Fachbereich befähigt.

Unter solchen Voraussetzungen müßte der Physik-Fachbereich 34 Professoren aller Stufen, 61 wissenschaftliche Mitarbeiter, eine größere Zahl von Tutoren und 70 technische Hilfskräfte umfassen. Sein jährlicher Sachmittelat müßte 1,5 Millionen DM betragen.

Es fällt sehr schwer, ein solches Modell von der heutigen Realität her zu beurteilen. Fast alle seine Voraussetzungen gelten nicht. Die kleinen Zahlen für den Diplomstudiengang müssen um etwa eine halbe Größenordnung nach oben korrigiert werden, die der Lehramtsstudenten um etwa den gleichen Faktor nach unten, um der in den vergangenen 25 Jahren eingetretenen Entwicklung gerecht zu werden. Dem stünden etwa 20 bis 25 Professoren mit einer deutlich kleineren Sachausstattung gegenüber.

Diese Fehleinschätzung beruht nicht etwa auf „falschen“ oder überzogenen Rechnungen. Sie hat ihren Grund in einer tieferliegenden strukturellen Veränderung. Diese wird deutlich, wenn man die drei Jahre später veröffentlichte Analyse der DPG zum „Angebot und Bedarf an Physikern in der Bundesrepublik Deutschland bis 1990“ heranzieht [26]. Deren Hauptgesichtspunkt war, daß aufgrund der Entwicklung der Geburtenrate mit einem breiten Maximum der Physik-Studienanfänger im Jahre 1985 von etwa 4800 zu rechnen sei und sich in seiner Folge eine große Absolventenzahl von etwa 3200 im Jahre 1990 ergeben werde. Demgegenüber benötige man zunächst nur 1100 Physiker jährlich, um den Bedarf von Physikern in allen Tätigkeitsfeldern zu decken. Ab dem Jahr 1982 wirken sich die fallenden Schüler- und Studentenzahlen aus, aber zunächst dadurch, daß die Schere zwischen Angebot und Bedarf sich noch weiter öffnet. Denn ab Mitte der achtziger Jahre würde der Bedarf sogar auf 600 fallen, ohne daß sich das Absolventenangebot schon verringert hat. Erst nach 1990 würden auch die Absolventenzahlen wieder abnehmen. Daher befürchtete die DPG eine Physikerarbeitslosigkeit. Im Fachbereichsmodell aus dem Jahre 1971 waren daher kleine Diplomstudentenzahlen vorgesehen.

Die tatsächliche Entwicklung nahm einen völlig anderen, in mehrfacher Hinsicht unerwarteten Verlauf:

- Die Studienanfänger und Diplomphysik-Absolventen stiegen viel rascher an. In den Jahren 1982 bis 1984 verdoppelten sich die Anfängerzahlen sogar an einer Reihe von Universitäten. Infolgedessen stieg die Zahl der Diplomexamina, die Jahrzehnte lang bei etwa 1200 pro Jahr lag, seit 1980 stetig an. Im Wintersemester 1990/91 wurde ein Maximum von Studienanfängern, nämlich 9806, erreicht, und die Zahl der Diplomabsolventen lag bei über 3300.
- Die Zahl der Lehramtsstudenten im Fach Physik sank auf eine verschwindend kleine Zahl. Denn die Kultusministerien sparten wegen der abnehmenden Schülerzahlen Stellen für Lehrer ein.
- Dennoch gab es keine Physiker-Arbeitslosigkeit. Vielmehr stellte sich in den 80er Jahren eine boomartig angestiegene Nachfrage nach Diplomphysikern in der Wirtschaft ein. Der Grund dafür lag in der Revolution der Informationstechnik. Physiker wurden nicht in erster Linie als Physiker gesucht, sondern als naturwissenschaftlich-technische Generalisten, die es während ihrer forschungsbezogenen Ausbildung gelernt hatten, auch mit allen Möglichkeiten der Informationstechnik umzugehen.

Damit hatten die Physiker wie viele andere mit ihren pessimistischen Prognosen von 1971 glücklicherweise Unrecht. Aber die konjunkturelle Entwicklung seit 1992 hat die Befürchtungen der DPG von damals in neuer und viel krasserer Weise wieder aktuell werden lassen.

Zu den Gefahren der Nutzung der fossilen Energien Kohle, Erdöl, Erdgas

Die Möglichkeiten einer ausreichenden Energieversorgung unserer Gesellschaft und die damit verbundenen Gefahren waren und sind ein ständiges Diskussionsthema auch in der DPG. Dieses Thema wurde zunächst mehr ad hoc vor allem auf den Physikertagungen immer wieder behandelt, wobei der Ausgangspunkt die Analyse der Risiken der Kernenergie war. Ende der siebziger Jahre wurde die Notwendigkeit deutlich, dafür eine ständige Organisationsform zu schaffen. Daher beschloß der Vorstand der DPG im Jahre 1979 den „Arbeitskreis Energie“ zu gründen. Mit dieser Namensgebung sollte von vornherein deutlich werden, daß der Arbeitskreis sich nicht auf eine spezielle Energieform beschränken sollte, sondern sich mit der gesamten Energieproblematik und allen ihren Aspekten befassen sollte. Gemäß dieser weitgefaßten Aufgabenstellung sollte der Arbeitskreis ein Diskussionsforum sein, dessen personelle Zusammensetzung locker definiert wurde. Seine Aufgabe sollte es aber auch sein, Stellungnahmen der DPG vorzubereiten, die durch ihren Vorstand oder ihren Vorstandsrat zu beschließen wären.

Es traf sich, daß im Gründungsjahr des Arbeitskreises auf der Weltklimakonferenz 1979 sehr nachdrücklich die Gefahren diskutiert wurden, die mit dem durch eine zwanzigjährige Meßreihe gesicherten Anstieg des CO₂-Gehalts der Erdatmosphäre zusammenhängen könnten. Auf Anregung des Arbeitskreises hielt Prof. Hermann Flohn auf der Physikertagung im März 1981 in Hamburg einen eindringlichen öffentlichen Abendvortrag zu diesem Thema [27]. Bei dieser Gelegenheit versuchte die DPG durch eine Pressekonferenz, die deutsche Öffentlichkeit auf die Bedeutung dieses Problems hinzuweisen. Die Resonanz war sehr dürrig, obwohl informierte Politiker längst davon wußten [28]. Der Arbeitskreis ließ sich aber nicht entmutigen; er verfolgte in seinen Arbeitssitzungen die Forschungsarbeiten zu diesem Problemkreis im Detail und legte nach längerer Vorbereitung im Jahre 1983 eine detaillierte „Stellungnahme zum Kohlendioxidproblem vor“ [29]. Sie stellte nicht nur die möglichen Folgen einer mit der Erhöhung der CO₂-Konzentration verbundenen globalen Temperaturerhöhung dar, sondern wies auch auf Möglichkeiten zur Minimierung der damit zu erwartenden Gefahren hin.

Bei Veröffentlichung der Stellungnahme versuchte der Arbeitskreis wieder durch ihre sachliche Informationen das Bewußtsein breiterer Kreise auf die CO₂-Bedrohung zu lenken. Wieder ließ das Interesse der veröffentlichten Meinung zu wünschen übrig. Erst mehr als zwei Jahre später war das Thema für die Publizistik reif. Ein „Aufruf“ des Arbeitskreises zum CO₂-Problem wurde von vielen Zeitungen, Zeitschriften und Rundfunk- und Fernsehanstalten aufgegriffen und auf einer Pressekonferenz im Januar 1986 vor vielen Journalisten erläutert [30]. Darin appellierte der Arbeitskreis

- an die Politiker, die Energieversorgung unter dem Aspekt einer drohenden Klimakatastrophe zu beraten und die nötigen Entscheidungen zu treffen;
- an Wirtschaft und Wissenschaft, die benötigten Verfahren und Anlagen für rationellere Energienutzung und umfangreichere Nutzung nichtfossiler Energieträger, vor allem von Kern- und Sonnenenergie, verfügbar zu machen;
- an jeden einzelnen Bürger, durch sein Verhalten zur spar-

samen Nutzung von Energie und Verminderung der Emission von Schadstoffen beizutragen.

Dieser Appell hatte einen wichtigen Effekt im Kreise der Wissenschaft selbst. Es kam zu intensiven Sachgesprächen zwischen Physikern und Meteorologen als deren Ergebnis die Deutsche Meteorologische Gesellschaft (DMG) und die DPG sich gemeinsam 1987 mit einer „Warnung vor drohenden weltweiten Klimaänderungen durch den Menschen“ an Politiker, Journalisten und Vertreter der Wirtschaft wandten, in der noch einmal in einer vorsichtigen, aber deutlichen Weise die Problematik beschrieben wurde [31]:

Die von den Spurengasen bewirkten Klimaänderungen kündigen sich nicht spektakulär an, sondern treten im Verlauf von Jahrzehnten ganz allmählich in Erscheinung. Sind sie aber erst einmal deutlich sichtbar geworden, so ist keine Eindämmung mehr möglich.

Die Klimaänderungen sind, abgesehen von einem Krieg mit Kernwaffen, eine der größten Gefahren für die Menschheit, eng verknüpft mit

- der übermäßigen Ressourcennutzung und Umweltbelastung, vor allem seitens der Industrienationen
- und der Bevölkerungsexplosion der weniger entwickelten Nationen.

Die Klimaänderungen können nur eingedämmt werden, wenn weltweit alle Nationen bald alle die vielfältigen, immer einschränkenden Maßnahmen ergreifen, die zu einer rechtzeitigen, ausreichenden Minderung der Emission aller Spurengase insgesamt unumgänglich sind.

Diese Vorarbeiten konnte der Arbeitskreis Energie in die Vorbereitung eines Manifestes einbringen, das anlässlich der Europäischen ökumenischen Versammlung in Basel im Mai 1989 von europäischen Naturwissenschaftlern veröffentlicht wurde. In diesem Baseler Manifest wurden „Konventionen zur Sicherung der natürlichen Lebensgrundlagen der Menschheit“ gefordert:

„In Übereinstimmung mit den Warnungen deutscher Meteorologen und Physiker sowie mit den Empfehlungen der Weltkonferenz „The Changing Atmosphere“ in Toronto 1988 treten wir dafür ein, daß der Verbrauch fossiler Energien innerhalb der nächsten 50 Jahre weltweit auf ein Drittel gesenkt werden muß...

Notwendig sind zwei europäische Konventionen:

1. Produktionsverbot für Fluor-Kohlen-Wasserstoffe
2. Begrenzung des Verbrauchs fossiler Brennstoffe

Wir schlagen vor:

- a) Der Energiebedarf ist durch effiziente Nutzung zu halbieren
- b) Die gesamte Primärenergie (einschließlich der Kernenergie und aller erneuerbaren Energiequellen) sollte pro Kopf und Jahr das Äquivalent von drei Tonnen Steinkohleneinheiten nicht übersteigen.“

Heute sind die Gefahren durch den Treibhauseffekt ins allgemeine Bewußtsein getreten und zur allgemein akzeptierten Grundlage für die öffentlich-politische Diskussion geworden. Die Schritte zur Realisierung der im Manifest geforderten Maßnahmen werden jedoch nur langsam, wenn überhaupt eingeleitet.

Zur naturwissenschaftlich-technischen Bedeutung der bemannten Raumfahrt

Im Unterschied zu anderen nationalen physikalischen Gesellschaften hat die DPG in der Regel keine Stellungnahmen zu fachspezifischen Programmen abgegeben. Dafür waren die Beratungsgremien der Deutschen Forschungsgemeinschaft, des Wissenschaftsrats, des BMFT, von DESY, der KFA und anderen überregionalen Forschungseinrichtungen tätig, in denen Mitglieder der DPG aktiv mitwirken. Daher müssen die Stellungnahmen zu Problemen der Raumfahrt und zur Rolle der Physik in der Zukunft besonders gewertet werden.

In bezug auf die Raumfahrt hat zunächst der Beratende Ausschuß der Industriephysiker in der DPG im März 1987 öffentlich Stellung genommen [33]. Schon die Tatsache, daß Industriephysiker sich zu dieser Stellungnahme veranlaßt sahen, muß als ungewöhnlich bemerkt werden. Ihre inhaltliche Begründung findet sie darin, daß es sich um ein

Memorandum zur Materialforschung in der bemannten Raumfahrt

handelte. Es wurde in einem kritischen Dialog zwischen Materialforschern, die im Weltall experimentieren, und ihren Kollegen, die unter normalen Umständen arbeiten, vorbereitet und enthält eigentlich selbstverständliche Empfehlungen. Die erste lautet:

„Die Materialforschung im Weltraum sollte den gleichen wissenschaftlichen, technologischen und wirtschaftlichen Begutachtungsverfahren unterworfen werden, wie andere Arbeiten, die aus öffentlichen Mitteln getragen werden.“

Es kennzeichnet die besondere Art der Diskussion und Entscheidungsverfahren über Projekte der bemannten Raumfahrt, daß eine solche Forderung überhaupt ausgesprochen werden muß. Ihre besondere finanzielle Relevanz ergibt sich daraus, daß vom Mittelbedarf her gesehen die bemannte Raumfahrt ein Großforschungsvorhaben darstellt, woran das Memorandum ausdrücklich erinnert.

Sein sachlich-inhaltlicher Schwerpunkt liegt in der Feststellung:

„Die gegenwärtigen und die für die Zukunft erwogenen Aufwendungen der Bundesrepublik Deutschland für die bemannte Raumfahrt lassen sich nämlich nach dem heutigen Stand der Kenntnis aus den Bedürfnissen oder aus den realistisch abschätzbaren Chancen der Materialforschung im Weltraum als Hauptanwendung weder ganz noch teilweise rechtfertigen.“

Diese Kritik veranlaßte die zuständigen Entscheidungsgremien die Auswahl von Experimenten für die D2-Mission auf eine breitere Basis zu stellen.

Die allgemeine Diskussion über den Sinn und die Begründung der bemannten Raumfahrt setzte sich fort. Auch die DPG nahm ihre Verantwortung wahr und bereitete in einem Fachkreis eine weit ausholende Empfehlung vor, die vom Vorstandsrat der DPG ausführlich beraten und einmütig beschlossen wurde. Im Dezember 1990 wurde sie als

Entschließung zur bemannten Raumfahrt

veröffentlicht [34]. Sie enthält im Kern die Aussage, daß die hohen Kosten bemannter Missionen im Weltraum nicht durch den Gewinn grundlegender physikalischer Erkenntnisse gerechtfertigt werden können und somit eine Kritik an der bemannten Raumfahrt, die von der großen Mehrheit der Naturwissenschaftler geteilt wird. Konkret

empfiehlt die Deutsche Physikalische Gesellschaft der Bundesregierung für den Fall, daß die Kosten für die ESA-Großprogramme Columbus und Hermes den vertraglich vereinbarten Rahmen überschreiten, den Ausstieg aus diesen Programmen, um für neue ... kostengünstigere Konzepte Raum zu schaffen.

Gerade eine solche explizite Empfehlung fand in hohen politischen Entscheidungskreisen eine negative Reaktion. Dennoch fand die Entschließung als ganze auch international in der wissenschaftlichen Welt und später auch in einer breiteren Öffentlichkeit weitgehend Zustimmung.

Zur Vereinigung der Physik und der Physiker nach der Wende

Die in der gesamten Geschichte der physikalischen Gesellschaften in Deutschland erfreulichste Erklärung konnte im Rahmen der Münchener Physikertagung des Jahres 1990 abgegeben werden. Ihr nebenstehend auszugsweise reproduzierter Text spricht für sich selbst.

Die Chronisten berichten: ... viele Anwesende hatten das Gefühl, einen historischen Moment mitzuerleben [35].

Der nüchterne Alltag folgte auch für die Physiker. An der notwendigen Neustrukturierung der Physik an den Hochschulen

Gemeinsame Erklärung der Deutschen Physikalischen Gesellschaft und der Physikalischen Gesellschaft der DDR

Die Vorstände der Deutschen Physikalischen Gesellschaft ... und der Physikalischen Gesellschaft der DDR haben entsprechend dem Willen ihrer Mitglieder vereinbart, beide Gesellschaften zusammenzuführen. ...

Die gemeinsame Deutsche Physikalische Gesellschaft knüpft an die Tradition der 1845 in Berlin gegründeten Physikalischen Gesellschaft an und zählt 20 000 Mitglieder. Ihr Ziel ist die Förderung der Physik im weitesten Sinne. ...

Insbesondere verpflichtet sie ihre Mitglieder, für Freiheit, Wahrhaftigkeit und Würde in der Wissenschaft einzutreten und sich dessen bewußt zu sein, daß die in der Wissenschaft Tätigen für die Gestaltung des gesamten menschlichen Lebens in besonders hohem Maße verantwortlich sind.

München, den 14. März 1990

(Der vollständige Text findet sich im Beitrag von D. Hoffmann, S.181)

der neuen Bundesländer haben viele Mitglieder der DPG aktiv mitgewirkt. Als Gesellschaft hat die DPG im Juli 1991 eine

**Stellungnahme zu Strukturfragen im Fach Physik
an den Universitäten und Wissenschaftlichen Hochschulen der
neuen Bundesländer**

beschlossen, deren wichtigste Forderungen in der folgenden Zusammenfassung enthalten sind [36]:

- Die Fakultäten und Fachbereiche Physik an den Universitäten und Wissenschaftlichen Hochschulen der neuen Bundesländer bedürfen einer Neugestaltung.
- Das Forschungsspektrum in den neuen Bundesländern muß verbreitert werden, so daß alle Gebiete der Physik einen ihrer jeweiligen Bedeutung angemessenen Platz finden ...
- Die personelle Neugestaltung, bei der für jede Professur ein Berufungsverfahren durchgeführt werden muß, erfordert die Einsetzung unabhängiger und überregionaler Struktur und Personalkommissionen, die sich vornehmlich aus Wissenschaftlern zusammensetzt, die nicht der betreffenden Fakultät bzw. Fachbereich angehören, und die etwa zur Hälfte aus den alten Bundesländern stammen.
- Die Neustrukturierung fand statt. Gemäß der föderalen Zuständigkeiten für das Bildungswesen gab es Unterschiede in der konkreten Durchführung, aber die geforderten Prinzipien wurden befolgt [37].

„Die Zukunft braucht Physik“

Die Wende des Jahres 1989 beendete die ideologische Spaltung der Welt und brachte auch das Ende des Kalten Krieges. Damit wurde aber auch die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit und der Politik auf die handfesten Probleme der heutigen Gesellschaft gelenkt. Die Wissenschaftler in aller Welt mußten es schmerzhaft erfahren, daß die Förderung der Forschung von vielen nicht zu diesem Problemkreis gerechnet wird. Daher fühlten sich Vorstand und Vorstandsrat der DPG verpflichtet, in einer ausführlichen Denkschrift [38] mit dem Titel „Die Zukunft braucht Physik – Bedeutung und Perspektiven physikalischer Forschung“ an die Öffentlichkeit und die Forschungs- und Bildungspolitik in Bund und Ländern zu appellieren. Ihr Kernsatz lautet:

Die physikalische Forschung ist eine Grundlage von Kultur und Technik und muß in ihrer ganzen Breite gefördert werden.

Literatur und Anmerkungen

- [1] Felix Klein, Entwicklung der Mathematik im 19. Jahrhundert, Band 1, S. 222 – 223, Springer-Verlag
- [2] Diese Erklärung wurde kurz nach dem Zweiten Weltkrieg im Band 3 der Physikalischen Blätter abgedruckt: Phys. Bl. 3 (1947) 43
- [3] Vgl. die Erinnerungen von C. Ramsauer: Zur Geschichte der Deutschen Physikalischen Gesellschaft in der Hitlerzeit. Phys. Bl. 3 (1947) 110
- [4] Phys. Bl. 11 (1955) 441
- [5] Phys. Bl. 45 (1989) 115
- [6] Phys. Verh. 4 (1953) 151
- [7] Phys. Verh. 1965 S. 246
- [8] Phys. Verh. 1965 S. 280
- [9] Phys. Bl. 28 (1972) 464 u. 503
- [10] Die Mitglieder der Kommission waren Prof. P. Fulde, München (Vorsitz) Dr. E. Golling, Siemens, Erlangen, Dr. H. Harms, FH Wedel, Prof. W. Martienssen, U Frankfurt/Main, Dr. M. Polke, Bayer AG Leverkusen, Prof. S. von Aufschnaiter, U Bremen
- [11] Phys. Bl. 44 (1978) 339
- [12] Die Mitglieder der DPG-KFP-Kommission waren Bopp, München, Brandt, Siegen, Buckel, Karlsruhe, Dahmen, Siegen, Diehl, Bremen, Drechsel, Mainz, Eisenmenger, Stuttgart, Gey, Braunschweig, Giese, Bonn, Golling, München (Siemens), Haensel, Kiel, Hilf, Darmstadt, Hoffmann, Stuttgart, Kuhn, Gießen, Müser, Frankfurt, Osberghaus, Freiburg, Polke, Leverkusen (Bayer), Rollnik, Bonn (Vorsitz), Scherz, Berlin, Schubert, Mainz, Schuster, Saarbrücken, Weidlich, Stuttgart, Witte, Hamburg
- [13] Phys. Bl. 35 (1979) 495; Phys. Bl. 37 (1981) 295
- [14] Studienreformkommission Naturwissenschaften und Mathematik des Landes Nordrhein-Westfalen
- [15] Phys. Verh. Verbandsausgabe 1960 S. 137
- [16] Phys. Bl. 36 (1980) 273
- [17] Phys. Bl. 38 (1982) 25
- [18] Phys. Verh. 1967 S. 194
- [19] Phys. Bl. 45 (1989) 125
- [20] Phys. Bl. 33 (1977) 408 u. 507
- [21] MNU 42 (1989) Beihefter
- [22] Der Physiker in der BRD, eine Umfrage der DPG 1971; auszugsweise publiziert in Phys. Bl. 29 (1973) 328; s. auch 30 (1974) 374
- [23] Phys. Bl. 50 (1994) 860
- [24] Phys. Bl. 33 (1977) 213
- [25] Empfehlungen und Untersuchungen zum Personal- und Etatbedarf des Faches Physik an den Hochschulen. DPG März 1971; DPG-Nachrichten 1971, S.19
- [26] Zum Angebot und Bedarf an Physikern in der Bundesrepublik Deutschland bis 1990; Phys. Bl. 30 (1974) 419
- [27] H. Flohn, Klimaänderung als Folge der CO₂-Zunahme? Phys. Bl. 37 (1981) 184 – 190
- [28] Dies kann man z. B. in der Rede von Bundeskanzler Helmut Schmidt auf der Physikertagung 1979 in Ulm entnehmen, vgl. Phys. Bl. 35 (1979) 544
- [29] Phys. Bl. 39 (1983) 320
- [30] Phys. Bl. 42 (1986) 44
- [31] Phys. Bl. 43 (1987) 347
- [32] Phys. Bl. 45 (1989) 340
- [33] Phys. Bl. 43 (1987) 375
- [34] Phys. Bl. 47 (1991) 56
- [35] Der vollständige Text der Gemeinsamen Erklärung und der Bericht über die Münchener Tagung sind publiziert in: Phys. Bl. 46 (1990) 107
- [36] Phys. Bl. 47 (1991) 760
- [37] Als Beispiel sei auf den Bericht über die Arbeit der Strukturkommissionen im Land Mecklenburg-Vorpommern hingewiesen: Phys. Bl. 49 (1993) 127
- [38] Phys. Bl. 50 (1994) 537

Authoritative reference on the new SI!

The New International System of Units (SI)

Quantum Metrology and Quantum Standards

Ernst O. Göbel, Uwe Siegner



FROM THE CONTENTS:

- Measurement
- The SI (Système International d'Unités)
- Realization of the SI Second: Thermal Beam Cs Clock, Laser Cooling, and the Cs Fountain Clock
- Flux Quanta, Josephson Effect, and the SI Volt
- Quantum Hall Effect, the SI Ohm, and the SI Farad
- Single-Charge Transfer Devices and the SI Ampere
- The SI Kilogram, the Mole, and the Planck Constant
- The SI Kelvin and the Boltzmann Constant
- Beyond the Present SI: Optical Clocks and Quantum Radiometry
- Outlook

A one-stop reference on the applications of quantum-physical concepts to metrology

Covering the latest information on the new, officially approved and implemented SI

www.wiley.com

WILEY-VCH WILEY

Aus der Nähe gesehen – Gespräche über die DPG in den vergangenen dreißig Jahren

zusammengestellt
von
Ingo Peschel

Als die Deutsche Physikalische Gesellschaft im Jahre 1963 wiedergegründet wurde, hatte sie etwa 3500 Mitglieder, und deren Zahl stieg bis zum Ende des Jahrzehnts noch auf rund 6000 an. Das war etwa die Hälfte der Physiker, die es damals in der Bundesrepublik gab. So gesehen war es keine kleine Gesellschaft, und auch die damaligen Haupttagungen im Herbst hatten zum Teil heutige Ausmaße. In der Arbeitsweise und in der Atmosphäre blieb die Gesellschaft jedoch im traditionellen Rahmen und die Unruhe der späten sechziger Jahre beeinflusste sie nur wenig. Die Veränderungen im wissenschaftlichen Umfeld blieben auf die Dauer aber nicht ohne Auswirkungen.

Die Modernisierung begann Anfang der siebziger Jahre in der Präsidentschaft von Karl Ganzhorn, der seine organisatori-

schen Fähigkeiten und seine Industrienerfahrung einbrachte und die Grundlagen für die Entwicklung in den nächsten Jahren legte. In diesem Jahrzehnt wurde eine ganze Reihe neuer Aktivitäten gestartet, von Studien über Sommerschulen bis hin zu dem Projekt eines Physikzentrums. Die Mitgliederzahl blieb jedoch im wesentlichen konstant und die Haupttagungen verloren sogar an Zuspruch. Eine zweite Reform folgte zehn Jahre später, als mit Horst Rollnik ein Hochschulphysiker Präsident war. Auf ihn gehen die Umgestaltung des Vorstandsrates und die Änderung des Tagungsschemas zurück. Zugleich wurden damals neue Gremien und Veranstaltungen ins Leben gerufen. An der so entstandenen Struktur hat sich später nur noch wenig geändert. Dafür setzte in den achtziger Jahren – parallel zu der Entwicklung der Studienabschlüsse – ein starkes Wachstum ein. Daran hatten die Physikalischen Blätter, die sich in dieser Zeit zu einer modernen Zeitschrift entwickelten, einen großen Anteil. Die DPG wurde zu einer ausgesprochen jungen Gesellschaft, und die Heraeus-Stiftung unterstützte dies mit ihrer Förderung zusätzlich. Durch die Wende im Jahre 1989 begann dann – wiederum nach zehn Jahren – nochmals ein neuer Abschnitt. Die sich bietenden Möglichkeiten der Annäherung wurden sowohl von der DPG als auch von der Physikalischen Gesellschaft der DDR schnell genutzt, und der Prozeß der Wiedervereinigung im physikalischen Bereich lief ausgesprochen harmonisch ab. Er brachte der erweiterten Gesellschaft mit dem Magnus-Haus auch ein zweites Zentrum im Herzen von Berlin. Mit rund 28000 Mitgliedern und als die weitaus größte ihrer Art in Europa geht sie in das Jubiläumsjahr, wenn auch nicht ganz ohne Sorgen, was die gegenwärtigen Berufsaussichten ihrer jungen Mitglieder betrifft.

Die hier kurz skizzierte Periode liegt zeitlich noch sehr nahe und ist in vielen Erinnerungen gegenwärtig. Ich habe deswegen Gespräche mit denjenigen geführt, die in dieser Zeit besonders intensiv mit der DPG verbunden waren, nämlich ihren Präsidenten. Im folgenden sind Ausschnitte aus einigen dieser Gespräche zusammengestellt. Ich hoffe, daß durch diesen „Blick von innen“ ein lebendiges Bild entsteht – auch wenn in dem vorliegenden Rahmen nicht alle zu Wort kommen und nicht alle Aspekte angesprochen werden konnten.

Ein zeitlicher Überblick und einige Erläuterungen sind am Schluß zu finden.



Ingo Peschel ist Professor für Theoretische Physik an der Freien Universität Berlin. Von 1982 bis 1984 war er Vorsitzender der Physikalischen Gesellschaft zu Berlin, von 1988 bis 1992 DPG-Vorstandsmitglied. Er ist Herausgeber des Physik-Handbuchs der DPG (1991).

„Und ich würde dann einen entsprechenden Plan vorlegen ...“

Karl Ganzhorn (1969 – 1971)

Herr Ganzhorn, wie war das bei Ihnen? Wie sind Sie zu diesem Amt gekommen?

Es gab einen Kreis beratender Industriephysiker, der ja auch heute noch existiert. Damals bestand er aber im wesentlichen aus Physikern, die Vorstandsmitglieder in der Industrie waren, wie die Herren Trendelenburg und Finkelburg von Siemens oder Ruthardt von der Firma Heraeus, der lange Jahre den Vorsitz hatte. Diesem Kreis gehörte ich schon einige Zeit an. Die Präsidentschaft wechselte zwischen Hochschule und Industrie, und so lag es nahe, daß die Reihe irgendwann mal an mich käme. Mein Vorgänger, Herr Kersten, hat mich also 1968 angesprochen, ob ich eventuell bereit wäre, die nächste Präsidentschaft zu übernehmen. In der folgenden Mitgliederversammlung habe ich mich dann vorgestellt und dabei auch ausgeführt, wie ich mir die Physikalische Gesellschaft in dem damaligen Aufbruchsklima in Wirtschaft und Wissenschaft vorstellte. Dabei habe ich auch keinen Hehl daraus gemacht, daß die Gesellschaft in der damals vorhandenen Form wohl nicht überlebensfähig wäre.

Das haben Sie so gesehen?

Das hatte ich schon klar ausgesprochen, ehe ich überhaupt antrat, und war auch entschlossen, nur zu kandidieren, wenn es die Möglichkeit gab, die Gesellschaft zu modernisieren und so zu strukturieren, daß sie der damaligen Zeit entsprechend funktionsfähig wird. Das Problem bestand darin, daß sie als reine Präsidialgesellschaft betrieben wurde und an Präsident und Vizepräsident hing. Zum Vorstand gehörten noch vier Beisitzer, die an den Vorstandssitzungen teilnahmen aber keine zugeordneten Aufgaben hatten. Dazu kam noch ein Geschäftsführer, das war damals Herr Riewe, der bei Heraeus angestellt war und nebenamtlich für die DPG arbeitete. Auch die Geschäftsstelle war in seinem Büro bei Heraeus.

Und so war das die ganze Zeit gewesen?

Ja, und es hatte nach dem Krieg wohl auch genügt. Selbst zu Herrn Walchers Präsidentszeit hat es so noch ganz gut funktioniert. Außerdem haben ja damals die Regionalverbände noch eine ziemliche Rolle im Leben der Gesellschaft gespielt.

Warum, meinen Sie, war damals der Zeitpunkt, wo man das ändern mußte?

Ich glaube, die Rechtfertigung ergibt sich rückblickend daraus, daß eine Organisation mit zugeordneten Arbeitsbereichen geschaffen wurde, die heute noch fast unverändert und erfolgreich besteht.

Sie haben ja sicher an etwas maßgenommen? Was war das?

Nun, ich hatte vorher schon ein physikalisch-technisches Laboratorium von Null an aufgebaut, war also nicht ganz unerfahren darin, wie man einen großen Komplex mit verteilten Funktionen

organisiert. Leitlinie waren die Hauptgebiete, auf denen etwas geschehen sollte. Die haben wir als Arbeitsgebiete deklariert und dafür jeweils Vorstandsbereiche gebildet. Da waren also die wissenschaftlichen Programme, Bildung und Ausbildung, Beruf und Stand, dann das Publikationswesen, intern und extern, die Finanzen. Diese Bereiche sollten von je einem Vorstandsmitglied selbständig geleitet und vertreten werden. Dazu kamen natürlich noch die Präsidialfunktionen: Vertretung nach außen, Ehrungen. Damals standen die Atomfragen stark im Vordergrund, die haben wir auch als Präsidialfunktion dazugenommen. Und dann fingen wir an, zwei weitere Bereiche zu entwerfen, nämlich eine hauptamtliche Geschäftsstelle und ein Haus der Physik oder Physikinstitut. Daraus ist nach mehreren Anläufen das heutige Physikzentrum Bad Honnef geworden.

Also, das war das Konzept. Damals sind viele Gespräche geführt worden, wie man diese doch etwas, wie soll man sagen, konservativ orientierte klassische Gesellschaft verändern könnte. Auch in der Mitgliederversammlung, die damals den Präsidenten wählte, habe ich auf eine strukturierte Organisation gedrängt, weil sich damit mehr erreichen läßt als es ein Präsident allein kann. Das hat wohl auch etwas bewirkt. Ich wurde gewählt, obwohl ich in der Gesellschaft relativ wenig bekannt war.

Und diese Vorstellungen sind auch auf Resonanz gestoßen?

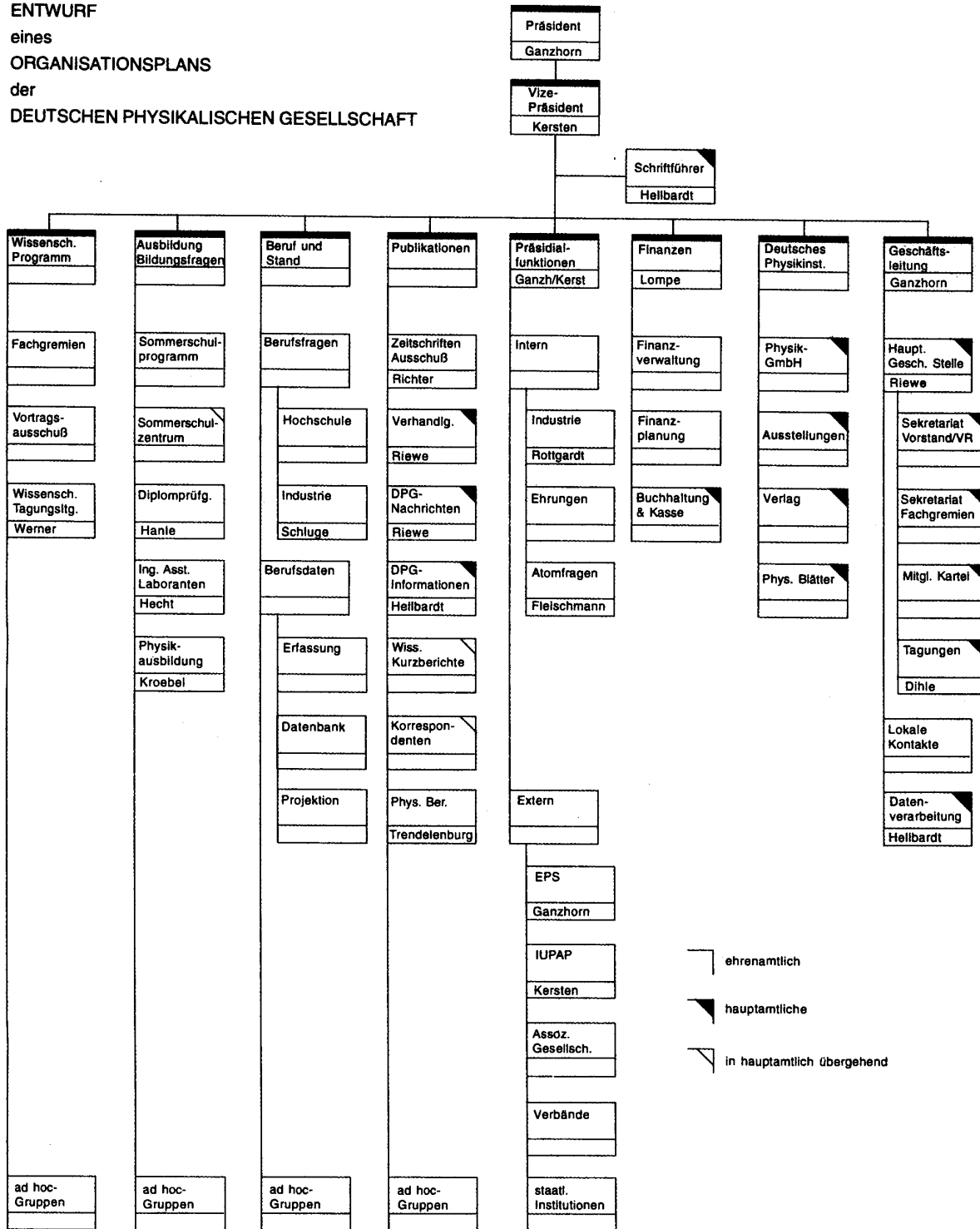
In der ersten Vorstandssitzung habe ich dann den gesamten Plan präsentiert; dabei wurden zum ersten Mal in einer Vorstandssitzung der DPG Flipcharts verwendet. Das Ganze ging problemlos, reibungslos durch. Ich muß dazu sagen, daß ich schon vor meiner Wahl insbesondere mit den Herren Buckel und Gremmelmaier viele Gespräche, auch Personalgespräche, geführt hatte und daß ich mich mit Herrn Buckel, kraß gesagt, ein bißchen verschworen hatte, die Gesellschaft umzustrukturieren: „Wir machen ‘was draus!“ Deswegen wollte ich auch nur antreten, wenn Herr Buckel als Vorstandsmitglied für die wissenschaftlichen Programme zu gewinnen war, was auch gelang.

Auf der Personalseite haben wir damals weit vorausgedacht, weil wir dafür sorgen wollten, daß eine Kette von nachfolgenden Präsidenten auf der gleichen Ebene weitermachen kann. Ich habe eine persönliche Aufzeichnung, wo die möglichen Präsidenten bis zu Herrn Queisser bereits aufgelistet sind, die es dann alle auch wurden. Herr Queisser hat ja der Sache dann das externe große Profil verliehen.

In Ihren Aufzeichnungen stand etwas über die Einführung der EDV, die Planung der Geschäftsstelle, einen hauptamtlichen Geschäftsführer ...

Das geht eigentlich alles aus der vorgelegten Organisationsstruktur hervor. Da ich relativ direkten Zugriff auf die damals verfügbare EDV hatte, lag es natürlich nahe, während meiner Präsidentschaft die EDV für die Verwaltung der DPG einzuführen, also für Mitgliederverzeichnis, Adressenverwaltung, Beitragserhebung, Abrechnungen, usw. Das ist dann auch aufgebaut worden, im ersten Jahr zunächst bei IBM, und als später Herr Heinicke als hauptamtlicher Geschäftsführer kam, hat er das Ganze auf eigene Computer übernommen. Insgesamt gesehen konnte eigentlich alles, was in dem Aktionsprogramm enthalten war, mit der damals eingeführten Organisation in Angriff genommen werden.

ENTWURF
eines
ORGANISATIONSPLANS
der
DEUTSCHEN PHYSIKALISCHEN GESELLSCHAFT



Modernisierung: Der Entwurf für die neue DPG-Struktur von K. Ganzhorn, Februar 1970.

Woran haben Sie damals bei den Physikalischen Blättern gedacht?

Wir haben uns gesagt, die Physikalische Gesellschaft müßte daran interessiert sein, die Physikalischen Blätter eines Tages als ihr Organ zu haben. Herr Brüche wollte sie damals natürlich nicht aus der Hand geben, sie waren ja sein persönliches Werk. Daraufhin haben wir gesagt, gut, also dann machen wir einen Stufenplan, so daß wir zunächst einige Anteile übernehmen. Es war ja auch eine Kapitalfrage. Wir haben lange gerungen, ob es möglich wäre, die Physikalischen Blätter ganz in eigene Regie zu übernehmen. Aber finanziell sahen wir dazu überhaupt keine Möglichkeit, die Physikalische Gesellschaft war ja nicht sehr vermögend.

Hier sehe ich auch: DPG-Informationen ...

Ja, Herr Hellbarth, mein Schriftführer, kam eines Tages auf die Idee. Er meinte, wir brauchen eine Art Wandzeitung für die Schwarzen Bretter, damit die Physiker immer wissen, daß es die DPG gibt. Und das hat sich ja bis heute erhalten.

Hat er das damals schon so entworfen?

Genau das gleiche Bild: der blaue Rand, das Phi in der Mitte, DPG-Informationen – so hat er es damals geschaffen und zu einer ständigen Einrichtung gemacht.

Man muß auch sagen, daß ich für meine Präsidentenarbeit eine gewaltige Unterstützung von seiten meiner Firma erhielt. Die hat immer mitgezogen, egal, was es war. Ich habe gesagt, wir haben die Chance, in dieser Gesellschaft in Erscheinung zu treten, und es stünde IBM überaus gut an, diese Präsidentschaft so zu unterstützen, daß sie auch in vorbildlicher Weise ausgeübt werden kann. Das hat also bis hinauf zum obersten Firmenchef jeder sofort eingesehen und bestätigt, und es wurde mir auch gestattet. Offiziell wurde die Hälfte meiner Arbeitszeit dafür vorgesehen, de facto waren es zeitweise 80 %. Dazu wurde mir ein Schriftführer, nämlich Herr Hellbarth, zur Verfügung gestellt, sowie mein bereits vorhandenes Sekretariat. Und die Firma hat mir ein Budget eingerichtet, das ich zur Verfügung hatte. Ich konnte etwas organisieren, Besprechungen ansetzen, wenn es Geld kostete, auch das Geld dafür bereitstellen. Auch in anderer Hinsicht gab es Hilfen, zum Beispiel als es darum ging, Kontakte zum Bundespräsidialamt herzustellen ...

Woran lag es, daß die Firma so positiv eingestellt war?

IBM ging es sehr gut damals, es war mit die beste Zeit, um in Europa eine bodenständige Rolle zu spielen. Daher wurde es explizit unterstützt, daß man sich extern in solcher Weise engagierte. Es profiliert ja auch eine Firma, wenn einer ihrer Geschäftsführer zum Präsidenten einer solch renommierten wissenschaftlichen Gesellschaft gewählt wird.

Damals war sie noch nicht so renommiert.

Doch, sie war! Es war unglaublich! Wie es nach Amerika durchsickerte, daß ich zum Präsidenten der Deutschen Physikalischen Gesellschaft gewählt werden sollte, das ging wie ein Lauffeuer durch alle internen Firmennachrichten. Ich erinnere mich noch ganz gut an eine Formulierung: „Ganzhorn elected as

president for the prestigious German Physical Society.“ Sie war ja damals schon 100 Jahre alt. Man wußte ganz genau, daß die Physik wesentlich mit aus Deutschland kam. Planck, Einstein, die großen Physiker Deutschlands, die waren fast alle auch einmal Präsidenten dieser Gesellschaft.

Haben Sie sich eigentlich je wirklich als deren Nachfolger gefühlt?

Sicher nicht im Prestige oder in der wissenschaftlichen Bedeutung. Aber es war klar, eine so groß gewordene Gesellschaft braucht zwischendurch auch mal einen managementmäßig orientierten Mann an der Spitze. Insofern war das keine Parallele zu früheren wissenschaftlich prominenten Präsidenten.

Aber das Ansehen der Deutschen Physikalischen Gesellschaft als solcher im Ausland war damals und ist bis heute unverändert hoch.

„Wollten wir den Weg weitergehen, so war dafür mehr Geld nötig ...“

Werner Buckel (1971 – 1973)

... Das hat Ganzhorn den anderen auch sofort gesagt: „Das geht so nicht. Wir brauchen einen Hauptgeschäftsführer, einen Mann, der das ganztägig macht.“ Da war natürlich erstmal die Frage: Wer soll das bezahlen? Herr Riewe hat damals vielleicht 20 000 Mark im Jahr gekriegt. Und Heinicke ist dann auf ein übliches Gehalt gekommen, da waren 60 oder 80 000 Mark nötig. Und das war ja nun die Sache ... der Beitrag war vierzig Mark und in meiner Amtsperiode habe ich den auf achtzig durchgeboxt. Damals gab es ungefähr sechshundert Austritte, das können Sie an dieser Kurve, der Mitgliederzahl 1971, '72, '73 genau sehen.

Das war auch ein glücklicher Umstand, daß Herr Riewe in Pension gegangen ist.

Ja, das konnte man ohne Schmerzen machen. Und Heinicke hat diese Art von Tätigkeit von der Familie her gekannt. Er war ja ein erfolgreicher Wissenschaftler, kam von Dransfeld ... Jedenfalls war er dann zum Gespräch da, das führten Ganzhorn und ich, und wir hatten den Eindruck, das ist ein junger Mann, ein flotter Mann. Nur war eben die Frage nach dem Geld, denn es war klar, er will eine BAT-I-Stelle haben, die waren damals so teuer. Dann haben wir das aber geschafft, und das waren schon alles Voraussetzungen für den Aufschwung. Wir haben dann in Bad Godesberg eine Dienststelle gemietet, zwei Zimmer – mit einer Dame hat er das aufgebaut. Also, ich muß sagen, Heinicke hat schon sehr viel dazu beigetragen, daß aus der DPG das geworden ist, was sie jetzt ist.

Sie sagen, es war schwierig, das in der Mitgliederversammlung durchzubekommen.

Ja, natürlich. Ich erinnere mich noch, da war ich ein kleiner, junger Mann. Da ist es einmal in der Mitgliederversammlung darum gegangen, den Beitrag von 32 Mark auf sagen wir 35 Mark zu erhöhen. Es sei nur eine Schachtel Zigaretten pro Jahr, wurde von den Befürwortern argumentiert. Damals ist einer auf-

gestanden und hat gesagt: „Aber Herr Kersten, ich schmeiße auch keine Schachtel Zigaretten aus dem D-Zug raus!“ Die ganze Argumentation war häufig so. Und jetzt kommt plötzlich einer und sagt: „Wir müssen auf das Doppelte rauf.“ Aber irgendwie war die Reaktion doch nicht so wie vorher. Bei Ganzhorn hat man gesehen, es gibt jetzt Bereiche, man weiß, an wen man sich wenden muß, wenn man mit Tagungen und ähnlichem Schwierigkeiten hat. ... Es war einfach ein neuer Zug drin.

Mitgliederversammlungen: Können Sie sich noch erinnern, wie groß die damals waren?

Das war damals immer bei der Herbsttagung, also mehr als 200 waren das nie. Es waren aber immer die 200, die auch Anteil genommen haben.

Also ich habe diese Versammlungen immer sehr unbefriedigend gefunden. War das bei Ihnen auch so?

Ich habe sie aus der Froschperspektive kennengelernt. Ich bin als junger Assistent zum ersten Mal auf Physikertagungen gegangen. Später haben wir mal revoltiert. Herr Brüche hat doch immer seine Tagungsbände von den Haupttagungen herausgebracht. Da hat mein Kollege Falk mit Springer geredet – mit dem war er sehr gut liiert – und Springer hat gesagt, das machen wir für 20 Mark, nicht für 40. Wir haben dann einen Antrag an die Mitgliederversammlung gestellt, Bopp, glaube ich, war Präsident. Meine Güte, wir haben gar nicht geahnt, in welches Wespennest wir da stechen. Bei der Tagung kam einer zu mir, Finkelnburg oder irgend jemand, ich soll schnell rüberkommen ins Hotel, da tagt der Vorstand. „Sie müssen zum Vorstand kommen wegen Ihres Antrags.“ Dann bin ich dort hingekommen. „Also, Herr Buckel, wir verstehen das überhaupt nicht, da kommen die jungen Mitglieder und werfen dem Vorstand so einen Antrag an den Kopf. Wir können doch Herrn Brüche nicht ausbooten, haben Sie sich denn überhaupt nichts überlegt?“ Da hab ich gesagt: „Es tut mir furchtbar leid, der Antrag ist eingereicht, und was ist eigentlich so schlimm daran? Die Mitgliederversammlung kann es ja ablehnen.“ „Sie werfen uns lauter Knüppel in den Weg.“ Das war wirklich ein Ketzergericht. Aber das war lange vor meiner Präsidentschaft.

Ich habe immer junge Leute zur Mitgliederversammlung kommen sehen, und die sind einmal gekommen aber ein zweites Mal nicht mehr.

Aber man muß da schon gerecht sein. Was wollen Sie denn machen, da sitzen von 6000 Mitgliedern 200. Sollen die jetzt weitreichende Beschlüsse fassen? Dann kamen – damals war die unruhige Zeit, die Revoluzzerzeit – da kamen Leute, wollten Resolutionen gegen was weiß ich, da hat der Vorstand das natürlich abgewimmelt, und dann gab es lange Debatten. Im Grunde genommen war das eine verschwindende Minorität, allerdings diejenigen, die sich um etwas kümmerten. Ich habe es auch unbefriedigend gefunden, allerdings als etwas, was man halt durchmachen muß, weil ein Verein ein Verein ist.

In Ihrer Amtszeit gab es neue Preise, zum Beispiel den Schottky-Preis. Wie kam der zustande?

Der Schottky-Preis wurde von Siemens vorgeschlagen. Siemens

wollte Herrn Schottky mit einem Preis ehren, der seinen Namen tragen sollte. Damit der Preis sozusagen wissenschaftlichen Adel hat, sollte ein Auswahlkomitee gegründet werden. Da habe ich gesagt: „Machen Sie es doch mit der Deutschen Physikalischen Gesellschaft zusammen.“ Und Siemens hat gesagt: „Selbstverständlich“.

Und von wem ging bei dem Born-Preis die Initiative aus?

Daran kann ich mich nicht erinnern, muß ich Ihnen ehrlich sagen ... ich erinnere mich noch an die Diskussionen, weil die internationale Zusammenarbeit gefördert werden sollte. Diese Idee, daß jeweils die eine Gesellschaft drei Vorschläge macht und daß die andere dann einen auswählt, die ist beim Vorstand auf sehr fruchtbaren Boden gefallen, das hat uns gefallen. Und die Engländer sind ja auch zurückhaltender, uns hat auch gefallen, daß das nicht so ein teurer Preis geworden ist.

Wurden die Festsitzungen anders dadurch, daß es jetzt mehr Preise waren?

Also ich würde sagen, zu der Zeit, als noch die Herbsttagungen waren, gab es immer eine Festsitzung, auf der auch ein Preis verliehen worden ist; aber ich glaube nicht, daß es sozusagen das Image der Physikalischen Gesellschaft aufgebessert hat, weil es einen Schottky-Preis oder einen Born-Preis gab. Da mag ich jetzt etwas subjektiv urteilen. Ich habe immer festgestellt, auf allen Festsitzungen, bei denen ich dabei war, daß die meisten Mitglieder nicht viel von der Festsitzung hielten. In Münster z. B., erinnere ich mich, waren es ungefähr 1000 Tagungsteilnehmer, und nach dem ersten Vortrag, einem Plenarvortrag vor Beginn der Festsitzung, sind die meisten aus dem Saal gegangen.

Und die Wirkung der DPG nach außen, Menschenrechte?

Da muß ich Ihnen gestehen, die Erinnerungen von 1970 bis 1973 werden überlagert von den Erinnerungen an 1986/88, als ich Präsident der EPS war. Die EPS hat ja ein Komitee für Menschenrechte, und ich habe z. B. mehrere Briefe an Herrn Prokorow von der sowjetischen Akademie geschrieben.

1973 war Physikertagung hier in Hamburg, da saß ich nämlich und habe Unterschriften für Sacharow gesammelt.

Richtig, richtig! Oh ja, das haben wir erlaubt, und da kam nachher ganz aufgebracht der Attaché oder der Botschafter und hat mich beschimpft noch und noch, daß ich so etwas erlaube. Da habe ich ihm geantwortet: „Also es tut mir furchtbar leid, aber wir leben in einem Land, wo das jemand machen darf. Die haben uns gefragt, ob sie sich hersetzen dürfen, und wir haben gesagt, warum nicht?“. Auf dieser Tagung hat Bogoljubow die Max-Planck-Medaille verliehen bekommen. Der Herr aus der Botschaft hat gedroht: „Die wird er wieder zurückgeben.“ Es ist dann nichts weiter passiert, aber es war im Augenblick schon sehr unangenehm für mich. Ich konnte nur sagen: „Also tun Sie, was Sie nicht lassen können, aber in unserem Land kann man so etwas machen.“

Die Unterschriften sind nachher in die Botschaft geschickt worden.

Ja, aber ich würde sagen – also ich glaube nicht, daß sozusagen ein Aufschrei durch die Gesellschaft ging, und der Vorstand gezwungen wurde, etwas für Sacharow zu tun. Die Gesellschaft war damals – wie auch heute – nicht sehr verantwortungsfreudig, wenn es darum ging, die Menschenrechte zu verteidigen.

Wie meinen Sie das?

Verantwortungsvoll zu sein, ist jetzt ja beinahe Mode. Aber damals war es tatsächlich so, daß die Mehrzahl meiner Kollegen, meiner älteren Freunde, gesagt hat „Wir sind Physiker! Wir machen Physik, und was Sie als Privatmann machen, ist Ihre Verantwortung, aber es ist nicht Verantwortung der Physiker, und es hat nichts mit der Physikalischen Gesellschaft zu tun.“ Das war die – ich behaupte – Ausrede, aber das ist eine persönliche Wertung. Es gab z. B. die Diskussionen um die Atomwaffen. Die Resolutionen, die dabei zustande kamen, wurden immer von wenigen mit Nachdruck vertreten. Die letzte wurde vor etwa zwei Jahren gefaßt. Das ist im wesentlichen Herrn Walcher zu verdanken, dessen Wort großes Gewicht hat. Aber die Begeisterung über solche Aktivitäten ist nicht sehr groß.

Aber vielleicht zurück zu Ihrer Amtszeit. Sie haben die EPS erwähnt. Es gibt da ein Spannungsverhältnis, wenn man das so sehen will, zwischen DPG und EPS. Wie war das damals?

Also zu meiner Amtszeit war die EPS etwas, was man durchaus akzeptiert hat. Ich glaube, die „Unit fee“ und all das Zeug gab es zu meiner Zeit schon, es war aber ein kleiner Betrag. Es war aber die generelle Meinung im Vorstand, an die ich mich zu erinnern glaube, daß die EPS nicht die DPG ersetzen kann: Wir sind so groß, alles, was die EPS machen kann, können wir selber machen. Obwohl wir damals ja noch klein waren im Vergleich zu heute. Träume, daß die EPS einmal das werden würde, was die DPG für die Regionalverbände geworden ist, das hat man damals alles weit von sich gewiesen. Das ist inzwischen nicht mehr ganz und gar indiskutabel. Die EPS hat ja an Gewicht gewonnen, meine ich. Und sie wird noch mehr an Gewicht gewinnen, denn Brüssel unterstützt sie jetzt nennenswert, mit 350000 ECU für das Erasmus-Programm, also diesen Studentenaustausch, und nochmal mit etwa demselben Betrag für das Bibliotheksprogramm in den östlichen Ländern. Und wenn man solche Projekte macht, dann kriegt man plötzlich ein ganz anderes Gewicht.

Sie haben damals schon die Problematik gesehen, daß das zum Interessenkonflikt werden wird?

Aber selbstverständlich. Es war damals auch schon die Frage: Können wir nicht unsere ganzen Aktivitäten und Publikationen aufgehen lassen in die größere EPS? Dazu waren wir aber nicht bereit und sind wir heute auch noch nicht bereit, und ich würde sagen, zu Recht noch nicht. Die Frage ist nur, ob man nicht irgendwann einmal doch das Gefühl kriegt, wir sollten noch enger zusammenwachsen. Aber das braucht einfach eine gewisse Bewußtseinsveränderung. Die ist noch lange nicht da in Europa. Europa ist ja noch lange nicht gegründet.

„Dem Beobachter zeigen, daß die Physik eine wichtige Wissenschaft ist“

Hans-Joachim Queisser (1975 – 1977)

In den sechziger Jahren hatten wir zu dritt ein Memorandum über den deutschen Rückstand in der Halbleiterforschung geschrieben, das bis vor den Bundestag gekommen ist. Und dann habe ich versucht, viel im Halbleiterrausschuß zu tun. Da läuft man Gefahr, für dieses Amt vorgeschlagen zu werden, und das war dann auch so. Ich habe aber darauf bestanden, daß eine Wahl zwischen Herrn Rollnik und mir stattfindet.

Das hat sich ja ein bißchen geändert in der DPG, die Meinung bezüglich einer offenen Wahl.

Naja, so ein Amt ist ja auch eine Last. Der kleinere Teil ist, daß man einen Titel hat. Das andere ist sehr viel Arbeit und die Bereitschaft, sich auch über sein eigenes Fachgebiet hinaus einzusetzen, z. B. für die Schwerionenphysik oder für die Physiklehrer, und dann Pressekonferenzen zu geben. Das müssen Sie ja machen.

In Nürnberg, wo Sie gewählt wurden, ist ja auch die Fulde-Studie vorgestellt worden.

Ja, wenn man heute zurückblickt, eine beeindruckend gute Analyse der Situation. Es wurde sehr deutlich gesagt, was ein Physiker vielleicht noch anderes können muß, und daß die klassische physikalische Laufbahn nicht mehr so ertragreich ist.

Aber als Sie nun Ihr Amt antraten, wie war da die Situation?

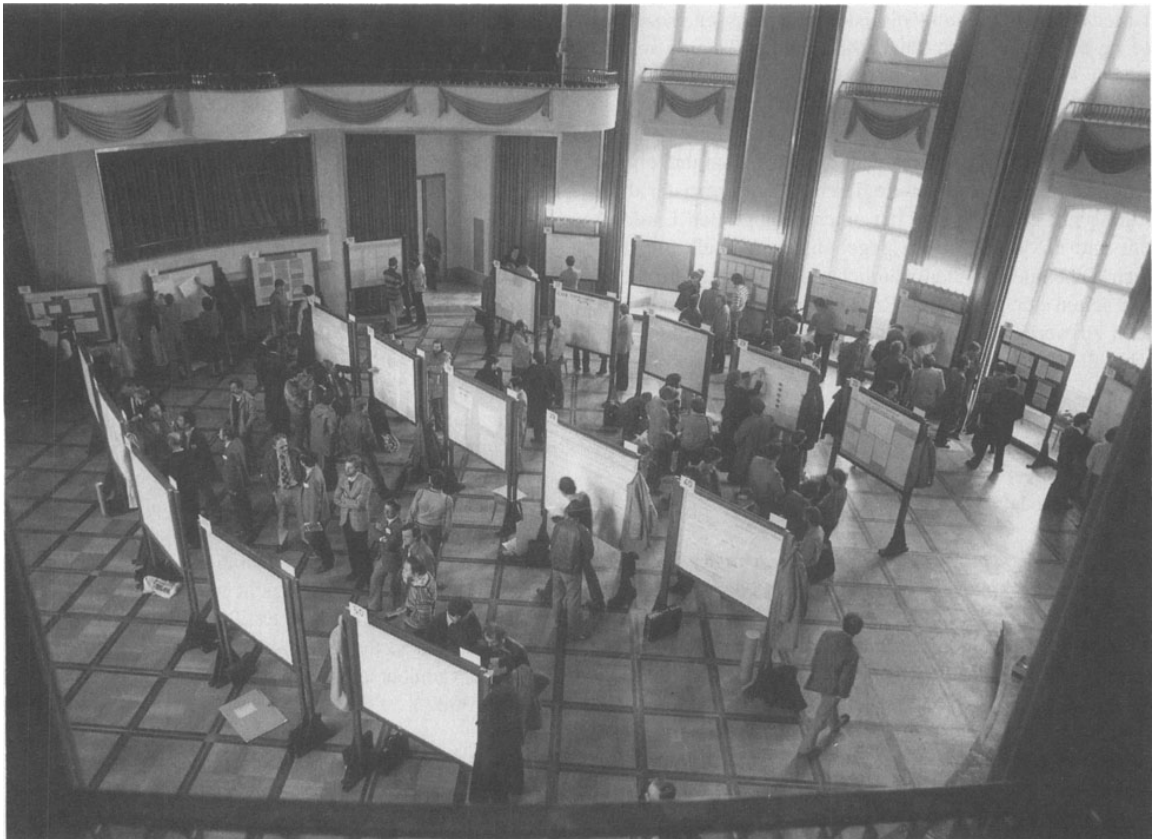
Wir hatten uns bei einer großen Tagung ganz furchtbar ins Rote hineingebracht, so daß also die Aufgaben waren: die Deutsche Physikalische Gesellschaft zusammenhalten, dafür sorgen, daß die zentrifugalen Tendenzen untergehen, zu Geld kommen. Und deswegen haben wir so schnell wie möglich die GmbH gegründet, nachdem wir uns aber vorher mit ungeheuer viel Aufwand bei den Finanzämtern erkundigt hatten, was steuerschädlich ist und was nicht. Gleichzeitig wurde die DPG bedroht. Der VDI sagte, wir nehmen euch auf, dann wird alles sehr viel billiger. Das war eine sehr große Krise unmittelbar in den ersten Monaten. Es gab eine Menge Leute, die gesagt haben: „Machen wir das doch, wenn es billiger ist. Lassen wir uns da einfach mitverwalten, sparen wir die Geschäftsstelle, die ganzen sonstigen Dinge.“ Es wurde ja immer geschimpft: „Wozu zahle ich eigentlich meinen Mitgliedsbeitrag? Was soll das überhaupt?“

Diese Klagen, konnten Sie die nachempfinden?

Ja, durchaus. Und dann haben wir eben Dienstleistungen eingeführt. Erstmals haben wir die Kosten entlastet durch die Aussteller auf den Tagungen, was übrigens am Anfang auf erstaunlich viel Widerstand stieß, weil man über Geräte stolperte, wenn man in Münster oder in Berlin oder irgendwo hereinkam. Dann habe ich gesagt, wir machen jetzt Industrieführungen, Führungen durch die großen Zentren, durch die Max-Planck-Institute, für den Nachwuchs. Der Nachwuchs muß ein Interesse haben und sagen: Ich bin Physiker, und da gehöre ich auch zu dieser professionellen Gesellschaft. Ich habe noch dafür plädiert, daß



Gespräch mit Politikern: H. J. Queisser (links) mit Bundespräsident W. Scheel und Minister H. Matthöfer, Bonn 1976.



Neue Formen: In den siebziger Jahren kamen die Poster auf.

nur die DPG-Mitglieder hereindürfen. Aber das wurde als Diskriminierung empfunden, nach der 68er Zeit.

Wir machten auch völlig unkonventionelle Dinge, wie bei der großen Europa-Kunstaussstellung 1977 in Berlin eine Ausstellung „Physik der 20er Jahre“, und wurden dann auch durchaus von der Presse wahrgenommen. Oder die Briefmarken in dem berühmten Jahr 1979. Das hatte fünf Jahre Anlaufzeit gebraucht, sonst hätten wir das nie geschafft, den Einstein, den Laue und den Hahn unterzubringen. Wir haben es getan, damit der Physiker auch ein bißchen stolz darauf ist, zu dieser Gilde zu gehören. Das war mir ein Anliegen. Die anderen Anliegen waren natürlich, Leute zusammenzubringen zu Tagungen, nicht auf regionaler sondern auf fachlicher Basis. Herr Koch hat auch immer gesagt: „Das muß ein anständiger Laden sein. Sie müssen z. B. auch bei der Mitgliederversammlung einen Ball haben, dann müssen die Leute ruhig mal im Smoking kommen, wie das in der Chemie passiert. Wenn ihr Physiker aber solche Eigenbrötler seid und da immer nur im mäßig gewaschenen Rollkragenpullover kommt, dann wird das einfach nichts. Ihr müßt auch gesellschaftlich etwas darstellen.“

Haben Sie das auch so gesehen?

Das fand ich nicht ganz unberechtigt. Aber ich meine, man kann ja den Leuten nicht aufzwingen, da plötzlich im Frack zu erscheinen.

Auch das ist eine interessante Sache, daß wir Politiker für den zentralen Tag der Hauptversammlung eingeladen haben. Da haben amerikanische Gäste gesagt: „Also warum macht ihr denn so einen Unsinn! Ihr könnt doch nicht als Physikalische Gesellschaft hier einen Forschungsminister reden lassen, so etwas macht man doch nicht. Man fängt sofort mit der Tagung an, und es wird nur Physik gemacht.“ Das ist ja ein Standpunkt, den man einnehmen kann, durchaus. Aber wir wollten hier einen direkten Kontakt, ein Wechselfgespräch, und deswegen hat Scheel während meiner Amtszeit eine Rede gehalten und ebenso Matthöfer. Es hat der Berliner Regierende Bürgermeister diese Ausstellung mit eröffnet. Das hat einen sehr großen Eindruck gemacht und uns die Position gegeben, die wir als Physiker eigentlich einnehmen müßten, nämlich als Fachleute vertrauensvoll von seiten der gewählten Regierung und der Parlamente anerkannt zu werden. Wer waren die anderen? Natürlich, Helmut Schmidt hat dann geredet bei der Ulmer Physiker-Tagung 1979 ...

Die „Bringschuldrede“.

Die Bringschuldrede, ja.

Es sind aber vorher auch schon Bundespräsidenten gekommen. Herr Ganzhorn hat mir Bilder mit Heinemann gezeigt.

Absolut korrekt. Nein, nein, es haben Ganzhorn und Buckel, aber auch Ältere wie Walcher mir gesagt, daß wir diesen Status des Gespräches suchen müßten. Dabei kommt es darauf an, daß Sie sich beliebig früh melden, die Termine bald bekommen und sich mit dem Redenschreiber eines Bundespräsidenten durchaus kurzschließen.

In Ihrer Amtszeit ist der Herr Rembser vom BMFT Schatzmeister geworden. Wie kam es dazu?

Das hat mir sehr viel Kritik eingebracht. Aber ich habe eben gesagt, der Physiker ist der Generalist, der das Neue zu beherrschen versteht, und das können wir auch bei einem Ministerium. Ich bin damals zu Matthöfer, glaube ich, gegangen und zum Staatssekretär Haunschild und habe gesagt: Sagen Sie, wenn ich jetzt hier jemanden von Ihren Leute nähme – der Herr Rembser käme in Frage, der interessiert sich dafür – geht so etwas überhaupt? Und das war überhaupt kein Problem von seiten der Administration.

Wie war es mit den internationalen Kontakten?

Wir hatten zu den Engländern, British Institute of Physics, eigentlich immer einen sehr netten Kontakt, das ist vielleicht auch sprachlich einfacher, ich weiß es nicht. Aber Frankreich, da war irgendwie gar nicht anzupacken. Wir haben zwar sehr viele Franzosen eingeladen, wenn wir in Freudenstadt waren, aber ich weiß noch die Enttäuschung, daß französische Kollegen, die Hauptvorträge hielten, es immer abgelehnt haben, in Freudenstadt zu übernachten. Die haben immer gesagt: „Da kann ich doch in Straßburg übernachten, und dann komme ich rüber. Wenn ich um 9.30 oder 10.00 Uhr einen Vortrag halte, reicht das.“ Das ist jetzt natürlich besser geworden.

Sie haben schon die Presse erwähnt ...

Es war aber damals schon schwierig mit den Medien ... das fing an bei dieser sehr schönen Ausstellung „Physik der 20er Jahre“. Da haben mir Siemens und Bosch und andere Gelder gespendet, das war überraschend für mich, und Herr Lemmerich hat zum ersten Mal eine solche Ausstellung gemacht. Wir haben eine schöne Nebelkammer hingestellt, und als das dann der Sender Freies Berlin anguckte, hat er gesagt: „Nein, ich will damit nichts zu tun haben, mit Ihrer Radioaktivität.“ Da habe ich gesagt: „Das ist die normale Radioaktivität, die aus den Backsteinen kommt.“ Das hat er nicht geglaubt. Also, es fing damals die Verteufelung der Physik oder die Sorge der Öffentlichkeit vor den Folgen physikalischer Arbeit an.

Vielleicht noch zu solchen atmosphärischen Veränderungen: Sie schreiben irgendwo „Die Zahl der Kurzvorträge hat wieder zugenommen“. Sehen Sie eine Veränderung des Charakters der Tagungen während Ihrer Zeit?

Es war damals so, daß das Größer-Werden der Tagung in den positiven Aspekten noch überwog. Es war immer noch überschaubar, und man traf und kannte sich einigermaßen. Aber dadurch, daß die Tagungen größer wurden, wurden sie interessanter. Es konnten mehr Parallel-Sitzungen angeboten werden, und es konnten schöne Blumensträuße von zusammenfassenden, eingeladenen Vorträgen gemacht werden. Wenn Sie jetzt aber hier gucken: dieses Jahr sind es 5000 Vorträge bei der Frühjahrstagung der APS. Sie fühlen sich völlig als kleines Delta-Epsilon in einer unübersehbaren Phase. Und bei uns liegt die Zahl ja auch bei 3000 ...

Dann hat sich noch etwas geändert, das Posterwesen ist angekommen, und ich versuche festzustellen, wann eigentlich?

Das würde ich auch gerne mal wissen, wann das anfing. Bei den Haupttagungen natürlich nicht. In Freudenstadt, in meiner Zeit

als Halbleiter-Mensch ... also es muß in den 70er Jahren allmählich gekommen sein. Aber eine noch stärkere Änderung sind ja die Folien. Die haben meiner Meinung nach die Vortragskultur etwas lädiert. Man unterschätze nicht den Wert der mündlichen Präsentation im Berufsfeld. Die Physiker sind im Ausdruck häufig unbeholfener als Juristen und werden daher von Juristen und Volkswirten, von Journalisten ganz zu schweigen, häufig an die Wand gedrückt. Da muß man aufpassen. Aber ich glaube, die Poster haben auch etwas für sich. Manches kann man gar nicht in einem Vortrag bringen, aber im Poster kann man es sehr schön darstellen.

Gibt es etwas, worüber Sie sehr enttäuscht waren?

Ja, ich bedauere, daß wir später die Herbsttagung als allgemeine Tagung einfach nicht haben halten können. Ich habe da sehr Wehmut gehabt, aber es war mir vollkommen klar, daß das nicht mehr geht. Dieses Aufsplintern der Physik ist einfach ein historischer Ablauf, und das ist ja auch eine Erfolgsgeschichte ...

„Ein Organ, das wir durchaus bald das Parlament der DPG genannt haben ...“

Horst Rollnik (1979 – 1982)

Vielleicht beginnen wir mit der Zeit, bevor Sie Ihr Amt angetreten haben?

Ich war vorher schon im Vorstand der DPG, wo ich den Vorstandsbereich Bildung und Ausbildung zu betreuen hatte. In dieser Zeit – Mitte der 70er Jahre – gab es an den Hochschulen intensive Auseinandersetzungen über die Lehrkapazität der Fachbereiche, die sogenannte Kapazitätenverordnung. Ich wollte diese Diskussionen koordinieren, und so kam es zur Gründung der „Konferenz der Fachbereiche Physik“. Sie war die erste Fachbereichskonferenz auf Bundesebene, die es überhaupt gab, und sie wurde ein wichtiges Organ für das Zusammenwirken der Physiker an den Universitäten und der DPG, aber auch für die Hochschulphysiker insgesamt.

Es gab eine durchaus vielfältige Diskussion, wie das Verhältnis dieser Konferenz der Fachbereiche und der DPG sein sollte. Die Konferenz mußte in gewisser Weise unabhängig von der DPG sein, ein Organ der Universitäten, und dementsprechend also auch für die damalige westdeutsche Rektorenkonferenz der Ansprechpartner. Aber andererseits sollte sie natürlich eine gute Verbindung mit der Physikalischen Gesellschaft haben. Wir haben daher angestrebt, ohne es formal festzulegen, daß der jeweilige Sprecher der Konferenz der Fachbereiche Physik und das entsprechende Vorstandsmitglied der DPG ein und dieselbe Person sind. Das hat sich bisher sehr gut bewährt.

Können Sie noch mehr zum Status der DPG sagen?

Ich habe als Präsidenten Herrn Koch von Bayer/Leverkusen, Herrn Queisser und dann Herrn Welker erlebt. Und schon der Herr Koch hat sich bemüht, die Haupttagung der DPG vom Herbst zu verlegen, weil das immer deutlicher nur ein Treffen von älteren Physikern war und die Zahl der Teilnehmer immer kleiner wurde. Herr Queisser hatte andere Interessen, und Welker wollte einen Arbeitskreis Kernenergie machen. Wobei das

natürlich so ein bißchen in die Richtung gehen sollte: Arbeitskreis, der die Akzeptanz der Kernenergie verbessern sollte. Als ich dann Präsident wurde, war mir klar, daß man die Aufgabe dieses Arbeitskreises viel allgemeiner formulieren muß. Deswegen ist der Arbeitskreis Energie daraus entstanden. Insgesamt gesehen war das natürlich eine fließende Entwicklung.

Aber zurück zur Haupttagung: Als ich das Amt antrat, war mein Hauptanliegen, aus ihr wieder ein großes Treffen der Physiker wie in den sechziger Jahren zu machen. Es war mir von vornherein klar, daß dies nur Erfolg haben würde, wenn man die Tagung ins Frühjahr verlegt und mit den Tagungen der Fachausschüsse verbindet. Aber es war schon ein bißchen mutig, allen Gremien in der DPG zu sagen: „Jetzt treffen wir mal diese Entscheidung!“ Das wäre sicher nicht so einfach gewesen, wenn ich nicht vorher die jahrelange Erfahrung im Vorstand der DPG gehabt hätte. Dadurch konnte ich sofort nach Amtsantritt solche Dinge in Gang bringen. Und es ist ja auch ganz gut gegangen, diese erste Tagung in Bielefeld 1980. Die Universität ist vielleicht nicht besonders hübsch, aber für eine Tagung einer großen Gesellschaft mit vielen Parallelveranstaltungen ist dort das Gebäude sehr gut geeignet. Der Herr Buckel – das erinnere ich noch – hat mir gesagt: „Also, ich gratuliere Ihnen, ich hätte mich nicht getraut, diese Verlegung in den Frühling zu machen.“ Also es war sicher nicht trivial.

Hatten Sie noch weitere Pläne?

Ich hatte ziemlich klare Vorstellungen, auch bezüglich des Vorstandsrates. Es war mir ziemlich klar, daß da etwas geändert werden mußte. Im Grunde gab es ja die Vollversammlung, die bei jeder Physikertagung stattfand und die letzten Endes das entscheidende Wahlorgan war.

Die Mitgliederversammlung ...

... Und das hat mich immer gestört, daß die den Präsidenten wählt, obwohl sie doch rein zufällig zusammengesetzt ist oder regional zufällig: in Bayern sind eben mehr Bayern da und wenn es in Berlin ist, dann sind eben Berliner stark vertreten. Wenn man etwa daran dachte, irgendwelche Stellungnahmen der DPG zu komplizierteren Fragen wie meinetwegen Energiefragen zu verabschieden, dann konnte man das nicht auf so einer Mitgliederversammlung machen. Und daher kam bei mir schon der Anstoß, wir müssen ein Organ haben, das in irgendeiner Weise die Mitglieder der DPG wirklich repräsentiert. Und das haben wir zusammen mit Herrn Rembser, der dann Schatzmeister war, gemacht. Die neue Satzung ist in meiner Zeit verabschiedet worden und auch die ersten Wahlen zum Vorstandsrat haben noch stattgefunden.

Es gab damals noch einen anderen Vorschlag, nämlich den Präsidenten direkt zu wählen. So ähnlich wie es jetzt wieder auf der politischen Ebene diskutiert wird.

Ich bin ganz froh, daß das nicht so gekommen ist, denn die Beteiligung an diesen Briefwahlen – so toll ist die ja nicht.

Aber, was den Vorstandsrat betrifft: diese repräsentative Demokratie enthält ja den wichtigen Punkt, daß die Mitglieder nicht nur prozentual vertreten sind. Es gibt ja die Lehrer, die Physiker in der Industrie, in den Großforschungseinrichtungen und so weiter – wenn man den Vorstandsrat rein nach Mehrheitsver-

hältnissen besetzen wollte, wären die Lehrer vermutlich überhaupt nicht vertreten. Und deswegen wurden in der Struktur des Vorstandsrates die verschiedenen Berufsbereiche von vornherein berücksichtigt. Auch für die Industriephysiker war das wichtig, die waren damals eigentlich sehr glücklich, daß sie nicht nur über ihren Arbeitskreis, sondern ganz offiziell in einem Organ der DPG repräsentiert sind.

Und das hat sich ja...

Meiner Meinung nach hat sich das bewährt. Natürlich sind es immer aktive Leute, die letzten Endes hineingewählt werden. Es gibt da durchaus eine Kontinuität von Gesichtern, wenn man den Vorstandsrat lange nicht gesehen hat. Auch die Integration der verschiedenen Fachrichtungen in die DPG als Ganzes wurde gefördert. Sie dürfen ja nicht vergessen, ich bin als Teilchenphysiker gekommen, und zu der Zeit haben die Teilchenphysiker, die Hochenergiephysiker gesagt: „Was brauchen wir die DPG? Die interessiert uns überhaupt nicht!“ Die Kernphysiker ebenso. Die DPG galt als so ein Verein der Festkörperphysiker.

Die Neuorganisation war also im wesentlichen Ihre Idee?

Also die Grundidee von dem Vorstandsrat, die war von mir, ja. Nur, wie man sie ausgestaltet, da habe ich sehr viele Gespräche geführt. Der Widerstand war eigentlich nicht groß, man hat es im Gegenteil sogar als sehr vernünftig empfunden.

Nun gibt es noch eine ganze Reihe anderer Dinge. Zur selben Zeit ist ja auch der Tag der DPG eingeführt worden.

Das war eine wichtige Folge. Es war eine logische Konsequenz, die sich anbot, weil der Herbst freigeworden ist von dieser großen Tagung. Daß dies in Gang gebracht worden ist, dazu hat Herr Heinicke viel beigetragen. In Gesprächen zwischen Heinicke und mir sind, glaube ich, die Grundlagen dafür entstanden. Die Vorstellung war in der Tat die, daß man zwei Aufgabenbereiche mit einer Klappe schlagen würde. Einmal hat man so eine Art kleine Physikertagung und zweitens hat man eine Möglichkeit, daß alle die vielen Komitees, die ja Beschlüsse fassen müssen als Voraussetzung für Entscheidungen des Vorstandsrates, des Präsidenten und des Vorstandes, daß die mal zusammenkommen. Die waren vorher irgendwie verteilt. Da gab es keine wirklichen Regeln.

Herr Schmidt-Tiedemann legt großen Wert auf den Aspekt, daß zum Tag der DPG auch Leute von außen eingeladen wurden.

Es war natürlich schon ein bißchen die Überlegung dabei, daß wir nicht die große Physikertagung im Frühjahr noch einmal duplizieren wollten sondern daß es darum ging, Themen zu behandeln, die nicht so spezifisch fachlicher Natur waren, die aber auch Physik-Inhalte haben können, wie die Bedeutung der Forschung für die Hochschulen oder auch die Bedeutung der verschiedenen Wissensbereiche. Es gab auch einmal lange Diskussionen über die Bedeutung der Festkörperphysik, Eilenbergers Artikel ... Insofern war das angelegt, allgemeinere Fragen aufzugreifen.

Dachten Sie daran, daß das sozusagen eine Wechselwirkungszone zwischen der DPG und der Außenwelt sein würde?

Ich würde meinen, auch, ja. Aber das stand im ersten Moment nicht im Mittelpunkt. Es war mir nur eines klar, daß neue Möglichkeiten eröffnet worden sind, daß man hier manches machen konnte. Noch zu meiner Zeit war eine Tagung, bei der es letzten Endes auch um philosophisch relevante Aspekte der Physik ging. Da habe ich mir durchaus Mühe gemacht ...

Eine andere Einrichtung, in die ich selber gedrückt worden bin, ist diese Kommission des Vorstandes für die Menschenrechtsfragen, die AG Menschenrechte. Das war im Grunde genommen nicht eine Erfindung von mir, sondern eine Reaktion auf gewisse Anfragen, die vor allem von amerikanischen Physikern an uns gerichtet worden sind. Im Grunde genommen war die Stoßrichtung: „Wie können wir Physikern in der Sowjetunion helfen?“ Auch allgemein, aber die Schwerpunkte der Aktivitäten in den Vereinigten Staaten lagen sicher bei den jüdischen Physikern. Und da haben wir natürlich oft auch dem Bundeskanzler Briefe mitgegeben, die er an den Präsidenten der Akademie der Wissenschaften der UdSSR weitertrug, für Herrn Orlow zum Beispiel. Das war dann praktisch eine regelmäßige Aufgabe des Präsidenten. Aber mir schien, daß man das nicht allein auf dem Präsidenten lasten lassen darf.

Es war vermutlich nicht unproblematisch.

Man mußte vorsichtig sein, das ist völlig klar. Der Präsident der Akademie der Wissenschaften, der war für uns immer unser Ansprechpartner, während umgekehrt ... es gab ja eigentlich keine deutsche Akademie. Es gibt ja immer noch keine deutsche Akademie. Und deswegen war für die Physiker die DPG ein Gremium, das eine gewisse Autorität hatte, etwas zu machen.

„Damals sind wir um zwei Jahre jünger geworden“

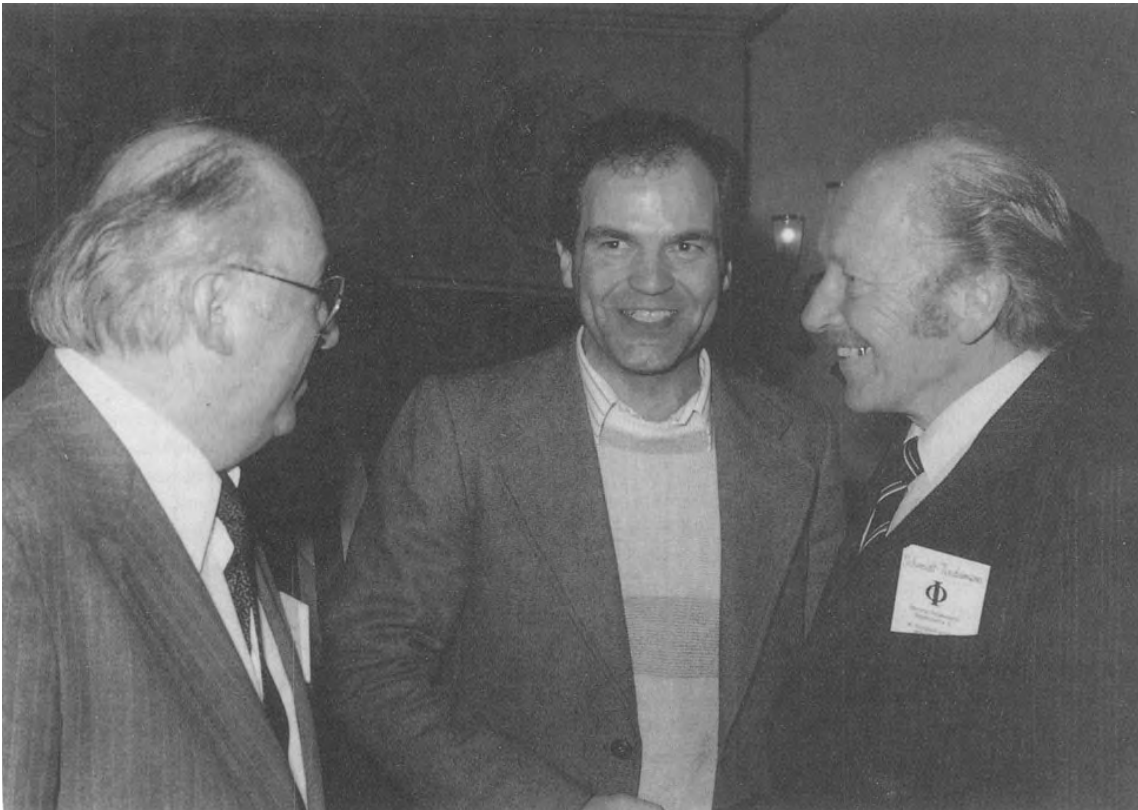
Joachim Treusch (1984 – 1986)

Ihr Vorgänger, Herr Schmidt-Tiedemann, hat in einem Überblick die Zeit von 1979 bis 1986 zu einer Periode zusammengefaßt. Sehen Sie das auch so?

Ich habe das Gefühl, daß diese drei Präsidentschaften aus gutem Grund eine zusammengehörige Trias bilden. Herr Rollnik hat mit Mühe die Knochenarbeit zu Beginn gemacht, mit allen Schwierigkeiten, die da auch drin waren. Herr Schmidt-Tiedemann hat dann in der Tat die Öffnung nach außen probiert, indem er Leute wie Frau Noelle-Neumann oder Herrn Mittelstraß zum Tag der DPG eingeladen hat und auch seine eigenen Vorträge nicht nur als Rechenschaftsberichte sondern als philosophisch untermauerte Statements angelegt hat. Und ich konnte mich dann, glaube ich, was die Demokratisierung angeht, so ein bißchen ins gemachte Bett setzen. Ich hatte sicher den Riesenvorteil, daß ich acht Jahre Vorlauf in den Fachausschüssen hatte, in den großen. Ich habe ja Hinz und Kunz gekannt, und die 500 Briefe, die Herr Schmidt-Tiedemann da anspricht, die stimmen tatsächlich.

Die haben Sie wirklich geschrieben?

Natürlich nicht alle handschriftlich, aber alle handschriftlich adressiert und alle handschriftlich mit einer Fußnote in dem



Auf der Tagung: Drei Präsidenten (H. Rollnik, J. Treusch und K. J. Schmidt-Tiedemann) und die junge Generation.



Sinne: „Wir kennen uns lange genug, von Ihnen erwarte ich besonders starke Resonanz.“ Sie haben mit Sicherheit auch so etwas bekommen.

Das waren Werbebriefe für den Beitritt zur DPG.

Ja, ich habe mir aus der Kartei die Lehrstuhlinhaber und C3-Leute im Alter zwischen 30 und 55 ausdrucken lassen. Erst die ganze Liste und dann habe ich 300 herausgesucht, die ich persönlich kenne, Leute, von denen ich mit Fug und Recht sagen kann: Wenn ich schreibe „Lieber Herr Soundso“, finden die das normal. Und denen habe ich geschrieben, es erschiene mir wichtig, daß sie ihren eigenen Diplomanden und Doktoranden einmal in einer Spezialaktion sagten, wie wichtig es sei, in die DPG zu gehen. Wir haben damals in Dortmund in einem halben Jahr 60 Beitritte gehabt.

Das heißt, Sie haben auch verfolgt, ob das funktioniert hat, und Sie konnten eine Korrelation feststellen?

Ja, natürlich. Normalerweise gab es die Beitritte zu den Frühjahrstagungen wegen der Reisekosten, so wie es jetzt immer noch ist. Und da gab es also einen massiven Beitrittsschub im Dezember, Januar, Februar. Auf die ersten 300 Briefe gab es etwa 1000 und auf die zweiten 200 gab es nochmal etwa 800 Beitritte. Das war eine ganz andere Sorte Briefe, da habe ich den Amtsträgern der DPG geschrieben, sie möchten doch einmal in ihrem Umfeld gucken: viele Leute sähen so aus, als wären sie in der DPG und sind es gar nicht. Da war die schönste Antwort, die ich bekam, von Herrn Lehmann aus Hamburg, der lange Zeit Max-Planck-Preis-Vorsitzender war. Harry Lehmann schrieb mir: „Vielen Dank für den netten Brief. Sie haben mich genau richtig erwischt, ich bin nämlich selber nicht in der DPG. Ich trete aber jetzt bei ...“

Das ist der Bereich der Hochschule, aber wie war es mit der Industrie?

Also, wir haben oft diskutiert, wie können wir den Anteil der Industrie an der DPG erhöhen? Ich bin herumgefahren, ich habe bei Siemens zum Beispiel mal einen Vortrag gehalten und um die DPG-Mitgliedschaft geworben. Dabei haben wir festgestellt, das nützt wenig, denn wenn einer erstmal in der Industrie ist, hat er andere Interessen. Die einzige Möglichkeit ist: er muß als Student reingehen, dann bleibt er.

Wir hatten zwei Industrieabende, jeweils am Tag der Festsitzung. In München 1985 war es eine große Veranstaltung mit Herrn Beckurts und mir als Leiter, da waren schätzungsweise 80 führende Industrielleute aus dem bayerischen Umkreis. Das ist dann später wieder eingeschlafen, aber immerhin, es lief damals.

Welche anderen Ereignisse gab es in dieser Zeit?

Als positive Entwicklung, für die ich überhaupt nicht verantwortlich bin, die ich aber erlebt habe, würde ich die Physikalischen Blätter sehen. Also das fing mit Herrn Rollnik an. Das erste Heft im großen blauen Format erschien 1980 in seiner Amtszeit. Und Herr Dreisigacker ist auch in der Zeit angestellt worden. Das war aus meiner Sicht einfach ein Glücksgriff. Denn die Physikalischen Blätter sind jetzt absolut konkurrenz-

fähig mit Physics Today und besser als das englische und besser als das französische Journal, das ist keine Frage für mich. Vielleicht technisch sind die Amerikaner manchmal ein bißchen besser, aber sonst ... Was meine Amtszeit betrifft: es ist damals gelungen, das Physikzentrum im Haushalt des Landes Nordrhein-Westfalen fest zu verankern. Das war natürlich sehr wichtig. Ich will nicht sagen, das sei mein Verdienst, der wesentliche Name ist hier ohne Zweifel Methfessel, aber ich kannte das Ministerium auch ganz gut.

Als Präsident sind Sie sicher noch in andere Zirkel gekommen. Was war da Ihr Eindruck?

Also, Zirkel ist vielleicht nicht ganz das richtige Wort. So viele Zirkel gibt es gar nicht, wo Sie als DPG-Präsident dabei sind. Aber ich wurde eingeladen zur Rektorenkonferenz, zur DFG-Jahrestagung, zu Akademien und all diesen Dingen. Sie kriegen, oder ich habe es damals bekommen, auf relativ dichte Weise ein Gefühl dafür, wie die deutsche Wissenschaftslandschaft so vernetzt ist. Man riecht ein bißchen das Klima: Wie machen es die Chemiker? Warum sieht eine Festversammlung bei der Chemie so anders aus als bei uns? Direkt in der Aktion als Präsident bewirkt habe ich damals vielleicht weniger als in vielen Gesprächen und Diskussionen. Ich meine, wir haben uns immerhin mit den Meteorologen wieder versöhnt, nach den Differenzen wegen der Klimastudie. Der ganze Vorstand ist zur Jahrestagung der Meteorologen gefahren, und dann ist alles wieder glattgerückt worden. Und natürlich habe ich diesen oder jenen Festvortrag als DPG-Präsident bei einer anderen Gesellschaft gehalten ...

Wie würden Sie, auch im Vergleich, die DPG als Organisation eigentlich kennzeichnen?

Also, es war ja der Vorwurf der Industriephysiker, daß sie ihnen nichts nutzt, weil sie nicht ein Verband ist, der z. B. für Gehälter kämpft, sondern eine viel zu sehr wissenschaftliche Gesellschaft. Ich habe damals – es war die Diskussion bei dem Siemens-Vortrag – an der Stelle eigentlich eher gepaßt. Ich halte dafür, daß die DPG ihr Zentrum als wissenschaftliche Gesellschaft hat, das heißt, die eigentliche raison d'être sind aus meiner Sicht die Frühjahrstagungen. Das Zweite ist das Selbstverständnis der Physiker, miteinander reden zu können, ein gemeinsames Forum zu haben und eine deutliche Außensichtbarkeit zu haben, wie sie in unseren Memoranden und auch am Tag der DPG sehr deutlich wird. Den halte ich für eine extrem gut gelungene Veranstaltung.

Dort wird ja hin und wieder auch ein Preis verliehen, das begann zu Ihrer Zeit ...

Ja, das ist auch nicht unwichtig: die Medaille für naturwissenschaftliche Publizistik ist damals ins Leben gerufen worden und 1985 auch das erste Mal verliehen worden, an Herrn Queisser. Das andere war der Gentner-Kastler-Preis, den ersten habe ich verliehen – an einen Franzosen, 1986 in Heidelberg. Die Heidelberger Tagung war überhaupt, was die Preise anging, aus meiner Sicht das Top-Ereignis. Heinz Maier-Leibnitz erhielt den Otto-Hahn-Preis, der kommt ja nur alle 10 Jahre, dann Martin Wagenschein den Didaktikpreis, dazu die erste Verleihung des Gentner-Kastler-Preises und die Verleihung der Max-Planck-



Bei der Festsitzung: Der erste Gentner-Kastler-Preis geht 1986 an Edouard Brézin, Paris.



Im kleinen Kreis: Tag der DPG 1991 im Physikzentrum Bad Honnef.

Medaille an den Heidelberger Franz Wegner. Also, ich muß sagen, das Preise-Verleihen fand ich eine extrem wichtige Sache für die DPG, obwohl manche Leute jetzt ein bißchen die Inflation beklagen.

Wagenschein ist kurz danach gestorben, das hat wenig Auswirkungen gehabt.

Bei Wagenschein war es aus meiner Sicht die verspätete Ehrung eines Außenseiters, der sie inhaltlich aber lange verdient hatte. So habe ich es empfunden, und so hat es mich auch sehr bewegt, wie der eigentlich hochgewachsene, von seinen neunzig Jahren gebeugte alte Herr da neben mir stand und von der Rührung fast übermannt wurde. Das war schon etwas Besonderes. Ich habe auch damals – das hat sich nach meiner Zeit geändert – die Preisverleihungen immer zum Schluß gehabt, weil ich dachte, die Preisverleihung ist so eindeutig der Höhepunkt, daß das an den Schluß gehört. Das ist dann geändert worden, damit die Leute beim Preisverleihen nicht weglaufen. Ich habe da volles Verständnis dafür. Aber das ist eine ein kleines bißchen andere Philosophie.

„Als Physiker fragen, was bei dem Ganzen herauskommt“

Joachim Trümper (1986 – 1988)

Herr Trümper, hatten Sie eine Vorstellung, was Sie in dem Amt tun wollten?

Also ein großer Regelungs- oder Neuerungsbedarf war in meinen Augen nicht vorhanden. Und es ist ja in den letzten zehn Jahren in dieser Hinsicht auch nicht so sehr viel passiert. Hinsichtlich der Strukturen, des Funktionierens der DPG hat sich eigentlich nicht viel geändert. Die Themen, mit denen wir uns dann beschäftigt haben, die sind einfach aufgetaucht. Eines war das Klimaproblem, das Anfang der 80er Jahre unter Herrn Rollnik schon mal in der DPG virulent war. Wir haben das Thema wieder aufgenommen, weil es uns wichtig und dringend erschien. Und ich glaube, es war gut, daß wir uns damals mit der Deutschen Meteorologischen Gesellschaft zusammengetan haben, also mit einer ebenfalls zuständigen Fachgesellschaft, auch um dem politischen Vorwurf zu entgehen, daß wir uns als Amateure auf einem Gebiet tummeln, von dem wir eigentlich nichts verstehen. Das hat dazu beigetragen, daß die Klimaresolution der DPG, die wir zu meiner Amtszeit verabschiedet haben und die von Herrn Heinloth und dem Arbeitskreis Energie vorbereitet wurde, eine ziemlich große Wirkung gehabt hat. Auf der anderen Seite war inzwischen auch, glaube ich, das öffentliche Bewußtsein stärker vorbereitet für die Argumente ...

Ist es auch Ihr Eindruck gewesen, daß durch die Mitarbeit der Meteorologen die Sache mehr Hand und Fuß hatte?

Die Argumente sind ja primär physikalischer Natur, und deswegen haben sich die Physiker auch immer berechtigt gefühlt, zu dem Thema etwas zu sagen. Wenn man den Absorptions-, den Rückhaltekoeffizienten für die Energieabstrahlung in den Weltraum vergrößert, dann muß irgend etwas mit dem Klima passieren. Das war den Physikern klar, aber ein Problem bei der Argu-

mentation im politischen Raum war, daß den Physikern das nicht abgenommen wurde.

Seitdem sind wieder sechs Jahre vergangen. Haben Sie den Eindruck, daß das inzwischen ganz verpufft ist?

Nein, ich glaube, das hat sehr große Auswirkungen gerade bei uns in der Bundesrepublik gehabt. Es ist ja dann die Enquête-Kommission des Bundestages gebildet worden, in der auch die DPG mitgewirkt hat. Die Diskussion hat eigentlich doch in wesentlicher Weise die offizielle Politik in Deutschland bestimmt, wobei natürlich aufgrund der wirtschaftlichen Randbedingungen keine Wunder zu erwarten sind. Man kann ein solches System nicht so schnell umsteuern, und es wird auch jetzt Schwierigkeiten geben – das deutet sich ja schon an.

Nun gab es noch andere Dinge, die in dieser Zeit passiert sind ...

Es gab andere Dinge. Es gab den schrecklichen Mord an Beckurts. Beckurts sollte ja mein Nachfolger werden. Das war ein großer Schlag für uns alle, das hat auch mich sehr getroffen. Ich hatte wenige Wochen zuvor noch mit ihm gesprochen. Er war schon inoffiziell gefragt worden, und er hatte auch schon zu erkennen gegeben, daß er das machen würde. Und dann kam dieser furchtbare Anschlag ...

Eine andere dramatische Entwicklung war das Reaktor-Unglück in Tschernobyl, das uns Physiker natürlich enorm beschäftigt hat. Auch im Zusammenhang mit dem allgemeinen Energieproblem.

Können Sie sich erinnern, wie die DPG oder sagen wir mal der Vorstand, die Gremien darauf reagiert haben?

Also, eine unmittelbare Reaktion war, daß wir uns darüber Gedanken gemacht haben, wie eigentlich unsere einschlägigen Gremien arbeiten. Und ich mußte dabei feststellen, daß der Fachausschuß Strahlenschutz praktisch eingeschlafen war. Der stand zwar noch auf dem Papier, war aber schon seit Jahren nicht mehr aktiv gewesen. Und darum habe ich mich dann selber sehr gekümmert und habe mich mit den Strahlenschützern in der Bundesrepublik zusammengesetzt, und zwar nicht nur mit denen, die noch in der DPG vorhanden waren, sondern auch mit den anderen Verbänden, den medizinischen und Röntgenverbänden. Und wir haben dann in Herrn Paretzke einen aktiven, neuen Leiter gefunden.

Haben Sie das Gefühl, daß das ein Peak war, der dann aber wieder abgeklungen ist?

Ehrlich gesagt, ich habe nicht verfolgt, wie das jetzt in den letzten drei Jahren auf den Tagungen gelaufen ist. Das kann schon sein. Dieses Tschernobyl-Ereignis ist ja aufgrund der enormen Resonanz in der Öffentlichkeit dazu angetan gewesen, alle Leute zu alarmieren und auf die Barrikaden zu bringen, und daß dann ein solcher Mobilisierungseffekt nicht lange anhält, das ist auch plausibel.

Aber man kann sagen, daß es die Physiker so ein bißchen auf dem linken Bein erwischt hat?

Das hat die Physiker auf dem linken Bein erwischt, ja.

Es gab noch ein anderes politisches Thema, das damals sehr virulent war, nämlich SDI. Und wir haben uns einfach im Sinne einer sachlichen Diskussion mit diesem Thema befaßt. Ich glaube, die Mehrheit der Physiker hielt die Vorstellungen, die in der großen Politik in den USA kultiviert wurden, für gefährlich und auch für überkandidelt im technisch-physikalischen Sinn. Wir haben dann versucht, über Seminare zu einer sachlichen Diskussion zu kommen. Wir hatten ein Seminar über SDI-Fragen in Bad Honnef, das sehr gut besucht war und das, denke ich, – jedenfalls unter den Physikern – zur Meinungsfindung beigetragen hat. Das ist nun ein Thema, das inzwischen völlig aus der Diskussion verschwunden ist, weil es damals künstlich aus politischen Gründen gepusht wurde, wahrscheinlich auch aus militärisch-wirtschaftlichen Gründen. Ich glaube auch, daß die Physiker sich mit Recht darüber aufgeregt haben.

Wobei, glaube ich, der Anstoß für diese Seminare von den jüngeren Mitgliedern kam.

Ja. Die Fragen kamen von unten. Wir haben das später am Ende meiner Amtszeit noch einmal gehabt, als ich Vizepräsident war. Da kam das Thema „Atomteststop“ auf. Und wir haben uns mit den jungen Leuten zusammengesetzt und gemeinsam überlegt, was man in der Richtung machen könnte. Unsere Aktivitäten sind natürlich in irgendeiner Weise ein Spiegelbild dessen, was sich im politischen und öffentlichen Raum abspielt. Die damalige Bedrohung scheint jetzt verschwunden zu sein, obwohl sie ja gar nicht echt verschwunden ist sondern nur eine andere Richtung genommen hat, nicht? Im Grunde gäbe es heute genauso Anlaß, sich mit diesen Fragen zu befassen. Jetzt ginge es wohl darum, wie man auch unter turbulenten politischen Umständen eine wirkungsvolle Kontrolle behält.

Ich glaube, es ist ein großes Problem für Fachverbände wie die DPG, für die Behandlung von latenten Gefahren das notwendige Engagement aufzubringen. Es sind ja alles aktive Leute, die im Berufsleben stehen, die sich um diese Dinge kümmern müssen. Die müssen dann einen beträchtlichen Teil ihrer Zeit opfern für Dinge, die zunächst einmal nur eine indirekte Wirkung haben.

Dann gab es etwas anderes, nämlich dieses Problem bemannte Weltraumfahrt und Materialforschung im Weltraum, wo auch Seminare stattgefunden haben.

Das war für mich persönlich eine sehr interessante aber auch sehr schwierige Situation, weil ich ja selbst Weltraumforscher bin. Ausgangspunkt war aus meiner Sicht, daß man damals vor sechs, sieben Jahren glaubte, diese enormen Aufwendungen für die bemannte Raumfahrt durch die erzielbaren Ergebnisse im Bereich der Festkörperphysik und Materialforschung rechtfertigen zu können. Unter den Physikern bestand ein ziemliches Unbehagen über diese Argumentationslage. Was wir damals gemacht haben – in einer Reihe von Veranstaltungen, auch mit unserer Resolution – war, nochmals zu versuchen, diesen Schleier wegzuziehen, die Aufwendungen für Spacelab, Hermes und Columbus mit den erwarteten Ergebnissen zu vergleichen ...

Woher kam der Anstoß?

Der kam aus Kreisen der Materialforscher. Und es ist eigentlich dabei herausgekommen, daß die Begründungen aus der Physik

und aus der Materialforschung nicht die Hoffnung rechtfertigen, daß sich das mal rechnen könnte. Ich bin nach wie vor der Meinung, daß man Weltraumexperimente viel günstiger und objektiver mit den Mitteln der Robotik macht und daß die Robotik, die im Weltraum eingesetzt wird, auch in hervorragender Weise dazu angetan ist, Impulse – technologische Impulse – zu liefern. Und ich glaube, bei der ganzen Geschichte ist herausgekommen, daß eigentlich die bemannte Weltraumfahrt primär eine politische und eine wirtschaftspolitische Angelegenheit ist, daß es darum geht, eine bestimmte Industrie zu pushen, gewiß eine Hochtechnologie-Industrie, aber mit ungewissem Ausgang, was die wirtschaftlichen Folgen anbetrifft. Ich glaube, wir haben mit unserer Stellungnahme damals sehr viel Aufmerksamkeit erregt. Ich habe das gespürt, wir haben uns im politischen Raum damals etliche Feinde gemacht. Man hat eingesehen, daß unsere Argumente richtig sind, aber man war aus außen- und wirtschaftspolitischen Gründen gezwungen, den Kurs weiterzuführen. Erst die großen politischen Umwälzungen der letzten Jahre haben es ermöglicht, unter Einbeziehung der Russen zu weniger aufwendigen Konzepten zu finden. Genau das haben wir damals gefordert.

Sie waren in gewisser Weise gerade der richtige Mann, denn Sie haben auf dem Gebiet selbst gearbeitet.

Ja, das hat vielleicht einen Einfluß gehabt. Wobei es am Ende so war, daß unsere Aktivisten in der DPG alles sehr viel schärfer formulieren wollten. Dem bin ich entgegengetreten und so ist eine ausgewogene Erklärung entstanden. Wir haben deshalb auch nicht der Bundesregierung empfohlen, die Beteiligung an Hermes und Columbus einzustellen, sondern wir haben empfohlen, von vereinbarten Rücktrittsrechten Gebrauch zu machen. Trotzdem ist natürlich das Ganze als ein Angriff auf die Regierungs- und Wirtschaftspolitik angesehen worden.

Zu Ihrer Zeit sind Abkommen mit Polen und Bulgarien in Kraft getreten. Sehen Sie das im Rückblick als etwas Wichtiges an?

Unter den damaligen Verhältnissen waren das wichtige Abkommen. Wichtig für die Kollegen, aber auch wichtig für uns. Wir hätten uns damals gewünscht, auch mit der DDR in Kontakt zu kommen. Aber da war es besonders schwierig.

Was haben Sie gemacht hinsichtlich der DDR?

Auf der Physikertagung 1987 in Berlin – das war meine erste als Präsident – hatte ich in meiner Rede auch bemerkt, daß es doch eigentlich anachronistisch wäre, daß wir hier in Berlin auf einer Insel sitzen und mit den Physikern in der DDR nicht wechselwirken können. Und hatte gesagt, wenn jetzt schon die Militärs miteinander reden – und die fingen ja schon an, sich gegenseitig beim Manöver zu besuchen – dann müßten solche Kontakte für die Physiker eigentlich erst recht möglich sein. Auf der Tagung war der Herr Hommel, der Sekretär der PG, zugegen, aber nicht als offizieller Gast. Wir haben dann mit ihm gesprochen.

Was kam heraus?

Es kam dabei nicht viel heraus, und zwar einfach deswegen, weil die DDR bis zum Schluß an ihrer Abgrenzungspolitik fest-

gehalten hat. Und ich weiß nicht, was bei diesem Besuch dahinterstand. Wir sind ja an diese Dinge immer als Amateure herangegangen. Die andere Seite war sehr stark durch die Politik gesteuert, während wir eben ein eingetragener Verein waren.

Und dies war praktisch das Einzige, was in Ihrer Amtszeit an Kontakten mit der DDR stattgefunden hat?

Ja. Ich habe mich zu der Zeit und auch früher persönlich sehr stark darum bemüht, wissenschaftliche Kontakte mit den Kollegen drüben zu haben, und ich weiß, wie schwierig das war. In Ost-Berlin gab es ein Akademie-Institut für Kosmosforschung, in gewisser Weise unser Pendant in der DDR. Im Jahre 1986 oder 1987 habe ich dem damaligen Leiter vorgeschlagen, daß ich sein Institut mal besuche und einen Vortrag darüber halte, was wir so machen. Ich kannte nämlich einige Kollegen aus dem Institut von meinen Besuchen in Moskau. Die arbeiteten mit den Russen zusammen und wir arbeiteten mit den Russen an denselben Projekten. Ich hatte im Frühjahr geschrieben und wollte im Herbst kommen. Und dann bekam ich zwei Tage vor meiner Reise vom Institutsdirektor einen Brief: Er hätte meinen Brief gerade erst erhalten. Es wäre leider nicht möglich, in so kurzer Zeit die Formalitäten zu erledigen ... Ich bin dann wenige Wochen vor der Öffnung der Mauer dort gewesen, und das war dann allerdings ein sehr großes Erlebnis. Es war in der turbulenten Zeit, als es da drüben schon enorm gähte. Ich habe einen Fachvortrag gehalten, aber die anschließende Diskussion war rein politisch und sehr lang.

Wenn Sie zurückdenken an Ihre Amtszeit ...

Also, ich möchte sagen, es ist für mich eine anstrengende, aber auch eine sehr schöne Zeit gewesen. Ich habe dabei sehr viele Leute kennengelernt. Ich habe viel gelernt. Es war eine Zeit, in der die DPG enorm gewachsen ist. Das lag an den Umständen und auch an der guten Struktur, die viel früher entstanden ist. Es war die Zeit, als wir einen Nobelpreis nach dem anderen bekamen. (lacht) Zu jeder Physikertagung konnten wir einen Nobelpreisträger einladen, einen frisch gebackenen. Aber das für mich interessanteste, bewegendste, aufwühlendste Ereignis hat eigentlich nach meiner Amtszeit stattgefunden, am Ende meiner Vizepräsidententätigkeit, als es zur Vereinigung der Physiker kam. Diese Wiedervereinigungstagung 1990 hier in München, die wird uns allen in tiefer Erinnerung bleiben. Und ich glaube, das haben wir Physiker eigentlich ganz gut gemacht. Das lag natürlich vor allem auch an den Kollegen auf der anderen Seite, Röpke, Berg und den anderen. Für mich ist das das wichtigste Ereignis gewesen. Wir haben ja gewußt, daß wir uns hinsichtlich der Organisation und der Rahmenbedingungen enorm auseinandergelebt hatten, aber auf der anderen Seite war dann sofort ein herzliches Einvernehmen da, auf der persönlichen Ebene. Ich bin ein bißchen besorgt, denn aus dem Überschwang der Emotionen ist inzwischen eine ziemliche Ernüchterung geworden. Ich habe viel drüben zu tun, und ich weiß, wie schwer es die Kollegen dort haben.

Könnten Sie sich vorstellen, daß die DPG in dieser Übergangsperiode, als die Institute im Osten alle umstrukturiert wurden, eine größere Rolle hätte spielen sollen?

Ich glaube, da wäre die DPG überfordert gewesen.

Als im Jahre 1989 die Mauer fiel, stand auch die DPG vor der Frage, wie und mit wem sie die nun möglichen Kontakte knüpfen wollte. Maßnahmen im eigenen Bereich waren nicht schwierig und wurden fast umgehend getroffen. So beschloß der Vorstandsrat im November einstimmig u. a. die Unterstützung ostdeutscher Besucher auf den nächsten Frühjahrstagungen. Kurze Zeit später wurden die Physikalischen Blätter in größerer Zahl den Physik-Instituten in der DDR angeboten, was auf große Resonanz stieß. Mit diesen Aktivitäten war die DPG anderen vergleichbaren Organisationen voraus. Auf der offiziellen Ebene, gegenüber der Physikalischen Gesellschaft (PG) der DDR wartete sie noch ab, hier war der Weg zunächst noch nicht klar. Eine Einladung zur Jahrestagung der PG traf Ende Dezember 1989 ein, und eine kleine Delegation fuhr Anfang Februar 1990 gespannt nach Leipzig. Das Angebot lautete, mit Rat und Tat zu helfen, soweit es gewünscht wird, ohne sich aufzudrängen. Die Veränderungen in der PG führten jedoch rasch zu weitaus engeren Beziehungen und zum Zusammenschluß beider Gesellschaften am 20. November 1990. In dieser Periode waren Gerd Röpke Vorsitzender der Physikalischen Gesellschaft und Gunnar Berg einer seiner Stellvertreter.

„Uns kam es darauf an, daß wir es mit den Mitgliedern gemeinsam machen“

Gerd Röpke und Gunnar Berg (1990)

Röpke: Für den Zeitabschnitt von Februar bis November 1990 war besonders wichtig die Wahl des Vorstandes der Physikalischen Gesellschaft auf der Jahreshaupttagung in Leipzig sowie die Frage, wie man einen Neubeginn machen kann. Die Wahl ging ja so aus, daß keiner von den bisherigen Mitgliedern des Vorstandes gewählt wurde. Das erleichterte den Neubeginn, man konnte mit einem Kollegenkreis arbeiten, aus dem keiner dem alten System verpflichtet war. Natürlich ging es zunächst darum, wie man diesen Prozeß gestaltet, wie man die alten Führungsstrukturen ablöst – das ist ja nicht ganz einfach. Es war zunächst auch nicht ganz klar, was das Ziel einer Erneuerung sein würde. Wichtig war es, die Mitglieder in diese Umstrukturierung einzubeziehen. Man mußte auch Vorbehalte abbauen, es gab durchaus viele Vorbehalte. Man mußte mehrfach Abstimmungen durchführen mit der gesamten Mitgliedschaft. Und dann war es schließlich auch ein Problem, wie man die Vereinigung mit der DPG vorbereitet. Mir persönlich war schon klar, daß man dies anstreben muß, aber es gab durchaus auch andere Meinungen und sehr viele Einwände und Bedenken dagegen.

Wie hat es eigentlich angefangen? Was ist die Vorgeschichte zu dieser Wahl in Leipzig?

Röpke: Solche Vorstandswahlen sind laut Statut jährlich vorgesehen gewesen, und es wurde so verfahren, daß im wesentlichen der bestehende Vorstand die Kandidaten zusammenstellte. Es war eine Kandidatenliste, und diese wurde dann der Mitgliederversammlung vorgestellt ...

Berg: ... und offen abgestimmt

Röpke: Offen und en bloc abgestimmt. Es sollte im Februar

wieder genauso laufen. Das führte aber in Leipzig zu einem großen Protest, denn inzwischen hatte sich die Meinung durchgesetzt, daß man jetzt ganz bewußt demokratisch wählen sollte. Die Mitgliederversammlung hat verlangt, daß man eine Wahl mit mehreren Kandidaten durchführen sollte, und diese Wahl sollte auch geheim stattfinden.

Berg: Und dann war die Forderung, daß neue Kandidaten genannt werden können. Es war, glaube ich, ein bißchen Zufall, das hat keiner in diesem Moment irgendwie steuern können, daß genauso viele neue Kandidaten genannt worden sind wie Sitze waren, acht Vorstandsmitglieder. Und es sind genau diese acht gewählt worden.

Aber gab es irgendwelche Vorgespräche, bevor Sie zu dieser Tagung hingefahren sind?

Berg: Also ich kenne keine.

Röpke: Doch, am Abend davor saß ich mit den Kollegen Eschrig, Kobe und Zimmermann zusammen, und es wurde vorgeschlagen, daß wir einen Antrag stellen zu dem Buch von Stiller, welches ja deutlich die Verstrickung der Physikalischen Gesellschaft der DDR mit der Staatssicherheit darstellte. Das war eines der Hauptthemen.

Sie haben gesagt, es mußten die alten Führungsstrukturen abgelöst werden, und es gab Vorbehalte.

Röpke: Ja, die Physik wurde im wesentlichen von der Akademie betreut und damit ihr Kurs von deren führenden Mitgliedern

bestimmt. Es gab so durchaus die Situation, daß einige sich abspalten wollten. Also eine eigene Gruppe gründen wollten, sagen wir mal einen Regionalverband Ost oder eine Physikalische Gesellschaft mit Zusatz PDS oder etwas ähnliches, weil man in diesen Reihen nicht damit einverstanden war, daß nun die früheren Leute nicht mehr das Sagen hatten. Das andere war, daß man Vorbehalte gegen den Westen hatte, man sollte eben auch die Erfolge der DDR-Physiker herausstellen und mehr einen eigenständigen Weg gehen. Die Konsequenz wäre gewesen, daß man eine Art Physikalische Gesellschaft Ost und Physikalische Gesellschaft West gehabt hätte, die sich irgendwie unter einem Dach vereinigen können, die aber eine gewisse Identität noch behalten. Es war etwas schwierig, die Sache hinzukriegen.

Aber dort, wo Sie nicht mit Funktionären zu tun hatten, gab es da auch innere Widerstände oder Vorbehalte?

Röpke: Also, es gab schon auch bei den Mitgliedern eine Reihe von Einwänden. Briefe, Stellungnahmen, die zeigten, daß es ein schwieriger Prozeß ist. Es ist klar, daß eine längere Tradition nicht von heute auf morgen einfach umzuändern ist. Es war nicht eine große, massive Gruppe, die sich da formierte, aber es war wichtig, daß man diese Vorbehalte auch ausräumte. Einzelne Personen sind natürlich demonstrativ ausgetreten. Aber eine größere Gruppe, das wäre nicht gut gewesen. Das hätten wir uns eigentlich nicht gewünscht.

Berg: Also meiner Meinung nach war bei allen, mit denen ich Kontakt hatte, der Wunsch, möglichst schnell zu einer Vereinigung mit der DPG zu kommen, eigentlich sehr groß.



Die Vereinigung wird besiegelt: Th. Mayer-Kuckuck und G. Röpke im Magnus-Haus, November 1990.

Röpke: Insgesamt war es für mich wichtig, daß nachher die Information zwischen Vorstand und Mitgliedern gut funktionierte. Selbst wenn wir bei Befragungen ein Ergebnis mit 90 % Zustimmung hatten, war es wichtig, daß das immer auch absolut gesehen die überwältigende Anzahl aller Mitglieder war. Insofern war es gut, daß wir über die Physikalischen Blätter dann einen guten Kontakt zu der ganzen Mitgliederschaft hatten...

Das war ja ein wesentliches Thema schon bei unserem ersten Gespräch damals in Leipzig – die Physikalischen Blätter zu erhalten und sie auch einzuschalten.

Röpke: Wir haben es mit sehr vielen Sitzungen und Beratungen auch geschafft, das Statut zu ändern und die weiteren Schritte zu tun, die dann die Zusammenführung der beiden Gesellschaften gestatteten. Fast wöchentlich kam der Vorstand zusammen. Und dann war die Frage: was können wir an positiven Traditionen mitnehmen? Das haben wir uns sehr genau überlegt. Es gab aus meiner Sicht vor allen Dingen einige Fachverbände, die wir neu einzubringen hatten und die meines Wissens gegen alle Bedenken auch ganz gut funktionieren. Wir haben uns um das Magnus-Haus bemüht, versucht, es von der Akademie wieder zurückzubekommen. Wir haben den Gustav-Hertz-Preis gut eingeführt, und wir haben versucht, die „Annalen der Physik“ weiterzuführen. Es ist auch klar gewesen, daß Statutenänderungen auch bei der DPG zu erfolgen hatten, auch das wurde mit vorbereitet und durchgeführt. Das lief in der DPG besser als in der großen Politik.

Wie war es beim Magnus-Haus?

Röpke: Wir hatten schon alle Verträge vorbereitet, alles, aber es gab dann im August eine Sperre für die Übertragung von Grundstücken, und dann lief das leider nicht mehr bis zur Vereinigung im November. Aber das war ein guter Start später für die Verhandlung mit dem Senat. Durch die Auflösung der Geschäftsstelle im Magnus-Haus entstanden natürlich auch persönliche Probleme für die Mitarbeiter. Das war für mich in der letzten Phase etwas belastend, selbst wenn es keine rationale Alternative gab und in jedem Einzelfall auch eine Perspektive angeboten werden konnte.

Sehen Sie etwas, was nicht so gut klappt, wie Sie es gedacht hatten?

Röpke: Es gibt Dinge, die nicht ganz so gut gelaufen sind wie wir es im Memorandum zur Vereinigung vorgesehen hatten. Vor allem ist das die Frage der Ostkontakte. Das ist aber nicht Verschulden der Physikalischen Gesellschaft sondern liegt in der allgemeinen Situation begründet, daß viele Kollegen die neuen Möglichkeiten genutzt und sich nach dem Westen orientiert haben. Die Verhältnisse in Osteuropa sind ja derzeit auch nicht besonders attraktiv. Trotzdem bedaure ich es, daß dadurch unsere Kenntnisse und Beziehungen nicht genügend eingebracht werden. Zweiter Punkt: Gewisse Dinge, die wir beim Unterricht und bei der Ausbildung hatten, sind vielleicht noch einmal genau anzusehen, angefangen von 12 Jahren Schule mit vollem Physikunterricht bis hin zu der Frage, wie man ein Studium gestaltet. Also besonders dieser intensive Kontakt zwischen Lehrenden und Studenten, was wir aufgrund der kleinen Studentenzahlen besser leisten konnten.

Berg: Ein anderer Punkt ist der Schülerpreis, der übernommen wurde, der sich aber noch nicht in dem Stadium befindet wie seinerzeit in der DDR. Er hat früher eine relativ große Rolle gespielt.

Noch einmal zu der Vereinigung. Sind Sie rückblickend zufrieden, wie es abgelaufen ist?

Röpke: Also ich persönlich habe es als einen sehr guten Umstand empfunden, daß als damaliger Präsident Herr Mayer-Kuckuk da war, mit sehr viel Einfühlungsvermögen. Da fanden wir immer Verständnis. Und ich muß auch sagen, daß die DPG-Geschäftsstelle sehr gut funktionierte und von Herrn Heinicke alle Probleme, die so anfielen, gut gemeistert worden sind. Aus meiner damaligen Sicht war das immer ein perfektes System – aus der Sicht eines Ostdeutschen.

Berg: Es gab wirklich sehr viele Wünsche, die wir eingebracht haben und die auch realisiert worden sind, eben auch, und das hat ja viel Aufwand bedeutet, daß die Mitglieder im Osten durch entsprechende Verfahren einbezogen worden sind. Wenn man es wirklich demokratisch machen will, kann ich es mir nicht besser vorstellen. Aber die Grundlage war das sehr gute persönliche Verhältnis zwischen den Mitgliedern der beiden Vorstände.

Und wenn Sie den Zustand jetzt nach vier Jahren betrachten?

Berg: Ich würde sagen: der Zustand in der DPG ist jetzt eigentlich so, daß es nicht mehr sinnvoll wäre, zwischen Ost und West zu unterscheiden. Wir sind eine Gesellschaft geworden, in der es natürlich unterschiedliche lokale Interessen gibt, und wie in jeder Gesellschaft soll man auch versuchen, diese zu artikulieren. Aber die Unterscheidung Ost und West ist mittlerweile unsinnig.

verwendete Abkürzungen

APS	American Physical Society
BMFT	Bundesministerium für Forschung und Technologie
DFG	Deutsche Forschungsgemeinschaft
EPS	European Physical Society

Bildnachweis

- S. 221 (oben): DPG-Archiv
- S. 221 (unten): Ch. Preker, Münster
- S. 225 (oben): Studio Wiegel, Münster
- S. 227 (oben): W. Brüchle, Darmstadt
- S. 227 (unten): G. Groote, Bad Honnef
- S. 231: M. Kischke, Berlin

Anmerkungen

Erläuterungen zu einigen Personen

K. H. Beckurts

Vorstandsmitglied der Siemens AG, starb am 9. 7. 1986 bei einem Anschlag von Terroristen

E. Brüche

Begründer der Physikalischen Blätter, Herausgeber 1943–72, †1985

E. Dreisigacker

Redakteur der Physikalischen Blätter seit Okt. 1981

G. Eilenberger

Verfasser des Beitrages „Festkörperphysik – quo vadis?“ Phys. Bl. 37, (1981) 69

P. Fulde

DPG-Vorstandsmitglied 1970–74, verantwortlich für die DPG-Studie von 1974 „Zum Angebot und Bedarf an Physikern in der Bundesrepublik Deutschland bis 1990“

R. Gremmelmaier

DPG-Vorstandsmitglied 1969–71 und 1982–86

W. Heinicke

Hauptgeschäftsführer der DPG 1972–85 und 1989–94

H. Matthöfer

Bundesminister für Forschung und Technologie 1974–78

S. Methfessel

DPG-Vorstandsmitglied 1971–75

J. Mittelstraß

Philosoph, beim Tag der DPG 1983

E. Noelle-Neumann

Meinungsforscherin, beim Tag der DPG 1984

J. Rembser

Schatzmeister der DPG 1977–85

K.-H. Riewe

Geschäftsführer der DPG 1963–72

W. Walcher

Vorsitzender des Verbandes Deutscher Physikalischer Gesellschaften 1959–61

Präsidenten der DPG seit 1963

1963–65 F. Bopp (U München) † 1987

1965–67 W. Finkelburg (Siemens), † 1967

1967–69 M. Kersten (PTB Braunschweig)

1969–71 K. Ganzhorn (IBM)

1971–73 W. Buckel (U Karlsruhe)

1973–75 O. Koch (Bayer)

1975–77 H. J. Queisser (MPI Stuttgart)

1977–79 H. Welker (Siemens), † 1981

1979–82 H. Rollnik (U Bonn)

1982–84 K. J. Schmidt-Tiedemann (Philips)

1984–86 J. Treusch (U Dortmund)

1986–88 J. Trümper (MPI Garching)

1988–90 O. G. Folberth (IBM)

1990–92 T. Mayer-Kuckuk (U Bonn)

1992–94 H. Schopper (CERN Genf)

1994– H. G. Danielmeyer (Siemens)

Andere Anmerkungen

Mitgliedsbeiträge

Sie betragen in den jeweiligen Kategorien im Jahr 1966 DM 5/25/35; im Jahr 1974 DM 11/66/88; im Jahr 1984 DM 19/39/98/140; derzeit sind es DM 21/43/110/165.

Poster

Die erste Posterveranstaltung fand bei der Frühjahrstagung 1977 in Münster statt

Preise

Einzelheiten zu den DPG-Preisen finden sich im Physik-Handbuch der DPG (1991)

SDI

Strategic Defense Initiative, von US-Präsident Reagan 1983 verkündetes Forschungsprogramm zur Raketenabwehr

Tagungen

Teilnehmerzahlen in einigen Jahren:

Herbsttagung 1963: 2100; 1966: 3100; 1969: 3000; 1974: 1000. Frühjahrstagungen 1969: 700; 1974: 3.300; 1984: 4.800; 1992: 10000.

Tschernobyl

Der Unfall in dem ukrainischen Atomkraftwerk ereignete sich am 25. 4. 1986

Einige Ereignisse im Überblick

1963 Neugründung der DPG, ca. 3500 Mitglieder

1968 Gründung der European Physical Society (EPS)

1970 DPG-Nachrichten erscheinen

Sommerschulkurse beginnen

1972 Einrichtung der Geschäftsstelle

6600 Mitglieder

1975 Gründung der Konferenz der Fachbereiche Physik

1976 Eröffnung des Physikzentrums

Beginn der Laborbesichtigungen

1977 Gründung der Physik-GmbH

Verlegung der Geschäftsstelle nach Bad Honnef

Physikalische Blätter werden Organ der DPG

1979 Gründung des Arbeitskreises Energie

1980 Erste DPG-Schule, erster Tag der DPG

1981 Neue Satzung, Vorstandsrat wird Parlament der DPG

1982 Gründung der „AG Menschenrechte“

1986 Physikzentrum in DPG-Trägerschaft

10 000 Mitglieder

1989 Förderprogramm der Heraeus-Stiftung für Tagungsbesuche

15 000 Mitglieder

1990 Vereinigung mit der Physikalischen Gesellschaft der DDR

1991 Neue Satzung

Neugestaltung der Physikalischen Blätter

Physik-Handbuch erscheint

20 000 Mitglieder

1992 Vertrag über die Nutzung des Magnus-Hauses

1994 Wiedereröffnung des Magnus-Hauses

27 000 Mitglieder

Für alle, die
Teilchen
nicht nur beim
Konditor suchen

Das Physikportal

pro-physik.de

Registrieren Sie sich jetzt auf

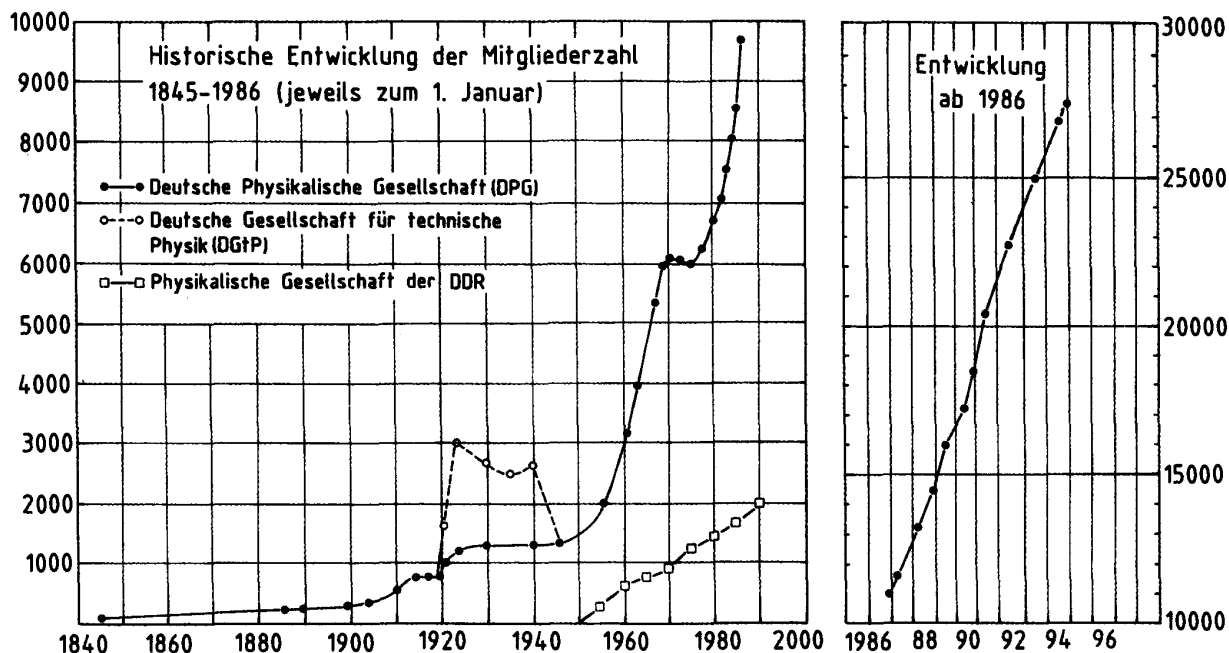
www.pro-physik.de/user/register

und folgen Sie uns auf Facebook und Twitter.

WILEY-VCH

Anhang

Mitgliederstatistik • Ehrenmitglieder • Vorsitzende und Präsidenten • Physikertagungen
Preisträger



Entwicklung der Mitgliederzahl der Physikalischen Gesellschaft(en) über 150 Jahre ihrer Geschichte

Ehrenmitglieder

1888	Emil du Bois-Reymond	1928	Max Planck	1948	Otto Hahn	1956	Erwin Madelung
1904	Georg Quincke	1932	Carl von Linde		Lise Meitner		Walter Schottky
1917	Emil Warburg	1937	Walther Nernst	1949	R. G. J. Fraser	1957	Alexander Meissner
1919	Eugen Goldstein		Max Wien	1951	Max von Laue	1963	Hermann Ebert
	Wilhelm C. Röntgen	1938	Gustav Mie		Carl Ramsauer	1977	Friedrich Hund
	Karl Scheel		Arnold Sommerfeld		Erich Regener	1984	Wilhelm H. Heraeus
1922	Orest Chwolson	1947	Hans Gerdien	1954	Max Born		Victor F. Weisskopf
1923	Carl Duisberg		Ludwig Prandtl		Louis de Broglie	1989	Heinz Maier-Leibnitz
	A. Voegler		Hermann von Siemens	1955	Walther Bothe		Wilhelm Walcher
1924	Carl F. von Siemens		Jonathan Zenneck		James Franck		
	R. Straubel				Walther Kossel		

Vorsitzende und Präsidenten

Physikalische Gesellschaft zu Berlin

1845 – 1847	Gustav Karsten
1847 – 1878	Emil du Bois-Reymond
1878 – 1895	Hermann von Helmholtz
1895 – 1897	Wilhelm von Bezold
1897 – 1899	Emil Warburg

Deutsche Physikalische Gesellschaft

1899 – 1905	Emil Warburg
1905 – 1906	Max Planck
1906	Paul Drude
1906 – 1907	Max Planck
1907 – 1908	Heinrich Rubens
1908 – 1909	Max Planck
1909 – 1910	Heinrich Rubens
1910 – 1912	Ferdinand Kurlbaum
1912 – 1914	Heinrich Rubens
1914 – 1915	Fritz Haber
1915 – 1916	Max Planck
1916 – 1918	Albert Einstein
1918 – 1919	Max Wien
1919 – 1929	Arnold Sommerfeld
1920 – 1922	Wilhelm Wien
1922 – 1924	F. Himstedt
1924 – 1925	Max Wien

1925 – 1927	Friedrich Paschen
1927 – 1929	H. Konen
1929 – 1931	Egon von Schweidler
1931 – 1933	Max von Laue
1933 – 1935	Karl Mey
1935 – 1937	Jonathan Zenneck
1937 – 1939	Peter Debye
1939 – 1940	Jonathan Zenneck
1940 – 1945	Carl Ramsauer

Deutsche Gesellschaft für Technische Physik

1920	Karl Mey
1920 – 1931	Georg Gehlhoff
1931 – 1945	Karl Mey

Verband Deutscher Physikalischer Gesellschaften

1950 – 1951	Jonathan Zenneck
1952 – 1953	Karl A. Wolf
1954	Richard Becker
1955	Karl A. Wolf
1956 – 1957	Walter Gerlach
1958 – 1959	Ferdinand Trendelenburg
1960 – 1961	Wilhelm Walcher
1962 – 1963	Konrad Ruthardt

Physikalische Gesellschaft (in) der DDR

1955 – 1967	Gustav Hertz (Sprecher)
1967 – 1975	Gustav Hertz (Ehrenvorsitzender)
1970 – 1988	Robert Rompe
1988 – 1990	Joachim Auth
1990	Gerd Röpke

Deutsche Physikalische Gesellschaft

1964 – 1965	Friedrich Bopp
1966 – 1967	Wolfgang Finkelburg
1968 – 1969	Martin Kersten
1970 – 1971	Karl Ganzhorn
1972 – 1973	Werner Buckel
1974 – 1975	Otto Koch
1976 – 1977	Hans-Joachim Queisser
1978 – 1979	Hans Welker
1980 – 1982	Horst Rollnik
1982 – 1984	Karl J. Schmidt-Tiedemann
1984 – 1986	Joachim Treusch
1986 – 1988	Joachim Trümper
1988 – 1990	Otto G. Folberth
1990 – 1992	Theo Mayer-Kuckuk
1992 – 1994	Herwig Schopper
1994 –	Hans Günter Danielmeyer

Physikertagungen

1920	Bad Nauheim	86. Naturforscherversammlung	1950	Bad Nauheim	15. Physikertagung	1974	Nürnberg	38. Physikertagung*
1921	Jena	1. Physikertagung	1951	Karlsruhe	16. Physikertagung	1975	München	39. Physikertagung* (mit ÖPG und SPG)
1922	Leipzig	87. Naturforscherversammlung	1952	Berlin	17. Physikertagung	1976	Bonn	40. Physikertagung* (mit IOP)
1923	Bonn	2. Physikertagung	1954	Hamburg	19. Physikertagung	1977	Karlsruhe	41. Physikertagung*
1924	Innsbruck	88. Naturforscherversammlung	1955	Wiesbaden	20. Physikertagung	1978	Berlin	42. Physikertagung*
1925	Danzig	3. Physikertagung	1956	München	21. Physikertagung*	1979	Ulm	43. Physikertagung* (mit ÖPG und SPG)
1926	Düsseldorf	89. Naturforscherversammlung	1957	Heidelberg	22. Physikertagung*	1980	Bielefeld	44. Physikertagung*
1927	Bad Kissingen	4. Physikertagung	1958	Essen	23. Physikertagung*	1981	Hamburg	45. Physikertagung* (mit SBP, DFS, NNV)
1928	Hamburg	90. Naturforscherversammlung	1959	Berlin	24. Physikertagung*	1982	Münster	46. Physikertagung* (mit NNV)
1929	Prag	5. Physikertagung	1960	Wiesbaden	25. Physikertagung*	1983	Regensburg	47. Physikertagung* (mit ÖPG, ÖGV, SGV)
1930	Königsberg	6. Physikertagung	1961	Wien	26. Physikertagung* (mit ÖPG)	1984	Münster	48. Physikertagung* (mit NNV, NEVAC, DKV)
1931	Bad Elster	7. Physikertagung	1962	Stuttgart	27. Physikertagung*	1985	München	49. Physikertagung*
1932	Bad Nauheim	8. Physikertagung	1963	Hamburg	28. Physikertagung*	1986	Heidelberg	50. Physikertagung*
1933	Würzburg	9. Physikertagung	1964	Düsseldorf	29. Physikertagung*	1987	Berlin	51. Physikertagung*
1934	Bad Pymont	10. Physikertagung	1965	Ffm.-Hoechst	30. Physikertagung*	1988	Karlsruhe	52. Physikertagung*
1935	Stuttgart	11. Physikertagung	1966	München	31. Physikertagung* (mit ÖPG)	1989	Bonn	53. Physikertagung*
1936	Bad Salzbrunn	12. Physikertagung	1967	Berlin	32. Physikertagung*	1990	München	54. Physikertagung*
1937	Bad Kreuznach	13. Physikertagung	1968	Karlsruhe	33. Physikertagung*	1991	Münster	55. Physikertagung*
1938	Baden-Baden	14. Physikertagung	1969	Salzburg	34. Physikertagung* (mit ÖPG und DGG)	1992	Berlin	57. Physikertagung*
1939	Marienbad	I. Physikertagung im Krieg (nur geplant)	1970	Hannover	35. Physikertagung*	1994	Hamburg	58. Physikertagung*
1940	Berlin	II. Physikertagung im Krieg, mit DGTP	1971	Essen	36. Physikertagung*	1995	Berlin	59. Physikertagung*
			1972	Wiesbaden	II. EPS-Konferenz*			
			1973	Hamburg	37. Physikertagung*			

* mit Physik- und Buchausstellung

Preisträger

Max-Planck-Medaille

1929	Max Planck
	Albert Einstein
1930	Niels Bohr
1931	Arnold Sommerfeld
1932	Max von Laue
1933	Werner Heisenberg
1934 – 1936	keine Verleihungen
1937	Erwin Schrödinger 1938
	Louis de Broglie
1939 – 1941	keine Verleihungen
1942	Pascual Jordan
1943	Friedrich Hund
1944	Walther Kossel
1945 – 1947	keine Verleihungen
1948	Max Born
1949	Otto Hahn
	Lise Meitner
1950	Peter Debye
1951	James Franck
	Gustav Hertz
1952	Paul A. M. Dirac
1953	Walther Bothe
1954	Enrico Fermi
1955	Hans Bethe
1956	Victor F. Weisskopf
1957	Carl-Friedrich v. Weizsäcker
1958	Wolfgang Pauli
1959	Oskar Klein
1960	Lev D. Landau
1961	Eugen P. Wigner
1962	Ralph Kronig
1963	Rudolf E. Peierls
1964	Samuel E. Goudsmit
	George E. Uhlenbeck
1965	keine Verleihung
1966	Gerhart Lüdgers
1967	Harry Lehmann
1968	Walter Heitler
1969	Freeman J. Dyson
1970	Rudolf Haag
1971	keine Verleihung
1972	Herbert Fröhlich
1973	Nikolai N. Bogoljubov
1974	Léon C. P. van Hove
1975	Gregor Wentzel
1976	Ernst C. G. Stueckelberg
1977	Walter E. Thirring
1978	Paul P. Ewald
1979	Markus Fierz
1980	keine Verleihung
1981	Kurt Symanzik
1982	Arwed Weidenmüller
1983	Nicholas Kemmer
1984	Res Jost
1985	Yoichiro Nambu
1986	Franz Wegner
1987	Julius Wess
1988	Valentine Bargmann
1989	Bruno Zumino
1990	Hermann Haken
1991	Wolfhart Zimmermann
1992	Elliott H. Lieb
1993	Kurt Binder
1994	Hans-Jürgen Borchers
1995	Siegfried Großmann

Physik-Preis ab 1993 Gustav-Hertz-Preis (Physik-Preis)

1942	Albert Kochendörfer
	Wilhelm Walcher
1943 – 1960	keine Verleihungen
1961	Ekkehart Kröner
1962	Gemot Gräff
1962	Siegfried Wilking
1963	Ernst Feldtkeller
	Ekkehard Fuchs
	Joachim Heintze
	Volker Soergel
1964	Josef Zähringer
1965	Ulrich Bonse
	Heinrich Deichsel
	Erwin Reichert
1966	keine Verleihung
1967	Wolfgang Pechhold
1968	Helmut Kronmüller
1969	Georg Alefeld
	Max Maier
1970	Heinz Burteindt
	Gerd Buschhorn
	Christoph Geweniger
	Peter Heide
	Ulrich Kötzt
	Rainer Kotthaus
	Raymond A. Lewis
	Peter Schmäser
	Hans-Jürgen Skronn
	Heinrich Wahl
	Konrad Wegener
	Werner Schmidt
1971	Rainer Haerten
1972	Gerold Müller
	Albert H. Walenta
1973	Dirk Offermann
1974	Albert Steyerl
	Dieter Haidt
1975	Werner Lauterborn
1976	Detlev Buchholz
1977	Gert-Rüdiger Strobl
	Dietrich Habs
1978	Volker Metag
	Helmut Möhwald
1979	Hans Reithler
	Paul Leiderer
1980	Klaas Bergmann
1981	Ulrich Heinzmann
	Wolfgang Hillebrandt
1982	Hans Volker Klapdor
	Gerd Binnig
1983	Sigurd Hofmann
1984	Gottfried Münzenberg
	Willibrord Reisdorf
	Karl-Heinz Schmidt
1985	Karsten Eggert
	Traudi Hansl-Kozanecka
	Hans Hoffmann
	Ernst Radermacher
	Thomas Weiland
1986	Wolfgang Ernst
1987	Jürgen Mlynek
	Alfred Petersen
1988	Henning Soltwisch
1989	keine Verleihung
1990	Wolfgang Schleich
1991	Manfred Opper
1992	Dieter Wintgen
1993	Markus Horst Donath
1994	Walter Metzner
1995	

Walter-Schottky-Preis

1973	Peter Ehrhart
1974	Andreas Otto
1975	Karl-Heinz Zschau
1976	Franz Wegner
1977	Siegfried Hunklinger
1978	Bernhard Authier
	Horst Fischer
1979	Heiner Müller-Krumbhaar
1980	Klaus Funke
1981	Klaus von Klitzing
1982	Volker Dohm
	Reinhard Folk
1983	Klaus Sattler
1984	Gottfried Döhler
1985	Werner Diehl
	Siegfried Dietrich
1986	Gerhard Abstreiter
1987	Bernd Ewen
	Dieter Richter
1988	Martin Stutzmann
1989	Ulrich Eckern
	Gerd Schön
	Wilhelm Zwerger
1990	Hermann Grabert
	Helmut Wipf
1991	Christian Thomsen
1992	Kurt Kremer
1993	Gertrud Zwicknagl
1994	Paul Müller
1995	Jochen Feldmann

Robert-Wichard-Pohl-Preis

1980	Roman Sexl
1981	Karl Hecht
1982	Wilfried Kuhn
1983 – 1986	keine Verleihung
1987	Johannes Bednorz
	Karl Alex Müller
1988	Hans-Herbert Gutbrod
	Reinhard Stock
1989	Wolfgang Paul
1990	Peter Toschek
1991	keine Verleihung
1992	Hans-Christoph Siegmann
1993	Bruno Lüthi
1994	Gustav Gerber
1995	Wolfgang Eisenmenger

Didaktik-Preis

1986	Martin Wagenschein
1989	Victor Weisskopf
1992	Gerd Koppelman

Publizistik-Medaille

1985	Hans-Joachim Queisser
1988	Robert Gerwin
1990	Jochen Fricke
1993	Joachim Bublath
1994	Harald Fritzsche

Max-Born-Preis
(gemeinsam mit Institute of Physics)

1973	Roger A. Cowley
1974	Walter Greiner
1975	Trevor S. Moss
1976	Hermann Haken
1977	Walter E. Spear
1978	Herbert Walther
1979	John B. Taylor
1980	Helmut Faissner
1981	Cyril Domb
1982	Wolfgang Kaiser
1983	Andrew Keller
1984	Amand Faessler
1985	George Isaak
1986	Josef Stuke
1987	Cyril Hilsun
1988	Peter Armbruster
1989	Robert Williams
1990	Ernst Göbel
1991	Gilbert Lonzarich
1992	Joachim Heintze
1993	David Colin Hanna
1994	Wolfgang Demtröder
1995	Michael H. Key

Gentner-Kastler-Preis
(gemeinsam mit Société Française)

1986	Edouard Brézin
1987	Ernst-Wilhelm Otten
1988	André Neveu
1989	Klaus Dransfeld
1990	Pierre Bergé
1991	Jörg Peter Kotthaus
1992	Jean-Marcel Rossat-Mignod
1993	Till Kirsten
1994	Michel Davier

Stern-Gerlach-Preis (Medaille)

1988	Erich Gerdau
1989	Manfred Faubel
1990	Horst Keller
1991	Dirk Dubbers
	Walter Mampe
1992	Wolfgang Krättschmer
1993	Klaus Winter
1994	Wolfgang Kaiser
1995	Joachim Trümper

Karl-Scheel-Preis
der Physikalischen Gesellschaft zu Berlin

1958	Gerhardt Hildebrandt
1959	Hans-Joachim Hamisch
	Arthur Tausend
1960	Herbert Schirmer
1961	Gerhard Simonsohn
1962	Wolfgang-Dieter Riecke
1963	Klaus Grohmann
1964	Günter Sauerbrey
1965	Gerd Koppelman
1966	Jürgen Geiger
	Klaus Möbius
	Reinhard Nink
	Werner Stickel
1967	Dieter Hofmann
	Friedrich Thon
1968	Gerd Herziger
	Horst Weber
1969	Peter Rohner
	Burkhard Wende
1970	Dietrich Neubert
	Reinhard Radebold
1971	Jürgen Andrä
	Burkhard Lischke
1972	Heinrich Homeyer
	Klaus-Erik Kirschfeld
1973	keine Verleihung
1974	Faramarz Mahdjuri-Sabet
	Nikolaus Stolterfoht
1975	Gerhard Müller
1976	Walter Ekardt
	Berndt Kuhlrow
1977	Heinz Deuling
	Dietmar Theis
1978	Werner Rodewald
1979	Michael Steiner
1980	Klaus Grützmacher
	Joachim Seidel
1981	Rüdiger Ferretti
1982	Norbert Ernst
	Dietmar Riegel
1983	Manfred Rosenzweig
	Jost Lemmerich
1984	Friedhelm Lenzian
1985	Johannes Schönhense
1986	Heinrich Metzner
	Rainer Sielemann
1987	Jürgen Gutowski
	Andreas Knauf
1988	Rasit Tepe
1989	Mario Prietsch
1990	Manfred Pakull
1991	Michael Farle
	Claus M. Schneider
1992	Eckart Hasselbrink
1993	Christian Borgs
1994	Reinhold Koch

Gustav-Hertz-Preise und -Medaillen der Physikalischen Gesellschaft der DDR

Jahr	Medaille	Einzelpreis	Kollektivpreis
1978	P. Kunze	E. Hantzsche	J. Kärgler, H. Pfeiffer
1979	G. Richter	J. Schneider	R. Bindemann, K. Jacobs W. Seifert, R. Schwabe, F. Thuselt
1980	R. Ritschl	R. Wedell	G. Otto, V. Geist R. Flogemeyer, C. Ascheron
1981	A. Recknagel	R. Feistel	G. Schmidt, C. Holste Chr. Blochwitz, H.-J. Burmeister
1982	K. Haspas	G. Berg	R. Danz W. Stark D. Gieß B. Elling
1983	P. Görlich	S. Matthies	H. Hartmann, R. Müller-Mach
1984	H. Schmellenmeier	G. Neugebauer	W. Schatt E. Friedrich W. Hermel
1985	A. Schiller	G. Dräger	E. Wieser H. Heinig H. Koitteneck
1986	W. Holzmüller	O. Breitenstein	R. Kleibes F. Henneberger S. Puls
1987	H. Bethge	H.-P. Fink	H. Roßmann G. Dlubek R. Krause
1988	R. Rompe	H. Flietner	W. Hoppe C. Ilgen J. Hahn P. Wenzel
1989	E.-J. Gießmann J. Hertz	B. Rauschenbach	T. Fritz W. Dietel E. Döpel V. Petrov
1990		R. Böttcher	W. Rudolph G. Oelgart W. Thielemann
1991		S. Trimper	R. Mildank B. Jacobs

Otto-Hahn-Preis für Chemie und Physik
(gemeinsam mit GDCh)

1955	Lise Meitner
	Heinrich Wieland
1959	Hans Meerwein
1962	Manfred Eigen
1965	Erich Hückel
1967	Georg Wittig
1974	Friedrich Hund
1979	Rolf Huisgen
1986	Heinz Maier-Leibnitz
1989	Rudolf Hoppe